

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2009/2010

Einzelplan 8.1

Behörde für Inneres

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan **2009/2010**

Einzelplan 8.1 Behörde für Inneres

(von der Bürgerschaft am 05.03.2009 beschlossener Haushaltsplan 2009/2010)

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort (weißes Papier)	1 - 10
Produktinformationen (gelbes Papier)	1 - 34
Zahlenwerk (weißes Papier)	1 - 47
Kontenrahmen für Dienstbezüge	48 - 51
Kontenrahmen für Versorgung	52 - 56
Erläuterungen (graues Papier)	1 - 18
Erläuterungen zu den Kapiteln	
Allgemeine Aussagen zu den Kapiteln	
Titelerläuterungen	
Kapitel 8000 - Amt für Innere Verwaltung und Planung (inkl. Kapitel 8580 Katastrophenschutz) -	
Kapitel 8010 - Einwohner-Zentralamt -	
Kapitel 8500 - Polizei -	
Kapitel 8520 - Wasserschutzpolizei-Schule -	
Kapitel 8550 - Feuerlöschwesen und Rettungsdienst -	
Kapitel 8580 - Katastrophenschutz -	
Kapitel 8590 - Landesamt für Verfassungsschutz -	
Anlagen	
1 Stellenplan (blaues Papier)	1 - 54
2 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
2.1 Landesbetrieb Verkehr	1 - 24
2.2 Landesfeuerweherschule	25 - 38
2.3 Hochschule der Polizei Hamburg	39 - 50
3 Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	1 - 4
4 Übersicht über Gutachten und Untersuchungen (weißes Papier)	1 - 2

Vorwort zum Einzelplan 8.1

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplanes

Das Schwergewicht der Aufgaben der Behörde für Inneres liegt in folgenden Aufgabenfeldern:

Polizei

Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Fachliche Prioritäten sind dabei ausgerichtet auf:

- hohe uniformierte Präsenz, Maßnahmen der öffentlichen Sicherheit und schnelle Hilfeleistung in Gefahren- und Notfällen,
- Staatsschutzdelikte, insbesondere internationaler Terrorismus, speziell islamistischer Extremismus/Terrorismus,
- Schwermriminalität, insbesondere Organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität,
- Bekämpfung örtlicher Kriminalität unter besonderer Berücksichtigung der Jugendkriminalität,
- Drogenkriminalität mit allen strafprozessualen Maßnahmen gegen Dealer, öffentlich wahrnehmbare Drogenkriminalität, insbesondere Reduzierung des illegalen Handels mit Betäubungsmitteln,
- Hafensicherheit insbesondere Einhaltung ISPS-Code mit Schwerpunkt Hafenanlagen,
- Verkehrssicherheit und Verbesserung des Verkehrsflusses.

Für die effektive Aufgabenwahrnehmung werden folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Videoüberwachung einzelner öffentlich zugänglicher Straßen und Plätze, an denen wiederholt Straftaten begangen worden sind und Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dort auch künftig mit der Begehung von Straftaten zu rechnen ist,
- konsequente Anwendung der Verbotsregelungen zum Tragen von Messern und gefährlichen Gegenständen in Waffenverbotsgebieten,
- möglichst lückenlose Erkenntnisgewinnung und verbesserte Ermittlungsführung sowie Verbesserung des Datenaustausches zwischen den Behörden,
- Projekt zur Einführung des Digitalfunks.

Feuerwehr

Sicherstellung der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr.

Schwerpunkte sind

operativ:

- Abwehr von Brand-, Explosions- oder Umweltgefahren,
- Sicherstellung der Notfallrettung und des Krankentransports als medizinisch organisatorische Einheit der Gefahrenabwehr und der Gesundheitsvorsorge,
- technische Hilfe in Not-, Unglücks- und Großschadensfällen,
- Mitwirkung im Katastrophenschutz und der Katastrophenabwehr,
- Kampfmittelräumung,
- Versorgung und Betreuung in der Zentralambulanz für Betrunkene.

präventiv und organisatorisch:

- Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz,
- Brandschutzerziehung und Aufklärung,
- Luftbildauswertung und Führen eines Kampfmittelkatasters,
- Erhaltung der Zukunftsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren,
- Bildungsangebot der Landesfeuerwehrschule für norddeutsche Länder und andere Organisationen,
- vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz,
- Neuausrichtung der Aus- und Fortbildung im Hinblick auf die demographische Entwicklung,
- Projekt zur Einführung des Digitalfunks.

Die Herausforderungen der Metropolregion (z.B. Ansteigen der Pendler- und Warenströme) und der wachsenden Stadt sowie des prosperierenden Hafens verlangen ein Mitwachsen der Feuerwehr sowie eine stabile Funktionsbesetzung, die den Bürgerinnen und Bürgern eine verlässliche und gleich bleibend hohe Produktqualität sichert.

Vorwort Einzelplan 8.1

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wird es zunehmend schwieriger, geeignetes Fachpersonal zu finden. Die Aus- und Fortbildung wird neu ausgerichtet und gestärkt. In enger Zusammenarbeit zwischen der Landesfeuerwehrschule und der Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) sind eigene Studiengänge entwickelt worden, die eine frühzeitige Bindung an die Feuerwehr ermöglichen.

Moderne Führungsstrukturen sowie eine hochwertige technische Ausstattung der Fahrzeuge und der persönlichen Schutzausrüstungen sind für die Zukunftsfähigkeit der flächendeckend über das Stadtgebiet verteilten, örtlich angesiedelten Freiwilligen Feuerwehren unabdingbare Voraussetzungen.

Landesamt für Verfassungsschutz

- Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder.
- Information des Senats und der allgemeinen Öffentlichkeit über Gefahren für diese Schutzgüter.

Das Landesamt für Verfassungsschutz sammelt - auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln - Informationen und wertet sie nach der jeweiligen Zielsetzung aus. Dabei arbeitet es eng mit den Landesämtern für Verfassungsschutz und dem Bundesamt für Verfassungsschutz zusammen. Zentrale Beobachtungsfelder sind die Gefährdungslage im Bereich des militanten islamistischen Fundamentalismus, der Rechtsextremismus, Linksextremismus und sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von ausländischen Gruppen. Die intensive nachrichtendienstliche Aufklärung der gesamten islamistischen gewaltbereiten Szene ist eine Kernaufgabe. Einen weiteren Tätigkeitsschwerpunkt bilden die Spionageabwehr sowie der Geheim- und Sabotageschutz.

Auf der Grundlage eines Beschlusses der Innenministerkonferenz vom 24.05.2004 ist zur Beobachtung des islamistischen Terrorismus eine noch engere Zusammenarbeit vereinbart worden. Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder vereinbarten die arbeitsteilige Durchführung der Maßnahmen. Relevante Informationen und relevante Auswertungserkenntnisse werden unmittelbar ausgetauscht.

Eine zentrale Datenbank aller Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder über islamistische Extremisten wurde aufgebaut. Diese Anti-Terror-Datei ermöglicht den Sicherheitsbehörden die gemeinsame Kommunikation. Angeschlossen sind 16 Landesbehörden für Verfassungsschutz und 16 Landespolizeien, die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und der Zoll.

Die im Rahmen einer Bund/Länder-Arbeitsgruppe vorgenommene Analyse der im Jahr 2007 vereitelten Anschläge hat Optimierungserfordernisse aufgezeigt, um die Extremismusbekämpfung weiter zu verbessern.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg beteiligt sich intensiv an der Fortentwicklung der Arbeit des Verfassungsschutzes im Verbund mit den anderen Verfassungsschutzbehörden.

Einwohner-Zentralamt

Schwerpunkte liegen in der Umsetzung von gesetzlichen und politischen Vorgaben in den Bereichen:

- Ausländerrecht,
- Einbürgerungsrecht,
- Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr,
- Führung des Pass- und Ausweisregisters und fachliche Betreuung der Bezirke in Pass- und Ausweisangelegenheiten.

Amt für Innere Verwaltung und Planung

- Entwicklung von Zielvorstellungen und Umsetzung von politischen und administrativen Zielsetzungen der Behördenleitung,
- ministerielle Umsetzung der politischen Vorhaben,
- Gewährleistung eines wirksamen Katastrophenschutzes unter Einbeziehung der Hilfsorganisationen,
- Realisierung des Projektes zur Einführung des Digitalfunks,
- Aufsicht über das Glücksspielwesen.

Seit dem 01.01.2008 ist die Glücksspielaufsicht von der Finanzbehörde in das Amt für Innere Verwaltung und Planung verlagert worden. Der Hintergrund für diese Entscheidung ist in der Drucksache 18/7229 dargestellt.

Das Projekt zur bundesweiten Einführung des Digitalfunks bei Polizei und Feuerwehr, Verfassungs- und Katastrophenschutz ist diesem Produktbereich zugeordnet. Zum aktuellen Sachstand siehe die Erläuterungen zum Kapitel 8000 (graue Seiten) sowie die Mitteilungen an die Bürgerschaft 19/1501.

2. Übersicht Gesamteinnahmen und –ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2008	2009	2010	+/- in %	
	in Tsd. Euro			2009:2008	2010:2009
Einnahmen	109.523	187.065	184.028	70,8	- 1,6
Davon:					
Steuerähnliche Abgaben (Hgr. 0)	-	40.300	40.300	-	0
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	84.352	116.250	116.119	37,8	- 0,1
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	24.750	29.824	26.905	20,5	- 9,8
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)	421	691	704	64,1	1,9
Ausgaben	954.647	959.547	956.097	0,5	- 0,4
Davon:					
Personalausgaben	759.188	759.054	762.045	0,0	0,4
Sach- und Fachausgaben	160.459	168.100	166.597	4,8	- 0,9
Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-	-
Investitionen	33.500	30.593	25.655	- 8,7	- 16,1
Besondere Finanzierungsausgaben	1.500	1.800	1.800	20,0	0

Die Entwicklung der Einnahmen ist im Wesentlichen bestimmt durch:

- die Verlagerung der Glücksspielaufsicht von der Finanzbehörde zur Behörde für Inneres,
- die Durchführung der Bundestagswahl 2009.

Die Entwicklung der Ausgaben ist im Wesentlichen bestimmt durch:

- den Zuschuss an das statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein AöR,
- die Durchführung der Bundestagswahl 2009,
- die Einführung der Reisepässe mit biometrischen Merkmalen,
- die Investitionsraten für die Einführung des Digitalfunks für Behörden u. Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS).

Detaillierte Hinweise zur Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sind in den Produktbereichsdarstellungen enthalten.

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2009 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 8.1
Personalausgaben	31,9	79,1
Sach- und Fachausgaben	43,0	17,5
Investitionen	13,6	3,2
Besondere Finanzierungsausgaben	-	0,2

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2010 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 8.1
Personalausgaben	32,7	79,7
Sach- und Fachausgaben	43,6	17,4
Investitionen	12,1	2,7
Besondere Finanzierungsausgaben	-	0,2

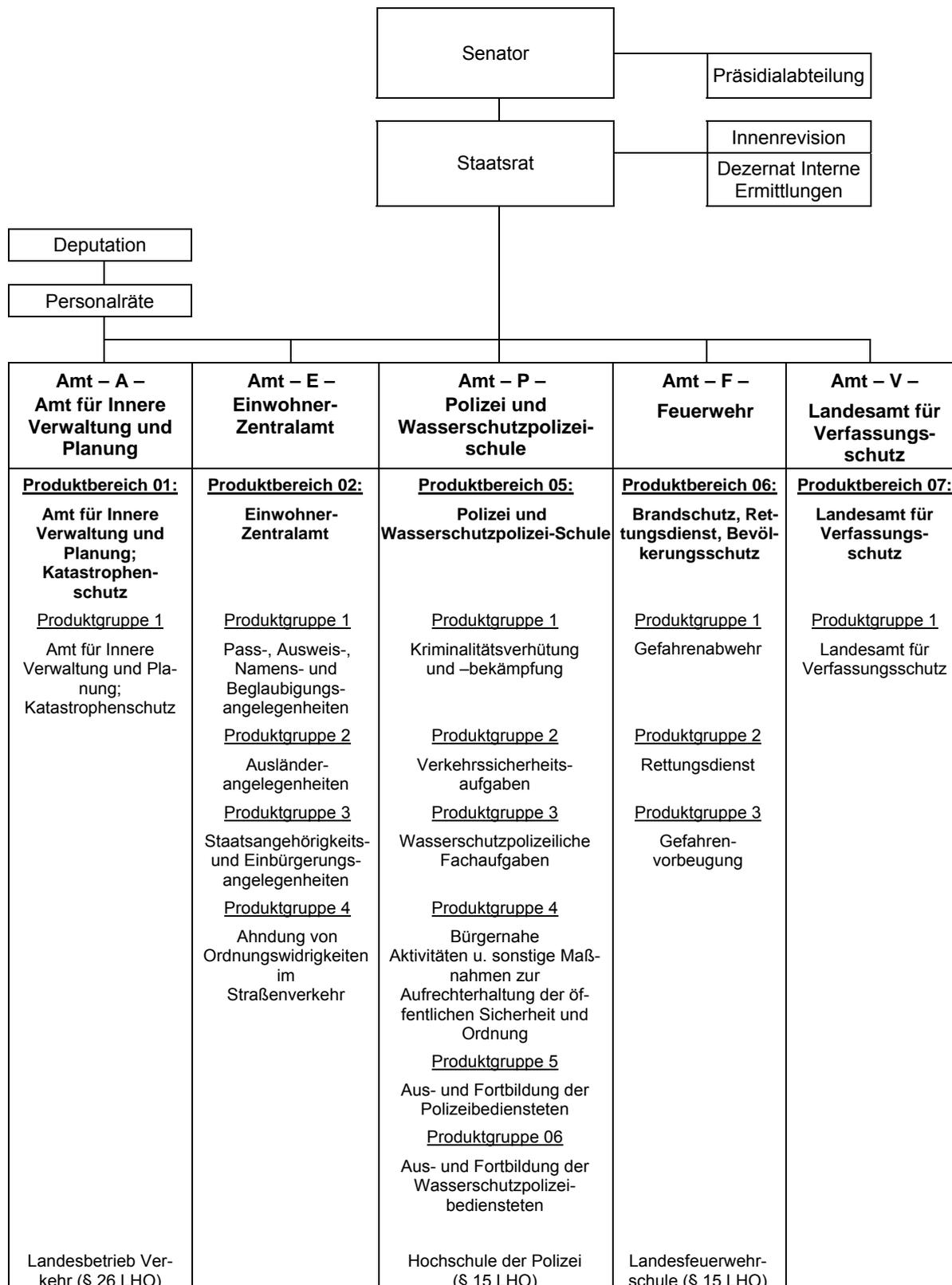
Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2006				2007			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2007 übertragene Reste		Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2008 übertragene Reste	
in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in %	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in %
64.112	42.098	23.147	36,1	62.334	35.307	32.927	52,8

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, zufließende Einnahmen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren und inkl. IuK.

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Behörde für Inneres ist wie folgt organisiert:



4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2008, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Lineare Anpassungen und Struktureffekte durch das neue Tarifrecht bzw. die Besoldungsanpassung zum 1.1.2008;
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2007 feststehen;
- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen zu aufgabenkritischen Maßnahmen;
- altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2008 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2007, Altersmodell);
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2007), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2008 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Veränderungen;
- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2008;
- im Finanzplan 2007-2011 in den MAP-Raten 2009 und 2010 enthaltene Anpassungen;
- IT-bedingte Einsparungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 438.91) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifbereich bis 2010 werden zentral veranschlagt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren bis 2010.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRD, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen (Titel xxxx.632.91/632.01) als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung und
- der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose verbleibt.

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) veranschlagt. Die Kostenanteile an den Versorgungsbezügen (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRD; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 12 % der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sind entsprechend der Regelung für die KRD mit Einwilligung der Finanzbehörde einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig (Art. 6 Nr. 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet. Erkennbar werden in den Einzelplänen jetzt auch die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf, sofern die frei gewordenen Stellen mit lebensjüngeren und damit kostengünstigeren Personen nachbesetzt werden.

Vorwort
Einzelplan 8.1

Für die Behörden ist mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO sowie der Landesbetriebe nach § 26 Absätze 1 und 4 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (August 2008) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010.

Die vom Senat beantragten Stellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für vorgesehene Stellenstreichungen (z.B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabenkritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft ggf. mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen – im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen – z.B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

In der nachfolgenden Übersicht zum Stellenplan der Behörde für Inneres sind die von der Bürgerschaft beschlossenen Verstärkungen der Stellenausstattung von Einwohnerzentralamt (5 Stellen zur Beschleunigung von Einbürgerungsverfahren), Polizei (4 Stellen für ein weiteres DNA-Team sowie 28 zusätzliche Angestellte im Polizeidienst für den Objektschutz), Feuerwehr (für 2009 / 2010 jeweils 20 zusätzliche Vollzugsstellen sowie 4 Stellen für die Gefahrenerkennung Kampfmittelverdacht) und Verfassungsschutz (2 Stellen) nicht enthalten.

Stellenplanentwurf 2009/2010 (einschl. Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO und netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO)

Einzelplan 8.1. Behörde für Inneres:

Kapitel	Stellenzahl ²	Neue Stellen		Stellenhebungen		Umwandlungen	
		2009	2010	2009	2010	2009	2010
8000 Amt für allgemeine Verwaltung	152,76	1	0	0	0	1	0
8010 Einwohner-Zentralamt	351,56	4	0	6	0	0	0
8500 Polizei	9.688,48	5	0	16	3	281	0
8510 Landesbetrieb Verkehr	339,58	0	0	0	0	0	0
8520 Wasserschutzpolizei-Schule	23,58	0	0	0	0	0	0
8530 Hochschule der Polizei Hamburg	25,6	0	0	1	0	0	0
8550 Feuerwehr	2.380,94	2	0	5	3	0	0
8552 Landesfeuerweherschule	87,25	1	0	0	0	0	0
8580 Katastrophenschutz	18,50	1	0	2	0	0	0
8590 Verfassungsschutz	151,50	0	0	5	0	0	0

² Ohne beantragte neue Stellen, einschließlich Nachwuchskräfte (vgl. Stellenplan).

5. Sachausgaben (KRS/Titelgruppen)

Erläuterungen zu der Verwendung der Sachmittel finden sich in den jeweiligen Produktbereichen.

6. Einzelplandeckungskreise

Die im Einzelplan 8.1 vorhandenen Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk genannt. Eine Übersicht über die diesen Deckungskreisen jeweils zugehörigen Titel nebst veranschlagten Haushaltsmitteln findet sich in Anlage 3 (weißes Papier).

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Behörde für Inneres gehören folgende Landesbetriebe nach § 26 LHO bzw. netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO; deren voraussichtliches Jahresergebnis ist wie folgt veranschlagt:

Einrichtung	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem Haushalt, Ablieferung (+) an den Haushalt	
	2009	2010	2009	2010
Landesbetrieb Verkehr (§ 26 Abs. 1 LHO)	23.142	23.210	+ 1.420	+ 1.420
Landesfeuerweherschule (§ 15 Abs. 2 LHO)	7.176	7.176	- 5.657	- 5.657
Hochschule der Polizei (§ 15 Abs. 2 LHO)	3.162	3.138	- 3.019	- 3.019

Wirtschaftspläne, Lageberichte und Erläuterungen finden sich in Anlage 2 (rosa Seiten).

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gemäß bürgerschaftlichen Ersuchen

entfällt

9. Zuwendungen

Siehe titelweise Erläuterungen zu Kapitel 8000/8580.

10. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Die Produktinformationen für den Einzelplan 8.1 wurden aufgabenbezogen für die fünf Ämter der Behörde für Inneres erarbeitet. Die Angaben für die Produktbereiche sind weitgehend mit den Kapiteln im Zahlenwerk identisch (Ausnahme: Kapitel 8580, Katastrophenschutz, ist enthalten im Produktbereich 01, Amt für Innere Verwaltung und Planung).

Angaben zu den Personalverwaltungskosten finden sich auf der Ebene der Produktbereiche. Die bisher in den Produktbereichen und Produktgruppen aufgeführten Stellenangaben wurden mit der Aufstellung des Doppelhaushalts 2009/2010 durch die Angabe von Vollzeitäquivalenten ersetzt.

2009	Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamtausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbrag Einzelplan	187.065	759.054	168.100	30.593	959.547 ³
davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	98.829	17.799	41.914	2.706	64.219 ³
Produktbereich 02	36.409	15.554	13.858	0	29.412
Produktbereich 03 redaktionell frei	-	-	-	-	-
Produktbereich 04 redaktionell frei	-	-	-	-	-
Produktbereich 05	13.935	579.889	80.406	18.753	679.048
Produktbereich 06	37.892	136.523	31.206	8.994	176.723
Produktbereich 07	-	9.289	2.516	140	11.945

Vorwort
Einzelplan 8.1

2010	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Einzelplan	184.028	762.045	166.597	25.655	956.097 ³
davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	96.018	16.659	39.304	1.388	59.151 ³
Produktbereich 02	36.309	15.676	13.725	0	29.401
Produktbereich 03 redaktionell frei	-	-	-	-	-
Produktbereich 04 redaktionell frei	-	-	-	-	-
Produktbereich 05	13.809	582.370	81.301	16.287	679.958
Produktbereich 06	37.892	137.912	31.551	7.880	177.343
Produktbereich 07	-	9.428	2.516	100	12.044

Standardkennzahlen

<i>Kennzahl</i>	Ergebnis 2005	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Anzahl der Beschäftigten ⁴	13.379	13.191	12.959	13.133	13.082	12.999	13.008
Anteil der Personalausgaben der Intendanz an den gesamten Per- sonalausgaben	4,2	4,7	4,6	4,2	4,2	4,6	4,5
Durchschnittliche Personal- betreuungsausgaben pro Beschäftigten in Euro	960	989	1.051	965	969	1.017	1.017
• Personalverwaltungskosten ⁵ pro Beschäftigten (inkl. Personalrecht, Frauen- und Suchtbeauftragte)	461	534	548	474	476	544	544
• Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten (inkl. Fortbil- dung)	499	455	503	491	493	473	473
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an den bildschirmgeeigneten Bü- roarbeitsplätzen in %	94,1	96,2	96,2	rd.100	rd.100	rd.100	rd.100
Durchschnittliche Fortbildungs- kosten pro Beschäftigten in Euro	436	439	485	430	432	456	456

11. Auswahlbereiche, NHH/NRV

Im Einzelplan 8.1 wird die Einführung des Neuen Haushaltswesens Hamburg zukünftig einen Schwerpunkt bilden.

Durch den Beschluss zur Einführung der Doppik in der Verwaltung hat der Senat, einem Ersuchen der Bürgerschaft folgend, die Grundlage für ein ressourcenverbrauchsorientiertes Finanz- und Rechnungswesen gelegt. Der Senat hat zwischenzeitlich eine Eröffnungsbilanz sowie einen kaufmännischen Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006 vorgelegt. Der Jahresabschluss wird im Jahr 2008 wie angekündigt um einen ersten Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2007 erweitert.

In einem nächsten Schritt beabsichtigt der Senat, die Einführung der Doppik in eine langfristige Strategie zur Modernisierung des Haushaltswesens einzubinden. Erprobt wird, wie ein künftiger ergebnis- und ressourcenverbrauchsorientierter Haushaltsplan seine Planungs-, Steuerungs- und Kontrollmechanismen an den erwarteten und erzielten Ergebnissen und Wirkungen ausrichten kann, d.h. Menge, Wert und Folgen der Leistungen ins Verhältnis zu den eingesetzten Ressourcen

³ Inklusive Besonderer Finanzierungsausgaben (1,8 Mio. Euro)

⁴ Ohne Landesbetrieb Verkehr.

⁵ Kapitelbezogene Personalverwaltungskosten siehe Produktbereichskennzahlen.

gesetzt werden. Eine nach Produktengruppen bzw. Programmen gegliederte Darstellung des Haushaltsplans und der Haushaltsrechnung, ergänzt um leistungsbezogene Messgrößen, macht das Leistungsergebnis hinsichtlich seiner betriebswirtschaftlichen oder auch gesellschaftspolitischen Wirkungen bewertbar. Zudem orientiert sich das doppisch ausgerichtete Neue Haushaltswesen neben der Betrachtung der Geldflüsse in erster Linie an den Auswirkungen auf Vermögensbestand und Zukunftsbelastungen (Ressourcenverbrauch bzw. Ressourcenzuwachs, Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit der finanziellen Entwicklung).

Im Jahr 2007 sind mit § 15a LHO die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden, ein Neues Haushaltswesen in ausgewählten Bereichen zu erproben. Gemäß § 15a LHO kann der Senat zur Erprobung einer Veranschlagung des Haushalts, die den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung in sinngemäßer Anwendung folgt, Aufgabenfelder festlegen (Auswahlbereiche). Die Auswahlbereiche haben einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der dem Haushaltsplan als Anlage beizufügen ist. In den Auswahlbereichen wird der Mittelbedarf nach Leistungsart und -umfang festgestellt. Der Zuschuss an die Auswahlbereiche wird netto im Haushaltsplan veranschlagt.

Im Einzelplan 8.1 wurde der Aufgabenbereich ‚Polizei‘ als Auswahlbereich festgelegt. Der doppische Haushalt hierfür wird der Bürgerschaft im Herbst 2009 vorgelegt.

Im Rahmen einer Aktualisierung des Haushaltsplanes in 2009 wird gemäß § 15a LHO die Ermächtigung des doppischen Haushalts beantragt und werden die Zuschusstitel im Wege der Sollübertragung gefüllt. Vorgesehener Bewirtschaftungsbeginn ist der 01.01.2010.

Produktinformationen

Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

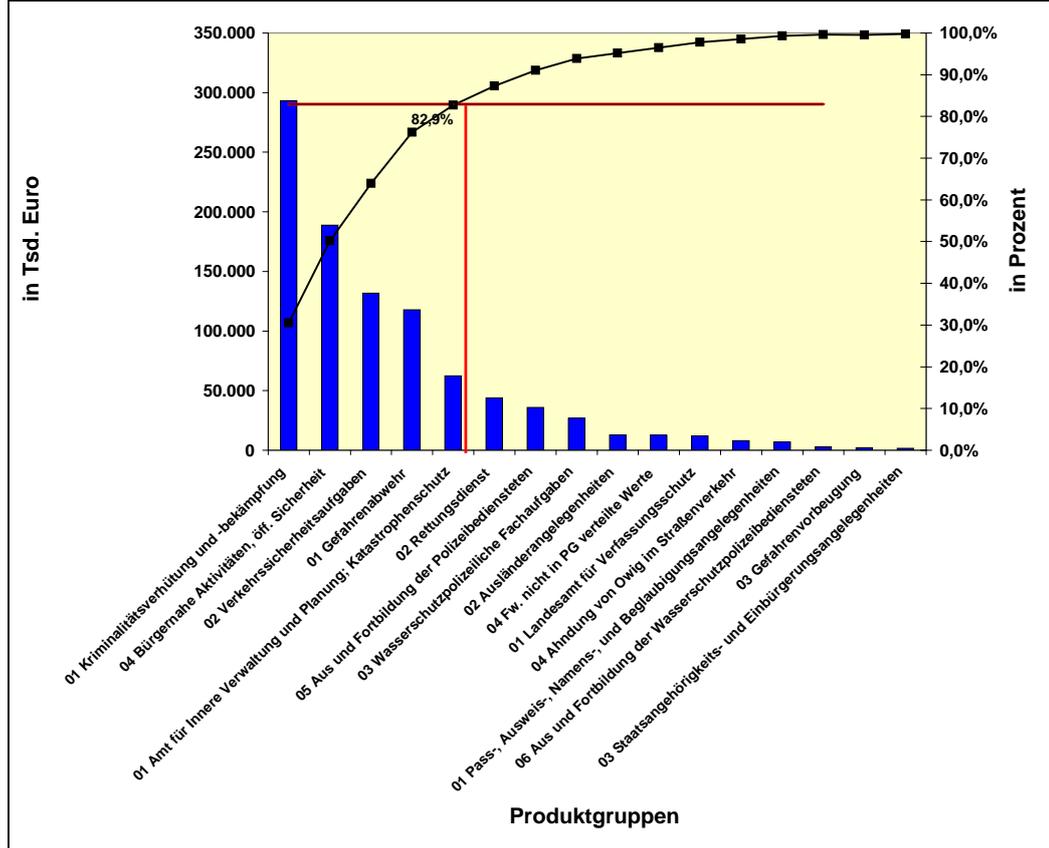
Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80/20-Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

Haushaltsjahr 2009: Einzelplan 8.1 - Behörde für Inneres

Tabelle 1								
1	2 Summierungsabgleich in Tsd. EUR	3 PB	4 gelbe Seiten Gesamtausgaben		6 Differenz Sp. 5 - Sp. 4	7 Abgleich zum Zahlenwerk Gesamtausgaben		
			PG	PB		7 Ansatz	8 Differenz PG Sp. 7 - Sp. 4	9 Differenz PB Sp. 7 - Sp. 5
	01 Amt für Innere Verwaltung und Planung; Katastrophenschutz	01	62.419			62.419		
	gesamt		62.419	62.419	0	62.419	0	0
	01 Pass-, Ausweis-, Namens-, und Beglaubigungsangelegenheiten	02	7.010					
	02 Ausländerangelegenheiten		12.850					
	03 Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten		1.621			29.412		
	04 Ahndung von Owig im Straßenverkehr		7.931					
	gesamt		29.412	29.412	0	29.412	0	0
	01 Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung	05	293.121					
	02 Verkehrssicherheitsaufgaben		131.685					
	03 Wasserschutzpolizeiliche Fachaufgaben		26.718					
	04 Bürgernahe Aktivitäten, öff. Sicherheit		188.718			679.048		
	05 Aus und Fortbildung der Polizeibediensteten		35.899					
	06 Aus und Fortbildung der Wasserschutzpolizeibediensteten		2.907					
	gesamt		679.048	679.048	0	679.048	0	0
	01 Gefahrenabwehr	06	117.955					
	02 Rettungsdienst		44.044					
	03 Gefahrenvorbeugung		2.109			176.723		
	04 Fw. nicht in PG verteilte Werte		12.615					
	gesamt		176.723	176.723	0	176.723	0	0
	01 Landesamt für Verfassungsschutz	07	11.945					
	gesamt		11.945	11.945	0	11.945	0	0
	Summe		959.547	959.547	0	959.547	0	0

Tabelle 2							
Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %			
1	01 Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung	05	293.121	30,5%	30,5%	9	14
2	04 Bürgernahe Aktivitäten, öff. Sicherheit	05	188.718	19,7%	50,2%	7	7
3	02 Verkehrssicherheitsaufgaben	05	131.685	13,7%	63,9%	6	11
4	01 Gefahrenabwehr	06	117.955	12,3%	76,2%	7	15
5	01 Amt für Innere Verwaltung und Planung;	01	62.419	6,5%	82,7%	4	2
6	02 Rettungsdienst	06	44.044	4,6%	87,3%	5	13
7	05 Aus und Fortbildung der Polizeibediensteten	05	35.899	3,7%	91,1%	6	4
8	03 Wasserschutzpolizeiliche Fachaufgaben	05	26.718	2,8%	93,9%	4	9
9	02 Ausländerangelegenheiten	02	12.850	1,3%	95,2%	4	12
10	04 Fw. nicht in PG verteilte Werte	06	12.615	1,3%	96,5%	0	0
11	01 Landesamt für Verfassungsschutz	07	11.945	1,2%	97,8%	3	0
12	04 Ahndung von Owig im Straßenverkehr	02	7.931	0,8%	98,6%	1	2
13	01 Pass-, Ausweis-, Namens-, und Beglaubigungsangelegenheiten	02	7.010	0,7%	99,3%	2	5
14	06 Aus und Fortbildung der Wasserschutzpolizeibediensteten	05	2.907	0,3%	99,6%	2	7
15	03 Gefahrenvorbeugung	06	2.109	0,2%	99,5%	4	4
16	03 Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten	02	1.621	0,2%	99,8%	2	7
Summe			959.547	100,0%		66	112



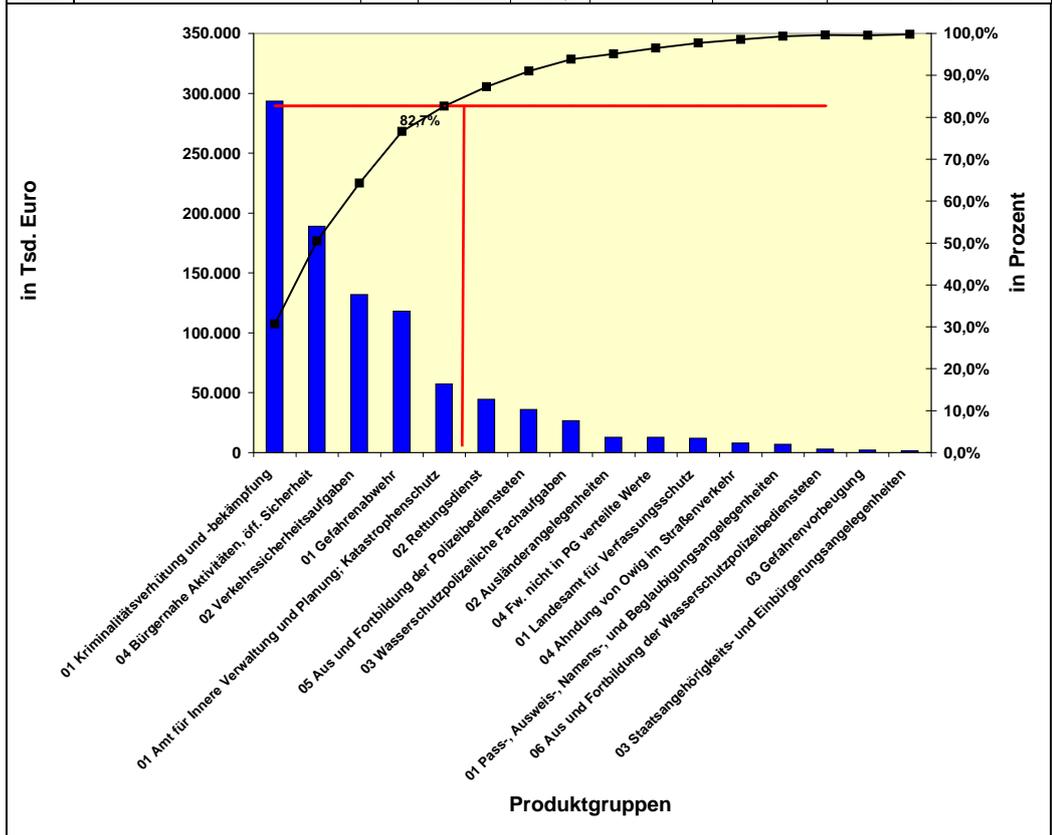
Haushaltsjahr 2010: Einzelplan 8.1 - Behörde für Inneres

Tabelle 1

1	2	3	gelbe Seiten		Differenz Sp. 5 - Sp. 4	Abgleich zum Zahlenwerk		
			PG	PB		Gesamtausgaben		
	in Tsd. EUR					Ansatz	Differenz PG Sp. 7 - Sp. 4	Differenz PB Sp. 7 - Sp. 5
	01 Amt für Innere Verwaltung und Planung; Katastrophenschutz	01	57.351			57.351		
	gesamt		57.351	57.351	0	57.351	0	0
	01 Pass-, Ausweis-, Namens-, und Beglaubigungsangelegenheiten	02	6.973					
	02 Ausländerangelegenheiten		12.714					
	03 Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten		1.727			29.401		
	04 Ahndung von Owig im Straßenverkehr		7.987					
	gesamt		29.401	29.401	0	29.401	0	0
	01 Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung	05	293.445					
	02 Verkehrssicherheitsaufgaben		131.840					
	03 Wasserschutzpolizeiliche Fachaufgaben		26.761					
	04 Bürgernahe Aktivitäten, öff. Sicherheit		189.017			679.958		
	05 Aus und Fortbildung der Polizeibediensteten		35.950					
	06 Aus und Fortbildung der Wasserschutzpolizeibediensteten		2.945					
	gesamt		679.958	679.958	0	679.958	0	0
	01 Gefahrenabwehr	06	118.090					
	02 Rettungsdienst		44.436					
	03 Gefahrenvorbeugung		2.131			177.343		
	04 Fw. nicht in PG verteilte Werte		12.686					
	gesamt		177.343	177.343	0	177.343	0	0
	01 Landesamt für Verfassungsschutz	07	12.044			12.044		
	gesamt		12.044	12.044	0	12.044	0	0
	Summe		956.097	956.097	0	956.097	0	0

Tabelle 2

Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %			
1	2	3	4	5	6	7	8
1	01 Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung	05	293.445	30,7%	30,7%	9	14
2	04 Bürgernahe Aktivitäten, öff. Sicherheit	05	189.017	19,8%	50,5%	7	7
3	02 Verkehrssicherheitsaufgaben	05	131.840	13,8%	64,3%	6	11
4	01 Gefahrenabwehr	06	118.090	12,4%	76,6%	7	15
5	01 Amt für Innere Verwaltung und Planung; K	01	57.351	6,0%	82,6%	4	2
6	02 Rettungsdienst	06	44.436	4,6%	87,2%	5	13
7	05 Aus und Fortbildung der Polizeibediensteten	05	35.950	3,8%	91,0%	6	4
8	03 Wasserschutzpolizeiliche Fachaufgaben	05	26.761	2,8%	93,8%	4	9
9	02 Ausländerangelegenheiten	02	12.714	1,3%	95,1%	4	12
10	04 Fw. nicht in PG verteilte Werte	06	12.686	1,3%	96,5%	0	0
11	01 Landesamt für Verfassungsschutz	07	12.044	1,3%	97,7%	3	0
12	04 Ahndung von Owig im Straßenverkehr	02	7.987	0,8%	98,6%	1	2
13	01 Pass-, Ausweis-, Namens-, und Beglaubigungsangelegenheiten	02	6.973	0,7%	99,3%	2	5
14	06 Aus und Fortbildung der Wasserschutzpolizeibediensteten	05	2.945	0,3%	99,6%	2	7
15	03 Gefahrenvorbeugung	06	2.131	0,2%	99,5%	4	4
16	03 Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten	02	1.727	0,2%	99,8%	2	7
Summe			956.097	100,0%		66	112



Produktinformationen

**Produktbereich 01: Amt für Innere Verwaltung und Planung;
 Katastrophenschutz**

Kapitel 8000/8580

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	24.921	22.445	20.368	98.829	96.018
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	24.481	22.072	20.110	98.571	95.758
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	440	373	258	258	260
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	45.508	48.872	64.134	59.713	55.963
• Personalausgaben in Tsd. EUR	11.721	14.195	23.800	17.799	16.659
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	33.787	34.677	40.334	41.914	39.304
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	554	576	939	960	960
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	159	3.737	6.179	3.550	372
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	11.577	13.982	10.522	2.706	1.388
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ¹	-	164,20	164,20	164,20	164,20
Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	823	810	788	780	780

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Umfassende Unterstützung der Behördenleitung und der Ämter bei der Entwicklung von Zielvorstellungen und der Umsetzung von politischen und administrativen Zielsetzungen. Vertretung der innenpolitischen Interessen Hamburgs gegenüber dem Bund/ den Länder.
Z 2:	Gewährleistung eines umfassenden Katastrophenschutzes für die Bevölkerung und Leitung des Stabes im Katastrophenfall unter Einbeziehung von Hilfsorganisationen.
Z 3:	Sicherstellung ordnungsgemäßer Wahlen und Volksabstimmungen.
Z 4:	Schutz der Bevölkerung vor Spielsucht
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Amt für Innere Verwaltung und Planung; Katastrophenschutz

**Produktgruppe 01: Amt für Innere Verwaltung und Planung;
 Katastrophenschutz**

Kapitel 8000/8580

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Siehe Ziele Produktbereich.
Erläuterungen zur Entwicklung: Die Leistungen dieser Produktgruppe bestehen im Wesentlichen in den Tätigkeiten einer ministeriellen Generalintendanz für die Behördenleitung und die Ämter der Behörde für Inneres. Die erstellten Leistungen wirken somit Bfl - intern als Bestandteile der Produkte der Fachämter.
Die Glücksspielaufsicht (zuvor bei der Finanzbehörde) wurde mit Wirkung vom 01.01.2008 in die Abteilung "Allgemeine Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten, Landeswahlamt, AG Scientology" integriert. In der Darstellung der VZÄ ist diese Anpassung noch nicht enthalten. Das Produkt "Regulierung des Angebots von Glücksspielen" wurde neu in diese Produktgruppe aufgenommen.
Mit den Einnahmen aus der Spielbankabgabe und den Konzessionsabgaben für die in öffentlicher Trägerschaft veranstalteten Lotterien und Sportwetten steigen die Einnahmen dieser Produktgruppe um rd. 72.000 Tsd. Euro.
Die unterschiedliche Anzahl von Wahlen pro Haushaltsjahr führt zu Schwankungen bei Einnahmen und Ausgaben.

¹ Für 2006 werden keine VZÄ ausgewiesen, weil sie für dieses Jahr noch nicht vorlagen.

Produktbereich: 01
Amt für Innere Verwaltung und Planung; Katastrophenschutz

Gesamtsteuerung der Einführung eines europaeinheitlichen digitalen Funksystems der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS). Der Netzaufbau hat im Jahr 2008 begonnen. Nach den aktuellen Roll-Out-Planungen der Bundesanstalt für den Digitalfunk (BDBOS) soll bis Ende 2010 das Digitalfunknetz im Wesentlichen aufgebaut sein, so dass in 2011 bundesweit ein einheitliches Digitalfunknetz mit allen Funktionalitäten zur Verfügung stehen wird.

Folgende Unternehmen und Einrichtungen werden in diesem Produktbereich betreut (siehe Erläuterungen zu Kap. 8000 und Anlage 2.1):

- Landesbetrieb Verkehr
- TÜV Hanse GmbH
- IMPF (Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft MBH Feuerwehr-Museen-Polizei)
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig Holstein

Produkte

- P 1 Allgemeine Grundsatzangelegenheiten und Recht, Landeswahlamt
- P 2 Grundsatzangelegenheiten der Inneren Sicherheit und des Straßenverkehrs
- P 3 Zentrale Einsatzenkung und Koordination im Katastrophenschutz
- P 4 Richtlinien, Übungen, Aus- und Fortbildung im Katastrophenschutz
- P 5 Regulierung des Angebots von Glücksspielen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	24.921	22.445	20.368	98.829	96.018
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	24.481	22.072	20.110	98.571	95.758
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	440	373	258	258	260
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	45.516	48.872	64.134	59.713	55.963
• Personalausgaben in Tsd. EUR	11.719	14.195	23.800	17.799	16.659
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	33.797	34.677	40.334	41.914	39.304
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	554	576	939	960	960
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	159	3.737	6.179	3.550	372
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	11.577	13.982	10.522	2.706	1.388

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	727	866	1.357	1.086	1.000
· innerbehördlich in Tsd. EUR ²	551	653	1.000	819	750
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	176	213	357	267	250

² 2006 (Ergebnis): 4,7 % , 2007 (Ergebnis): 4,6 % , 2008: 4,2 % , 2009: 4,6 % , 2010: 4,5 % . Die Anteile gelten für alle Produktgruppen des Einzelplans 8.1.

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Einnahmen 2009 (2010): Spielbankabgabe (Titel 093.01) 40.000 Tsd. EUR (40.000 Tsd. EUR), Konzessionsabgaben für in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien und Sportwetten (Titel 122.01) 32.000 Tsd. EUR (32.000 Tsd. EUR) Erstattung S-H für die anteilige Finanzierung des Statistischen Amtes (Titel 232.01) 16.252 Tsd. EUR (16.862 Tsd. EUR). Erstattungen vom Bund für die Europawahl und die Bundestagswahl in 2009 (Titel 231.04 und 231.05) 3.425 Tsd. Euro, Eigenbeteiligung von Polizei- und Feuerwehrbeamten an der Freien Heilfürsorge (Titel 282.01) 4.200 Tsd. EUR (4.200 Tsd. EUR), Ablieferungen des Landesbetriebes Verkehr (Titel 121.02) 1.420 Tsd. EUR (1.420 Tsd. EUR),</p> <p>Der Schwerpunkt der Personalausgaben liegt bei den Produkten 1 und 2.</p> <p>Sach- und Fachausgaben 2009(2010): Zuschuss an das Statistische Amt (Titel 685.01) 27.805 Tsd. EUR (28.420 Tsd. EUR). Durchführung von Wahlen, inklusive der Zweckzuweisungen an die Bezirke (Titel 511.07 und 511.86) 3.428 Tsd. Euro Inanspruchnahme des LIT/Dataport (Titel 671.56) 3.470 Tsd. EUR (3.470 Tsd. EUR), Zuschüsse an Hilfsorganisationen (Titel 8580.684.77) 496 Tsd. EUR (496 Tsd. Euro).</p> <p>Investitionen 2009(2010): Beschaffung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems (BOS) (Titel 812.16) 2.199 Tsd. EUR (336 Tsd. EUR). Absenkung der Investitionsraten 2009 / 2010 zugunsten anderer Maßnahmen im Einzelplan 8.1. Für BOS stehen neben den o. g. Ansätzen voraussichtlich Restmittel aus 2008 in einer Größenordnung von rd. 20.400 Tsd. EUR zur Verfügung.</p> <p>Besondere Finanzierungsausgaben 2009 (2010): Global veranschlagte Ausgaben aufgrund des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Titel 971.02) 1.500 Tsd. Euro (1.500 Tsd. Euro) sowie die Verwendung der Troncabgabe (Titel 971.03) 300 Tsd. Euro (300 Tsd. Euro).</p>

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	164,20	164,20	164,20	164,20

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 4: Richtlinien, Übungen, Aus- und Fortbildung im Katastrophenschutz:					
Übungen der Katastrophendienststäbe und Einheiten	2	4	8	6	6
Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Katastrophenschutzstäbe (Gesamtzahl der pro Jahr ausgebildeten Mitarbeiter/innen) ³	-	15	50	150	150

³ In 2006 konnten aufgrund der Fußball WM keine Aus- und Fortbildungen stattfinden. Die 15 Fortbildungen aus 2007 fanden im Rahmen der Länderübergreifenden Katastrophenübung (LÜKEX 2007) für Mitarbeiter der BWA statt.

Produktbereich 02: Einwohner - Zentralamt

Kapitel 8010

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	33.430	33.430	35.925	36.409	36.309
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	33.430	33.430	35.925	36.409	36.309
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	29.775	26.246	26.220	29.412	29.401
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁴	16.586	15.289	15.026	15.554	15.676
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁵	13.189	10.957	11.194	13.858	13.725
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	506	84	-	-	-
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ⁶	-	315,60	315,60	315,60	315,60
Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	700	741	572	618	618

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Umsetzung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen.
Z 2:	Gewährleistung einer bürgerfreundlichen Aufgabenwahrnehmung in ausländerrechtlichen Angelegenheiten.
Z 3:	Optimierung der Beratung und effektiven Ausgestaltung des Verfahrens bei Einbürgerungen zur Schaffung einer verbesserten Grundlage für die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.
Z 4:	Sicherstellung der konsequenten Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr.
Für neu aufgenommene Kennzahlen liegen für das Jahr 2008 keine Planzahlen vor.	
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Pass-, Ausweis-, Namens- und Beglaubigungsangelegenheiten
PG 2	Ausländerangelegenheiten
PG 3	Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten
PG 4	Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr

Produktgruppe 01: Pass-, Ausweis-, Namens- und Beglaubigungsangelegenheiten

Kapitel 8010

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Umsetzung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen.
<i>Produkte</i>	
P 1	Pass- und Personalausweisangelegenheiten, Beglaubigungen sowie Namensänderungen und -feststellungen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	48	93	78	79	79
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ⁷	48	93	78	79	79
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.761	4.281	3.188	7.010	6.973
• Personalausgaben in Tsd. EUR	378	362	361	381	381
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁸	3.383	3.919	2.827	6.629	6.592
davon: Zweckzuweisung an die Bezirke in Tsd. EUR	3.286	3.829	2.755	6.545	6.506

⁴ Im Ergebnis 2006 und 2007 sind die Kosten für die aus zentralen Mitteln der Finanzbehörde finanzierten 23 bzw. 18 Stellen des ehem. Globalfonds Z-61 enthalten. Nach gegenwärtigem Planungsstand sind diese Stellen bis Ende 2008 zu streichen.

⁵ Werte einschließlich Zweckzuweisung an die Bezirke (vgl. Produktgruppe 01).

⁶ Für 2006 werden keine VZÄ ausgewiesen, weil sie für dieses Jahr noch nicht vorlagen.

⁷ Einnahmerückgang 2009/2010 durch Zuständigkeitsverlagerung für einen Teil der Namensänderungsanträge auf die Bezirke.

⁸ Kostensteigerung durch Einführung der Reisepässe mit biometrischem Merkmal und steigenden Fallzahlen.

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	24	22	20	24	23
· innerbehördlich in Tsd. EUR	18	17	15	18	17
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	6	5	5	6	6

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Der Schwerpunkt der Einnahmen 2009 (2010) liegt bei den Verwaltungsgebühren nach der Gebührenordnung für Melde- und Ausweisangelegenheiten (Titel 111.01) in Höhe von 45 Tsd. EUR (45 Tsd. EUR). Der Schwerpunkt der Sach- und Fachausgaben 2009 (2010) liegt bei der Zweckzuweisung an die Bezirke für die Ausgabe von Lohnsteuerkarten, Personalausweisen und Reisepässen (Titel 511.86) in Höhe von 6.545 Tsd. EUR (6.506 Tsd. EUR).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	8,30	8,30	8,30	8,30

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Pass- und Personalausweisangelegenheiten, Beglaubigungen sowie Namensänderungen und -feststellungen:					
Anzahl Namensänderungen und -feststellungen ⁹	548	504	-	280	280
Anzahl Identitätsbescheinigungen	4.301	4.161	-	4.500	4.500
Durchschnittliche Kosten pro Namensänderung und -feststellung in EUR ¹⁰	201	218	-	281	280
Durchschnittliche Kosten pro Identitätsbescheinigung in EUR	57	59	-	55	54
Durchschnittliche Bearbeitungsdauer pro Namensänderungsantrag in Minuten ¹¹	200	200	-	250	250

Produktgruppe 02: Ausländerangelegenheiten

Kapitel 8010

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Effiziente und effektive Umsetzung der ausländerrechtlichen Vorgaben durch Aufnahme, Prüfung der Aufenthaltsangelegenheiten und Rückführung.
<i>Produkte</i>
P 1 Einreiseangelegenheiten P 2 Aufenthaltsregelungen von Asylbewerbern und Ausländern mit ungesichertem Aufenthalt P 3 Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern P 4 Ausweisungsangelegenheiten

⁹ Rückgang durch Zuständigkeitsverlagerung für Namensänderungsanträge kurz zuvor Eingebürgerter auf die Bezirke.

¹⁰ Veränderungen in den Zuständigkeitsregelungen führen zu einer Verlagerung eines Großteils der Namensänderungs- und feststellungsverfahren mit geringerem Verwaltungsaufwand auf die Bezirke.

¹¹ Veränderungen in den Zuständigkeitsregelungen führen zu einer Verlagerung eines Großteils der Namensänderungs- und feststellungsverfahren mit geringerem Verwaltungsaufwand auf die Bezirke. Dieses hat einen Anstieg der durchschnittlichen Verfahrensdauer pro Antrag zur Folge.

Produktbereich: 02
Einwohner - Zentralamt

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	839	975	841	801	700
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	839	975	841	801	700
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	15.934	12.757	13.860	12.850	12.714
• Personalausgaben in Tsd. EUR	9.304	8.696	8.387	8.460	8.440
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.630	4.061	5.473	4.390	4.274
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	500	84	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	577	530	478	516	507
· innerbehördlich in Tsd. EUR	437	400	352	389	380
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	140	130	126	127	127

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Der Schwerpunkt der Einnahmen 2009 (2010) liegt bei der Erstattung von Rückführungskosten (Titel 281.01) in Höhe von 600 Tsd. EUR (500 Tsd. EUR).
Sach- und Fachausgaben 2009 (2010): Kosten für Rückführungen von ausreisepflichtigen Ausländern sowie Fahrtkosten der Asylbewerber (Titel 534.01) 1.100 Tsd. EUR (1.100 Tsd. EUR), Erstattungen und sonstigen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Betrieb der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung (ZEA) (Titel 671.62) 1.493 Tsd. EUR (1.399 Tsd. EUR).
Der Schwerpunkt der Personalausgaben liegt bei den Produkten 2 und 3.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	177,70	177,70	177,70	177,70

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Einreiseangelegenheiten:					
Neueingänge Visaanträge	5.476	5.285	7.000	7.000	7.000
Entscheidungen Visaanträge	5.726	5.596	7.000	7.000	7.000
Quote der Entscheidungen innerhalb von 6 Wochen nach Antragseingang in %	-	-	-	80	80
P 2: Aufenthaltsregelungen von Asylbewerbern und Ausländern mit ungesichertem Aufenthalt:					
Gesamtanzahl der betreuten Personen	12.113	9.243	-	8.500	7.000
davon: Anzahl Asylbewerber	1.477	1.019	2.000	1.000	1.000
davon: Anzahl Duldungsinhaber	9.322	6.864	11.000	6.000	5.200
davon: Personen mit Aufenthaltserlaubnissen nach §§ 25 Abs. 5 (während der ersten 18 Monate) oder 104a AufenthG	1.314	1.360	-	1.500	800
Anzahl ausreisepflichtiger Duldungsinhaber (in Anzahl Duldungsinhaber enthalten) ¹²	9.128	6.737	10.600	5.850	5.050
Tagesdurchschnittliche Belegung der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung ¹³	73,70	50,40	200	145	145
Durchschnittliche Jahreskosten pro untergebrachter Person in der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Tsd. EUR ¹⁴	32,90	21,70	-	11	11

¹² Teilmenge der Anzahl Duldungsinhaber.

¹³ Tagesdurchschnittliche Belegung 2006: 79,6 Personen im Zeitraum 01.01.-27.09. (Wohnschiff); 56,93 Personen im Zeitraum 28.09.-31.12. (Einrichtungen Sportallee und Nostorf)

¹⁴ Sinkende Durchschnittskosten durch steigende Anzahl der Unterbringungen.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 3: Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern:					
Anzahl Rückführungen	1.161	695	1.700	700	700
Durchschnittliche Kosten einer Rückführung in Tsd. EUR ¹⁵	4,80	6,80	2,40	6	6

Produktgruppe 03: Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten

Kapitel 8010

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Effiziente und effektive Umsetzung staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorgaben beim Erstellen von Nachweisen über den Erwerb/Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit (Ermöglichung der Geltendmachung von Rechtsansprüchen, insbesondere von staatsbürgerlichen Rechten).
Z 2: Optimierung der Beratung und effektive Ausgestaltung des Verfahrens bei Einbürgerungen.
<i>Produkte</i>
P 1 Staatsangehörigkeitsangelegenheiten P 2 Einbürgerungen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	960	777	1.011	765	765
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	960	777	1.011	765	765
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.539	1.414	1.484	1.621	1.727
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.290	1.182	1.253	1.374	1.476
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	249	232	231	247	251
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1	-	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	80	72	72	74	88
· innerbehördlich in Tsd. EUR	61	54	53	63	66
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	19	18	19	21	22

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Der Schwerpunkt der Einnahmen 2009 (2010) liegt mit 750 Tsd. EUR (750 Tsd. EUR) bei den Verwaltungsgebühren nach dem Staatsangehörigkeitsrecht (Titel 111.07).
Der Schwerpunkt der Ausgaben 2009 (2010) liegt mit 1.263 Tsd. EUR (1.356 Tsd. EUR) bei den Personalausgaben für das Produkt 2.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	24,20	24,20	24,20	24,20

¹⁵ In Folge der Auswirkungen der EU-Ost-Erweiterungen sind große Fallgruppen weggefallen, deren Verfahren nur selten arbeits- und kostenintensiv gewesen sind. Die Rückführungsverfahren der verbliebenen Fallgruppen (überwiegend außereuropäischer Personenkreis) sind in der Bearbeitung sowohl aufwändiger als auch teurer.

Produktbereich: 02
Einwohner - Zentralamt

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Staatsangehörigkeitsangelegenheiten:					
Anzahl Staatsangehörigkeitsbescheinigungen und -feststellungen	450	355	600	350	350
Durchschnittliche Kosten pro Staatsangehörigkeitsfeststellungsverfahren in EUR	194	213	-	252	252
P 2: Einbürgerungen:					
Eingänge Einbürgerungsanträge	5.451	4.168	5.500	3.900	3.900
Gesamtanzahl der abgeschlossenen Einbürgerungsverfahren	5.771	4.669	5.950	4.400	4.400
davon: vollzogene Einbürgerungen	4.620	4.033	4.500	4.000	4.000
Anzahl der laufenden Einbürgerungsverfahren	14.453	13.952	13.502	13.052	12.552
Durchschnittliche Kosten pro abgeschlossenem Einbürgerungsverfahren in EUR	225	266	-	302	302

Produktgruppe 04: Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr

Kapitel 8010

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Erhöhung der Verkehrsdisziplin durch zeitnahe und konsequente Ahndung von Ordnungswidrigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts im ruhenden und fließenden Verkehr. Folgende fachliche Entwicklung soll in 2009/2010 weiterverfolgt werden: Die Quote der Verfahrenseinstellungen bei den Ordnungswidrigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechtes soll auf dem erreichten niedrigen Niveau von rd. 8 % gehalten werden.
<i>Produkte</i>
P 1 Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	31.548	31.582	33.995	34.764	34.765
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	31.548	31.582	33.995	34.764	34.765
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	7.917	7.794	7.688	7.931	7.987
• Personalausgaben in Tsd. EUR	5.096	5.049	5.025	5.339	5.379
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.821	2.745	2.663	2.592	2.608
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	4	-	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	316	308	286	326	323
· innerbehördlich in Tsd. EUR	240	232	211	246	242
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	76	76	75	80	81

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Der Schwerpunkt der Einnahmen liegt 2009 (2010) bei den Einnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten (Titel 112.01) in Höhe von 34.500 Tsd. EUR (34.500 Tsd. EUR).
Der Schwerpunkt der Ausgaben 2009 (2010) liegt bei den Personalausgaben in Höhe von 5.339 Tsd. EUR (5.379 Tsd. EUR).
Der Schwerpunkt der Sach- und Fachausgaben 2009 (2010) liegt bei den Post- und Fernmeldegebühren (Titel 511.01 - anteilig) in Höhe von 1.490 Tsd. EUR (1.490 Tsd. EUR).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	105,40	105,40	105,40	105,40

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr:					
Gesamtanzahl der angezeigten Verkehrsordnungswidrigkeiten	1.255.066	1.295.834	1.523.000	1.552.000	1.552.000
Quote der Verfahreneinstellungen in %	8,31	7,87	8	8	8

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ¹⁶	16.286	21.930	14.443	13.935	13.809
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	15.457	21.708	14.280	13.502	13.365
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	829	222	163	433	444
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	632.603	645.167	654.094	660.295	663.671
• Personalausgaben in Tsd. EUR ¹⁷	560.716	569.264	576.229	579.889	582.370
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ¹⁸	71.887	75.903	77.865	80.406	81.301
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	3	3	3	3	3
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ¹⁹	18.758	16.121	15.988	18.753	16.287
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ²⁰	-	9.195,70	9.195,70	9.195,70	9.195,70
Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	557	569	487	566	566

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Abwehr von Gefahren und Beseitigung von Störungen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.
Z 2:	Konsequente Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sowie wirksame Prävention.
Z 3:	Stärkung der Sicherheit der Bürger und schnelle Hilfeleistung in Gefahren- und Notfällen.
Z 4:	Erhöhung der Sicherheit im Straßen- und Schiffsverkehr, Verbesserung des Verkehrsflusses.
Z 5:	Verstärkung der Dienstleistungsorientierung.
Z 6:	Steigerung der Effektivität und Effizienz der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung.
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung
PG 2	Verkehrssicherheitsaufgaben
PG 3	Wasserschutzpolizeiliche Fachaufgaben
PG 4	Bürgernahe Aktivitäten und sonstige Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
PG 5	Aus- und Fortbildung der Polizeibediensteten
PG 6	Aus- und Fortbildung der Wasserschutzpolizeibediensteten

¹⁶ Die Ergebnissteigerung 2007 entsteht insbesondere aus der Veräußerung des Grundstücks "Husarendenkmal" und Erstattungen der Hochschule der Polizei Hamburg für verauslagte Sachkosten und Serviceleistungen an die Polizei, die gleichmäßig auf die Produktgruppen 01 - 05 verteilt wurden. Dagegen stehen Mindereinnahmen bei den Ersatzvornahmen, die nur in der Produktgruppe 02 abgebildet werden.

Die Planwerte 2009/2010 sinken aufgrund erwarteter Mindereinnahmen bei den Ersatzvornahmen.

¹⁷ Die Erhöhung der Personalausgaben ist i. W. auf die von der Bürgerschaft beschlossene Verstärkung der Stellenausstattung bei der Polizei mit einem weiteren DNA-Team und weiteren 28 AiP für den Objektschutz zurückzuführen.

¹⁸ Ergebnissteigerung in 2007 insbesondere durch erhöhte Bewirtschaftungskosten und der erstmalig geleisteten Zuweisung an die Hochschule der Polizei Hamburg. Weitere Steigerungen ab 2007 aufwachsend durch Erstattungen an Dataport, PK-Bauprogramm sowie für Bewirtschaftungs- und Treibstoffkosten. Bis auf die Zuweisungen an die Hochschule der Polizei (nur Produktgruppe 05) wirkt sich dieser Anstieg auf alle Produktgruppen aus.

¹⁹ Mehrausgaben in 2007 gegenüber dem Plan 2007 sind im Zusammenhang mit der Errichtung von Sicherungsanlagen am US-GK und dem PK-Bauprogramm entstanden. Die Mehrausgaben wirken sich auf alle Produktgruppen aus. Die Steigerung im Plan 2009 ist auf einen Investitionskostenzuschuss für die bauliche Herrichtung im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von PK zurückzuführen und wirkt sich auf alle Produktgruppen aus.

²⁰ Für 2006 werden keine VZÄ ausgewiesen, weil sie für dieses Jahr noch nicht vorlagen.

Produktgruppe 01: Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung

Kapitel 8500

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Beibehaltung des hohen Niveaus bei der Bekämpfung von Delikten der Schwerstkriminalität. Z 2: Intensivierung der Maßnahmen gegen gefährliche Körperverletzung auf Straßen, Wegen oder Plätzen, speziell begangen durch Tatverdächtige unter 21 Jahren. Z 3: Reduzierung des Straßen- und Handtaschenraubes, speziell begangen durch Tatverdächtige unter 21 Jahren. Z 4: Intensivierung der Hilfe und Unterstützung für (potentielle) Kriminalitätsoffer, insbesondere in Fällen von Gewaltdelikten. Z 5: Erhöhung der Aufklärungsquote bei Haus- und Wohnungseinbrüchen und Senkung bzw. Konsolidierung der Fallzahlen bei Haus- und Wohnungseinbrüchen. Z 6: Fortführung der Bekämpfung der Delinquenz von Intensivtätern durch konsequente Umsetzung des Intensivtäterkonzeptes und interbehördlicher Kooperation. Z 7: Eindämmung der Verfügbarkeit und des Zugangs zu illegalen Drogen. Z 8: Gewährleistung des hohen Niveaus bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, insbesondere des islamistischen Terrorismus/Extremismus. Z 9: Zerschlagung/Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit von Täterstrukturen der Organisierten Kriminalität. Z 10: Verhütung der Jugendkriminalität.
<i>Produkte</i>
P 1 Polizeiliche Kriminalprävention Erläuterungen: Das Produkt unterteilt sich in örtliche (Zentraldirektion) und zentrale (Landeskriminalamt) Kriminalprävention und umfasst die Information potentieller und tatsächlicher Opfer sowie der Öffentlichkeit über Möglichkeiten, die individuelle Sicherheit durch präventives Verhalten einschließlich technischer Sicherungen zu erhöhen; Aufklärung der Opfer über deren Rechte, ggf. Angebot direkter Hilfe oder Aufzeigen weiterführender Hilfsangebote. Aufklärung von Tätern und Erziehungsverantwortlichen über normgerechtes und normabweichendes Verhalten sowie die strafrechtlichen Konsequenzen. Weiterführung und Ausbau der Zusammenarbeit mit anderen Verantwortungsträgern der Kriminalprävention zur Entwicklung abgestimmter und vernetzter Handlungskonzepte.
P 2 Bekämpfung örtlicher Kriminalität unter besonderer Berücksichtigung der Jugendkriminalität Erläuterungen: Bekämpfung insbesondere der Gewalt- und Eigentumsdelikte, die die Privatsphäre und das Sicherheitsempfinden der Bürger maßgeblich beeinträchtigen.
P 3 Verhütung und Bekämpfung der Schwerstkriminalität Erläuterungen: Schwerstkriminalität im Zuständigkeitsbereich des Landeskriminalamtes (LKA) umfasst z.B. Tötungs- und Sexualdelikte, Geiselnahme, Raub.
P 4 Bekämpfung der Rauschgiftdelikte
P 5 Bekämpfung der Organisierten Kriminalität Erläuterungen: Organisierte Kriminalität ist die von Gewinn- und Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als zwei Beteiligte auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen, unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder unter Einflussnahme auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft zusammenwirken.
P 6 Bekämpfung der Wirtschaftsdelikte
P 7 Verhütung und Bekämpfung der Staatsschutzkriminalität
P 8 Bekämpfung der Umweltkriminalität
P 9 Interne Ermittlungen (DIE) Erläuterungen: Ermittlung von strafrechtlich relevanten Sachverhalten innerhalb der gesamten öffentlichen Verwaltung einschließlich der Polizei.

Produktbereich: 05
Polizei und Wasserschutzpolizeischule

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ²¹	423	1.760	329	283	283
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	423	1.760	329	283	283
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	273.992	277.891	282.275	284.888	286.345
• Personalausgaben in Tsd. EUR	243.283	247.016	250.020	251.598	252.666
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	30.709	30.875	32.255	33.290	33.679
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	7.042	6.767	7.196	8.233	7.100

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	15.083	15.068	14.251	15.348	15.160
· innerbehördlich in Tsd. EUR	11.434	11.363	10.501	11.574	11.370
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	3.649	3.705	3.750	3.774	3.790

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Ausgabeschwerpunkte sind die Personalausgaben; sie fallen insbesondere für das Produkt 2 "Bekämpfung örtlicher Kriminalität unter besonderer Berücksichtigung der Jugendkriminalität" an.
Sach- und Fachausgaben 2009 (2010)
- Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken, Mieten und Pachten 16.320 Tsd. EUR (16.548 Tsd. EUR)
- Haltung von Fahrzeugen 3.607 Tsd. EUR (3.607 Tsd. EUR)
- Einsatzmittel 1.145 Tsd. EUR (1.145 Tsd. EUR)
- Kosten für Dolmetscher, Blutuntersuchungen und DNA-Analysen 2.249 Tsd. EUR (2.247 Tsd. EUR)
- Fahndungskosten 2.300 Tsd. EUR (2.300 Tsd. EUR)
- Betriebsausgaben 1.849 Tsd. EUR (1.849 Tsd. EUR)
Die Investitionsausgaben 2009 (2010) ergeben sich über die allgemein auf die Produktgruppen umgelegten Investitionen hinaus im Wesentlichen durch die Beschaffung von kriminaltechnischem Gerät 553 Tsd. EUR (724 Tsd. EUR) und Beschaffungen im Zusammenhang mit Telekommunikationsüberwachungsaufgaben 370 Tsd. EUR (54 Tsd. EUR)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	3.991	3.991	3.991	3.991

<i>Qualitätskennzahlen</i>	Erg. 2004	Erg. 2005	Erg. 2006	Erg. 2007
Aufklärungsquote in %				
Straßen- und Handtaschenraub in %	-	31,00	31,50	33,80
Gefährliche / schwere Körperverletzung auf Straßen Wegen und Plätzen in %	-	68,60	68,40	67,80
Vorsätzliche Tötungsdelikte in %	95,30	94,40	90,90	97,70
Haus- und Wohnungseinbrüche in % ²²	7,40	10,60	9,00	11,00

²¹ Zur Steigerung im Ergebnis 2007 vgl. auch die Fußnote zu den "Einnahmen" in der Gesamtdarstellung des Produktbereichs 05.

²² Fälle Einbruchsdiebstahl in/aus Lauben / Wochenendhäusern sind nicht enthalten.

<i>Fallzahlen</i>	Erg. 2004	Erg. 2005	Erg. 2006	Erg. 2007
Fallzahlen statistisch erfasster Straftaten gem. Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) ²³	261.268	244.807	236.547	237.048
Straßen- und Handtaschenraub ²⁴	-	2.434	2.201	2.109
Gefährliche / schwere Körperverletzung auf Straßen Wegen und Plätzen	-	2.473	3.056	3.427
Haus- und Wohnungseinbrüche ²⁵	5.736	5.241	4.733	5.712
Vorsätzliche Tötungsdelikte	85	90	66	44
Personalstunden durch uniformierte Kräfte zur Bekämpfung der Btm-Kriminalität (Teilmenge der Präsenz in PG01)	-	-	87.999	82.630
Anzahl der im laufenden Jahr abgeschlossenen OK-Verfahren	-	-	30	30
Höhe der vorläufigen Vermögenssicherungen in Tsd. EUR ²⁶	-	-	3.997	6.371
Anzahl der Cop4U	-	-	226	227
Anzahl norm- und hilfeverdeutlichende Gespräche	-	-	1.944	2.248

Produktgruppe 02: Verkehrssicherheitsaufgaben

Kapitel 8500

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z 1: Reduzierung von Unfallgefahren und Verkehrsrisiken</p> <p>Z 2: Verbesserung des Verkehrsflusses im Straßenverkehr</p> <p>Z 3: Konsequente Ahndung nicht verkehrsgerechten Verhaltens</p> <p>Z 4: Stärkung des verkehrsgerechten Verhaltens der Verkehrsteilnehmer, Stärkung der Normakzeptanz</p> <p>Z 5: Gewährleistung des sicheren und reibungslosen Verkehrsflusses im Stadtgebiet, insbesondere bei besonderen Anlässen</p> <p>Erläuterungen zur Entwicklung:</p> <p>Die Polizei setzt zur Verkehrsunfallbekämpfung auf ein Zusammenwirken von straßenverkehrsbehördlichen Maßnahmen, Verkehrsüberwachung sowie Verkehrserziehung und -aufklärung.</p> <p>Verkehrssicherheitsberatung und -erziehung wird zielgruppenorientiert fortgeführt; bei den Verkehrsteilnehmern wird eine nachhaltige Stärkung der Verkehrskompetenz durch Vermeidung von Verkehrsrisiken und eine Verbesserung verkehrsgerechten Verhaltens angestrebt. Besondere Schwerpunkte der polizeilichen Verkehrserziehung liegen im schulischen Bereich in den Klassen 1. - 6. sowie im vorschulischen Bereich (Kindergärten/Kindertagesheime). Die Maßnahmen werden regelmäßig von themenbezogener Öffentlichkeitsarbeit flankiert.</p> <p>Bei der Überwachung des fließenden Verkehrs konzentriert die Polizei mobile und stationäre Kontrollen auf erkannte Hauptunfallursachen (z.B. Geschwindigkeits- und Rotlichtverstöße, Alkohol- und Drogenkonsum im Straßenverkehr sowie auf Verstöße des gewerblichen Güterverkehrs). Dabei werden Schwerpunkte besonders an Unfallhäufungsstellen mit Personenschäden und im Umfeld von schützenswerten Einrichtungen, z.B. Schulen, Kindergärten und Altenheimen mit höherer Frequentierung schwächer geschützter Verkehrsteilnehmer gesetzt. Die Überwachung des ruhenden Verkehrs dient der Ahndung von Verkehrsverstößen mit den Schwerpunkten Beseitigung von Störungen des Fließverkehrs und dem Freihalten von Rettungswegen. Sie schließt konsequente, zeitnahe Abschleppmaßnahmen zur Gefahrenabwehr mit ein. Hierzu trägt die dauerhafte Einrichtung des Zentralen Verkehrsordnungsdienstes (ZVOD) als spezielle Überwachungseinheit in hohem Maße bei.</p> <p>Intensive Verkehrsbeobachtung sowie verkehrslenkende und regelnde Maßnahmen gewährleisten die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs im Alltag sowie bei besonderen Anlässen. Unfallsachbearbeitung und -ermittlung dienen der Feststellung von Verantwortlichkeiten, ermöglichen die Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten und sichern</p>

²³ Aufklärungsquoten und Fallzahlen werden regelmäßig mit der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) veröffentlicht. Einen Großteil der Straftaten machen Diebstahls- und Betrugsdelikte aus. Hier ist nur eine Auswahl von Delikten, an denen ein besonderes öffentliches Interesse besteht, aufgeführt.

²⁴ Fallzahlen des Straßen- und Handtaschendiebstahls, der gefährlichen/schweren Körperverletzung auf Straßen, Wegen und Plätzen sowie der Rauschgiftkriminalität sind wegen Zielanpassungen für die bisherigen Fallzahlen Gewaltdelikte und Raubdelikte (gesamt) in die Produktinformation aufgenommen worden.

²⁵ Fälle Einbruchsdiebstahl in/aus Lauben / Wochenendhäusern sind nicht enthalten.

²⁶ Vermögensabschöpfung betrifft illegal erlangte Werte, die von der Polizei gesichert und mittels rechtmäßigen Urteils oder aufgrund Verzehrs eingezogen werden. Sie werden auf einem speziellen Konto der Justizbehörde gebucht.

Produktbereich: 05
Polizei und Wasserschutzpolizeischule

<p>die Grundlagen zur Sicherung zivilrechtlicher Ansprüche.</p> <p>Mit ihren straßenverkehrsbehördlichen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr, insbesondere durch qualifizierte örtliche Unfalluntersuchungen und -analysen, leistet die Polizei einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung von Verkehrsabläufen sowie zur sicheren Gestaltung des Verkehrsraumes.</p>
<p><i>Produkte</i></p>
<p>P 1 Verkehrsprävention</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Das Produkt unterteilt sich in zentrale (Verkehrsdirektion) und örtliche (Zentraldirektion) Verkehrsprävention und beinhaltet Verkehrserziehung, Verkehrsaufklärung, Verkehrsinformation, Öffentlichkeitsarbeit; Zusammenarbeit mit anderen Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit.</p> <p>P 2 Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Das Produkt unterteilt sich in zentrale (Verkehrsdirektion) und örtliche (Zentraldirektion) Verkehrsüberwachung hinsichtlich des Verhaltens und der Eignung der Verkehrsteilnehmer sowie des technischen Zustandes der Fahrzeuge; mobile und stationäre Verkehrsüberwachung, die sich besonders an Verkehrsunfallhäufungsstellen und -linien sowie an Hauptunfallursachen orientiert.</p> <p>Es umfasst die Feststellung und Verfolgung von Verkehrsverstößen mit den Schwerpunkten Beseitigung von Störungen im Fließverkehr und Freihalten von Rettungswegen einschließlich konsequenter, zeitnaher Abschleppmaßnahmen.</p> <p>P 3 Verkehrsunfallsachbearbeitung, Ermittlung von Verkehrsverstößen</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Das Produkt wird in getrennter Zuständigkeit durch die Verkehrsdirektion und die Zentraldirektion erbracht. Hierzu gehört die Aufnahme und Bearbeitung von Verkehrsunfällen; Ermittlung von strafbaren Handlungen und Ordnungswidrigkeiten bei Verkehrsdelikten.</p> <p>P 4 Verkehrsbeobachtung, -lenkung, -regelung</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Beobachtung des Straßenverkehrs, Einleitung verkehrslenkender und -regelnder Maßnahmen mit dem Ziel, die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu verbessern; Verkehrswarndienst.</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ²⁷	7.190	7.631	6.798	5.957	5.957
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	7.190	7.631	6.798	5.957	5.957
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	123.193	124.616	127.072	128.077	128.722
• Personalausgaben in Tsd. EUR	107.550	109.200	110.524	111.228	111.700
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	15.643	15.416	16.548	16.849	17.022
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	2.758	3.616	2.889	3.608	3.118

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	6.668	6.661	6.300	6.784	6.703
· innerbehördlich in Tsd. EUR	5.055	5.023	4.642	5.116	5.027
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	1.613	1.638	1.658	1.668	1.676

²⁷ Zum Ergebnis 2007 vgl. auch die Fußnote zu den "Einnahmen" in der Gesamtdarstellung des Produktbereichs. Der Rückgang bei den Planzahlen 2009/2010 ist insbesondere auf die geringere Einnahmeerwartung bei den Ersatzvornahmen zurückzuführen.

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Einnahmen 2009 (2010)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verwaltungsgebühren - Straßenverkehr 1.182 Tsd. EUR (1.182 Tsd. EUR) - Ersatzvornahmen 4.380 Tsd. EUR (4.380 Tsd. EUR). <p>Ausgabenschwerpunkt sind die Personalausgaben; sie fallen hauptsächlich für das Produkt 2 "Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs" an.</p> <p>Sach- und Fachausgaben 2009 (2010)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken sowie Mieten und Pachten 7.215 Tsd. EUR (7.315 Tsd. EUR) - Haltung von Fahrzeugen 1.965 Tsd. EUR (1.965 Tsd. EUR) - Blutuntersuchungen, Gerichtskosten- und Sachverständigenkosten 1.492 Tsd. EUR (1.491 Tsd. EUR) - Betriebsausgaben 778 Tsd. EUR (778 Tsd. EUR) <p>Die Investitionsausgaben 2009 (2010) ergeben sich über die allgemein auf die Produktgruppen umgelegten Investitionen hinaus durch die Beschaffung von verkehrstechnischem Gerät 375 Tsd. EUR (322 Tsd. EUR).</p>

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	1.764	1.764	1.764	1.764

<i>Fallzahlen</i>	Erg. 2004	Erg. 2005	Erg. 2006	Erg. 2007
Anzahl der Verkehrsunfälle gesamt	57.680	58.799	58.573	62.500
Verkehrsunfälle mit Personenschäden (Verletzten und Toten)	8.839	8.888	8.257	8.499
- mit getöteten Personen	-	-	28	30
- mit schwerverletzten Personen	-	-	808	754
- mit leichtverletzten Personen	-	-	7.421	7.715
Festgestellte Ordnungswidrigkeiten pro Überwachungsstunde Angestellter im Außen- bzw. Polizeidienst im ruhenden Verkehr	6,78	6,50	5,70	6,30
Anzahl Verkehrsunterrichtsstunden	-	-	23.404	23.775
Verfolgungsindex - Anzahl der festgestellten Owi im Verhältnis zur Zahl der Verkehrsunfälle (mit Unfallursache)				
Geschwindigkeit	-	-	98,70	119
Alkoholeinfluss	-	-	0,83	0,78
Drogeneinfluss	-	-	10,70	10,50
Rotlicht	-	-	27,90	26,20

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Aufrechterhaltung und Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs auf der Elbe (Vertragsgebiet) und im Hamburger Hafen
Z 2:	Gewährleistung der Hafensicherheit, insbesondere durch Überwachung der Einhaltung der Vorschriften des Hafensicherheitsgesetzes
Z 3:	Gewährleistung der Sicherheit der Schengen-Außengrenze Hamburg-Hafen
Z 4:	Gewährleistung der Sicherheit bei der Beförderung und dem Umschlag gefährlicher Güter
Erläuterungen zur Entwicklung:	
Die Sicherheit des Schiffsverkehrs im Hamburger Hafen sowie in seinem Zu- und Ablauf wird durch intensive Überwachungs- und Präventionsmaßnahmen weiterhin auf hohem Niveau gewährleistet.	
Die hafen- und schiffahrtsbezogene Gefahrenabwehr umfasst dabei auch den proportional mit dem Hafenumschlag zunehmenden Transport gefährlicher Güter auf den Verkehrsträgern Straße und Schiene.	
Wegen möglicher terroristischer Aktivitäten gegen Hafenanlagen und Schiffe ist die Umsetzung und Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften des international gültigen ISPS-Code sowie des Hafensicherheitsgesetzes auch weiterhin ein Schwerpunkt der wasserschutzpolizeilichen Tätigkeit.	
<i>Produkte</i>	
P 1	Wasserschutzpolizeiliche Prävention Erläuterungen: Verhütung bzw. Minimierung nicht gesetzeskonformen Verhaltens sowie von Schadensfällen durch gezielte Prävention im Bereich der Wasserschutzpolizeilichen Fachaufgaben (P 2 bis P 4).
P 2	Schiffahrtspolizeiliche Vollzugsaufgaben, einschließlich Umsetzung und Überwachung der Einhaltung des ISPS-Code. Erläuterungen: Überwachung der Einhaltung von Vorschriften die der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs sowie dem Umweltschutz dienen. Kontrolle und Überprüfung der vorgeschriebenen Papiere betreffend Schiff, Ladung und Besatzung. Ermittlung bei Schiffsunfällen. Ermitteln von Gefahren für den Schiffsverkehr sowie von der Schifffahrt ausgehender Gefahren einschließlich solcher für das Wasser.
P 3	Grenzpolizeiliche Aufgaben Erläuterungen: Polizeiliche Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs im Hamburger Hafen und Überwachung der Grenzübergangsstelle Hamburger Hafen.
P 4	Gefahrgutrechtliche Aufgaben Erläuterungen: Überwachung der Beförderung gefährlicher Güter auf den Verkehrsträgern Wasser, Straße und Schiene sowie die Einhaltung damit in Verbindung stehender einschlägiger Rechtsvorschriften. Wahrnehmung spezieller fachbehördlicher Aufgaben.
P 5	Hafensicherheitsrechtliche Aufgaben zur maritimen Gefahrenabwehr Erläuterungen: Überwachung der Umsetzung und Einhaltung der Vorschriften des Hafensicherheitsgesetzes, insbesondere durch: - Erstellen von Risikobewertungen - Genehmigung der Gefahrenabwehrpläne - Kontrollen - Zuverlässigkeitsüberprüfungen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ²⁸	2.259	3.577	2.213	2.268	2.268
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2.259	3.577	2.213	2.268	2.268
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	24.836	25.454	25.727	25.995	26.125
• Personalausgaben in Tsd. EUR	21.649	21.981	22.247	22.389	22.484
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.187	3.473	3.480	3.606	3.641
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	3	3	3	3	3

²⁸ Zum Ergebnis 2007 vgl. auch die Fußnote zu den Einnahmen in der Gesamtdarstellung des Produktbereichs 05.

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.714	534	1.058	723	636

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.343	1.341	1.268	1.366	1.349
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.018	1.011	934	1.030	1.012
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	325	330	334	336	337

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen 2009 (2010) Erstattungen von Kosten durch die Länder Niedersachsen u. Schleswig-Holstein für die Wahrnehmung von wasserschutzpolizeilichen Aufgaben 2.156 Tsd. EUR (2.156 Tsd. EUR).
Ausgabenschwerpunkt sind die Personalausgaben; sie fallen insbesondere für das Produkt 3 "Grenzpolizeiliche Aufgaben" an.
Sach- und Fachausgaben 2009 (2010) - Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken sowie Mieten und Pachten 1.452 Tsd. EUR (1.452 Tsd. EUR), - Haltung von Fahrzeugen 1.445 Tsd. EUR (1.445 Tsd. EUR).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	355	355	355	355

<i>Qualitätskennzahlen</i>	Erg. 2004	Erg. 2005	Erg. 2006	Erg. 2007
Seeschiffskontrolldichte in % ²⁹	65,10	56,70	57,40	44,20
Beanstandungsquote anlässlich der Schiffskontrollen in %	17,80	19,00	14,30	14,00
Anzahl der überprüften Gefahrgutcontainer (Hafenumschlag)	2.071	2.673	2.441	2.411
Beanstandungsquote bei überprüften Gefahrgutcontainern in % ³⁰	82	85,60	79,70	88,70
Anzahl der überprüften Straßenfahrzeuge mit Gefahrgut	3.793	3.806	3.158	3.157
Beanstandungsquote bei überprüften Gefahrguttransporten auf der Straße in % ³¹	54,40	54,70	54,70	53,60
Anzahl der überprüften Schienenfahrzeuge mit Gefahrgut	385	449	338	295
Beanstandungsquote bei überprüften Schienenfahrzeugen mit Gefahrgut in %	17,70	12,20	18,30	21,40
Anzahl der an der Grenzübergangsstelle HH-Hafen ausgestellten Ausnahmesichtvermerke und Passersatzpapiere ³²	87.221	101.658	116.316	121.010

²⁹ Kennzahl bezieht sich nur auf die den Hamburger Hafen anlaufenden und dort kontrollierten Seeschiffe.

³⁰ Die hohe Beanstandungsquote ist verfahrensbedingt und ergibt sich aus einer zielgerichteten Vorselektion, bei der anhand von Verdachtsindikatoren ca. 1 bis 2 % der im Hafen umgeschlagenen Gefahrgutcontainer ausgewählt und vor Ort überprüft werden.

³¹ Die hohe Beanstandungsquote ist verfahrensbedingt und ergibt sich aus einer zielgerichteten Vorselektion, bei der anhand von Verdachtsindikatoren gezielt Brennpunkte und Fahrzeuge mit offensichtlichen gefahrgutrechtlichen Mängeln bzw. Fahrzeuge, die aufgrund polizeilicher Erfahrungen häufiger mit gefahrgutrechtlichen Mängeln in Verbindung zu bringen sind, ausgewählt und überprüft werden.

³² Summe der Passierscheine, Ausnahmevisa und Reiseausweise als Passersatz.

Produktgruppe 04: Bürgernahe Aktivitäten und sonstige Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Kapitel 8500

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Gewährleistung einer zügigen Hilfeleistung/Einsatzabwicklung
Z 2: Gewährleistung einer hohen uniformierten Präsenz
Z 3: Schutz gefährdeter Objekte
Z 4: Gewährleistung einer störungsfreien Durchführung von Versammlungen, Aufzügen und Veranstaltungen
<i>Produkte</i>
P 1 Präsenz Erläuterungen: Erfüllung der Bürgererwartungen durch erkennbare Streifentätigkeit - insbesondere auch als Fuß-, Fahrrad- und Motorradstreifen - verbunden mit unmittelbarer Ansprechbarkeit vor Ort und aktiver Kontaktaufnahme mit dem Bürger.
P 2 Gefahrenabwehrende Maßnahmen des täglichen Dienstes Erläuterungen: Abwehr und Beseitigung von Gefahren und Störungszuständen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.
P 3 Schutzmaßnahmen Erläuterungen: Lageorientierter Schutz von Personen, Objekten, Verkehrswegen, Anlagen und Betrieben.
P 4 Maßnahmen aus besonderem Anlass Erläuterungen: Über den täglichen Dienst hinausgehende erforderliche Maßnahmen zum Schutz und zur Gewährleistung einer störungsfreien Durchführung von Veranstaltungen sowie Aufzügen und Versammlungen.
P 5 Veranstaltungen/Polizeiorchester/Landesfernmeldezug Erläuterungen: Mitwirkung bei der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit durch Organisation von in- und externen Veranstaltungen sowie Repräsentation der Polizei und der Freien und Hansestadt Hamburg durch das Polizeiorchester.

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ³³	3.353	5.061	2.706	2.707	2.576
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	3.353	5.061	2.706	2.707	2.576
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	177.189	180.325	181.893	183.863	184.820
• Personalausgaben in Tsd. EUR	159.731	162.182	164.147	165.194	165.895
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ³⁴	17.458	18.143	17.746	18.669	18.925
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ³⁵	5.345	4.310	4.003	4.855	4.197

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	9.903	9.893	9.356	10.077	9.953
· innerbehördlich in Tsd. EUR	7.507	7.460	6.894	7.599	7.465
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	2.396	2.433	2.462	2.478	2.488

³³ Zur Steigerung im Ergebnis 2007 vgl. auch die Fußnote zu den Einnahmen in der Gesamtdarstellung des Produktbereichs 05.

³⁴ Zur Steigerung im Ergebnis 2007 vgl. auch die Fußnote zu den "Sach- und Fachausgaben" in der Gesamtdarstellung des Produktbereichs 05.

³⁵ Zur Steigerung der Planzahl 2009 vgl. auch die Fußnote zu den Investitionen in der Gesamtdarstellung des Produktbereichs 05.

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Einnahmen 2009 (2010)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verwaltungsgebühren 1.624 Tsd. EUR (1.624 Tsd. EUR), - Erstattung von Kosten durch andere Länder f.d. Einsatz Hamburger Polizeibeamten 200 Tsd. EUR (200 Tsd. EUR). <p>Ausgabenschwerpunkt sind die Personalausgaben; sie fallen für die Produkte 1 "Präsenz" und 2 "Gefahrenabwehrende Maßnahmen des täglichen Dienstes" an.</p> <p>Sach- und Fachausgaben 2009 (2010)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken sowie Mieten und Pachten 10.715 Tsd. EUR (10.865 Tsd. EUR), - Haltung von Fahrzeugen 2.308 Tsd. EUR (2.308 Tsd. EUR), - Betriebsausgaben 1.009 Tsd. EUR (1.009 Tsd. EUR).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	2.620	2.620	2.620	2.620

<i>Qualitätskennzahlen</i>	Erg. 2004	Erg. 2005	Erg. 2006	Erg. 2007
Anzahl der Funkstreifeneinsätze gesamt	-	-	475.619	491.100
Anteil der Einsätze in den Prioritätsbereichen 110 und 100 mit einer Vergabezeit von vier Minuten in % ³⁶	-	-	-	80,10
Anteil der Einsätze in den Prioritätsbereichen 70 und 60 mit einer Vergabezeit innerhalb von 15 Minuten in % ³⁷	-	-	-	79,60
Personalstunden Präsenz (Fuß-, Fahrradstreifen und Motorradstreifen) ³⁸	627.436	651.771	654.155	590.716
Versammlungen unter Aufruf der Alarmabteilung Hamburg und/oder Einsatz auswärtiger Kräfte	11	18	6	7
Nicht störungsfrei verlaufene Versammlungen	69	83	55	49
Anzahl angemeldeter Versammlungen und Aufzüge	-	-	1.307	938

Produktgruppe 05: Aus- und Fortbildung der Polizeibediensteten

Kapitel 8500

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z 1: Bedarfsgerechte und wirtschaftliche Aus- und Fortbildung der Polizeibediensteten.</p> <p>Erläuterungen zur Entwicklung: Nach Beschluss der Bürgerschaft wurde die Hochschule der Polizei Hamburg gegründet und wird seit 2007 als</p>

³⁶ Entspricht den beiden höchsten Prioritätsbereichen. Vergabezeit ist die Spanne zwischen Systemeingabe des Ereignisses bis zur ersten einsatzbezogenen Statusmeldung. Polizeiliches Ziel ist schnelles Eintreffen am Einsatzort, wobei die Anlässe entsprechend ihrer Dringlichkeit eingestuft werden.

³⁷ Entspricht den beiden nächst höheren Prioritätsbereichen.

Produktbereich: 05
Polizei und Wasserschutzpolizeischule

rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts als eigenständige Einrichtung nach § 15 LHO auf der Grundlage eines eigenen Wirtschaftsplans geführt. Die Produktinformation der Hochschule ist in der Anlage zum Wirtschaftsplan der Hochschule (rosa Seiten) abgebildet.

Die fachspezifische Berufsausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst, wie beispielsweise Einsatztraining, Schießen und Sport, wird von der Ausbildungsbehörde unter Inanspruchnahme der Landespolizeischule durchgeführt.

Einstellungssituation Anzahl Lehrgangsanwärter Laufbahnabschnitt I (LA I):

Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
56	56	28	125	125

Immatrikulation Anzahl Lehrgangsanwärter Laufbahnabschnitt II (LA II):

Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
0	26	84	50	50

Die Einstellung des LA II erfolgt seit 2007 erst nach einem achtmonatigen Grundstudium an der Hochschule der Polizei Hamburg im Rahmen einer Bestenauslese. Die Angaben stellen insofern die Einstellungszahlen des Folgejahres dar.

Produkte

- P 1 Ausbildung
- P 2 Fortbildung
- P 3 Pädagogikdienste
- P 4 Zentrale Dienstleistungen Personalauswahl

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ³⁹	417	1.615	303	315	315
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	417	1.615	303	315	315
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	31.050	34.608	34.798	35.084	35.247
• Personalausgaben in Tsd. EUR	27.185	27.604	27.927	28.117	28.236
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁴⁰	3.865	7.004	6.871	6.967	7.011
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁴¹	663	780	641	815	703

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.686	1.684	1.592	1.715	1.695
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.278	1.270	1.173	1.293	1.271
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	408	414	419	422	424

³⁹ Zum Ergebnis 2007 vgl. auch die Fußnote zu den Einnahmen in der Gesamtdarstellung des Produktbereichs 05.

⁴⁰ Zum Ergebnis 2007 sowie den Planzahlen 2009 und 2010 vgl. auch die Fußnote zu den Sach- und Fachausgaben in der Gesamtdarstellung des Produktbereichs 05.

⁴¹ Zum Ergebnis 2007 vgl. auch die Fußnote zu den Investitionen in der Gesamtdarstellung des Produktbereichs 05.

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Einnahmen 2009 (2010)</p> <p>- Einnahmen aus Personalunterkünften 245 Tsd. EUR (245 Tsd. EUR).</p> <p>Ausgabenschwerpunkt sind die Personalausgaben; sie fallen für die Produkte 1 "Ausbildung" und 2 "Fortbildung" an.</p> <p>Sach- und Fachausgaben 2009 (2010)</p> <p>- Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken sowie Mieten und Pachten 1.824 Tsd. EUR (1.849 Tsd. EUR),</p> <p>- Haltung von Fahrzeugen 292 Tsd. EUR (292 Tsd. EUR),</p> <p>- Aus- und Fortbildungskosten 958 Tsd. EUR (958 Tsd. EUR).</p>

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	446	446	446	446
Stellen für Auszubildende	307	378	378	436	436
davon Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund ⁴²	8,60	10,80	20	20	20
Teilnehmertage Fortbildung	38.700	43.580	40.000	40.000	40.000
durchschnittliche Fortbildungskosten je Beschäftigtem in EUR	470	536	448	489	489

Produktgruppe 06: Aus- und Fortbildung der Wasserschutzpolizeibediensteten

Kapitel 8520

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z 1: Bedarfsgerechte und wirtschaftliche Aus- und Fortbildung der Wasserschutzpolizeibediensteten aller Bundesländer (mit Ausnahme Thüringen).</p> <p>Z 2: Unterbringung und Vollverpflegung aller Teilnehmer.</p> <p>Z 3: Verstetigung der Einnahmen durch Angebote an Externe nach Maßgabe freier Kapazitäten.</p> <p>Erläuterungen zur Entwicklung:</p> <p>Neben technischen Ersatzbeschaffungen und planmäßigen Sanierungen der Gebäudefassaden erfolgen 2009 und 2010 auch Maßnahmen zur Modernisierung, Sanierung und Neugestaltung der Unterkünfte für die aus anderen Bundesländern abgeordneten Fachlehrer.</p> <p>Die Schule nimmt ihren Bildungsauftrag mittels einer verstärkten Nutzung von IuK-Technik auch zukünftig verlässlich auf hohem fachlichem Niveau wahr; ihr ständig aktualisiertes Aus- und Fortbildungsangebot berücksichtigt dabei die sich wandelnden Schulungsbedarfe der Wasserschutzpolizeien in den Bundesländern. Ergänzend zur Wissensvermittlung im Unterricht hat die Wasserschutzpolizei-Schule erste Schritte für die Aufnahme eines DV-basierten Wissenstransfers zu den Polizeien im Bundesgebiet aufgenommen.</p> <p>Die Bundesländer übernehmen gemäß dem Abkommen über die Wasserschutzpolizei-Schule rd. 84 % aller Kosten (siehe Einnahmen).</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Aus- und Fortbildung der Wasserschutzpolizeibediensteten aller Länder an der WSPS</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Ausgenommen ist Thüringen, da es nicht über eine eigene Wasserschutzpolizei verfügt.</p> <p>P 2 Internatsbetrieb WSPS</p>

⁴² Der angestrebte Anteil Auszubildender mit Migrationshintergrund beträgt laut Zielwert des Senats 20%.

Produktbereich: 05
Polizei und Wasserschutzpolizeischule

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.644	2.286	2.094	2.405	2.410
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ⁴³	1.815	2.064	1.931	1.972	1.966
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	829	222	163	433	444
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.328	2.232	2.329	2.388	2.412
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.304	1.240	1.364	1.363	1.387
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.024	992	965	1.025	1.025
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.236	114	201	519	533
zurechenbare Einnahmen in Tsd. EUR	738	800	762	867	834

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	81	76	77	82	83
· innerbehördlich in Tsd. EUR	61	57	57	62	62
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	20	19	20	20	21

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Höhe der Betriebskosten- und Investitionskostenanteile der Länder sind abhängig von der Sollstärke der Wasserschutzpolizeibeamten der Länder des jeweils vorletzten Haushaltsjahres und der Höhe der jeweiligen Ausgaben. Der Anteil Hamburgs an den Gesamtkosten beträgt für die Jahre 2009 und 2010 rund 16,5 %.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	19,70	19,70	19,70	19,70
Teilnehmertage	18.050	16.938	15.613	17.868	16.669

<i>Kostenkennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Kosten Aus- und Fortbildung an der WSPS in Tsd. EUR	-	1.600	1.789	2.264	2.268
Kosten Internatsbetrieb in Tsd. EUR	692	645	559	447	458
Anteil eigener Einnahmen an den Gesamtausgaben in %	21,36	36	32,45	32	31
Ausbildungskosten eines WSP-Beamten gesamt in Tsd. EUR	33,42	35,13	34,02	38,13	40,13
davon LA I an der LPS in Tsd. EUR	18,42	18,13	15,02	18,13	18,13
davon Ausbildungsteil an der WSPS in Tsd. EUR	15	17	19	20	22

⁴³ Die Betriebseinnahmen enthalten die Anteile zurechenbarer Einnahmen.

Produktbereich 06: Brandschutz, Rettungsdienst, Bevölkerungsschutz

Kapitel 8550

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	31.197	36.711	38.787	37.892	37.892
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	31.197	36.711	38.787	37.892	37.892
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	159.649	163.549	165.270	167.729	169.463
• Personalausgaben in Tsd. EUR	130.118	133.921	135.167	136.523	137.912
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁴⁴	29.531	29.628	30.103	31.206	31.551
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	170	228	230	230	230
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	11.154	4.961	6.830	8.994	7.880
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ⁴⁵	-	2.305,63	2.305,63	2.305,63	2.305,63
Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	405	425	398	433	433

<i>Ziele des Produktbereichs</i>
<p>Z 1: Leben und Lebensqualität erhalten.</p> <p>Z 2: Schutz und Rettung von Menschen, Tieren und Sachwerten vor bzw. aus Gefahren.</p> <p>Z 3: Schäden vorbeugen, begrenzen und Folgeschäden vermeiden.</p> <p>Z 4: Schutz der Umwelt.</p> <p>Z 5: Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.</p> <p>Folgende Entwicklungen sollen 2009 und 2010 weiterverfolgt werden:</p> <p>Die Entwicklung der Metropolregion mit einem Ansteigen des Verkehrs, der Besucherströme der Stadt sowie des Hafens verlangen eine entsprechende Ausrichtung der Feuerwehr Im Hinblick auf eine stabile Funktionsbesetzung sowie der Aus- und Fortbildung, um dem Einsatzaufkommen mit hoher Qualität zu begegnen.</p> <p>Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wird es zunehmend schwieriger, geeignetes Fachpersonal zu finden. Die Aus- und Fortbildung wird zukünftig gestärkt und neu organisiert. In enger Zusammenarbeit zwischen der Landesfeuerwehrschule und der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) sind eigene Studiengänge entwickelt worden.</p> <p>Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung ist die stabile Personalausstattung, die den Bürgerinnen und Bürgern eine verlässliche, gleich bleibend hohe Produktqualität sichert. Dieses auch in kritischen Situationen sicher zu stellen, ist durch beamtete Feuerwehrleute gewährleistet.</p> <p>Im Rahmen der Maßnahmen zur Neuausrichtung der Gefahrenabwehr bei Großschadenslagen (z.B. auf Schiffen oder bei Terroranschlägen) wird die Ausbildung der Selbsthilfekräfte, insbesondere die Führungskräfteausbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Ehrenamtlichen im abwehrenden Katastrophenschutz optimiert. Flankierend wird die materielle Ausstattung der Einsatzkräfte verbessert.</p> <p>Allgemeine Erläuterungen zum Produktbereich: Die Haushalts- und Kostendaten enthalten in jeder Produktgruppe die Kosten für die Dienstleistungsbereiche Verwaltung, Einsatzzentrale und Technische Abteilung, die, soweit möglich, verursachungsgerecht zugeordnet wurden. Die Vollzeitäquivalente aus der Verwaltung, der Einsatzzentrale und der Technischen Abteilung sind den Produktgruppen ebenfalls verursachungsgerecht zugeordnet. Aussagen zur mittelfristigen Aufgabenentwicklung des Produktbereiches sind im Finanzbericht (Abschnitt „Entwicklung in ausgewählten Aufgabenfeldern der Mittelfristigen Aufgabenplanung“) enthalten.</p> <p>Angaben zu den Vollzeitäquivalenten: Die Einsatzkräfte der Feuerwehr Hamburg erbringen Leistungen für die Produktgruppen "Gefahrenabwehr" und "Rettungsdienst". Bei der jeweiligen Anzahl handelt es sich um eine Rechengröße. Von der Gesamtzahl für beide Produktgruppen wurden für die im Rettungsdienst Tätigen entsprechend den Funktionen auf den Rettungsfahrzeugen 500,7 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 02 zugeordnet, außerdem ein entsprechender Anteil an der Wachführung</p>

⁴⁴ Inkl. Zuweisungsbeträge an die Landesfeuerwehrschule (LFS); diese sind keiner Produktgruppe zugeordnet worden. Für 2009 (2010) sind 5.657 Tsd. EUR (5.657 Tsd. EUR) geplant. In 2007 waren es 5.408 Tsd. EUR, in 2006 5.409 Tsd. EUR. Weitere Informationen zur LFS siehe Wirtschaftsplan (Anlage).

⁴⁵ Für 2006 werden keine VZÄ ausgewiesen, weil sie für dieses Jahr noch nicht vorlagen.

Produktbereich: 06
Brandschutz, Rettungsdienst, Bevölkerungsschutz

<p>(27,9 Vollzeitäquivalente). Darüber hinaus trägt jede Produktgruppe einen Anteil der nicht direkt zuzuordnenden Vollzeitäquivalente aus den vorgenannten Dienstleistungsbereichen.</p> <p>Zur Stärkung des Einsatzdienstes der Feuerwehr werden für 2009 (2010) jeweils 20 zusätzliche Vollzeitäquivalente geschaffen. Zusätzlich werden für die Aufgabe Gefahrenerkennung Kampfmittelverdacht ab 2009 weitere 4 Vollzeitäquivalente geschaffen.</p> <p>Die Vollzeitäquivalente für die Ausbildung und sonstigen Stellenbedarfe sind produktgruppenübergreifend. Für 2009 (2010) können 121,7 Vollzeitäquivalente (davon 105 für Ausbildung) bzw. 6,9 Mio. EUR (7,0 Mio. EUR) nicht den Produktgruppen direkt zugeordnet werden.</p>	
<p><i>Produktgruppen - Überblick</i></p>	
PG 1	Gefahrenabwehr
PG 2	Rettungsdienst
PG 3	Gefahrenvorbeugung

Produktgruppe 01: Gefahrenabwehr

Kapitel 8550

<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i></p>	
<p>Z 1: Rettung von Menschen, Tieren und Sachwerten nach Art, Umfang und Qualität entsprechend der jeweiligen Risiken in den Stadtgebieten</p> <p>Z 2: Beseitigen von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung</p> <p>Z 3: Schutz der Umwelt</p> <p>Z 4: Räumung von Kampfmitteln</p> <p>Z 5: Risikoorientierte Vorhaltung und Organisation der Einsatzkräfte und Einsatzmittel</p> <p>Z 6: Sicherung der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung durch Nachwuchsförderung, insbesondere durch Förderung des Ehrenamtes und der Gleichstellung sowie Integration von Migranten</p> <p>Erläuterungen zur Entwicklung:</p> <p>Mit den vorhandenen Einsatzkräften soll der hohe Qualitätsstandard gesichert werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen im Notfall schnellstmögliche Hilfe erhalten.</p> <p>Zur Bewältigung von Gefahrenlagen wird die spezifische Gefahrenabwehrplanung für die Metropolregion unter Berücksichtigung der demographischen, verkehrstechnischen und industriellen Veränderungen kontinuierlich fortgeschrieben. Die Aus- und Fortbildung wird darauf ausgerichtet und mit den norddeutschen Ländern koordiniert. Das bestehende Sicherheitsniveau der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr wird hierdurch stets gewährleistet werden.</p> <p>Mit geeigneten Maßnahmen der Gefahrenabwehr sollen entsprechend den Vorgaben des Strukturkonzeptes die Eintreffzeiten bei voller Sollstärke der Löschzüge kontinuierlich nachhaltig verbessert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren sind entsprechend ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit einbezogen.</p> <p>Die unmittelbare Abwehr von chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Gefahren zum Schutz der Umwelt ist Aufgabe der Feuerwehr. Entscheidend dabei ist ihre analytische Taskforce, ausgestattet mit umfangreichem technischem Gerät zur Feststellung einer Gefährdung, um geeignete Maßnahmen zum Eingrenzen, Abdichten, Auffangen und Beseitigen von Gefahrstoffen zu planen und umzusetzen. Ziel ist es, diese Einheit in ein nationales und europäisches Sicherheitskonzept einzubinden.</p> <p>Unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (demographische Entwicklung, daraus resultierender Fachkräftemangel und verstärkte Nachfragekonkurrenz mit der Wirtschaft um die geringer werdende Erwerbsbevölkerung) kommt der Förderung des ehrenamtlichen Engagements, der Erhöhung der Anzahl und Verweildauer von Angehörigen in den Freiwilligen Feuerwehren sowie dem Anteil von Frauen im Einsatzdienst und von Einsatzkräften mit Migrationshintergrund eine nachhaltige Bedeutung zu.</p> <p>Notrufe und Einsätze bei der Feuerwehr sind nicht planbar und steuerbar. Zur Darstellung der Entwicklung werden Fallzahlen der vergangenen vier Jahre dargestellt. Weitergehende Informationen sind der Einsatzstatistik des Jahresberichtes der Feuerwehr Hamburg zu entnehmen.</p>	
<p><i>Produkte</i></p>	
<p>P 1 Brandbekämpfung</p> <p>P 2 Technische Hilfeleistung</p> <p>P 3 abwehrender Umweltschutz</p> <p>P 4 Kampfmittelräumung</p> <p>P 5 Katastrophenabwehr</p>	

P 6 Bevölkerungsschutz
P 7 Brandsicherheitswachdienst

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.330	3.757	3.062	2.153	2.153
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2.330	3.757	3.062	2.153	2.153
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	104.990	107.806	113.196	110.835	112.084
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁴⁶	88.967	91.669	97.323	93.547	94.498
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	16.023	16.137	15.873	17.288	17.586
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	142	188	197	190	190
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	9.576	3.342	4.868	7.120	6.006

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	5.516	5.592	5.548	5.706	5.669
· innerbehördlich in Tsd. EUR	4.181	4.217	4.088	4.303	4.252
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	1.335	1.375	1.460	1.403	1.417

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Die Einnahmen 2009 (2010) entstehen zum größten Teil aus den Verwaltungsgebühren Feuerlöschwesen (anteilig Titel 111.01) in Höhe von 1.900 Tsd. EUR (1.900 Tsd. EUR).

Der Schwerpunkt der Personalausgaben liegt mit ca. 95 % bei den Produkten 1 bis 4 "Brandbekämpfung", "Technische Hilfeleistung", "Katastrophenabwehr" und "Bevölkerungsschutz".

Die Sach- und Fachausgaben 2009 (2010) ergeben sich im Wesentlichen durch:

Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden, Mieten und Pachten sowie Bewirtschaftung (Titel 517 bis 519.75) in Höhe von 10.761 Tsd. EUR (11.019 Tsd. EUR),

Haltung des Fuhrparks und Ausstattung der Einsatzkräfte mit Dienst- und Schutzkleidung (Titel 514.75) in Höhe von 3.165 Tsd. EUR (3.204 Tsd. EUR),

Die Investitionen 2009 (2010) sind im Wesentlichen bestimmt zur Beschaffung von Feuerlösch- und Spezialfahrzeugen (Titel 811.01) in Höhe von 6.000 Tsd. EUR (5.050 Tsd. EUR).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	1.556,16	1.556,16	1.556,16	1.556,16
Anzahl der im Einsatzdienst tätigen Frauen (gilt auch für PG 02: Rettungsdienst)	19	22	21	27	30
Anzahl der Bewerbungen von Frauen für den Einsatzdienst (gilt auch für PG 02)	88	76	110	100	100
Anzahl der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren, davon Frauen	2.637	2.654	2.650	2.670	2.670
	161	182	187	192	197
Anzahl der Angehörigen der Jugendfeuerwehren, davon Mädchen	851	827	850	870	890
	156	145	155	160	165
Brandsicherheitswachdienste in Stunden ⁴⁷	18.170	16.675	14.600	14.600	14.600

⁴⁶ Die Differenz zwischen den Personalausgaben Plan 2008 und Plan 2009 und 2010 (sowie Ergebnis 2006 und 2007) resultiert daraus, dass der Produktgruppe 2 Rettungsdienst gegenüber früheren Produktinformationen auch Anteile der Wachführung zugeordnet wurden. Damit haben sich die Personalausgaben für die Produktgruppe 1 Gefahrenabwehr verringert.

⁴⁷ In 2006/2007 fanden sehr viele Einzelveranstaltungen statt. Dauer und Größe und die damit verbundene umfangreichere Besetzung führten zu dieser außergewöhnlich hohen Stundenanzahl.

Produktbereich: 06
Brandschutz, Rettungsdienst, Bevölkerungsschutz

Qualitätskennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Sollerreichungsgrad Personalstärke 1. Stufe					
tagsüber in % ⁴⁸	-	92	95	95	95
nachts in %	-	93	95	95	95
Erfüllungsquote Eintreffzeit innerhalb der Hilfsfrist (<= x Min.) in der Brandbekämpfung					
Innerhalb von <= 9,5 Min. (ab Notrufannahme bis zum Eintreffen an der Einsatzstelle) in % □	71,20	73,90	75	76	77
Innerhalb von <= 14,5 Min. (ab Notrufannahme bis zum Eintreffen an der Einsatzstelle) in %	80,90	82,90	85	86	87

Fallzahlen	Erg. 2004	Erg. 2005	Erg. 2006	Erg. 2007
Notrufe (einschließlich Rettungsdienst) ⁴⁹	741.071	749.354	750.000	800.000
Einsätze in der Brandbekämpfung (BB) ⁵⁰	8.017	8.081	8.113	8.202
Einsätze in der Technischen Hilfeleistung (TH)	19.220	20.033	21.266	22.184
Alarmierungen der Freiwilligen Feuerwehren (BB und TH, einschließlich Erstversorgung)	8.245	7.520	7.254	7.542

Produktgruppe 02: Rettungsdienst

Kapitel 8550

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
<p>Z 1: Schnellstmögliche und dem aktuellen Stand der Medizin entsprechende Rettung von Menschen bei akuten medizinischen Notfällen.</p> <p>Z 2: Sicherstellung einer flächendeckenden bedarfs- und fachgerechten Versorgung der Bevölkerung.</p> <p>Z 3: Erhaltung einer möglichst hohen Lebensqualität durch eine qualifizierte präklinische Versorgung von Notfallpatienten.</p> <p>Z 4: Bedarfsgerechte Zuweisung der Notfallpatienten zu den geeigneten medizinischen Einrichtungen.</p> <p>Z 5: Fachgerechte Beförderung hilfsbedürftiger Personen.</p> <p>Z 6: Fortentwicklung eines effizienten Qualitätsmanagementsystems.</p> <p>Erläuterungen zur Entwicklung:</p> <p>Der Feuerwehr obliegt aus der staatlichen Daseinsvorsorge der öffentliche Rettungsdienst und damit die flächendeckende, bedarfs- und fachgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes als medizinisch-organisatorische Einheit der Gefahrenabwehr und Gesundheitsvorsorge.</p> <p>Durch das besondere Schutzbedürfnis und die Risiken einer Metropolregion sowie die Folgen der demographischen Entwicklung wird sich das Einsatzaufkommen in der Notfallrettung zukünftig verstärken.</p> <p>Die Einhaltung der jeweiligen Hilfsfristen in der Notfallrettung wird kontinuierlich überwacht und ggf. durch Standortverlagerungen optimiert. Ebenso erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Effizienz der rettungsdienstlichen Versorgungsabläufe.</p> <p>Mit der Einführung eines strukturierten Abfragesystems in der Leitstelle der Feuerwehr für die Notrufabfrage im Rettungsdienst mit entsprechendem Qualitätssicherungssystem wird ein weiterer Baustein einer gleich bleibend bedarfs- und fachgerechten Versorgung der Bevölkerung eingeführt.</p> <p>Mit der wachsenden Anzahl von Großveranstaltungen ist eine Steigerung von organisatorischen Führungs- und Einsatzmaßnahmen zur Sicherung der Besucherinnen und Besucher zu verzeichnen.</p> <p>Die Anzahl der Rettungsdiensteinsätze ist nicht planbar und nicht steuerbar. Um die Entwicklung darstellen zu können, werden einige Fallzahlen der vergangenen vier Jahre aufgeführt. Weitergehende Informationen sind der Einsatzstatistik des Jahresberichtes der Feuerwehr Hamburg zu entnehmen.</p>

⁴⁸ Bis 2006 wurde die Erfüllungsquote Löschzugstärke, unterteilt nach 10-Mann-Löschzug und 16-Mann-Löschzug dargestellt. Am 1. März 2007 wurde zusammen mit einer neuen Dienstzeitregelung das Zeitmanagementsystem SP-Expert eingeführt. Ebenfalls seitdem werden an 6 Feuer- und Rettungswachen nachts und am Wochenende die Funktionen reduziert. An diesen Wachen ist die Unterstützung durch die Freiwilligen Feuerwehren gewährleistet. Mit SP-Expert wird ab März 2007 die Funktionsbesetzung, untergliedert nach tagsüber und nachts, festgestellt und der Sollerreichungsgrad Personalstärke gemäß Schutzziel 1. Stufe ermittelt.

⁴⁹ Automatische Erfassung war in 2006 und 2007 durch technischen Umbau des Einsatzlenkungssystems nicht möglich (erst 2008 wieder verfügbar), deshalb nur Ca-Angaben.

⁵⁰ Gesamteinsätze bei BB und bei TH beinhalten auch die Einsätze aus Alarmierungen der Freiwilligen Feuerwehren.

<i>Produkte</i>
P 1 Notfallrettung
P 2 Krankenbeförderung
Erläuterungen:
Die qualifizierte Beförderung von gehbehinderten und kranken Personen unter fachgerechter Beobachtung wird gewährleistet.
Medizinische Transporte sowie Krankenbeförderungen werden von der Feuerwehr vorwiegend an die Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. (JUH) und Malteser-Hilfsdienst e.V. (MHD) vergeben.
P 3 Medizinische Transporte
P 4 Planung, Koordinierung und Steuerung des Rettungssicherheitswachdienstes bei Großveranstaltungen
P 5 Versorgung und Betreuung von Betrunknenen in der Zentralambulanz

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	28.477	32.527	35.268	35.145	35.145
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	28.477	32.527	35.268	35.145	35.145
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	40.313	41.321	37.816	42.170	42.562
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁵¹	32.420	33.405	29.219	34.089	34.436
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	7.893	7.916	8.597	8.081	8.126
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	28	40	33	40	40
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.578	1.604	1.962	1.874	1.874

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	2.010	2.038	1.665	2.079	2.067
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.524	1.537	1.227	1.568	1.550
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	486	501	438	511	517

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen 2009 (2010) resultieren in erster Linie aus den Rettungsdienstgebühren (Titel 111.02) in Höhe von 34.085 Tsd. EUR (34.085 Tsd. EUR).
Der Schwerpunkt der Personalausgaben entfällt mit rd. 95 % auf das Produkt 1 "Notfallrettung".
Die Sach- und Fachausgaben 2009 (2010) ergeben sich im Wesentlichen durch Erstattungen an Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, das UKE und das Unfallkrankenhaus Boberg (Titel 671.01) in Höhe von 3.909 Tsd. EUR (3.909 Tsd. EUR) sowie Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden, Mieten und Pachten sowie Bewirtschaftung (Titel 517.75 bis 519.75) in Höhe von 1.422 Tsd. EUR (1.456 Tsd. EUR).
Mit den Investitionsausgaben 2009 (2010) in Höhe von 1.500 Tsd. EUR (1.500 Tsd. EUR) wird der Ersatz von Rettungsdienstfahrzeugen (Titel 811.02) sichergestellt.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	594,15	594,15	594,15	594,15
Überprüfungen zur Qualitätssicherung bei der Krankenbeförderung					
- bei der Feuerwehr ⁵²	11	18	30	30	30
- bei den Hilfsorganisationen	-	-	20	20	20
- bei den Privatunternehmen ⁵³	32	36	20	30	30

⁵¹ s. Fußnote bei Produktgruppe 01 zu den Personalausgaben.

⁵² Die bisherige Durchführung der Hygienekontrollen bei Rettungsdienstfahrzeugen hat sich als unzureichend erwiesen. Die vom Hygienischen Institut Hamburg vorgeschlagenen Verbesserungen sowie die in 2007 in einer Projektgruppe Rettungsdienst erarbeiteten neuen Konzepte zur Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität in der Notfallrettung werden zügig umgesetzt.

⁵³ Neben den geplanten Prüfungen werden anlassbezogene Prüfungen vorgenommen.

Produktbereich: 06
Brandschutz, Rettungsdienst, Bevölkerungsschutz

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Belegung Zentralambulanz für Betrunkene ⁵⁴	740	659	1.000	1.000	1.000

<i>Qualitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Erfüllungsquote Eintreffzeit RTW: Innerhalb der Hilfsfrist (<= x Min.) ab Notrufannahme bis zum Eintreffen an der Einsatzstelle in %					
Innerhalb von <= 8 Min. in %	86	75,40	76	77	79
Innerhalb von <=10 Min. in %	94,50	90,60	91	93	95
Innerhalb von <=12 Min. in %	97,70	96,20	97	97	98
Innerhalb von <=15 Min. in %	99,10	98,70	99	99	99
Erfüllungsquote Eintreffzeit NEF: Innerhalb der Hilfsfrist (<= Minuten) von der Notrufannahme bis zum Eintreffen an der Einsatzstelle					
Innerhalb von <=12 Min. in %	98,90	87,50	89	89	91
Innerhalb von <=20 Min. in %	99,20	99,20	99	99	99

<i>Fallzahlen</i>	Erg. 2004	Erg. 2005	Erg. 2006	Erg. 2007
Rettungsdienstesätze (gesamt)	192.947	193.442	188.087	182.928
Erstversorgung durch die Freiwilligen Feuerwehren ⁵⁵	1.487	1.494	1.511	1.624
Notfallbeförderungen	118.936	125.179	112.515	112.268

Produktgruppe 03: Gefahrenvorbeugung

Kapitel 8550

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z 1: Menschen, Tiere, Sachwerte und die Umwelt vorbeugend vor Schadensereignissen schützen.</p> <p>Z 2: Zeitgerechte Bearbeitung von Anfragen zur Feststellung der Kampfmittelbelastung auf Landflächen</p> <p>Z 3: Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über vorbeugenden Brandschutz und das richtige Verhalten im Gefahrenfall.</p> <p>Erläuterungen zur Entwicklung:</p> <p>Die Produkte der Gefahrenvorbeugung setzen umfassend bei Planung, Errichtung, Betrieb, Unterhaltung und Abbruch eines Gebäudes oder einer Betriebsanlage an und bewirken, dass durch geeignete Maßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Entstehung eines Brandes möglichst verhindert wird, - eine Brand- und Rauchausbreitung behindert wird, - die Rettungswege bautechnisch gesichert sowie - wirksame Rettungs- und Brandbekämpfungsmaßnahmen ermöglicht werden. <p>Mit dem vom Kampfmittelräumdienst erstellten und gepflegten digitalen Kampfmittelkataster wird künftig eine schnellere Bearbeitung von Anfragen zur Feststellung der Kampfmittelbelastung flächendeckend für das Hamburger Stadtgebiet möglich.</p> <p>Beratungen von Grundstückseigentümern durch den Kampfmittelräumdienst nehmen stetig zu.</p> <p>Aufgrund der demographischen Entwicklung wird die älter werdende Bevölkerung zu einer gesellschaftlichen Herausforderung, der die Feuerwehr durch den Lebensverhältnissen angepasste Brandschutztipps begegnen wird.</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Stellungnahmen in bzw. Mitwirkung an Genehmigungsverfahren und Beratungen</p> <p>P 2 Beratung im Bereich der Brand- und Gefahrenabwehr</p> <p>P 3 Brandsicherheitsschauen</p>

⁵⁴ Die geringere Auslastung der letzten Jahre ist vermutlich auf eine höhere Betreuung in Krankenhäusern zurückzuführen. Die voraussichtliche Höhe der Belegung ist nicht vorherzusagen.

⁵⁵ Es sind 16 Erstversorgungswehren der Freiwilligen Feuerwehren in die Notfallrettung einbezogen.

P 4 Kampfmittelkataster
P 5 Feuerwehrinformationszentrum (FIZ)

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	390	427	457	594	594
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ⁵⁶	390	427	457	594	594
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.041	2.057	1.865	2.109	2.131
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁵⁷	1.835	1.890	1.610	1.929	1.949
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	206	167	255	180	182
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	15	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	114	115	92	118	117
· innerbehördlich in Tsd. EUR	86	87	68	89	88
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	28	28	24	29	29

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Einnahmen in 2009 (2010) entstehen vorrangig aus den Verwaltungsgebühren für Brandverhütungsschauen in Höhe von 200 Tsd. EUR (200 Tsd. EUR) und für Luftbildauswertungen in Höhe von 300 Tsd. EUR (300 Tsd. EUR), beides im Titel 111.01.

Der Schwerpunkt der Personalausgaben liegt mit ca. 40% bei Produkt 3 "Brandverhütungsschauen".

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ⁵⁸	-	33,62	33,62	33,62	33,62
Anzahl durchzuführender Brandverhütungsschauen ⁵⁹	1.181	1.179	1.375	1.633	1.505
Durchführungsquote Brandverhütungsschauen in % ⁶⁰	86,70	85	98	82,70	89,70
Anzahl Luftbildauswertungen ⁶¹	868	1.151	1.000	2.000	2.000

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 3: Brandsicherheitsschauen:					
Kostendeckungsgrad Brandverhütungsschauen in % ⁶²	-	43,40	45	45	50

⁵⁶ Nach der vom Senat beschlossenen Drs. 2005/1471 wurde der Kampfmittelräumdienst neu gegliedert. Der Aufgabenbereich Luftbildauswertung und Kampfmittelkataster ist ab dem 01.01.2006 der Produktgruppe 3 zugeordnet. Daraus resultieren die stark gestiegenen Einnahmen dieser Produktgruppe.

⁵⁷ Die starke Abweichung gegenüber den Planjahren 2007 und 2008 resultiert in erster Linie daraus, dass das Feuerwehrinformationszentrum jetzt der Produktgruppe 3 zugeordnet wurde.

⁵⁸ Die zum 01.10.2008 für das Geschäftszimmer Kampfmittelräumdienst und Luftbildauswertung bewilligte Verwaltungsbeamtenstelle ist noch nicht enthalten, da im Stellenplan noch nicht aufgeführt.

⁵⁹ Brandschulpflichtige Objekte werden gemäß Verordnung zur Durchführung der Brandverhütungsschau (BVS) in einem objektabhängigen Turnus (zwischen 3 und 6 Jahre) überprüft. Bei den Jahresangaben handelt es sich um die Anzahl, die in dem jeweiligen Jahr zur Prüfung ansteht plus Überhänge aus dem Vorjahr.

⁶⁰ Die gesunkene Sollzahl resultiert aus einem starken Anstieg der BVS-pflichtigen Objekte.

⁶¹ Die hohe Abweichung zwischen Prognose 2009/2010 und 2008 ist auf die stark angestiegene Nachfrage zurückzuführen.

⁶² Kostenkennzahl Kostendeckungsgrad wird erst seit 2007 erfasst.

Produktbereich 07: Landesamt für Verfassungsschutz**Kapitel 8590**

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	136	136	-	-	-
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	136	136	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	11.248	11.266	11.429	11.805	11.944
• Personalausgaben in Tsd. EUR	8.597	8.849	8.966	9.289	9.428
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.651	2.417	2.463	2.516	2.516
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	103	159	160	140	100
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ⁶³	-	142,60	142,60	142,60	142,60

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Sammlung und Auswertung von Informationen über verfassungsfeindliche, insbesondere terroristische Bestrebungen und sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für fremde Mächte.
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Landesamt für Verfassungsschutz

Produktgruppe 01: Landesamt für Verfassungsschutz**Kapitel 8590**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	siehe Ziele des Produktbereichs
<i>Produkte</i>	
P 1	Informationssammlung- und -auswertung von verfassungsfeindlichen, insbesondere terroristischen Bestrebungen
P 2	Spionageabwehr
P 3	Geheimschutz

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	136	136	-	-	-
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	136	136	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	11.248	11.266	11.429	11.805	11.944
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁶⁴	8.597	8.849	8.966	9.289	9.428
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.651	2.417	2.463	2.516	2.516
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	103	159	160	140	100

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	533	540	511	566	565
· innerbehördlich in Tsd. EUR	404	407	377	427	424
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	129	133	134	139	141

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	142,60	142,60	142,60	142,60

⁶³ Die Erhöhung der Personalausgaben ist auf die Verstärkung der Stellenausstattung des Verfassungsschutzes mit zwei weiteren Vollzeitäquivalenten zurückzuführen.

⁶⁴ Für 2006 werden keine VZÄ ausgewiesen, weil sie für dieses Jahr noch nicht vorlagen.

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2009 / 2010

Einzelplan 08.1

Behörde für Inneres

Deckungskreise
Deckungskreis im Kapitel 8500

05 Investitionen
(Hauptgruppen 7 und 8 - ohne Grunderwerb)

Deckungskreis im Kapitel 8520

06 Investitionen
(Hauptgruppen 7 und 8 - ohne Grunderwerb)

Deckungskreis im Kapitel 8550

07 Investitionen
(Hauptgruppen 7 und 8 - ohne Grunderwerb)

Deckungskreis im Kapitel 8580

08 Investitionen
(Hauptgruppen 7 und 8 - ohne Grunderwerb)

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		1	2	3	4	5	6
8000	Allgemeine Verwaltung	-	-	-	9 G	31 G	31 G
		- A	40.300 A	40.300 A	1.743	33.782	33.782
8010	Einwohner-Zentralamt	-	-	-	1.235 G	1.074 G	1.074 G
		- A	- A	- A	33.990	34.735	34.735
8500	Polizei	-	-	-	3.121 G	3.488 G	3.357 G
		- A	- A	- A	6.738	5.577	5.577
8520	Wasserschutzpolizei-Schule	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	58	58	58
8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst	-	-	-	37.151 G	37.192 G	37.192 G
		- A	- A	- A	307	313	313
8580	Katastrophenschutz	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
8590	Landesamt für Verfassungsschutz	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
	Gesamteinnahmen 2008 / 2009 / 2010	-	-	-	41.516 G	41.785 G	41.654 G
		- A	40.300 A	40.300 A	42.836	74.465	74.465
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		-	-		269+G	138+G
			40.300+A	40.300+A		31.629+	31.629+

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
18.358	24.458	21.645	-	-	-	-	-	-	8000
			258 Z	258 Z	260 Z				
700	600	500	-	-	-	-	-	-	8010
			- Z	- Z	- Z				
2.490	2.465	2.465	-	-	-	-	-	-	8500
			- Z	- Z	- Z				
1.873	1.914	1.908	-	-	-	-	-	-	8520
			163 Z	433 Z	444 Z				
1.329	387	387	-	-	-	-	-	-	8550
			- Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	8580
			- Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	8590
			- Z	- Z	- Z				
24.750	29.824	26.905	-	-	-	-	-	-	Ges. einn.
			421 Z	691 Z	704 Z				
	5.074 +	2.155 +		-	-		-	-	+/-
				270+Z	283+Z				

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010
		16	17	18
8000	Allgemeine Verwaltung	20.368	98.829	96.018
8010	Einwohner-Zentralamt	35.925	36.409	36.309
8500	Polizei	12.349	11.530	11.399
8520	Wasserschutzpolizei-Schule	2.094	2.405	2.410
8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst	38.787	37.892	37.892
8580	Katastrophenschutz	-	-	-
8590	Landesamt für Verfassungsschutz	-	-	-
	Gesamteinnahmen 2008 / 2009 / 2010	109.523	187.065	184.028
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		77.542+	74.505+

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		1	2	3	4	5	6
8000	Allgemeine Verwaltung	22.247	16.108	14.971	9.413	6.099	2.871
		-	-	-	-	-	-
8010	Einwohner-Zentralamt	15.026	15.554	15.676	9.194	12.250	12.211
		-	-	-	-	-	-
8500	Polizei	574.865	578.526	580.983	69.508	71.935	72.455
		-	-	-	5.400	5.400	5.400
8520	Wasserschutzpolizei-Schule	1.364	1.363	1.387	538	596	596
		-	-	-	-	-	-
8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst	135.167	136.523	137.912	19.787	20.537	20.882
		-	-	-	940	940	850
8580	Katastrophenschutz	1.553	1.691	1.688	211	211	211
		-	-	-	-	-	-
8590	Landesamt für Verfassungsschutz	8.966	9.289	9.428	2.463	2.516	2.516
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2008 / 2009 / 2010	759.188	759.054	762.045	111.114	114.144	111.742
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		134-	2.857 +		3.030 +	628 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	6.340	6.340	6.250
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		-	-		-	90-

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
28.683	33.256	33.874	-	-	-	8000
270	-	-	-	-	-	
2.000	1.608	1.514	-	-	-	8010
-	-	-	-	-	-	
7.392	7.446	7.821	-	-	-	8500
3.600	3.600	3.600	-	-	-	
427	429	429	-	-	-	8520
-	-	-	-	-	-	
10.316	10.669	10.669	-	-	-	8550
26	26	26	-	-	-	
527	548	548	-	-	-	8580
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	8590
-	-	-	-	-	-	
49.345	53.956	54.855	-	-	-	Ges. Aus.
			- H	- H	- H	
	4.611 +	5.510 +		-	-	+/-
				- H	- H	
3.896	3.626	3.626	-	-	-	Ges. VE
			- H	- H	- H	
	270-	270-		-	-	+/-
				- H	- H	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		13	14	15	16	17	18
8000	Allgemeine Verwaltung	1.500	1.800	1.800	61.843	57.263	53.516
		-	-	1.000	270	-	1.000
8010	Einwohner-Zentralamt	-	-	-	26.220	29.412	29.401
		-	-	-	-	-	-
8500	Polizei	-	-	-	651.765	657.907	661.259
		-	-	-	9.000	9.000	9.000
8520	Wasserschutzpolizei-Schule	-	-	-	2.329	2.388	2.412
		-	-	-	-	-	-
8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst	-	-	-	165.270	167.729	169.463
		-	-	-	966	966	876
8580	Katastrophenschutz	-	-	-	2.291	2.450	2.447
		-	-	-	-	-	-
8590	Landesamt für Verfassungsschutz	-	-	-	11.429	11.805	11.944
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2008 / 2009 / 2010	1.500	1.800	1.800	921.147	928.954	930.442
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		300 +	300 +		7.807 +	9.295 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	1.000	10.236	9.966	10.876
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		-	1.000 +		270-	640 +

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
10.289	2.473	655	72.132	59.736	54.171	8000
5.015	16.874	14.374	5.285	16.874	15.374	
-	-	-	26.220	29.412	29.401	8010
-	-	-	-	-	-	
15.787	18.234	15.754	667.552	676.141	677.013	8500
9.698	11.783	11.419	18.698	20.783	20.419	
201	519	533	2.530	2.907	2.945	8520
-	533	349	-	533	349	
6.830	8.994	7.880	172.100	176.723	177.343	8550
8.830	8.780	10.680	9.796	9.746	11.556	
233	233	733	2.524	2.683	3.180	8580
233	233	233	233	233	233	
160	140	100	11.589	11.945	12.044	8590
140	100	100	140	100	100	
7.317 B	7.725 B	7.792 B	954.647	959.547	956.097	Ges. Aus.
26.183	22.868	17.863				
	408 +B	475 +B		4.900 +	1.450 +	+/-
	3.315--	8.320--				
500 B	1.096 B	976 B	34.152	48.269	48.031	Ges. VE
23.416	37.207	36.179				
	596 +B	476 +B		14.117+	13.879+	+/-
	13.791 +	12.763 +				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

8000	Allgemeine Verwaltung				
(012)	-----				
	EINNAHMEN				
093.01 (856)	Spielbankabgabe	0 0	0	40.000	40.000
099.01 (856)	Troncabgabe	0 0	0	300	300
111.01	Verwaltungsgebühren	9 11	9	9	9
111.02 (856)	Gebühren für das Glücksspielwesen	0 0	0	22	22
112.01 (856)	Zwangsgelder	0 0	0		
119.92	Schadenersatzleistungen	336 194	360	360	360
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8000.681.92.				
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	62 69	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	0 2	2	2	2
121.01	Gewinnabführung der IMPF Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft für Polizei und Feuerwehr mbH	0 0	0	-	-
121.02	Ablieferung des Landesbetriebes Verkehr	1.368 1.016	1.381	1.420	1.420
122.01 (856)	Konzessionsabgaben für in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien und Sportwetten	0 0	0	32.000	32.000
125.01	Erlöse aus Diensten und Tätigkeiten für Dritte	8 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8000.511.66 08.1.8000.525.66.				
129.01	Einnahmen aus Werbemaßnahmen	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8000.511.66. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8000 -----					
231.04	Erstattungen vom Bund für die Europawahl	0 0	0	1.690	
231.05	Erstattungen vom Bund für die Bundestagswahl	553 0	0	1.735	-
231.07	Kostenerstattung des Bundes für die Ertüchtigung von Bundesstandorten für den Digitalfunk	0 0	0		
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8000.812.16.				
231.08	Ausgleichszahlungen des Bundes nach Verwaltungsabkommen BOS-Digitalfunk für Investitionen und Betrieb von Basisstationen und Übertragungsstrecken	0 0	0		
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8000.812.16.				
232.01	Erstattung für die anteilige Finanzierung des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein -AÖR-	15.910 14.579	13.518	16.252	16.862
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8000.685.01.				
232.02	Erstattungen für Versorgungsrückstellungen des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein -AÖR-	590 636	640	575	577
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8000.685.02.				
232.04	Erstattung von Kosten zur Weiterentwicklung, Anpassung und Pflege von COMVOR	1.290 1.190	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8000.812.56				
261.01	Erstattung IT-Leistungen für andere Behörden und Dritte	62 24	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8000.535.56.				
261.03	Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten aus dem Wirtschaftsplan der Landesfeuerwehrschule (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
261.04 (856)	Verwaltungskostenentschädigungen	0 0	0	6	6
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8000.461.01.				
282.01	Eigenbeteiligung von Polizei- und Feuerwehrbeamten an der Heilfürsorge	4.162 4.165	4.200	4.200	4.200
332.01	Erstattungen für die anteilige Finanzierung der Investitionen des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig- Holstein -AÖR-	440 373	258	258	260
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8000.894.01.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8000 -----					
	Gesamteinnahmen		20.368	98.829	96.018
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	8.729 8.844	8.397	9.396	9.315
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	19 30	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0 0	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	1.436 3.650	3.101	3.323	3.313
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw.	3 3	6	4	4
412.07 (011)	Aufwendungen für ehrenamtliche Wahlhelfer	0 0	1	2	
	Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.412.07 08.1.8000.412.87 08.1.8000.511.07 08.1.8000.511.86 .				
412.87 (011)	Aufwendungen für ehrenamtliche Wahlhelfer Zweckzuweisungen an die Bezirke	(0) (0) 1R	6.500	1.044	
	Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.412.07 08.1.8000.412.87 08.1.8000.511.07 08.1.8000.511.86 .				
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	0 0	0	-	-
461.01 (011)	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 8.1	0 0 2.640 R	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehr- einnahmen bei 08.1.8000.261.04. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8590.232.01. Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellige gebundenen Personalausgaben im KRD/NSM- Bereich des Einzelplans				
461.20	Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds	0 0	4.242	2.339	2.339
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.2.9700.461.20.				
511.07 (011)	Sachausgaben für die Durchführung von Wahlen	14 243 1.654 R	5.321	1.556	250
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.412.07 08.1.8000.412.87 08.1.8000.511.07 08.1.8000.511.86 .				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8000 -----					
511.08 (011)	Ausgaben für die Durchführung von Volksinitiativen, Volksbegehren, Volksentscheiden und Volkspetitionen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.511.08 08.1.8000.511.87 .	2 1.638 86 R	0	-	-
511.86 (011)	Sachausgaben für die Durchführung von Wahlen Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.412.07 08.1.8000.412.87 08.1.8000.511.07 08.1.8000.511.86 .	(0) (2)	858	1.872	
511.87 (011)	Ausgaben für die Durchführung von Volksbegehren, Volksentscheiden und Volkspetitionen Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.511.08 08.1.8000.511.87 .	(0) (1.691) 36R	0	-	-
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung Übertragbar	139 148	148	146	146
535.56	Sachaufwand für Informationstechnik Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8000.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.535.56 08.1.8500.535.56 08.1.8520.535.56 08.1.8550.535.56 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8000.261.01.	732 618 152 R	1.371	727	727
632.01	Erstattungen an andere Bundesländer für gemeinsame Einrichtungen und Projekte Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
671.03 (859)	Erstattung von Versorgungsaufwendungen an die TÜV Hanse GmbH	14 30	0	-	-
671.53	Erstattung der Kosten für Dataport-Leistungen (Erstattung für ESARI-Dienstleistungen)	0 270	0	270	270
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.671.55 08.1.8010.671.55 08.1.8500.671.55 08.1.8550.671.55 .	116 127	124	124	124
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8000.535.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.671.56 08.1.8500.671.56 08.1.8520.671.56 .	2.680 2.579 101 R	2.680	3.470	3.470

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8000 -----					
681.92	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden) Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8000.119.92.	143 163 6 R	122	122	122
683.01 (859)	Zuschuss an die TÜV Hanse GmbH (Weggefallener Ansatz)	0 0	0 270 VE		
684.01 (729)	Zuwendung an die Verkehrswacht Hamburg e. V. für den Verkehrsübungsplatz Großmannstraße Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	101 101	464	464	464
685.01 (014)	Zuschuss an das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein -AöR- Übertragbar GB 2009 11.554 GB 2010 11.558 Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8000.894.01. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.685.01 08.1.8000.685.02 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8000.232.01.	26.218 25.148 1.034 R	24.147	27.805	28.420
685.02 (014)	Zuschüsse für Versorgung an das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein -AöR- Übertragbar GB 2009 422 GB 2010 423 Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.685.01 08.1.8000.685.02 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8000.232.02. Titelgruppe(n) -----	1.217 1.135	1.142	997	1.000
Z66	Betriebskonto Sachausgaben Allgemeine Verwaltung -----				
511.66	Geschäftsbedarf Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.1.8000.125.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8000.129.01.	195 174 11 R	178	218	218
514.66	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen, Verbrauchs- material, Dienst- und Schutzkleidung u. dgl. Übertragbar	2 1	2	2	2

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8000 -----					
517.66	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	250 259 30 R	259	259	259
518.66	Mieten und Pachten Übertragbar	916 946 2 R	968	1.007	1.007
519.66	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8000.710.01.	79 102 385 R	103	103	103
525.66	Aus- und Fortbildung Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.1.8000.125.01.	23 28 61 R	42	42	42
526.66	Sachverst., Gerichts- und ähnl. Kosten Übertragbar	13 79 19 R	26	26	26
527.66	Dienstreisen Übertragbar	43 65	45	50	50
531.66	Öffentlichkeitsarbeit Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8000.282.02.	10 18 1 R	10	10	10
534.66	Innenministerkonferenz Übertragbar	3 3 1 R	4	4	4
539.66	Vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar	26 59 5 R	78	77	27
685.66	Mitgliedsbeiträge Übertragbar	3 0 5 R	4	4	4
	Summen für Z66	1.734 519 R	1.719	1.802	1.752
710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und dgl. Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8000.519.66. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.710.01 08.1.8010.710.01 08.1.8500.710.01 .	250 140 3 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8000 -----					
710.56	Baumaßnahmen für IT-Vorhaben Übertragbar	26 0 55 R	0	-	-
812.16	Beschaffung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8000.231.07 08.1.8000.231.08.	3.361 3.576 16.182 R	10.000 5.015 VE	2.199 16.874 VE	336 14.374 VE
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar	25 46 426 R	0	-	-
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informationstechnik in der Behörde für Inneres Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8000.232.04	6.952 9.019 392 R	0	-	-
894.01 (014)	Zuschuss an das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein -AÖR- für Investitionen Übertragbar GB 2009 GB 2010 Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8000.685.01. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8000.332.01.	623 717 165 R	289	274	319
971.01	Globale Mehrausgaben für Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0		
971.02 (856)	Global veranschlagte Ausgaben aufgrund des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland	0 0	1.500	1.500	1.500
971.03 (856)	Verwendung der Troncabgabe für einmalige Zwecke Übertragbar Ausgaben dürfen in Höhe der im Vorjahr bei 08.1.8000.099.01 bzw 09.2.9500.099.01 vereinnahmten Beträge geleistet werden. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Die Mittelverwendung bedarf der Freigabe durch die Bürgerschaft.	0 0	0	300	300
971.04	Krisen-Kommunikations-Zentrum und dgl. Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0		1.000 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8000 -----					
	Gesamtausgaben		72.132	59.736	54.171
	Summe Verpflichtungsermächtigungen		5.285 VE	16.874 VE	15.374 VE
8010	Einwohner-Zentralamt				
(043)	-----				
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren nach der Gebührenordnung für Melde- und Ausweisangelegenheiten	4 47	20	45	45
111.03	Verwaltungsgebühren nach der Gebührenordnung zum Passgesetz	6 8	4	8	8
111.04	Verwaltungsgebühren nach der Anlage zum Gebührengesetz	50 157	100	150	150
111.05	Verwaltungsgebühren nach der Aufenthaltsverordnung	14 101	60	100	100
111.06	Verwaltungsgebühren nach der VO zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familien- und Vornamen	35 33	50	20	20
111.07	Verwaltungsgebühren nach dem Staatsangehörigkeits- recht	954 762	1.000	750	750
111.08	Verwaltungsgebühren nach dem Gesetz über Personalausweise	0 0	1	1	1
112.01	Einnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten	31.326 31.287	33.850	34.500	34.500
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8010.511.01 08.1.8010.511.62.				
112.02	Einnahmen aus Ordnungswidrigkeiten / Städtischer Ordnungsdienst	32 3	0		
	(Weggefallener Ansatz)				
112.41	Zwangsgelder, Geldbußen u.a.	5 4	5	5	5
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	196 230	100	200	200
119.98	Vermischte Einnahmen	17 17	15	15	15
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8010.511.01.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8010 -----					
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8010.518.62. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	12 19	10	15	15
129.01	Einnahmen aus Werbemaßnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8010.511.62. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0 0	0	-	-
129.02	Einnahmen aus Umsatzbeteiligung für Fotoautomaten (Weggefallener Ansatz) Dies gilt für Mehreinnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	1 1	10		
281.01	Erstattung von Rückführungskosten Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8010.534.01.	777 762	700	600	500
	Gesamteinnahmen		35.925	36.409	36.309
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	16.895 15.348	14.644	15.439	15.562
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	45 48	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	352- 111-	382	115	114
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens Übertragbar	0 0	0		
511.01	Post- und Fernmeldegebühren Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.1.8010.112.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8010.119.98.	1.806 1.662 30 R	1.660	1.490	1.490

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8010 -----					
511.86	Betriebskosten im Zusammenhang mit der Ausgabe von Lohnsteuerkarten, Personalausweisen, Reisepässen und dgl. - Zweckzuweisung an die Bezirke - Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 70.00 % der Mehreinnahmen bei 01.2.1221.111.09 01.2.1221.111.10 01.3.1321.111.09 01.3.1321.111.10 01.4.1421.111.09 01.4.1421.111.10 01.5.1521.111.09 01.5.1521.111.10 01.6.1621.111.09 01.6.1621.111.10 01.7.1721.111.09 01.7.1721.111.10 01.8.1821.111.09 01.8.1821.111.10.	(3.284) (3.829)	2.755	6.545	6.506
534.01	Rückführung von Ausländern sowie Fahrtkosten für Asylbewerber Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8010.281.01. Aus diesem Titel sind auch die Reisekosten für das Begleitpersonal zu finanzieren.	1.559 1.073	1.800	1.100	1.100
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.671.55 08.1.8010.671.55 08.1.8500.671.55 08.1.8550.671.55 .	95 140 9 R	115	115	115
	Titelgruppe(n) -----				
Z62	Betriebskonto Sachausgaben Einwohnerzentralamt -----				
511.62	Geschäftsbedarf Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.1.8010.112.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8010.129.01.	373 350 75 R	418	350	350
514.62	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen Übertragbar	84 71 1 R	52	71	71
517.62	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume Übertragbar	885 909 91 R	798	943	943
518.62	Mieten und Pachten Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8010.124.91.	1.490 1.415 121 R	1.475	1.487	1.487

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8010 -----					
519.62	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	172 119 29 R	64	64	64
	Übertragbar				
525.62	Aus- und Fortbildung	10 12 59 R	39	20	20
	Übertragbar				
526.62	Sachverständigen, Gerichts- u.ä. Kosten	202 230 11 R	73	120	120
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8010 -----					
527.62	Dienstreisen Übertragbar	4 8 5 R	8	8	8
531.62	Öffentlichkeitsarbeit Übertragbar	0 0 6 R	2	2	2
539.62	Vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar	74 49 11 R	50	50	50
671.62	Erstattungen und sonstige Ausgaben für den Betrieb der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung Summen für Z62	3.151 1.093 4.257 408 R	1.885 4.864	1.493 4.608	1.399 4.514
710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und dgl. Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.710.01 08.1.8010.710.01 08.1.8500.710.01 .	0 0	0		
710.02	Umbau- und Herrichtungsmaßnahmen für die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung Übertragbar	493 84 50 R	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		26.220	29.412	29.401
8500	Polizei -----				
(042)	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	2.091 2.183	1.942	1.867	1.867
111.02 (043)	Verwaltungsgebühren -Straßenverkehr-	1.316 1.252	961	1.182	1.182
111.04	Entgelte für das Entleihen von Uniformen (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.514.70.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8500 -----					
111.06 (043)	Verwaltungsgebühren für Jagdscheine 87.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.686.11.	202 102	58	197	71
111.12 (043)	Verwaltungsgebühren nach der vierten Verordnung zum Waffengesetz	144 167	127	165	165
111.16 (043)	Einnahmen für die sicherheitstechnischen Überprüfungen und Abnahme privater Schießstände Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.526.70.	5 3	8	8	3
111.22	Kostenbeiträge für externe Lehrgangsteilnehmer an der Landespolizeischule Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.525.70.	109 60	20	40	40
111.23	Kostenbeiträge für die Verwahrung und Pflege von ausgebildeten Schutzhunden Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.511.70.	4 4	5	5	5
111.41	Entgelte aus Lizenzrechten Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.531.70.	10 24	0	24	24
112.02	Geldbußen, Zwangs- und Verwarnungsgelder aufgrund landes- und bundesrechtlicher Vorschriften	251 345	190	280	280
112.44	Zwangs- und Bußgelder aus Verstößen gegen das Waffengesetz	11 6	5	7	7
119.01	Vertragsstrafen	0 0	0	-	-
119.02	Benutzung von Hubschraubern nach dem Kooperationsvertrag mit Schleswig-Holstein Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.514.70.	21 27	25	25	25
119.03	Sonstige Benutzung von Hubschraubern	3 8	0	-	-
119.04	Einnahmen aus Leistungen für Sachbeschädigungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.539.70.	16 18	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8500 -----					
119.05	Einnahmen des Polizeiorchesters 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.539.70.	34 34	50	40	40
119.06	Sonstige Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.539.70.	72 44	0	-	-
119.08	Einnahmen aus der Begleitung von Werttransporten 40.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.514.70.	244 156	250	120	120
119.93 (043)	Ersatzvornahmen 19.15 % der Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.546.93.	5.530 4.661	5.580	4.469	4.469
119.98	Vermischte Einnahmen	15 23	10	10	10
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	31 13	8	11	11
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8500.517.70.	264 237	250	245	245
129.01	Einnahmen aus Werbemaßnahmen (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.539.70. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0 0	0		
131.05	Einnahme aus dem Verkauf des Grundstücks Am Husarendenkmal (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.811.01 08.1.8500.891.01.	0 5.166	0		
131.06	Kaufpreisleistung der HGV Hamb. Ges. f. Vermögens- und Beteiligungsverwaltung für das Grundstück "Im Alten Dorfe 61" in Volksdorf (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8500 -----					
132.01	Erlöse aus dem Verkauf von Werbematerial Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.531.70.	16 26	20	20	20
132.02	Erlöse aus dem Verkauf von Dienstfahrzeugen der Polizei Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.514.70 08.1.8500.518.70.	553 576	350	350	350
132.03	Verkaufserlöse 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.511.70.	52 45	0	-	-
231.01	Erstattung von Personal- und Reisekosten durch den Bund	0 0	0	-	-
231.02	Erstattung von Kosten durch den Bund für den Einsatz von Hamburger Polizeibeamten Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.632.70.	0 0	0	-	-
232.01	Erstattung von Kosten durch die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein für die Wahrnehmung von wasserschutzrechtlichen Aufgaben	2.128 2.162	2.100	2.156	2.156
232.02	Erstattung von Kosten durch andere Länder für den Einsatz von Hamburger Polizeibeamten Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.632.70.	481 906	200	200	200
261.01	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Dritte	0 0	0	-	-
261.30	Einnahmen aus der Erstattung von Kosten durch die Hochschule der Polizei Hamburg für verauslagte Sachkosten und für Serviceleistungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8500.547.70	0 1.162	0	-	-
261.31	Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten aus dem Wirtschaftsplan der Hochschule der Polizei Hamburg	0 174	174	93	93
281.01	Erstattung von Postgebühren für den Verkehrswarndienst der Polizei durch die angeschlossenen Sender (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
282.01	Zuschuss der BSG für behindertengerechte Arbeitsplatzausstattungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8500.511.13	2 18	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8500 -----					
282.02	Zweckgebundene Einnahmen zur Förderung der Öffentlichkeitsarbeit und Verkehrserziehung Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.531.70.	1 0	0	-	-
282.03	Einnahmen für Witwen- und Waisenfonds Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8500.546.01	18 20	16	16	16
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8500.546.91	18 20	0	-	-
	Gesamteinnahmen		12.349	11.530	11.399
	AUSGABEN				
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	3.085 4.048	11.709	11.709	11.709
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	1.670 1.631	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	88.607 93.024	96.148	90.020	90.415
511.13	Erwerb behindertengerechter Arbeitsplatz- ausstattung Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.282.01	2 18	0	-	-
519.86	Wartungskosten der Sicherungsanlagen beim US-Generalkonsulat - Zweckzuweisung an das Bezirksamt Eimsbüttel - Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	(0) (2)	0		
535.56	Sachaufwand für Informationstechnologie (IT) Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8500.548.70. Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8500.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.535.56 08.1.8500.535.56 08.1.8520.535.56 08.1.8550.535.56 .	4.869 4.254 955 R	4.261	4.542	4.542
546.01	Witwen- und Waisenfonds Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.282.03	17 15 35 R	16	16	16

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8500 -----					
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.282.91	11 20 37 R	0	-	-
546.93	Ersatzvornahmen Übertragbar GB 2009 1.213 GB 2010 1.213 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden i.H.v. 19.15 % der Einnahmen bei 08.1.8500.119.93.	2.208 1.993 101 R	2.416	2.068	2.068
632.02	Erstattung an andere Bundesländer für gemeinsame Einrichtungen und Projekte Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8500.547.70 08.1.8500.632.02 08.1.8500.632.70 .	226 219 43 R	217	224	224
632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne	0 320	320	328	328
671.54	Erstattung von DATAPORT-Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Verlagerung der Betriebs- aufgaben der Polizei zu DATAPORT Übertragbar	0 2.148 417 R	2.892	3.007	3.382
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8500.547.70. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.671.55 08.1.8010.671.55 08.1.8500.671.55 08.1.8550.671.55 .	1.016 953	879	879	879
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8500.535.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.671.56 08.1.8500.671.56 08.1.8520.671.56 .	0 0	0	-	-
685.01	Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Hochschule der Polizei Hamburg Übertragbar	0 2.756	2.767	2.691	2.691
685.02	Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Polizei Übertragbar	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8500					
	Titelgruppe(n) -----				
Z70	Einsatz der Polizei, Verbrechensbekämpfung und Sonderdienste				

412.70	Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Sachkundeprüfer	0 0	1	1	1
422.70	Bezüge der Beamtinnen und Beamten	309.432 311.363	311.645	317.867	319.441
	Übertragbar				
427.70	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	156 132	507	501	501
	Übertragbar				
428.70	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	47.112 47.703	44.911	46.194	46.150
	Übertragbar				
432.70 (048)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten	92.712 93.344	93.453	95.361	95.833
	Übertragbar				
438.70 (048)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.252 4.284	4.043	4.158	4.155
	Übertragbar				
441.70 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen	12.369 12.452	12.448	12.715	12.778
	Übertragbar				
511.70	Einsatzmittel	2.102 2.058 86 R	1.861	1.998	1.998
	Übertragbar				
	GB 2009 1.993				
	GB 2010 1.993				
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 08.1.8500.132.03.				
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.111.23.				
514.70	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	9.409 10.816 44 R	9.709	11.038	11.038
	Übertragbar				
	GB 2009 10.615				
	GB 2010 10.615				
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden i.H.v. 40.00 % der Einnahmen bei 08.1.8500.119.08.				
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.111.04 08.1.8500.119.02 08.1.8500.132.02.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8500 -----					
517.70	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8500.124.92.	11.700 12.376 180 R	11.612	12.691	12.691
518.70	Mieten und Pachten Übertragbar GB 2009 22.364 GB 2010 22.864 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.132.02.	21.236 19.410 2 R	22.319 3.900 VE	22.364 3.900 VE	22.864 3.900 VE
519.70	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8500.710.01.	3.071 2.352 1.203 R	2.571	2.470	2.495
525.70	Aus- und Fortbildung Übertragbar GB 2009 918 GB 2010 918 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.111.22.	967 1.035 4 R	957	958	958
526.70	Blutuntersuchungen, Sachverständigen-, Zeugen-, Gerichts- und ähnliche Kosten Übertragbar GB 2009 3.998 GB 2010 3.998 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.111.16.	3.487 3.442	3.866	4.006	4.001
527.70	Dienstreisen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8580.632.01.	297 306	180	180	180
531.70	Öffentlichkeitsarbeit, Verkehrserziehung und Personalwerbung Übertragbar GB 2009 150 GB 2010 150 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.111.41 08.1.8500.132.01 08.1.8500.282.02.	242 220 17 R	170	194	194
535.70	Fahndungskosten Übertragbar	2.670 2.648 1 R	2.300 1.500 VE	2.300 1.500 VE	2.300 1.500 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8500 -----					
537.70	Leichentransporte, öffentliches Rettungswesen und ärztlicher Notdienst Übertragbar	370 451 1 R	330	452	452
539.70	Betriebsausgaben Übertragbar GB 2009 3.936 GB 2010 3.936 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 08.1.8500.119.05. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.119.04 08.1.8500.119.06 08.1.8500.129.01.	4.460 4.213 166 R	3.891	3.956	3.956
542.70	Überführung sichergestellter Fahrzeuge Übertragbar	378 441	450	450	450
543.70	Fernmelde- und Fernsehanlagen Übertragbar	1.941 1.630 98 R	1.339	1.582	1.582
547.70	Sonstige Betriebsausgaben Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8500.671.55. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8500.547.70 08.1.8500.632.02 08.1.8500.632.70 . Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.261.30	0 0	0	-	-
548.70	Konzept Innere Sicherheit Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8500.535.56 08.1.8500.812.30.	0 0 1.104 R	1.260	670	670
631.70	Erstattungen an den Bund für Einsätze der Bundepolizei und sonstige Amtshilfe Übertragbar	33 10	51 1.000 VE	51 1.000 VE	51 1.000 VE
632.70	Erstattungen an andere Bundesländer für die Inanspruchnahme von Polizeikräften Übertragbar GB 2009 55 GB 2010 55 Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8500.547.70 08.1.8500.632.02 08.1.8500.632.70 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.231.02 08.1.8500.232.02.	143 794 441 R	255 2.500 VE	255 2.500 VE	255 2.500 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8500 -----					
681.70	Belohnungen	3 10	8 100 VE	8 100 VE	8 100 VE
	Übertragbar				
684.70	Zuschuss an die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG), Landesverband Hamburg e.V.	3 3	3	3	3
	Übertragbar Zuwendungsanteil 100%				
	Summen für Z70	531.493 3.346 R	530.140 9.000 VE	542.423 9.000 VE	545.005 9.000 VE
710.01	Sanierung, Modernisierung u. Erweiterung der Baulichen Infrastruktur der Polizei (Hochbau)	310 850 476 R	290 200 VE	200 200 VE	200 200 VE
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8500.519.70. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.710.01 08.1.8010.710.01 08.1.8500.710.01 . Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .				
710.02	Neubau des Polizeipräsidiums einschließlich Folge- maßnahmen	6.699 6.597 889 R	6.596	6.596	6.596
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .				
710.03	Verbesserung der baulichen Infrastruktur von Polizeiunterkünften in Alsterdorf	49 11 42 R	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .				
710.04	Gemeinsame räumliche Unterbringung von Polizeirevierern und Kriminalkommissariaten	235 1 354 R	0	-	-
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .				
710.05	Sicherungsmaßnahmen in Verbindung mit Objektschutz	46 142 1.732 R	0	-	-
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .				
710.56	Baumaßnahmen für IT-Vorhaben	263 33 406 R	200 200 VE	379 453 VE	453 517 VE
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8500 -----					
811.01	Beschaffung von Dienstfahrzeugen	4.347 3.745 638 R	3.867 4.597 VE	4.597 4.000 VE	4.000 4.000 VE
	Übertragbar GB 2009 4.597 GB 2010 4.000 Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.131.05.				
811.04	Ersatz von Wasserfahrzeugen	1.175 53 387 R	522		40 VE
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .				
811.05	Beschaffung von Ersatzgerät für Wasserfahrzeuge	39 0	0 77 VE	77 77 VE	77 77 VE
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .				
812.02	Beschaffung von Fernmelde- und Fernsehanlagen	729 1.488 1.474 R	2.400 2.100 VE	1.363 3.747 VE	1.247 2.615 VE
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .				
812.05	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	67 0 7 R	0	520 520 VE	520 220 VE
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .				
812.13	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen u.dgl.	99 137 42 R	154	-	-
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .				
812.30	Beschaffungen i.R. des Konzepts Innere Sicherheit und Strukturanpassungen	396 611 540 R	0	-	-
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8500.548.70. Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .				
812.61	Erwerb von Spezialgeräten	1.421 905 229 R	1.758 2.524 VE	1.936 2.786 VE	2.586 3.750 VE
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8500 -----					
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Polizei Übertragbar	0 0	0	-	-
891.01	Investitionszuschüsse für Maßnahmen der Polizei Übertragbar GB 2009 2.566 GB 2010 75 Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.131.05.	390 1.330 3.553 R	0	2.566	75
894.01	Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Polizei Übertragbar	0 0	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		667.552 18.698 VE	676.141 20.783 VE	677.013 20.419 VE
8520	Wasserschutzpolizei-Schule ----- (042)				
	EINNAHMEN				
119.01	Einnahmen aus Versicherungsleistungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8520.546.63	0 0	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8520.511.63.	32 38	36	38	38
125.01	Einnahmen aus Verpflegung Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8520.514.63.	14 14	22	20	20
129.01	Einnahmen aus Werbemaßnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8520.511.63. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0 0	0	-	-
132.02	Erlöse aus dem Verkauf von Dienstfahrzeugen WSPS Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8520.518.63.	0 9	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8520 -----					
232.02	Lehrgangsentgelte	692 740	704	809	776
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8520.511.63.				
232.03	Betriebskostenanteile der Länder	1.076 1.264	1.169	1.105	1.132
332.04	Investitionskostenanteile der Länder	829 222	163	433	444
	Gesamteinnahmen		2.094	2.405	2.410
	AUSGABEN				
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	13- 12-	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	248 244	316	302	326
535.56	Sachaufwand für Informationstechnologie	16 16	16	16	16
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8520.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.535.56 08.1.8500.535.56 08.1.8520.535.56 08.1.8550.535.56 .				
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport	0 0	0	-	-
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8520.535.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.671.56 08.1.8500.671.56 08.1.8520.671.56 .				
	Titelgruppe(n) -----				
Z63	Wasserschutzpolizei-Schule				
422.63	Bezüge der Beamtinnen und Beamten	392 339	338	369	369
	Übertragbar				
427.63	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	38 45	51	51	51
	Übertragbar				
428.63	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	456 459	489	463	463
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8520 -----					
432.63 (048)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	118 102	103	111	111
438.63 (048)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	41 41	43	42	42
441.63 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar	16 14	14	15	15
443.63 (940)	Fürsorgeleistungen Übertragbar	8 9	10	10	10
511.63	Geschäftsbedarf und Geräte Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8520.119.98 08.1.8520.232.02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8520.129.01.	51 59 14 R	83	103	103
514.63	Haltung von Dienstfahrzeugen, Dienst- und Schutz- kleidung, Ausgaben für Verpflegung Übertragbar GB 2009 71 GB 2010 71 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8520.125.01.	81 81 20 R	88	91	91
517.63	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	190 229 5 R	170	200	200
518.63	Mieten und Pachten Übertragbar GB 2009 20 GB 2010 20 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8520.132.02.	23 24	19	20	20
519.63	Instandsetzung und Renovierung von Dienstgebäuden Übertragbar	137 77 112 R	89	89	89
525.63	Aus- und Fortbildung Übertragbar	66 89 18 R	71	75	75

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8520 -----					
527.63	Dienstreisen Übertragbar	1 0 1 R	1	1	1
539.63	Vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar	0 0 1 R	1	1	1
546.63	Ausgaben für Sachbeschädigungen durch Dritte Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8520.119.01	0 0	0	-	-
632.63	Erstattung von Personal- und Reisekosten an andere Länder für abgeordnetes Lehrpersonal Übertragbar Summen für Z63	459 417 2 R 1.985 172 R	427	429	429
710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und dgl. (Hochbau) Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8520-06 .	69 108 189 R	131	450 443 VE	443 259 VE
812.01	Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8520-06 . Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	1.167 6 94 R	70	69 90 VE	90 90 VE
8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst ----- (044)		2.530	2.907 533 VE	2.945 349 VE
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren (Feuerlöschwesen)	2.259 2.852	2.301	2.400	2.400
111.02 (049)	Verwaltungsgebühren (Rettungsdienst) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8550.511.75. Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.671.01.	28.234 31.485	34.085	34.085	34.085

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8550 -----					
111.03 (049)	Verwaltungsgebühren (Rettungsdienst) für Einsätze des DRK Harburg Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.671.03.	0 774	765	707	707
111.21	Erstattung von Kosten für verbrauchte Lösch- und sonstige Betriebsmittel Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8550.514.75.	5 0	0	-	-
119.02	Kostenerstattung für die Hinzuziehung Dritter bei Feuerwehreinsätzen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8550.518.75.	6 11	10	10	10
119.93	Ersatzvornahmen 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8550.514.75.	25 39	10	10	10
119.98	Vermischte Einnahmen	2 2	11	10	10
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	22 15	20	7	7
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften	48 52	46	46	46
125.01	Erlöse aus Diensten und wirtschaftlicher Tätigkeit für Dritte 40.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8550.511.75 08.1.8550.535.56.	109 147	130	130	130
132.02	Erlöse aus dem Verkauf von Dienstfahrzeugen 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8550.514.75.	166 161	65	85	85
132.03	Erlöse aus dem Verkauf von Geräten, Ausstattungs- gegenständen und Verbrauchsmitteln 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8550.511.75.	48 31	15	15	15
231.04 (049)	Kostenerstattungen für Kampfmittelräumung	0 900	1.000	40	40

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8550 -----					
231.05	Erstattung für die Unterbringung von Fahrzeugen des Katastrophenschutzes Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8550.518.75.	39 36	45	40	40

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8550 -----					
231.06	Erstattungen für Zivildienstleistende Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8550.427.75.	45 44	64	64	64
231.07	Erstattung der Kosten für Personalgestellungen	34 58	23	46	46
231.08	Erstattung der Kosten für Wartungsleistungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8550.535.56.	29 31	27	27	27
231.09	Kostenerstattung für vertraglich vereinbarte Notfallrettungen außerhalb Hamburgs Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.671.01.	85 73	170	170	170
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen	0 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		38.787	37.892	37.892
	AUSGABEN				
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	952 941	3.119	3.119	3.119
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0 17	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	17.721 18.814	20.728	19.635	20.458
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	10 7	0	-	-
535.56	Sachaufwand für Informationstechnologie Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8550.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.535.56 08.1.8500.535.56 08.1.8520.535.56 08.1.8550.535.56 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben anteilig geleistet werden i.H.v. 40.00 % der Einnahmen bei 08.1.8550.125.01. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8550.231.08.	607 658 200 R	801	747	747
	GB 2009 714 GB 2010 714				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8550 -----					
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen	14 0 1 R	0	-	-
	Übertragbar				
632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne	870 1.028	1.028	1.052	1.052
	Übertragbar				
671.01 (049)	Erstattungen an Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, an das UKE, Erstattung der Kosten des Notarztpersonals an das Unfallkrankenhaus Boberg	3.837 3.795	3.777	3.909	3.909
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8550.671.01 08.1.8550.671.04 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8550.111.02 08.1.8550.231.09.				
671.03 (049)	Erstattung an das DRK-Harburg für Notfallbeförderungen	572 773	765	707	707
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8550.111.03.				
671.04	Hanseatische Feuerwehr-Unfallkasse Nord	170 227	230	230	230
	Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8550.671.01 08.1.8550.671.04 .				
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	132 127 1 R	134	134	134
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.671.55 08.1.8010.671.55 08.1.8500.671.55 08.1.8550.671.55 .				
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport	0 0	0	-	-
	Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8550.535.56.				
685.01	Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Landesfeuer- weherschule	4.539 4.380 36 R	4.350	4.605	4.605

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8550 -----					
	Titelgruppe(n) -----				
Z75	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst -----				
422.75	Bezüge der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	78.754 80.825	78.914	80.511	80.917
427.75	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige Übertragbar	196 140	134	134	134
	GB 2009 70 GB 2010 70				
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8550.231.06.				
428.75	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	5.257 5.235	5.043	5.275	5.298
432.75 (048)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	23.655 24.253	23.678	24.153	24.272
438.75 (048)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	467 465	393	475	477
441.75 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar	3.154 3.233	3.158	3.221	3.237
511.75	Einsatzmittel Übertragbar	1.440 1.427 231 R	1.642	1.642	1.642
	GB 2009 1.588 GB 2010 1.588				
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8550.111.02. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben anteilig geleistet werden i.H.v. 40.00 % der Einnahmen bei 08.1.8550.125.01. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 08.1.8550.132.03.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8550 -----					
514.75	Haltung von Einsatzfahrzeugen, Dienst- und Schutz- kleidung, Verbrauchsmittel	4.566 4.417 423 R	3.923 400 VE	4.035 400 VE	4.085 400 VE
	Übertragbar				
	GB 2009 3.987 GB 2010 4.037				
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 08.1.8550.119.93 08.1.8550.132.02. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8550.111.21.				
517.75	Bewirtschaftung der Grundstücke	2.841 3.095	2.943	3.412	3.489
	Übertragbar				
518.75	Mieten und Pachten	7.121 7.209 17 R	7.985 540 VE	8.205 540 VE	8.416 450 VE
	Übertragbar				
	GB 2009 8.165 GB 2010 8.376				
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8550.119.02. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8550.231.05.				
519.75	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	856 737 151 R	657	660	667
	Übertragbar				
525.75	Aus- und Fortbildung	140 177 36 R	112	112	112
	Übertragbar				
526.75	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	342 75 3 R	15	15	15
	Übertragbar				
527.75	Dienstreisen	54 42 6 R	26	26	26
	Übertragbar				
	Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8580.632.01.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8550 -----					
531.75	Öffentlichkeitsarbeit	54 60 9 R	64	64	64
	Übertragbar				
534.75	Fernmeldeanlagen	74 147 41 R	138	138	138
	Übertragbar				
535.75 (049)	Betriebsausgaben Kampfmittelräumdienst	142 63 101 R	310	310	310
	Übertragbar				
536.75 (049)	Betriebsausgaben für die Zentralambulanz für Betrunkene	151 136	180	180	180
	Übertragbar				
538.75	Einstellungstests und Personalwerbung	16 27	24	24	24
	Übertragbar				
539.75	Vermischte Verwaltungsausgaben	27 37 20 R	45	45	45
	Übertragbar				
547.75	Verdienstausfall, Aufwandsentschädigungen u.ä.	950 960 24 R	922	922	922
	Übertragbar				
633.75 (049)	Anteil Hamburgs an den Kosten des Rettungsdienstes im Neuerker Watt	0 0	0 26 VE	- 26 VE	- 26 VE
	Übertragbar				
685.75	Mitgliedsbeiträge	15 33 2 R	32	32	32
	Übertragbar				
	Summen für Z75	132.792 1.063 R	130.338 966 VE	133.591 966 VE	134.502 876 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8550 -----					
710.01	Hochbaumaßnahmen für die Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .	252 250	0		
710.04	Neu- und Umbau von Rettungswachen und Erneuerung von Betriebsvorrichtungen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .	0 50 86 R	100 100 VE	100	100
787.02	Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverun- reinigungen durch Munition und Kampfstoffe Übertragbar	0 0	0		
811.01	Beschaffung von Feuerlöschfahrzeugen (einschl. Wasserfahrzeugen) Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .	8.537 2.524 2.506 R	3.810 6.000 VE	6.000 6.050 VE	5.050 7.950 VE
811.02	Beschaffung von Rettungsdienstfahrzeugen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .	1.158 955 907 R	1.500 1.500 VE	1.500 1.500 VE	1.500 1.500 VE
812.10	Beschaffung von Geräten für den Kampfmittelräumdienst Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .	0 29	0	164	
812.14	Fernmelde-, Alarmierungstechnik und Lichtsignal- anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .	661 269 198 R	500 500 VE	500 500 VE	500 500 VE
812.17	Beschaffung von Feuerwehrhelmen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .	26 0 369 R	0		
812.23	Ersatzbeschaffung und Umrüstung von Atemschutzgeräten Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8550 -----					
812.29	Ersatzbeschaffungen unterschiedlicher Einsatzgeräte Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .	397 277 203 R	420 230 VE	230 230 VE	230 230 VE
812.30	Ersatzbeschaffungsprogramm für Dienst- und Schutz- kleidung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .	0 500	500 500 VE	500 500 VE	500 500 VE
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		172.100 9.796 VE	176.723 9.746 VE	177.343 11.556 VE
8580	Katastrophenschutz -----				
(045)	EINNAHMEN				
119.98	Vermischte Einnahmen	0 0	0	-	-
129.01	Einnahmen aus Werbemaßnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8580.511.77. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0 0	0	-	-
232.01	Erstattung der Kosten Hamburgs für den Betrieb des Havariekommandos in Cuxhaven durch die gemeinsame Abrechnungsstelle Schleswig-Holstein Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8580.632.01.	131 185	0	-	-
	Gesamteinnahmen		0	0	0
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	1.110 1.123	971	1.109	1.123
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	1 8	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	419 536	558	558	541
412.86	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige Zweckzuweisungen an die Bezirke	(9) (10)	18	18	18
511.86	Aufwendungen für den Katastrophenschutz Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar	(13) (9) 10R	22	22	22

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8580 -----					
632.01	Erstattung der Kosten für Einrichtung und Betrieb eines Havariekommandos in Cuxhaven Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8500.527.70 08.1.8550.527.75. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8580.232.01.	62 4 73 R	52	52	52
	Titelgruppe(n) -----				
Z77	Betriebsausgaben Katastrophenschutz -----				
412.77	Aufwendungen für nebenamtlich Tätige Übertragbar	2 1 35 R	6	6	6
511.77	Sachaufwand für Telekommunikation- und Sirenen- anlagen Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8580.129.01.	108 52 107 R	120	120	120
525.77	Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Katastrophendienststäbe Übertragbar	13 4 7 R	6	6	6
531.77	Veröffentlichungen Übertragbar	19 19 20 R	23	23	23
534.77	Aufwendungen für Übungen und Einsätze Übertragbar	114 23 30 R	40	40	40
539.77	Vermischte Ausgaben Übertragbar	0 5	0	-	-
684.77	Zuschüsse an Hilfsorganisationen Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	453 475	475	496	496
	Summen für Z77	580 199 R	670	691	691
811.01	Beschaffung von Fahrzeugen mit Ausstattung für den Katastrophenschutz Übertragbar	0 0	0		500

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8580 -----					
812.02	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen für den Katastrophenschutz Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8580-08 .	338 282 160 R	100 100 VE	100 100 VE	100 100 VE
812.03	Beschaffung von Sirenenanlagen für die Warnung der Bevölkerung im Tidegebiet der Elbe Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8580-08 .	2 202 162 R	133 133 VE	133 133 VE	133 133 VE
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		2.524 233 VE	2.683 233 VE	3.180 233 VE
8590	Landesamt für Verfassungsschutz -----				
(012)	EINNAHMEN				
119.01	Einnahmen aus Versicherungsleistungen für Sach- beschädigungen durch Dritte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8590.547.01.	0 0	0	-	-
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	0 0	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8590.547.01.	0 1	0	-	-
231.02 (049)	Erstattungen von Sach- und Personalkosten durch den Bund und die Bundesländer Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8590.547.01.	105 90	0	-	-
	Gesamteinnahmen		0	0	0
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	7.980 8.155	8.084	8.382	8.428
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	14 3	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	1 1	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	600 689	882	907	1.000

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8590 -----					
547.01 (049)	Sächliche Ausgaben Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8590.119.01 08.1.8590.119.98 08.1.8590.231.02.	2.652 2.417 295 R	2.463	2.516	2.516
812.01 (049)	Erwerb v. Geräten u. sonst. bewegl. Sachen Übertragbar	103 159 2 R	160 140 VE	140 100 VE	100 100 VE
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		11.589 140 VE	11.945 100 VE	12.044 100 VE

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
8000	Allgemeine Verwaltung -Behörde für Inneres-	12	---	---
8000	Allgemeine Verwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	9.384	---	4.447
8010	Einwohner-Zentralamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	15.439	---	4.045
8580	Katastrophenschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.109	---	792
8590	Landesamt für Verfassungsschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.382	---	4.612
	Summe Gesamtansatz 2009	34.326	---	13.896
	Summe Vergleichszahl 2008	32.096	---	12.486
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	33.470	---	14.593
	Summe Rest 2007	---	---	---

08.1 Behörde für Inneres

Titel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
8000	12	---	---	---	---
8000	---	3.141	1.335	283	178
8010	---	9.189	1.214	828	163
8580	21	23	238	3	32
8590	---	2.019	1.384	182	185
	33	14.372	4.171	1.296	558
	24	14.072	3.743	1.268	503
	4	12.783	4.365	1.143	581
	---	---	---	---	---

Kontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)

08.1 Behörde für Inneres

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
8000	Allgemeine Verwaltung -Behörde für Inneres-	12	---	---
8000	Allgemeine Verwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	9.303	---	4.400
8010	Einwohner-Zentralamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	15.562	---	4.155
8580	Katastrophenschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.123	---	802
8590	Landesamt für Verfassungsschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.428	---	4.649
	Summe Gesamtansatz 2010	34.428	---	14.006
	Summe Vergleichszahl 2009	34.326	---	13.896
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	33.470	---	14.593
	Summe Rest 2007	---	---	---

08.1 Behörde für Inneres

Titel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
8000	12	---	---	---	---
8000	---	3.125	1.320	282	176
8010	---	9.168	1.247	826	166
8580	21	23	241	3	33
8590	---	2.015	1.396	182	186
	33	14.331	4.204	1.293	561
	33	14.372	4.171	1.296	558
	4	12.783	4.365	1.143	581
	---	---	---	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

08.1 Behörde für Inneres

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
8000	Allgemeine Verwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	3.323	---	1.733
8010	Einwohner-Zentralamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	115	---	51
8500	Polizei -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	90.020	---	69.880
8520	Wasserschutzpolizei-Schule -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	302	---	269
8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	19.635	---	14.855
8580	Katastrophenschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	558	---	457
8590	Landesamt für Verfassungsschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	907	---	621
	Summe Gesamtansatz 2009	114.860	---	87.866
	Summe Vergleichszahl 2008	122.115	---	95.971
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	116.846	---	85.349
	Summe Rest 2007	---	---	---

08.1 Behörde für Inneres

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
8000	1.224	366
8010	87-	151
8500	439	19.701
8520	13-	46
8550	16	4.764
8580	18	83
8590	47	239
	1.644	25.350
	2.138	24.006
	2.032	29.466
	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

08.1 Behörde für Inneres

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
8000	Allgemeine Verwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	3.313	---	1.758
8010	Einwohner-Zentralamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	114	---	47
8500	Polizei -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	90.415	---	70.163
8520	Wasserschutzpolizei-Schule -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	326	---	292
8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	20.458	---	15.566
8580	Katastrophenschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	541	---	442
8590	Landesamt für Verfassungsschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.000	---	699
	Summe Gesamtansatz 2010	116.167	---	88.967
	Summe Vergleichszahl 2009	114.860	---	87.866
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	116.846	---	85.349
	Summe Rest 2007	---	---	---

08.1 Behörde für Inneres

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
8000	1.188	367
8010	87-	154
8500	461	19.791
8520	14-	48
8550	29	4.863
8580	17	82
8590	51	250
	1.645	25.555
	1.644	25.350
	2.032	29.466
	---	---

Erläuterungen zu den Kapiteln

8000 Amt für Innere Verwaltung und Planung (inkl. Kapitel 8580 Katastrophenschutz)

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Übergeordnete Aufgabenstellung des Amtes für Innere Verwaltung und Planung ist das Entwickeln von Zielvorgaben für den gesamten Aufgabenbereich der Innenpolitik aufgrund politischer Vorgaben und einer Reflektion gesellschaftlicher, politischer und zwischenstaatlicher Ereignisse und Entwicklungen.

Zu den Kernaufgaben des Amtes gehören folgende Aufgaben

- Allgemeine Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten, Landeswahlamt, Glückspielaufsicht,
- Grundsatzangelegenheiten des Straßenverkehrs,
- Grundsatzangelegenheiten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und des Polizeivollzuges,
- Katastrophenschutz und Grundsatzangelegenheiten der Feuerwehr und des Rettungsdienstes,
- Leitungsassistenten.

2. Zuwendungen

Kapitel 8000:

- 684.01 Zuwendung an die Verkehrswacht Hamburg e.V. für den Verkehrsübungsplatz Großmannstraße in Höhe von 464 Tsd. Euro (464 Tsd. Euro) für 2009 (2010). Die Zuwendung wird in Form der Projektförderung gewährt. Die Höhe der Mittel entspricht dem Mietzins, der von der Verkehrswacht Hamburg e.V. an die Liegenschaftsverwaltung erstattet wird.

Kapitel 8580:

- 684.77 Die Hilfsorganisationen (Arbeiter Samariter Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter Unfallhilfe, Malteser Hilfsdienst, Deutsche Lebensrettungsgesellschaft) stellen ausgebildetes Personal und einsatzbereite technische Ausstattung für den Sanitäts- und Betreuungsdienst für Übungen und Ausbildungsveranstaltungen zur Verfügung und unterrichten die Bevölkerung in Maßnahmen zur Selbsthilfe im Katastrophenfall. Sie haben sich gemäß § 5 des Hamburgischen Katastrophenschutzgesetzes (HmbKatSG) verpflichtet, im Einsatzfall ihr gesamtes Potential unter die Leitung der Katastrophenschutzbehörden zu stellen. Damit entlasten sie die FHH, die für den Sanitäts- und Betreuungsdienst im Katastrophenfall keine bzw. nur in geringem Umfang Ressourcen vorhält.

Den Hilfsorganisationen werden gemäß § 27 des HmbKatSG jährlich Zuwendungen aus dem Kapitel 8580 auf der Grundlage von zwei Leistungsbeschreibungen gewährt, in denen die Grundsätze der Mitwirkung im Katastrophenschutz und der Förderung geregelt sind. Eine Vereinbarung regelt die Mitwirkung des Deutschen Roten Kreuzes; die andere die der übrigen Hilfsorganisationen gemeinsam. Die Zuwendungen richten sich grundsätzlich nach der Zahl bereitgestellter Einheiten und Notunterkunft-Ausstattungen, für die festgesetzte Fördersätze gelten.

Die Verwendungs- und Erfolgskontrolle erfolgt insbesondere anhand von Jahresaufstellungen über die den Hilfsorganisationen für den Katastrophenschutz entstandenen Kosten und Einnahmen. Sie wird ergänzt durch Aufstellungen im Rahmen eines Sachberichtes über die Einheiten, durchgeführte Übungen, Aus- und Fortbildungen und Einsätze bei Veranstaltungen sowie Inventarverzeichnisse. Hierbei erfolgt ein Abgleich zu den ursprünglich von den Hilfsorganisationen im Rahmen des Antragsverfahrens gemachten Angaben. Darüber hinaus ermöglicht die Teilnahme der Hilfsorganisationen an den Katastrophenschutzübungen und -einsätzen eine fortlaufende Überprüfung des Leistungs- und Ausbildungsstandes.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben**Einnahmen**

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

- 093.01 Spielbankabgabe in Höhe von 40.000 (40.000) Tsd. Euro. Mit der Überleitung der Glückspielaufsicht (siehe Hinweise im Vorwort und Produktbereich 01) sind die bisher im Einzelplan 9.2 der Finanzbehörde veranschlagten Einnahmetitel in den Einzelplan 8.1, Kapitel 8000 übertragen worden. Der Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland beinhaltet erhebliche Werbe- und Betriebsrestriktionen für das staatliche Glücksspiel. Die daraus resultierenden Umsatzrückgänge führen zu Mindereinnahmen von ca. 8.000 Tsd. Euro (8.000 Tsd. Euro).
- 099.01 Troncabgabe in Höhe von 300 (300) Tsd. Euro (s.o.).
- 112.01 Gebühren für das Glücksspielwesen 22 Tsd. Euro (22Tsd. Euro).
- 121.01 Gewinnabführung der IMPF mit Hinweis auf die Erläuterung zu diesem Titel bei 9590.682.10.
- 122.01 Konzessionsabgaben für in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien und Sportwetten 32.000 Tsd. Euro (32.000 Tsd. Euro). Umsatzrückgänge (s. auch 093.01) führen zu Mindereinnahmen von ca. 1.700. Tsd. Euro (1.700 Tsd. Euro).

IMPF Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft mbH

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Ergebnis GJ 2007 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2008 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2009 Tsd. Euro
	1	2	3
1. Erträge			
1.1 Mieterträge	27.918	29.728	29.220
1.2 Umlagen	8.281	8.800	9.300
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	10.191	10.300	10.500
Summe der Erträge	46.390	48.828	49.020
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Betriebskosten	8.212	8.800	9.300
2.1.2 Bewirtschaftungs- / Instandhaltungskosten	11.472	13.600	11.050*
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	2.922	3.100	3.200
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	163	200	200
2.3 Abschreibungen	103	100	100
2.4 Mieten und Pachten	22.932	22.409	24.500*
2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	686	700	750
Summe der Aufwendungen	46.490	48.909	49.100
3. Finanzergebnis	116	90	86
4. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
5. Unternehmensergebnis vor Steuern	16	9	6
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
7. HGV-Anteil an der Gewinnabführung	16	9	6

* Dem Aufsichtsrat der HGV wird im Januar 2009 eine Pachtabsenkung um 2,5 Mio. Euro zugunsten einer entsprechenden Erhöhung der Vermieterbauunterhaltung zur Beschlussfassung vorgelegt, die hier noch keine Berücksichtigung findet.

IMPF

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2008 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

1.1	Mieterträge	Tsd. Euro
	Die Mieterträge 2007 fallen gegenüber der Planung wegen zwei ab 2004 rückwirkend geltende Transaktionen:	
	1) neue Festlegung der Mieten aufgrund des Neuaufmaßes von Polizei- und Feuerwehrgebäuden	
	2) Übertragung der Gebäude aus dem PK I- Programm	
	In 2008 entspricht die Höhe der Mieteinnahmen wieder den laufenden Verträgen.	+ 1.810
1.2	Umlagen	
	Anstieg der Umlagenerträge v. a. wegen Weiterbelastung höherer Energiepreise	+ 519
2.1.1	Betriebskosten	
	Wie 1.1: Anstieg wegen höherer Energiepreise.	- 588
2.1.2	Bewirtschaftungs- / Instandhaltungskosten	
	Zur Unterstützung der Vermieterinstandhaltung durch die IMPF hat die Gebäudeeigentümergebin und Verpächterin HGv die Pacht zunächst für 2008 um 2,5 Mio. € für zweckgebundenen Maßnahmen abgesenkt.	- 2.128
2.4	Mieten und Pachten	
	Analog zu der außerordentlichen Minderung der Mieten in 2007 wurde auch die Pacht gesenkt, für 2008 bedeutet dies eine Steigerung auf das normale Vertragsniveau. Gleichzeitig wird in 2008 die Summe wie oben angeführt zur Erhöhung der Instandhaltungsmittel gesenkt.	+ 523

IMPF

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2009 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

1.1	Mieterträge	Tsd. Euro
	Aufgrund von für 2009 geplanten Abmietungen im Zusammenhang mit dem PK II - Programm werden sich die Mieten verringern.	- 508
1.2	Umlagen	
	Anstieg der Umlagenerträge wie im Vorjahr v. a. wegen Weiterbelastung wiederum gestiegener Energiepreise.	+ 500
2.1.1	Betriebskosten	
	Wie 1.1: Anstieg v. a. wegen höherer Energiepreise.	- 500
2.1.2	Bewirtschaftungs- / Instandhaltungskosten	
	Sofern die Pachtabsenkung 2008 durch die HGv zugunsten der Instandhaltung in 2009 nicht fortgeschrieben wird, ergibt sich für 2009 eine entsprechende Minderung der Instandhaltungsaufwendungen.	+ 2.550
2.4	Mieten und Pachten	
	Entsprechend dem vorgenannten Punkt erhöht sich die Pacht, gemindert um die wegen der Gebäudebestandsverringering reduzierten Kosten (vgl. 1.1)	- 2.091

8000

- 121.02 Ablieferung des Landesbetriebs Verkehr in Höhe von 1.420 (1.420) Tsd. Euro. Einzelheiten siehe Wirtschaftsplan, Anlage 2.1, rosa Seiten.
- 122.01 Konzessionsabgaben für in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien und Sportwetten in Höhe von 32.000 (32.000) Tsd. Euro (s.o. Hinweise zu Titel 093.01).
- 231.04 Erstattungen vom Bund für die Europawahl 1.690 Tsd. Euro.
231.05 Erstattungen vom Bund für die Bundestagswahl 1.735 Tsd. Euro.
Der Bund erstattet den Ländern die durch Bundestags- und Europawahlen hervorgerufenen Ausgaben in Höhe eines Pauschalbetrags je Wahlberechtigten sowie die entstandenen Portokosten und Aufwandsentschädigungen für die Wahlvorstände.
- 232.01 Erstattungen Schleswig-Holsteins für die Finanzierung des Statistischen Amtes 16.252 (16.862) Tsd. Euro.
232.02 Erstattungen für Versorgungsrückstellungen des Statistischen Amtes 575 (577) Tsd. Euro (nähere Einzelheiten siehe unter Sach- und Fachausgaben).
- 282.01 Eigenbeteiligung von Polizei- und Feuerwehrbeamten an der Freien Heilfürsorge 4.200 (4.200) Tsd. Euro. Die Einführung der Eigenbeteiligung ab 2005 war einer der Beiträge der Behörde für Inneres zur Konsolidierung des hamburgischen Haushalts.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 8.1

Sach- und Fachausgaben Kapitel 8000

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

- 412.07 Ausgaben für ehrenamtliche Wahlhelfer
412.87 Ausgaben für ehrenamtliche Wahlhelfer (Zweckzuweisungen an die Bezirke)
511.07 Sachausgaben für die Durchführung von Wahlen
511.86 Sachausgaben für die Durchführung von Wahlen (Zweckzuweisungen an die Bezirke)
Für die Durchführung der Bundestagswahl und Europawahl 2009 sind insgesamt 4.474 Tsd. EUR veranschlagt. Davon werden 3.425 Tsd. Euro vom Bund erstattet (s.o. 8000.231.04 und 8000.231.05).
- 685.01 Zuschuss an das Statistische Amt in Höhe von 27.805 (28.420) Tsd. Euro.
685.02 Zuschuss für Versorgungsrückstellungen an das Statistische Amt 997 (1.000) Tsd. Euro.

Zum 01. Januar 2004 wurde das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Statistikamt Nord) als Anstalt öffentlichen Rechts gegründet. Vorrangiges Ziel der Zusammenführung der beiden ehemaligen Statistischen Landesämter war die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der amtlichen Statistik durch die Erzielung von Effizienzsteigerungen und Synergieeffekten unter Wahrung der sozialen Belange der Beschäftigten.

Das Statistikamt Nord ist der zentrale Dienstleister für beide Länder auf dem Gebiet der amtlichen Statistik. Zur Wahrnehmung der statistischen Aufgaben vertritt es die Interessen Hamburgs und Schleswig-Holsteins auf nationaler und internationaler Ebene. Als fachkundige Stelle unterstützt und berät das Statistikamt Nord in allen Fragen der Statistik.

Die Zuschüsse an das Statistikamt Nord werden entsprechend dem Staatsvertrag (vgl. Drucksachen 17/3233 und 17/3522) von Hamburg gezahlt. Die Zuschüsse sind in voller Höhe als Ausgaben, der Anteil Schleswig-Holsteins als Einnahme veranschlagt (vgl. 232.01 und 232.02).

Eine wichtige Rahmenbedingung der Fusion war die regionale Konzentration der einzelnen Statistikaufgaben sowie der Intendanz- und Querschnittsbereiche, die bis Mitte 2005 erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Die Verbreitung der Statistikergebnisse über das Internet und Online wurde weiter ausgebaut und verbessert. Die kundenorientierten statistischen Dienstleistungen konnten in Gestalt wichtiger Auftragsarbeiten intensiviert werden.

Gemessen an den Personalbudgets beider Ämter für das Jahr 2004 sind die Personalkosten des Statistikamtes Nord ab 2006 bis 2010 von Jahr zu Jahr um 3 Prozent zu kürzen. Das entspricht 15 Prozent in 5 Jahren oder einer Einsparsumme von ca. 3 Mio. €. Die Einsparsumme wird – bezogen auf den bei Fusion vorhandenen Aufgabenbestand und unter Ausnutzung der Personalfuktuation – voraussichtlich erreicht werden können.

Das Statistikamt Nord hat Leitlinien und Handlungsfelder zur dauerhaften Reduzierung des Personalaufwandes entwickelt.

Das Statistikamt Nord hat gemäß Staatsvertrag die Versorgungslasten für seine Beschäftigten zu tragen. Hamburg und Schleswig-Holstein stellen hierfür Zuschüsse zur Verfügung. Um eine sichere und möglichst gewinnbringende Anlage dieser Versorgungsmittel sicher zu stellen, wurde nach einem öffentlichen Teilnahmewettbewerb ein Kollektivrahmenvertrag mit einem Versicherungsunternehmen abgeschlossen.

In den Jahren 2007 bis 2014 wird der Zensus europaweit durchgeführt. Die mit diesem Haushalt angemeldeten Bedarfe basieren auf einer ländereinheitlichen Kostenkalkulation. Die Gesamtkosten des Zensus für das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein werden voraussichtlich 23 580 T€ betragen.

Im Falle der Auflösung der mit Dienstherrenfähigkeit ausgestatteten Anstalt öffentlichen Rechts müssen die dort tätigen Beamten von den Trägerländern übernommen werden. Über die Aufteilung auf die Trägerländer ist zu gegebener Zeit Einvernehmen herzustellen. Vorgesehen ist eine Verteilung entsprechend der bei Anstaltsgründung von den Trägerländern jeweils tatsächlich übernommenen Zahl der Beamten (von FHH: 31 Beamte, von SH: 26 Beamte). Für übergeleitete Arbeitnehmer wurde für denselben Fall einzelvertraglich ein Rückkehrrecht vereinbart, wenn sie zum Zeitpunkt der Überleitung mindestens 15 Jahre bei der FHH tätig und mindestens 55 Jahre alt waren, dies traf für 25 Tarifbeschäftigte zu. Eine Kündigung des Staatsvertrages ist gemäß § 22 des Staatsvertrages frühestens zum 31.12.2013 möglich.

Die ggf. von der FHH zu übernehmenden Beschäftigtenzahlen und die entsprechenden Personalkosten (in Tsd. Euro) entwickeln sich wie folgt:

	Übergeleitet							
	01.01.2004	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010
Gesamtzahl								
übergeleitete Beamte	57	55	54	51	50	49	48	46
FHH	54%	31						
SH	46%	26						
Davon mit								
Rückkehrrecht FHH	31	30	29	28	27	27	26	25
anteilige Personalkosten	1.667	1.606	1.562	1.484	1.440	1.407	1.465	1.373
Gesamtzahl								
übergeleitete Beschäftigte	401	389	391	371	363	351	332	329
davon mit Rückkehrrecht zur FHH	25	21	19	17	15	12	9	8
anteilige Personalkosten	1.334	1.077	973	869	750	614	442	403

Hinweis:

Personalkosten für die Jahre 2004 bis 2008 nach PKT 2005 Budgetwert

Personalkosten für die Jahre 2009 bis 2010 nach PKT 2007 Budgetwert

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

Wirtschaftsplan

Kontenbezeichnung	Erfolgsplan			
	Ist 2007 *	2008	2009	2010
	in Tsd. Euro			
1	2	3	4	5
A. Erfolgsplan				
<u>Erträge</u>				
1. Umsatzerlöse	176	120	120	120
2. Transfererträge	232	109	109	20
3. Sonstige betriebliche Erträge	977	808	790	761
Darunter:				
- Ertrag Forderungen aus Pensionen, Ruhegeld, Beihilfe	645	631	615	587
- Ertrag aus Eigenanteil Arbeitnehmer Ruhegeld, VBL	159	156	154	152
Gesamterträge	1 385	1 036	1 019	901
<u>Aufwendungen</u>				
-				
1. Aufwendungen für bezogene Leistungen	4 986	4 871	4 364	4 619
2. Personalaufwand	17 752	19 051	19 657	19 844
- Löhne, Gehälter und Beamtenbesoldung	14 128	15 189	15 966	16 059
- Rückstellung für Versorgung und Beihilfe	1 195	1 237	927	991
- soziale Abgaben, Versorgungs- und Beihilfezahlungen	2 430	2 626	2 764	2 794
3. Abschreibungen	509	629	653	663
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3 497	4 282	4 760	5 166
Darunter:				
- Gebäudeaufwand	1 962	2 065	2 090	2 090
- Zensus 2011		735	1 210	1 640
Gesamtaufwendungen	26 745	28 833	29 433	30 292
5. Zinsergebnis **	105	40	40	40
Jahresfehlbetrag vor Zuschuss der Anstaltsträger	- 25 255	- 27 757	- 28 374	- 29 351

* vorläufiges Ergebnis vor Jahresabschlussprüfung, Stand 09.04.08

** Guthabenzinsen für die Umsätze auf dem Geschäftskonto der Kasse.Hamburg

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein
Wirtschaftsplan

Kontenbezeichnung	Finanzierungsplan			
	Ist 2007 *	2008	2009	2010
	in Tsd. Euro			
1	2	3	4	5
B. Finanzierungsplan				
<u>I. Finanzbedarf</u>				
1. Investitionen	500	684	770	488
Summe Investitionen	500	684	770	488
2. Sonstiger Finanzbedarf				
- Jahresfehlbetrag	25 255	27 757	28 374	29 351
- Forderungen gegen die Träger	645	631		
Summe sonstiger Finanzbedarf	25 900	28 388	28 374	29 351
Gesamtsumme Finanzbedarf	26 399	29 072	29 144	29 839
<u>II. Deckungsmittel</u>				
- Abschreibungen	509	629	653	663
- Zuschuss der Anstaltsträger	27 000	26 293	29 176	29 772
<i>davon für Investitionen aus dem</i>				
<i>luK-Globalfonds</i>	295	215	100	33
Gesamtsumme Deckungsmittel	27 509	26 922	29 829	30 435
Nicht verbrauchte Deckungsmittel aus dem Vorjahr (+) / / Abdeckung des Finanzbedarfs aus dem Vorjahr (-)		1 110	- 1 040	- 355
<u>III. Noch verfügbare Deckungsmittel (+)</u>	1 110			241
Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)		- 1 040	- 355	

* vorläufiges Ergebnis vor Jahresabschlussprüfung, Stand 09.04.08

Investitionen Kapitel 8000

- 812.16 Beschaffung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS).

Der Bund und die Länder beabsichtigen die Errichtung und Inbetriebnahme eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Deutschland, da die analogen Geräte (rd. 20 Jahre alt) abgängig sind.

Die bisherige Realisierung, die weitere Planung sowie genauere Angaben zu den Kosten sind den Mitteilungen an die Bürgerschaft Nr. 19/1501 zu entnehmen.

Die Gesamtkosten betragen:	53.249 Tsd. Euro
Davon wurden bereits Mittel in Höhe von:	36.340 Tsd. Euro
in den Jahren 2002 – 2008 zur Verfügung gestellt.	
Im Kapitel 8000 sind zentral veranschlagt:	
in 2009 (2010) ein Teilbetrag von:	2.199 (336) Tsd. Euro
in 2009 (2010) sind Verpflichtungsermächtigung von:	16.874 (14.374) Tsd. Euro
zu Lasten der Haushaltsjahre 2010 und 2011 veranschlagt.	

Die Folgekosten für den Betrieb des Netzes nach Abschluss der Migrationsphase können nach derzeitigem Erkenntnisstand im Rahmen der zurzeit für den Betrieb des Analogfunks veranschlagten Mittel (ca. 3,5 Mio. Euro p.a.) aufgefangen werden.

- 894.01 Zuschüsse an das Statistische Amt für Investitionen 274 Tsd. Euro (319 Tsd. Euro). Neben den hier veranschlagten Zuschüssen werden weitere Mittel aus dem IuK-Globalfonds bereitgestellt.

Besondere Finanzierungsausgaben

- 971.02 Global veranschlagte Ausgaben aufgrund des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland 1.500 Tsd. Euro (1.500 Tsd. Euro). Mit der Überleitung der Glücksspielaufsicht (siehe Hinweise im Vorwort und Produktbereich 01) sind die bisher im Einzelplan 9.2 der Finanzbehörde veranschlagten Ausgabebetitel in den Einzelplan 8.1, Kapitel 8000 übertragen worden. Die Ausgaben dienen zur Finanzierung von Projekten im Rahmen der Suchtprävention.
- 971.03 Verwendung der Troncabgabe für einmalige Zwecke 300 Tsd. Euro (300 Tsd. Euro)
Die Entscheidung über die Verwendung der Mittel wird im Einzelfall von der Bürgerschaft getroffen. Die Verwendung der Mittel ist auf einmalige Ausgaben investiven Charakters zu gemeinnützigen Zwecken beschränkt.
- 971.04 Krisen-Kommunikationszentrum und dgl.
Für die Planung und Einrichtung eines Krisen-Kommunikationszentrums ist eine VE in Höhe von 1.000 Tsd. Euro veranschlagt worden. Ziel und Aufgabe des neuen Krisen-Kommunikationszentrums ist die schnellstmögliche und einheitliche:
- Sammlung und Aufbereitung aller für die Entscheidungen des Leiters der Katastrophenabwehr erforderlichen Informationen (ohne Systembrüche),
 - Umsetzung der notwendigen Maßnahmen, die sich aus den Entscheidungen des Leiters der Katastrophenabwehr für die operativ handelnden Stellen ergeben,
 - zentrale Gewährleistung der Krisenkommunikation zu allen im Einzelfall beteiligten Stellen (Behörden Hamburgs, des Bundes, der Länder und der Wirtschaft).

Mit der Einrichtung eines Krisen-Kommunikationszentrums reagiert die BfI auf die erheblich gestiegenen Anforderungen an ein effektives Krisenmanagement. Die bisherigen Einsatzkonzepte berücksichtigen nur zum Teil die zur Gewährleistung eines funktions- und handlungsfähigen Krisenmanagements in der FHH gestiegenen Anforderungen und sich daraus ergebenden Abhängigkeiten der Katastrophenabwehr der FHH zu Bundes- und Landesbehörden und zur Wirtschaft. Schwachstellen ergeben sich insbesondere durch nicht ausreichend harmonisierte technische Einrichtungen zur Lageerfassung und -fortschreibung.

Investitionen Kapitel 8580

- 812.03 Die Modernisierung und der Umbau des Sirenen-Warnnetzes für die Warnung und Information der Bevölkerung bei sehr schweren Sturmfluten werden im Rahmen des Sirenenersatzprogrammes umgesetzt.

8010 Einwohner - Zentralamt

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Das Schwergewicht der Aufgaben des Einwohner-Zentralamtes umfasst die Umsetzung von politischen und rechtlichen Vorgaben auf den Gebieten:

- Aufenthaltsangelegenheiten von Ausländern im nicht gesicherten Aufenthalt,
- Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten,
- Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr.

Darüber hinaus ist das Einwohner-Zentralamt zuständig für amtliche Beglaubigungen, Namensänderungen, Führung des Pass- und Ausweisregisters sowie Fachbehörde für die Ausstellung von Pässen und Ausweisen.

2. Zuwendungen

Keine

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

- 111.07 Verwaltungsgebühren nach dem Staatsangehörigkeitsrecht sowie nach dem Ausländergesetz
Die Höhe der Einnahmen ging aufgrund des Rückganges der Anzahl von Einbürgerungsneuanträgen zurück. Die Einnahmeansätze wurden entsprechend angepasst.
- 112.01 Einnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten
Der für 2009 und 2010 zu erwartende Anstieg des Anzeigenaufkommens um rund 30 Tsd. Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen ermöglicht eine Anhebung der Einnahmeansätze auf jeweils 34.500 Tsd. EUR.

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 8.1

Die Personalkosten in diesem Bereich umfassen die Personalausgaben aus dem Kontenrahmen für Dienstbezüge für die Mitarbeiter des Einwohner-Zentralamtes.

Sach- und Fachausgaben

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

- 511.01 Post- und Fernmeldegebühren
Die Ausgabeansätze 2009 und 2010 wurden neu mit jeweils 1.490 Tsd. EUR veranschlagt.

8010

- 511.86 Betriebskosten im Zusammenhang mit der Ausgabe von Lohnsteuerkarten, Personalausweisen, Reisepässen und dgl. – Zweckzuweisung an die Bezirke. Veranschlagt sind Kosten für Pass- und Ausweisedrucke der Bezirke.

Nach Auflösung der bezirklichen NSM-Bereiche (Drs. 18/7048) teilen sich die Kosten wie folgt auf:

2009:

Dienststelle	AOB	deutscher Bevölkerungsanteil in %	Betrag zu verteilen
Mitte	81	15,94	994.000
Altona	82	14,47	903.000
Eimsbüttel	83	14,16	884.000
Nord	84	16,13	1.006.000
Wandsbek	86	23,65	1.476.000
Bergedorf	87	6,87	429.000
Harburg	88	8,78	548.000
Summe		100	6.240.000

2010:

Dienststelle	AOB	deutscher Bevölkerungsanteil in %	Betrag zu verteilen
Mitte	81	15,94	988.000
Altona	82	14,47	897.000
Eimsbüttel	83	14,16	878.000
Nord	84	16,13	1.000.000
Wandsbek	86	23,65	1.467.000
Bergedorf	87	6,87	426.000
Harburg	88	8,78	545.000
Summe		100	6.201.000

Die einmaligen Kosten für die Lohnsteuerkarten (300 Tsd. EUR zentral für das Bezirksamt Harburg veranschlagt) sowie Kosten für beim Einwohner-Zentralamt ausgegebene Pass- und Ausweispapiere (5 Tsd. EUR) blieben außer Betracht. Der Gesamtansatz beträgt für 2009 (2010) somit 6.545Tsd. EUR (6.506 Tsd. EUR).

- 671.62 Erstattungen und sonstige Ausgaben für den Betrieb der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung

Die Anzahl der in der Erstaufnahmeeinrichtung in Nostorf/Horst sowie der Erstanlaufstelle auf Hamburger Gebiet untergebrachten neu eingereisten Asylbewerber und Flüchtlinge hat sich auf niedrigem Niveau stabilisiert. Der Ansatz wurde entsprechend angepasst.

8500 Polizei (inkl. Kapitel 8520 Wasserschutzpolizei-Schule)

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Polizei gewährleistet mit ihren Maßnahmen den Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität unter Berücksichtigung besonderer Schwerpunktsetzungen in einzelnen Kriminalitätsfeldern.

Die Verkehrssicherheit wird durch geeignete Maßnahmen weiter gestärkt, vor allem durch Aktivitäten zur Reduzierung der Unfälle mit Personenschäden.

Die Sicherheit im Hafen als einem für Hamburg zentralen Standortfaktor wird durch Weiterentwicklung der Maßnahmen aus der Lageentwicklung und aus nationalen und internationalen Anforderungen durch die Polizei weiter optimiert.

Die Polizei wird die bürgernahe Wahrnehmung ihrer Aufgaben weiter intensivieren und durch geeignete Maßnahmen das Sicherheitsgefühl der Menschen und ihr Vertrauen in die Polizei in Hamburg weiter fördern.

2. Zuwendungen

Jährliche Zuwendung an die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) von 3 Tsd. Euro als Projektförderung. Die DLRG unterhält auf der Elbe einen umfangreichen Rettungswachdienst. Sie erfüllt Aufgaben, die sonst von der Polizei wahrzunehmen wären.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

Kapitel 8500

- 119.93 Ersatzvornahmen
Veranschlagt sind Einnahmen aus der Beseitigung behindernd geparkter Fahrzeuge und sonstige Ersatzvornahmen (z.B. kostenpflichtige Sicherungsmaßnahmen an Wohnungen und Gebäuden im Rahmen der Gefahrenabwehr). Durch Haushaltsvermerk ist sichergestellt, dass die im Zusammenhang mit Ersatzvornahmen anfallenden Sachausgaben (insbesondere Entgelte für Abschleppunternehmen) entsprechend der Fallzahlenentwicklung - unabhängig von der Höhe des Ausgabenansatzes (vgl. 546.93) - geleistet werden können. 19,15 % der Einnahmen sind zweckgebunden. Dies entspricht dem Anteil der Ausgaben für die Abschleppunternehmen an den Kosten einer Ersatzvornahme. Soweit abgeschleppte Fahrzeuge auf den zentralen Verwehrplatz verbracht werden, rechnet der Betreiber die Abschleppkosten direkt mit dem Abschleppunternehmen ab. Der Rückgang der Einnahmeerwartung im Vergleich zum Vorjahr ist auf rückläufige Fallzahlen zurückzuführen.
- 232.01 Erstattung von Kosten durch die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein für die Wahrnehmung von wasserschutzrechtlichen Aufgaben.
Nach dem Gesetz zum Abkommen über die wasserschutzpolizeilichen Zuständigkeiten auf der Elbe vom 16.09.1974 (GVBl. 295) in Verbindung mit Artikel 4 des Staatsvertrages vom 30.01. / 07.02. / 14.02.1997 (GVBl. S. 296) und dem mit Wirkung vom 01.01.1986 geänderten Schriftsatz zum Abkommen werden die Kosten für die Wahrnehmung der wasserschutzpolizeilichen Aufgaben durch die Wasserschutzpolizei Hamburg im Vertragsgebiet (Teile der Elbe von Schnackenburg bis zur Mündung, einschließlich Teile der Binnengewässer und des Küstenmeeres) von der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein im Verhältnis 2 : 2 : 1 getragen.

Kapitel 8520

- 232.03 Betriebskostenanteile der Länder und
332.04 Investitionskostenanteile der Länder
Die Betriebs- und Investitionskostenanteile sind berechnet auf Basis der Grundkosten der WSPS:

	2009	2010	
Gesamtausgabevolumen von	2.907	2.945	Tsd. EUR
abzüglich Einnahmen ohne Kostenanteile der Länder	809	776	Tsd. EUR
Die Grundkosten betragen	2.098	2.169	Tsd. EUR

Bei Erhöhung oder Verminderung der Grundkosten ändert sich der Ansatz dieses Einnahmetitels. Die Grundkosten werden nach Beratung der Haushaltskommission durch die Finanzministerkonferenz beschlossen. Der Anteil Hamburgs liegt für das Jahr 2009 bei 16,5 % und für 2010 bei 16,5 %.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 8.1

Sach- und Fachausgaben

Kapitel 8500

- 535.56 Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik
Bei diesem Titel sind die Mittel für den Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informations- und Kommunikationstechnik bei der Polizei veranschlagt. Sie sind u.a. für folgende Vorhaben vorgesehen:

	2009	2010
- POLAS-Betrieb (Polizeiliches Auskunftsverfahren)	191.000	200.000
- COMVOR-Betrieb (Computergestützte Vorgangsbearbeitung)	214.000	220.000
- Infrastruktur	2.750.000	2.500.000
- Gefahrgutinformationssystem / Betrieb	357.000	357.000
- Polizeieinsatzzentrale	412.000	500.000
- Sonstige Projekte	618.000	765.000
Gesamt	4.542.000	4.542.000

- 546.93 Ersatzvornahmen
vgl. Erläuterungen zu 119.93

- 671.54 Erstattung von Dataport-Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Verlagerung der Betriebsaufgaben der Polizei zu Dataport.

Aufgaben im Zusammenhang mit dem Betrieb der IuK-Technik der Polizei wurden auf der Basis eines Kontrakts zu Dataport verlagert. Endstufe ist die Übernahme der Netz-Administration. Mit der Übernahme dieser Serviceleistung beträgt der Ansatz 3.382.000 Euro. Die dem dafür zugrunde liegenden Migrationsplan entsprechenden Stelleneinsparungen bei der Polizei wurden schrittweise realisiert.

- 685.01 Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Hochschule der Polizei Hamburg
Vgl. Wirtschaftsplan Anlage 2.3, rosa Seiten.

- 685.02 Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Polizei

Gemäß § 15a LHO kann der Senat im Rahmen des Neuen Haushaltswesens Hamburg (NHH) zur Erprobung einer Veranschlagung des Haushalts, die den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung in sinngemäßer Anwendung folgt, Aufgabenfelder festlegen (Auswahlbereiche). Dies ist mit der Festlegung des Auswahlbereiches Polizei erfolgt. Der gem. § 15a LHO aufzustellende Wirtschaftsplan wird der Bürgerschaft im Herbst 2009 zugeleitet. Der in den Auswahlbereichen festgestellte Mittelbedarf wird als Zuschuss netto im Haushaltsplan veranschlagt. Im Hinblick auf den beabsichtigten Bewirtschaftungsbeginn zum 01.01.2010 wurden bereits jetzt entsprechende Leertitel eingerichtet.

- Z 70 Einsatz der Polizei, Verbrechensbekämpfung und Sonderdienste

- 511.70 Einsatzmittel
Die Steigerung resultiert insbesondere aus der Umschichtung der bisher beim Titel 8500.548.70 zentral veranschlagten Mittel.

- 514.70 Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung

Aus dem Titel dürfen auch Ausgaben zur Gewährleistung der Betriebs- und Einsatzbereitschaft der Technik geleistet werden. Veranschlagt sind Mittel für die Haltung von Kraftfahrzeugen, Booten und Hubschraubern; Dienst-Schutz- und Sonderkleidung.

Ab 2009 wird die temporäre Absenkung zur Finanzierung der blauen Uniformen beendet. Darüber hinaus entsteht ein Mehrbedarf, der sich im Wesentlichen durch Preiserhöhungen begründet.

- 517.70 Bewirtschaftung der Grundstücke
Neben den durch erhebliche Energiepreisssteigerungen verursachten Mehrkosten bei der Bewirtschaftung werden bei diesem Titel jetzt die bisher beim Titel 8500.519.70 veranschlagten Ausgaben für Grünflächenpflege ausgewiesen.
- 526.70 Blutuntersuchungen, Sachverständigen-, Zeugen-, Gerichts- und ähnliche Kosten
Die Steigerung ist durch die gestiegene Fallzahl aufgrund stärkerer Bekämpfung des Drogenmissbrauchs im Straßenverkehr (Blutentnahmen und toxikologische Gutachten) bedingt.

Investitionen

Kapitel 8500

- 710.02 Neubau Polizeipräsidium
Nach der Bürgerschaftsdrucksache 15/6811 wird der eigentliche Neubau Polizeipräsidium über ein Mietkaufmodell (Eigentümer ist die Grundstücksgesellschaft PP) finanziert, während die übrigen neubaubedingten Maßnahmen aus Finanzplanraten (1997-1999) finanziert wurden. Zudem dienen Grundstückserlöse zur Minderung der Finanzierungslasten. Die von der Grundstücksgesellschaft aufgenommenen Kredite werden von der FHH ab 2000 über Finanzplanraten (Sondertilgungen) und über eine laufende Mietzahlung im Betriebshaushalt (8500.518.70) bedient.
Die jährlichen Finanzplanraten belaufen sich bis 2013 auf 6.596 Tsd. Euro (Drucksache 15/6920).
- 812.61 Erwerb von Spezialgerät
Zusätzlich veranschlagt sind Mittel für die Durchführung eines Waffenaustauschprogramms sowie für die Ersatzbeschaffung von Schutzwesten.
- 861.01 Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Polizei
Gemäß § 15a LHO kann der Senat im Rahmen des Neuen Haushaltswesens Hamburg (NHH) zur Erprobung einer Veranschlagung des Haushalts, die den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung in sinngemäßer Anwendung folgt, Aufgabenfelder festlegen (Auswahlbereiche). Dies ist mit der Festlegung des Auswahlbereiches Polizei erfolgt. Der gem. § 15a LHO aufzustellende Wirtschaftsplan wird der Bürgerschaft im Herbst 2009 zugeleitet. Der in den Auswahlbereichen festgestellte Mittelbedarf wird als Zuschuss netto im Haushaltsplan veranschlagt. Im Hinblick auf den beabsichtigten Bewirtschaftungsbeginn zum 01.01.2010 wurden bereits jetzt entsprechende Leertitel eingerichtet.
- 894.01 Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Polizei
Gemäß § 15a LHO kann der Senat im Rahmen des Neuen Haushaltswesens Hamburg (NHH) zur Erprobung einer Veranschlagung des Haushalts, die den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung in sinngemäßer Anwendung folgt, Aufgabenfelder festlegen (Auswahlbereiche). Dies ist mit der Festlegung des Auswahlbereiches Polizei erfolgt. Der gem. § 15a LHO aufzustellende Wirtschaftsplan wird der Bürgerschaft im Herbst 2009 zugeleitet. Der in den Auswahlbereichen festgestellte Mittelbedarf wird als Zuschuss netto im Haushaltsplan veranschlagt. Im Hinblick auf den beabsichtigten Bewirtschaftungsbeginn zum 01.01.2010 wurden bereits jetzt entsprechende Leertitel eingerichtet.
- 891.01 Investitionszuschüsse für Maßnahmen der Polizei

Aus diesem Titel sollen u. a. technische Einbauten in von der Polizei angemieteten Gebäuden, insbesondere im Zusammenhang mit dem PK-Bauprogramm finanziert werden.

Kapitel 8520

- 710.01 Sanierung der Dozentenunterkünfte und Gebäude der Wasserschutzpolizeischule.

8550 Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

In den Erläuterungen werden die Haushaltsmittel - Sach- und Fachausgaben sowie Investitionen - für die Berufsfeuerwehr und für die Freiwilligen Feuerwehren (FF) getrennt ausgewiesen. Mit Hilfe dieser Darstellung wird sowohl eine erhöhte Transparenz für Senat und Bürgerschaft als auch für die FF, als wichtigem Teil der Feuerwehr Hamburg, geschaffen.

Ausgelöst durch den Beschluss des EuGH vom 14.07.2005 wurde die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 50 auf 48 Stunden zum 01.09.2005 im Wege einer Übergangsregelung umgesetzt. Mit der Dienstvereinbarung zur Arbeitszeitregelung zum 01. März 2007 wurde dem Urteil des EuGH Rechnung getragen und die wöchentliche Arbeitszeit von 50 auf 48 Stunden geändert. Ein entsprechender Schichtdienstplan ist eingeführt.

2. Zuwendungen

Keine

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen bestehen im Wesentlichen aus:	2009	2010
– Verwaltungsgebühren aus den Bereichen		
a) Rettungsdienst	34.085 Tsd. EUR	34.085 Tsd. EUR
b) Feuerlöschwesen	2.400 Tsd. EUR	2.400 Tsd. EUR
– Erstattungen des Bundes für die Bereiche		
a) Kampfmittelräumdienst	40 Tsd. EUR	40 Tsd. EUR
b) Katastrophenschutz	40 Tsd. EUR	40 Tsd. EUR

- 111.02 Verwaltungsgebühren (Rettungsdienst)
Die Ansätze für 2009 und 2010 wurden im Vergleich zu den Ansätzen der Vorjahre geringfügig erhöht. Der Rechtsstreit über die seit November 2006 geltenden Rettungsdienstgebühren ist noch nicht abgeschlossen. Der Ausgang des Verfahrens bleibt abzuwarten.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 8.1

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben entfallen im Wesentlichen auf	2009	2010
• Einsatzbetrieb der Feuerwehr sowie allgemeiner Dienstbetrieb mit rd.	20,4 Mio. EUR	20,7 Mio. EUR
• Kostenerstattung für Notärzte u. a. rd.	4,8 Mio. EUR	4,8 Mio. EUR
• Zuweisungsbetrag an die Landesfeuerwehrschule	5,7 Mio. EUR	5,7 Mio. EUR

Nachstehende Finanzpositionen werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

- 671.01 Erstattungen an die Asklepios Kliniken GmbH, das Universitätskrankenhaus Eppendorf und das Berufsgenossenschaftliche Unfallkrankenhaus (BUK) Boberg
Bei dieser Finanzposition werden im Wesentlichen die Personal- und Sachkosten für die auf den Notarztwagen der Feuerwehr eingesetzten Notärzte der Asklepios Kliniken, des UKE, des BUK-Boberg sowie die Kosten der Leitenden Notarztgruppe veranschlagt.
- Z 75 Feuerlöschwesen und Rettungsdienst
Diese Titelgruppe umfasst die Personal- sowie Sach- und Fachausgaben der Feuerwehr (ohne Landesfeuerwehrschule).

Übersicht der anteiligen Sach- und Fachausgaben von Berufsfeuerwehr (BF) und Freiwilligen Feuerwehren (FF).

Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	Ansatz 2009 in Tsd. EUR	Ansatz 2010 in Tsd. EUR	Teilansatz BF 2009 in Tsd. EUR	Teilansatz BF 2010 in Tsd. EUR	Teilansatz FF 2009 in Tsd. EUR	Teilansatz FF 2010 in Tsd. EUR
511.75	Einsatzmittel u. a. (Geschäftsbedarf, Fernsprech- und Funk- gebühren, Beschaffungen im Betriebshaushalt)	1.642	1.642	1.542	1.542	100	100
514.75	Haltung von Einsatzfahrzeugen u. a. VE 400	4.035	4.085	3.253	3.303	782	782
517.75	Bewirtschaftung der Grundstücke	3.412	3.489	2.730	2.791	682	698
518.75	Mieten und Pachten VE 540	8.205	8.416	6.319	6.447	1.886	1.969
519.75	Unterhaltung Grundstücke u. baulichen Anlagen	660	667	520	522	140	145
525.75	Aus- und Fortbildung	112	112	104	104	8	8
527.75	Dienstreisen	26	26	23	23	3	3
531.75	Öffentlichkeitsarbeit	64	64	58	58	6	6
547.75	Verdienstausfall, Aufwandsentschädigungen u. ä.	922	922	0	0	922	922
671.04	Erstattungen an die Hanseatische Feuerwehr- Unfallkasse Nord	230	230	0	0	230	230
	Gesamtsumme:	19.308	19.653	14.549	14.790	4.759	4.863

Investitionen

Das Investitionsvolumen für diesen Bereich wird geprägt durch Ausgaben für

- Beschaffung von Feuerlösch- und Rettungsdienstfahrzeugen (Finanzpositionen 811.01 und 811.02),
- kleine technische Investitionen (Finanzpositionen 812.10, 812.14, 812.29).

Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

811.01 Beschaffung von Feuerlöschfahrzeugen (einschl. Wasserfahrzeuge)

72

Veranschlagt sind Mittel für 2009:

9 HLF - Aufbauten und Beladung	1.980 Tsd. EUR
9 HLF - Fahrgestelle	630 Tsd. EUR
2 Hubrettungsfahrzeuge (Drehleitern)	1.400 Tsd. EUR
3 Einsatzleitwagen	90 Tsd. EUR
1 Wechselladerfahrzeug	185 Tsd. EUR
1 Abrollbehälter Schaum	170 Tsd. EUR
1 GCMS	600 Tsd. EUR
1 Abrollbehälter Rüst	95 Tsd. EUR
1 Rüstwagen	350 Tsd. EUR
10 Tauchgeräte	50 Tsd. EUR
1 CSA Reinigungsanlage	20 Tsd. EUR
1 Kleinboot Typ I (FF)	45 Tsd. EUR
1 Kleinboot Typ II (FF)	25 Tsd. EUR
6 Umbau Rüstwagen (FF)	360 Tsd. EUR
insgesamt:	6.000 Tsd. EUR
	Teilbetrag FF: 430 Tsd. EUR

Veranschlagt sind Mittel für 2010:

12 HLF - Aufbauten und Beladung	2.640 Tsd. EUR
12 HLF - Fahrgestelle	840 Tsd. EUR
1 Hubrettungsfahrzeug (Drehleiter)	740 Tsd. EUR
5 Einsatzleitwagen	165 Tsd. EUR
1 Feuerwehrranhänger-Generator	189 Tsd. EUR
2 Abrollbehälter SEG/S	266 Tsd. EUR
6 Einsatzleitwagen (FF)	210 Tsd. EUR
insgesamt:	5.050 Tsd. EUR
	Teilbetrag FF: 210 Tsd. EUR

Mit der Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2011
sind grundsätzlich folgende Beschaffungen vorgesehen:

13 HLF - Aufbauten und Beladung	2.860 Tsd. EUR
13 HLF - Fahrgestelle	910 Tsd. EUR
1 Hubrettungsfahrzeug (Drehleiter)	735 Tsd. EUR
1 Wechselladerfahrzeug	170 Tsd. EUR
1 Abrollbehälter Lüfter	160 Tsd. EUR
10 Schlauchbootanhänger (FF)	35 Tsd. EUR
8 Löschfahrzeuge LF 16-12 (FF)	2.000 Tsd. EUR
6 Rüstwagen (FF)	<u>1.080 Tsd. EUR</u>
insgesamt:	7.950 Tsd. EUR
	Teilbetrag FF:3.115 Tsd. EUR

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Änderungen ergeben, wenn es notwendig werden sollte, nicht vorhersehbare, dringendere Beschaffungen durchzuführen.

- 812.29 Ersatzbeschaffung unterschiedlicher Einsatzgeräte
In den kommenden Jahren sind (Ersatz-)Beschaffungen verschiedener Ausrüstungsgegenstände aus den Bereichen Brandschutz und technische Hilfe erforderlich.

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Änderungen ergeben, wenn es notwendig werden sollte, nicht vorhersehbare, dringendere Beschaffungen durchzuführen.

- 812.30 Ersatzbeschaffungsprogramm für Dienst- und Schutzkleidung
Das im Jahre 2007 begonnene Ersatzbeschaffungsprogramm für den Kauf von Dienst- und Schutzkleidung wird mit jährlichen Raten à 500 Tsd. € bis 2011 fortgeführt. Dabei ist u. a. der Austausch von Nomex-Anzügen der 1. Generation vorgesehen.

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Änderungen ergeben, wenn es notwendig werden sollte, nicht vorhersehbare, dringendere Beschaffungen durchzuführen.

8590 Landesamt für Verfassungsschutz**1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten**

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben für die Durchführung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg veranschlagt.

2. Zuwendungen

entfällt

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben**Einnahmen**

Die Einnahmen umfassen insbesondere die Kostenerstattung des Bundes für Personal- und Sachkosten. Ob und in welcher Höhe Kosten zu erstatten sind, ist nicht vorhersehbar (Titel 119.01 und 231.02).

Ausgaben*Personalausgaben*

siehe Vorwort zum Einzelplan 8.1

Sach- und Fachausgaben

Die veranschlagten Sach- und Fachausgaben dienen zur Deckung des Grundbedarfs und der zur Informationsverarbeitung erforderlichen laufenden Ausgaben (Titel 547.01).

Investitionen

Das Investitionsvolumen wird für die Beschaffung neuer Technologien im Telekommunikationswesen zur Durchführung der angeordneten Überwachungsmaßnahmen eingesetzt (Titel 812.01).

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2009/2010

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 8.1

Behörde für Inneres

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
-----------------------	----------------------------

I. Stellenbestand

kw 2009/ 10	kw 2011	kw 2012	kw 2013	kw >2013	kw o.T.	Vermerke
3,00					71,00	Anzahl der kw-Stellen
2,00					20,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
5,00	0,00	0,00	0,00	0,00	91,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt ohne *
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
8000	Allgemeine Verwaltung	2009/10	94,22			58,54		152,76
8010	Einwohner-Zentralamt	2009/10	154,50			197,06		351,56
8500	Polizei	2009/10	8.296,00	2,00	169,00	1.221,48		9.519,48
8520	Wasserschutzpolizei-Schule	2009/10	8,00			15,58		23,58
8550	Feuerwehr	2009/10	2.246,54	10,00		123,40	8,00	2.379,94
8580	Katastrophenschutz	2009/10	15,00			3,50		18,50
8590	Verfassungsschutz	2009/10	109,00			42,50		151,50
	gesamt:	2009/10	10.923,26	12,00	169,00	1.662,06	8,00	12.597,32

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt ohne *
			Planstellen	andere Amtsstellen	Nach- wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
8000	Allgemeine Verwaltung	2008	91,73			52,06		5,85		149,64
8010	Einwohner-Zentralamt	2008	152,66			231,01		0,00		383,67
8500	Polizei	2008	8.428,00	1,00	28,00	1.138,55		89,50		9.657,05
8520	Wasserschutzpolizei-Schule	2008	8,00			10,58		5,00		23,58
8550	Feuerwehr	2008	2.210,54	10,00		72,90		38,00	8,00	2.331,44
8580	Katastrophenschutz	2008	13,00			3,50		0,00		16,50
8590	Verfassungsschutz	2008	101,50			40,50		2,00		144,00
	gesamt:	2008	11.005,43	11,00	28,00	1.549,10	0,00	140,35	8,00	12.705,88

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (August 2008) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/10.

Die von der Bürgerschaft beschlossenen Stellenveränderungen sind im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt; sie sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten, sondern werden im folgenden Stellenplan nachgewiesen.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden – soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
-----------------------	----------------------------

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2008	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2008				Stellenplan 2009/ 10	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2009/ 10	Diffe- renz 2009/ 10/ 2008
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
8.1	8000 Allgemeine Verwaltung	149,64	-1,00	8,00	-6,00	16,50	-14,38	152,76	3,12
	8010 Einwohner-Zentralamt	383,67	-9,00	1,00	-23,00	2,50	-3,61	351,56	-32,11
	8500 Polizei	9657,05				28,50	-25,07	9519,48*	-137,57*
	8520 Wasserschutzpolizei-Schule	23,58						23,58	0,00
	8550 Feuerwehr	2331,44	-4,00	1,75	-2,00	55,75	-3,00	2379,94	48,50
	8580 Katastrophenschutz	16,50	-2,00	3,00	-2,00	3,00		18,50	2,00
	8590 Verfassungsschutz	144,00		2,00	-2,00	9,50	-2,00	151,50	7,50
	Summe:	12705,88	-16,00	+15,75	-35,00	+115,75	-48,06	12597,32	-108,56

*: 141 Stellen, die aus BesGr. A 9/A 10/A 11 in Stellen in Nachwuchs gD / Nachwuchs mD umgewandelt wurden, werden hier nicht nachgewiesen. Diese Stellen werden als Umwandlung bei Kapitel 8500 nachgewiesen.

Einzelplan 8.1
Kapitel 8000

Behörde für Inneres
Allgemeine Verwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 6	1,00			1,00	
B 3	3,00			2,00	
A 16	2,00			2,00	
A 15	10,00			9,00	
A 14	12,25	1,00	1)	11,25	<i>kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat zum 31.12.2009</i>
A 13	0,00			0,00	
A 13	7,00			6,00	
A 13	10,00			9,00	
A 12	22,77	1,00	2)	22,88	Freigestelltes Personalratsmitglied
A 11	13,20	0,50	3)	17,10	<i>kw: 0,50 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann</i>

II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8580; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8510; personalwirtschaftliche Gründe
A 16						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 8580; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 15		1,00							1,00	Drucksache 18/7229 Glücksspielaufsicht
A 14		1,00							1,00	Verlagerung vom Kapitel 8500 zum Kapitel 8000
A 14						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 8010; Stellentausch Eingangsamt RR A 13 / ORR A 14
A 14		1,00							1,00	Drucksache 18/7296 Handeln gegen Jugendgewalt/ Beschluss der Bürgerschaft vom 23.01.2008
A 14		1,00							1,00	Drucksache 18/7229 Glücksspielaufsicht
A 14						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 8590; Stellentausch Eingangsamt RR A 13 / ORR A 14
A 14							1,00		1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14			-1,00						-1,00	Verlagerung vom Kapitel 8000 zum Kapitel 8500
A 13		1,00							1,00	Verlagerung vom Kapitel 8500 zum Kapitel 8000
A 13			-1,00						-1,00	Verlagerung vom Kapitel 8000 zum Kapitel 8500
A 13			-1,00						-1,00	Verlagerung der Stelle zum Kapitel 8500 vom Kapitel 8000
A 13		1,00							1,00	Verlagerung vom Kapitel 8500 zum Kapitel 8000
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8010; Stellentausch Eingangsamt RR A 13 / ORR A 144
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8590; Stellentausch mit ORR A 14
A 13							-1,00		-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13		1,00							1,00	Verlagerung vom Kapitel 8500 zum Kapitel 8000
A 12							1,00		1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12								1,00	1,00	Neubewertung durch qualitativen Aufgabenzuwachs
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8580; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 12			-1,00						-1,00	Umsetzung der Maßnahme ESARI
A 12			-1,00						-1,00	Verlagerung vom Kapitel 8000 zum Kapitel 8500
A 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 8590; Stellentausch IuK-Obergrenzen
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9030; Verlagerung der Zuständigkeit für Glücksspielangelegenheiten auf die Behörde für Inneres, gem. Drucksache 2007/1298
A 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 8580; IuK-Obergrenzen
A 11								-1,00	-1,00	Neubewertung durch qualitativen Aufgabenzuwachs
A 11			-1,00						-1,00	Dauerhafte Finanzierung aus personalwirtschaftlichen Gründen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 14	1) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat zum 31.12.2009	

Einzelplan 8.1
Kapitel 8000

Behörde für Inneres
Allgemeine Verwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamteninnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 11		1,00	4)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 10	5,00			7,00	
A 9	5,00			2,50	
A 8	2,00			1,00	kw: 1,00 BesGr. A 7 Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst nach Freiwerden der Stelle
A 7	1,00	1,00	5)	1,00	
Summe:	94,22			91,73	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 15 Polizeidirektorin/ Polizeidirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (9,00)
 A 14 Kriminaloberärztin/ Kriminaloberarzt (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (9,25), Polizeioberärztin/ Polizeioberarzt (1,00), Wissenschaftliche Oberärztin/ Wissenschaftlicher Oberarzt im Verwaltungsdienst (1,00)
 A 13 Polizeirätin/ Polizeirat (0,00), Polizeirätin/ Polizeirat (WS) (1,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (6,00)
 A 13 Erste Polizeihauptkommissarin/ Erster Polizeihauptkommissar (4,00), Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (6,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (21,27), Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhauptkommissar (1,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (0,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (0,50)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (13,20)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (5,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (5,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)
 A 7 Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst (1,00)

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	1,00			0,00	
A 14	0,00			1,00	
A 13	1,00			0,00	
A 11	3,50			2,50	
A 10	1,00			1,00	
A 9	1,00			1,00	
Summe:	7,50			5,50	

- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,50)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)

Einzelplan 8.1
Kapitel 8000

Behörde für Inneres
Allgemeine Verwaltung

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			§ 50a (1)	
A 15	1,00			0,00	Nr. 7	H.Beschl.
A 14	0,00			1,00	Nr. 7	
A 13	1,00			0,00	Nr. 1	
A 11	1,00			1,00		
A 11	1,00			1,00	Nr. 5	
A 11	0,50			0,50	Nr. 7	
A 11	1,00			0,00	Nr. 6	
A 10	1,00			1,00	Nr. 7	
A 9	0,00			1,00	Nr. 7	
A 9	1,00			0,00	Nr. 6	
gesamt:	7,50			5,50		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		7,00	-6,00	6,00	-5,00	1,00			3,00	
A 11		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
A 11			-1,00						-1,00	Umsetzung der Maßnahme ESARI
A 11						-2,00			-2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11		1,00							1,00	Drucksache 18/7229 Glücksspielaufsicht
A 11					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 8590; LuK Obergrenzen
A 11	-1,00								-1,00	Ausscheiden des Mitarbeiters
A 10			-2,00						-2,00	Umsetzung der Maßnahme ESARI
A 10			-1,00						-1,00	Dauerhafte Finanzierung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 10					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 9030; Verlagerung der Zuständigkeit für Glücksspielangelegenheiten auf die Behörde für Inneres, gem. Drucksache 2007/1298
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	-1,00	9,00	-10,00	8,00	-5,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	-0,41	0,00	0,00	-0,60	0,00	0,00	-1,01	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,50	0,00	0,00	3,50	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>	-1,00	9,00	-10,41	8,00	-5,00	1,90	0,00	0,00	2,49	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 11	4) weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 12 Amträtin/ Amtrat zum 01.01.2007

Einzelplan 8.1
Kapitel 8000

Behörde für Inneres
Allgemeine Verwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
I a	0,00	1,00	6)	3,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
I b	0,00			2,00	
II a hD	0,00			0,75	
III	0,00			1,00	
IV a	0,00			15,38	
IV b	0,00			1,50	
V b gD	0,00			2,93	
V c	0,00			6,75	
VI b	0,00			5,50	
VII	0,00	1,00	7)	3,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
IX b/VII	0,00			4,50	
VIII	0,00			4,75	
X	0,00			1,00	
Summe:	0,00			52,06	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
4	0,00			5,00	
1 (R)	0,00			0,85	
Summe:	0,00			5,85	
Arbeitnehmer					
E 15	3,00	1,00	8)	0,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach EntgGr. E 14 nach Freiverden der Stelle</i>
E 14	1,00			0,00	

Einzelplan 8.1
Kapitel 8000

Behörde für Inneres
Allgemeine Verwaltung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I a						-3,00			-3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
I b						-2,00			-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a hD		2,00							2,00	Bedarfsgerechte Ausbringung gem. Delegati- on II
II a hD						-2,75			-2,75	Umsetzung des neuen Tarifrechts
III						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 8580; durch Aufga- benumstrukturierungen
IV a						-14,98			-14,98	Umsetzung des neuen Tarifrechts
V b gD		1,00							1,00	Bedarfsgerechte Ausbringung gem. Delegati- on II
<i>Summe Angestellte</i>	0,00	3,00	0,00	0,00	-1,00	-23,73	0,00	0,00	-21,73	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,60	0,00	0,00	1,10	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-31,43	0,00	0,00	-31,43	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>	0,00	3,50	0,00	0,00	-1,00	-54,56	0,00	0,00	-52,06	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,85	0,00	0,00	-0,85	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-5,00	0,00	0,00	-5,00	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-5,85	0,00	0,00	-5,85	
E 15						3,00			3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14						2,00			2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
I a	6)	weggefallen	ku: 1,00 VergGr. I a nach VergGr. I b nach Freiwerden der Stelle
E 15	8)	ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach EntgGr. E 14 nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
Kapitel 8000	Allgemeine Verwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 13	4,75	1,00 1,00 1,00	9) 10) 11)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 kw: 1,00 EntgGr. E 13 zum 31.12.2009 kw: 1,00 EntgGr. E 13</i>
E 11	18,48	1,00 1,00	12) 13)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 zum 31.07.2009 kw: 1,00 EntgGr. E 11 zum 15.10.2008</i>
E 10	0,00			0,00	
E 9	4,43			0,00	
E 8	5,75			0,00	
E 6	8,50	1,00	14)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 5	4,50			0,00	
E 4	5,00			0,00	
E 3	1,28			0,00	
E 2	1,85			0,00	
Summe:	58,54			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	152,76			149,64	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag						5,00			5,00	
E 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13						2,75			2,75	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13		1,00							1,00	Bedarfsgerechte Ausbringung gem. Delegation II (Glücksspielaufsicht)
E 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11							14,48		14,48	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11		1,00							1,00	Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 11						2,00			2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11		1,00							1,00	Personalwirtschaftliche Maßnahme zur Unterstützung im Projekt BOS
E 10						14,98			14,98	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-14,48		-14,48	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 9		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 3			-1,00						-1,00	Überleitung der Telefonzentrale zum Telefonischen HamburgService
E 3			-2,00						-2,00	Überleitung der Telefonzentrale zum Telefonischen HamburgService
Summe Arbeitnehmer	0,00	4,00	-3,00	0,00	0,00	24,73	0,00	0,00	25,73	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	-0,97	0,00	0,00	0,85	0,00	0,00	-0,12	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	32,93	0,00	0,00	32,93	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	0,00	4,00	-3,97	0,00	0,00	58,51	0,00	0,00	58,54	
Summe (ohne *) insgesamt	-1,00	16,50	-14,38	8,00	-6,00	0,00	0,00	0,00	3,12	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 13	9) kw: 1,00 EntgGr. E 13	
E 13	10) kw: 1,00 EntgGr. E 13 zum 31.12.2009	
E 13	11) kw: 1,00 EntgGr. E 13	
E 11	12) kw: 1,00 EntgGr. E 11 zum 31.07.2009	
E 11	13) kw: 1,00 EntgGr. E 11 zum 15.10.2008	

Einzelplan 8.1
Kapitel 8010

Behörde für Inneres
Einwohner-Zentralamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamten/ Beamte					
Planstellen					
B 4	1,00			0,00	
B 3	0,00			1,00	
A 16	1,00			1,00	
A 15	1,00			1,00	
A 14	3,00			1,00	
A 13	1,00			2,00	
A 13	1,00			2,00	
A 12	9,00	1,00	1)	8,00	ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Freiwerden der Stelle
A 11	23,00	1,00	2)	24,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	3)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	4)		Freigestelltes Personalratsmitglied
A 10	25,00	2,00	5)	23,00	kw: 2,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Beendigung der beschleunigten Rückführungsmaßnahmen in die ehemalige Bundesrepublik Jugoslawien bzw. nach Afghanistan
		1,00	6)		kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Beendigung der beschleunigten Rückführungsmaßnahmen in die ehemalige Bundesrepublik Jugoslawien bzw. nach Afghanistan
A 9	17,00	1,00	7)	16,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 9	24,50			24,50	
A 8	37,00	1,00	8)	39,16	kw: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär nach Beendigung des Kontraktes Beschleunigte Rückführung von Asylbewerberinnen/Asylbewerbern
		2,00	9)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 7	11,00			10,00	
Summe:	154,50			152,66	

B 4	Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
B 3	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
A 16	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15	Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (3,00)
A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
A 13	Oberamtsärztin/ Oberamtsarzt (1,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (9,00)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (23,00)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (25,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (17,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (24,50)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (37,00)
A 7	Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (11,00), Verwaltungsobersekretärin/ Verwaltungsobersekretär (0,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4							1,00		1,00	Hebung gemäß Stellenplan 2007 2008
B 3							-1,00		-1,00	Hebung gemäß Stellenplan 2007 2008
A 14				1,00					1,00	Verlagerung an Kapitel 8010; Stellentausch Eingangsamt RR A 13 / ORR A 14
A 14							1,00		1,00	Stellenhebung
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8000; Stellentausch Eingangsamt RR A 13 / ORR A 144
A 13						-1,00			-1,00	Stellenumwandlung
A 13						1,00			1,00	Rückumwandlung zu RR A 13
A 13						1,00			1,00	Umwandlung
A 13							-1,00		-1,00	Stellenhebung
A 13							-1,00		-1,00	Umwandlung nach EG 13 Ü
A 12		1,00							1,00	Stellenzugang gemäß Haushaltsbeschluss Art. 10, Freistellung eines Personalratmitgliedes
A 11							1,00		1,00	Stellenhebung 2007 2008
A 11						-1,00			-1,00	Stellenumwandlung
A 11	-1,00								-1,00	Streichverpflichtung Z-61 2007
A 9	-1,00								-1,00	Streichverpflichtung Z-61 2007
A 8						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1811; Dienststellenwechsel (Bez. Amt Harburg)
A 8	-1,00								-1,00	Stellenabbau im Zusammenhang mit der Rückführung von Flüchtlingen und Asylbewerberinnen/Asylbewerbern
A 8	-4,00								-4,00	Schrittweiser Stellenabbau im Zusammenhang mit der Rückführung von Flüchtlingen und Asylbewerberinnen/Asylbewerbern
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1711; Verlagerung gem. Drs. 18/3595 SOD/BOD
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	-7,00	1,00	0,00	1,00	-3,00	-1,00	1,00	0,00	-8,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-0,16	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,16	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11,00	-1,00	0,00	10,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	-7,00	1,00	-0,16	1,00	-3,00	10,00	0,00	0,00	1,84	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 11	2)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung des Kontraktes Beschleunigte Rückführung von Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern
A 11	3)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung der beschleunigten Rückführungsmaßnahmen in die ehemalige Bundesrepublik Jugoslawien bzw. nach Afghanistan

Einzelplan 8.1
Kapitel 8010

Behörde für Inneres
Einwohner-Zentralamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 12	1,00	1,00	10)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat</i>
A 11	3,00			3,00	
A 10	0,00			1,00	
A 9	2,00			2,00	
A 8	2,00			3,00	
A 6	0,00			1,00	
Summe:	8,00			10,00	

A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)
A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
I a	0,00			1,00	
II a/ a	0,00			2,00	
II a hD	0,00			5,00	
III	0,00			1,00	
IV a	0,00			6,00	
IV b	0,00			8,50	
V b gD	0,00	1,00	11)	14,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
V c	0,00	1,00	12)	106,14	<i>Vermerk weggefallen</i>
		8,00	13)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	14)		<i>Vermerk weggefallen</i>
VI b	0,00			58,95	

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			§ 50a (1)	
A 12	1,00	1,00	10)	0,00	Nr. 6	
A 11	1,00			2,00	Nr. 6	
A 11	2,00			1,00	Nr. 7	
A 10	0,00			1,00	Nr. 8	
A 9	1,00			1,00	Nr. 6	
A 9	1,00			1,00	Nr. 7	
A 8	0,00			1,00	Nr. 7	
A 8	2,00			2,00	Nr. 6	
A 6	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	8,00			10,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I a						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a/ a						-2,00			-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a hD						-1,00			-1,00	Umwandlung
II a hD						1,00			1,00	Stellenumwandlung
II a hD						-5,50			-5,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
III						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a						-6,00			-6,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
V c						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1411; Verlagerung gem. Drs. 18/3595 SOD/BOD
V c						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1711; Verlagerung BOD
V c			-1,00						-1,00	Finanzierung der Stelle 15113862
VI b						-6,00			-6,00	Verlagerung an Kapitel 1411; Verlagerung gem. Drs. 18/3595 SOD/BOD
VI b						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1711; Verlagerung BOD Bezirke
VI b						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1711; Verlagerung BOD in Bezirke
VI b						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1811; Verlagerung BOD in Bezirke
VI b						-4,00			-4,00	Verlagerung an Kapitel 1811; Verlagerung BOD

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 12	10) kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat	

Einzelplan 8.1
Kapitel 8010

Behörde für Inneres
Einwohner-Zentralamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
VII	0,00			22,67	
IX b/VII	0,00			2,75	
VIII	0,00			3,00	
Summe:	0,00			231,01	
Arbeitnehmer					
E 15	1,00			0,00	
E 14	2,00			0,00	
E 13 ü	0,00			0,00	
E 13	5,50			0,00	
E 12	1,00	1,00	15)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Kontraktes Beschleunigte Rückführung von Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern</i>
E 11	0,00			0,00	
E 10	6,00			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-1,00		-15,00	-15,50			-31,50	
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1811; Versetzung zum Bezirksamt Harburg
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1811; Versetzung Bezirk Harburg
VI b					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 1711; Verlagerung gem. Drs. 18/3595 SOD/BOD
<i>Summe Angestellte</i>	0,00	0,00	-1,00	0,00	-20,00	-15,50	0,00	0,00	-36,50	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,50	-0,31	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,19	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-194,70	0,00	0,00	-194,70	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>	0,00	0,50	-1,31	0,00	-20,00	-210,20	0,00	0,00	-231,01	
E 15						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14						2,00			2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14							3,50		3,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14								-3,50	-3,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13 ü							2,00		2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13 ü						-1,00			-1,00	Rückumwandlung zu RR A 13
E 13 ü						1,00			1,00	Umwandlung nach EG 13 Ü
E 13 ü								-2,00	-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13						5,50			5,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13							-3,50		-3,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13							-2,00		-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13								3,50	3,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13								2,00	2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12						-1,00			-1,00	
E 12						1,00			1,00	Stellenumwandlung
E 11							4,00		4,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-1,00		-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11								-3,50	-3,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10						6,00			6,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 12	15) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Kontraktes Beschleunigte Rückführung von Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern	

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
Kapitel 8010	Einwohner-Zentralamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 9	19,50	1,00	16)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 9 nach Beendigung des Kontraktes Beschleunigte Rückführung von Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern</i>
E 8	92,83	5,00	17)	0,00	
		2,00	18)		<i>kw: 5,00 EntgGr. E 8 nach Beendigung des Kontraktes Beschleunigte Rückführung von Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern</i>
E 6	39,95			0,00	<i>kw: 2,00 EntgGr. E 8 nach Beendigung der beschleunigten Rückführungsmaßnahmen in die ehemalige Bundesrepublik Jugoslawien bzw. nach Afghanistan</i>
E 5	26,28			0,00	
E 3	3,00			0,00	
Summe:	197,06			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	351,56			383,67	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag						15,50	4,00	-3,50	16,00	
E 10							-4,00		-4,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10								3,50	3,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 8			-1,00						-1,00	Ausfinanzierung der E9 bzw. BAT Vb Stellenhülle 15114329; 10.000er-Tatbestandsfälle bei -E 625-
E 8			-1,00						-1,00	Streichverpflichtung Z-61 2007.
E 8	-2,00								-2,00	Streichverpflichtung Z-61 2007
E 5		1,00							1,00	Befristete Übertragung von Sachmitteln aus dem IuK-Haushalt und Umwandlung in Personalmittel
Summe Arbeitnehmer	-2,00	1,00	-2,00	0,00	0,00	15,50	0,00	0,00	12,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	-0,14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,14	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	184,70	0,00	0,00	184,70	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	-2,00	1,00	-2,14	0,00	0,00	200,20	0,00	0,00	197,06	
Summe (ohne *) insgesamt	-9,00	2,50	-3,61	1,00	-23,00	0,00	0,00	0,00	-32,11	

Einzelplan	8.1	Behörde für Inneres
Kapitel	8500	Polizei

Hauptamtlich als Verkehrslehrerin/Verkehrslehrer an allgemeinbildenden Schulen tätige Polizeivollzugsbeamtinnen/Polizeivollzugsbeamte, die monatlich wenigstens 52 Std. theoretischen Unterricht erteilen, erhalten eine Aufwandsentschädigung von 38,35 EUR monatlich.

Polizeivollzugsbeamtinnen/Polizeivollzugsbeamte der Kriminalpolizei, die mit der Untersuchung, Öffnung, Bergung oder dem Transport von Leichen betraut sind, erhalten nach näherer Bestimmung eine Aufwandsentschädigung, die 33,23 EUR im Monat nicht überschreiten darf.

Die Ausnutzung der Stellen A7/A8/A9/A10/A11 der uniformierten Polizei und die Stellen A9/A10/A11 der Kriminalpolizei dürfen im Rahmen des in Drucksache 18/6273 beschlossenen Laufbahnverlaufsmodells, welches die Laufbahnabschnitte I und II umfasst, ausgenutzt werden.

Zivilfahnder im Polizeivollzugsdienst erhalten für das Tragen von Zivilkleidung eine Aufwandsentschädigung, die 10,23 Euro im Monat nicht überschreiten darf.

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
B 4	1,00			1,00	
B 3	2,00			1,00	
A 16	14,00			15,00	
A 15	43,00			43,00	
A 14	63,00			61,00	
A 13	38,00			40,00	
A 13	248,00	1,00	1)	200,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 12	661,00	3,00	2)	500,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
		3,00	3)		<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
		1,00	4)		<i>Freigestellter Vertrauensmann der Schwerbehinderten</i>
		1,00	5)		<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
A 11	33,00	1,00	6)	942,00	<i>Vermerk weggefallen</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3							1,00		1,00	für die Leitung des Landeskriminalamtes
A 16							-1,00		-1,00	für die Leitung des Landeskriminalamtes
A 14		1,00							1,00	Verlagerung vom Kapitel 8590
A 14		1,00							1,00	Verlagerung vom Kapitel 8000
A 13			-1,00						-1,00	Verlagerung zum Kapitel 8000
A 13		1,00							1,00	Verlagerung vom Kapitel 8000
A 13			-1,00						-1,00	Verlagerung zum Kapitel 8000
A 13			-1,00						-1,00	Verlagerung zum Kapitel 8590
A 13							19,00		19,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 13			-1,00						-1,00	Beendigung der Freistellung eines Personalratsmitgliedes
A 13							28,00		28,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 13							3,00		3,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13			-1,00						-1,00	Verlagerung zum Kapitel 8000
A 13		1,00							1,00	für die Leitung der Betriebsorganisation Hamburger Einsatzleitsystem (BoHels)
A 12		1,00							1,00	Verlagerung vom Kapitel 8000
A 12		2,00							2,00	Stelleneuschaffung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 12							56,00		56,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 12			-1,00						-1,00	Beendigung der Freistellung eines Personalratsmitgliedes
A 12							1,00		1,00	Stellenhebung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 12							1,00		1,00	Stellenanpassung im Führungs- und Lage-dienst
A 12							78,00		78,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 12		1,00							1,00	Neuschaffung gem. Drs. 18/7296 - Handlungskonzept "Handeln gegen Jugendgewalt"
A 12							2,00		2,00	Stellenhebung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 12							1,00		1,00	Stellenhebung für freigestellten Vertrauensmann der Schwerbehinderten
A 12		1,00							1,00	Stelleneuschaffung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 12							2,00		2,00	Stellenanpassung im Führungs- und Lage-dienst
A 12							16,00		16,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 11							2,00		2,00	Qualitätssicherung bei Korruptionsverfahren DIE

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 13	1) weggefallen	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied
A 12	2) 3,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied
A 12	3) 3,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied
A 12	4) 1,00 Freigestellter Vertrauensmann der Schwerbehinderten	
A 12	5) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	
A 11	6) weggefallen	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
Kapitel 8500	Polizei

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte <u>Planstellen</u>					
		2,00	7)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	8)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	9)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung des</i>
A 7-A 11	5793,00	4,00	10)	0,00	<i>Projektes BOS</i> <i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		9,00	-6,00			-1,00	209,00		211,00	
A 11							-56,00		-56,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 11							-19,00		-19,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 11		1,00							1,00	Stellenneuschaffung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 11							-297,00		-297,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmo- dells - gemäß Drucksache 18/6273
A 11							-1,00		-1,00	Stellenanpassung im Führungs- und Lage- dienst
A 11							-28,00		-28,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 11							-78,00		-78,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 11							-2,00		-2,00	Stellenhebung für ein freigestelltes Personal- ratsmitglied
A 11							1,00		1,00	Stellenhebung für ein freigestelltes Personal- ratsmitglied
A 11							-367,00		-367,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmo- dells - gemäß Drucksache 18/6273
A 11							-2,00		-2,00	Stellenanpassung im Führungs- und Lage- dienst
A 11							-16,00		-16,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 11							-3,00		-3,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 11							1,00		1,00	Stellenhebung für ein freigestelltes Personal- ratsmitglied
A 11							-45,00		-45,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmo- dells - gemäß Drucksache 18/6273
A 11		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss
A 11			-1,00						-1,00	Stellenstreichung wegen Verlagerung von LuK-Aufgaben
A 7-A 11							2485,00		2485,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmo- dells - gemäß Drucksache 18/6273 -
A 7-A 11							1366,00		1366,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmo- dells - gemäß Drucksache 18/6273 -
A 7-A 11							1171,00		1171,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmo- dells - gemäß Drucksache 18/6273 -
A 7-A 11		10,00							10,00	Neuschaffung gem. Drs. 18/7296 - Hand- lungskonzept "Handeln gegen Jugendgewalt"
A 7-A 11							-1,00		-1,00	Stellenhebung für freigestellten Vertrauens- mann der Schwerbehinderten
A 7-A 11							11,00		11,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmo- dells - gemäß Drucksache 18/6273

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 11	7)	weggefallen	2,00 Freigestelltes Personalratsmitglied
A 11	8)	weggefallen	1,00 Freigestellter Vertrauensmann der Schwerbehinderten
A 11	9)	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung des Projektes BOS	
A 7-A 11	10)	4,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 11	3,00	Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhaupt- kommissar	Polizeihauptkommissarin/ Polizeihaupt- kommissar	für eine spartengerechte Stellenausweisung

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
Kapitel 8500	Polizei

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 9/A 10/A 11	1022,00	1,00	11)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
A 10	21,00	1,00	12)	1660,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
		13,00	13)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	14)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	15)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	16)		ku: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor .
A 9	9,00	1,00	17)	1924,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,00	18)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	19)		<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
A 9	23,00	1,00	20)	24,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 7/A 8/A 9	2,00	1,00	21)	2690,00	ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach EntgGr. E 6
		1,00	22)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 8	43,00			44,00	
A 7	9,00	1,00	23)	12,00	kw: 1,00 BesGr. A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär nach Einführung von IuK-Technik
A 6	3,00			3,00	
A 5	267,00			267,00	
Summe:	8296,00			8428,00	

- B 6 Polizeipräsidentin/ Polizeipräsident (1,00)
- B 4 Polizeivizepräsidentin/Polizeivizepräsident (1,00)
- B 3 Leitende Kriminaldirektorin/ Leitender Kriminaldirektor (1,00), Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (1,00)
- A 16 Leitende Kriminaldirektorin/ Leitender Kriminaldirektor (3,00), Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (6,00), Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (WS) (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (1,00)
- A 15 Kriminaldirektorin/ Kriminaldirektor (11,00), Polizeidirektorin/ Polizeidirektor (22,00), Polizeidirektorin/ Polizeidirektor (WS) (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (3,00), Studiendirektorin/ Studiendirektor (3,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (3,00)
- A 14 Dozentin/ Dozent an der Fachhochschule (1,00), Kriminaloberärztin/ Kriminaloberarzt (18,00), Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (8,00), Polizeioberrätin/ Polizeioberrat (27,00), Polizeioberrätin/ Polizeioberrat (WS) (1,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (7,00)
- A 13 Kriminalrätin/ Kriminalrat (13,00), Polizeirätin/ Polizeirat (12,00), Polizeirätin/ Polizeirat (WS) (3,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00), Studienrätin/ Studienrat (2,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (7,00)
- A 13 Erste Kriminalhauptkommissarin/ Erster Kriminalhauptkommissar (104,00), Erste Polizeihauptkommissarin/ Erster Polizeihauptkommissar (122,00), Erste Polizeihauptkommissarin/ Erster Polizeihauptkommissar (WS) (17,00), Lehrerin/ Lehrer an Polizeischulen (0,00), Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (4,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (19,00), Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhauptkommissar (266,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (327,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (WS) (49,00)
- A 11 Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhauptkommissar (0,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (0,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (WS) (0,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (33,00)
- A 7-A 11 Polizeimeisterin/Polizeimeister / Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar (5363,00), Polizeimeisterin/Polizeimeister / Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar (WS) (430,00)
- A 9/A 10/A 11 Kriminalkommissarin/Kriminalkommissar / Kriminalhauptkommissarin/Kriminalhauptkommissar (1022,00)
- A 10 Bibliotheksoberspektorin/ Bibliotheksoberspektor (1,00), Brandoberspektorin/ Brandoberspektor (1,00), Kriminaloberkommissarin/ Kriminaloberkommissar (0,00), Polizeioberkommissarin/ Polizeioberkommissar (0,00), Polizeioberkommissarin/ Polizeioberkommissar (WS) (0,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (19,00)
- A 9 Kriminalkommissarin/ Kriminalkommissar (0,00), Polizeikommissarin/ Polizeikommissar (0,00), Polizeikommissarin/ Polizeikommissar (WS) (0,00), Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (9,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (23,00)
- A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister (2,00), Polizeimeisterin/ Polizeimeister/ Polizeihauptmeisterin/ Polizeihauptmeister (0,00), Polizeimeisterin/ Polizeimeister/ Polizeihauptmeisterin/ Polizeihauptmeister (WS) (0,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (43,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (9,00)
- A 6 Regierungsssekretärin/ Regierungsssekretär (3,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		21,00	-7,00			-1,00	4329,00		4342,00	
A 7-A 11							367,00		367,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmo- dells - gemäß Drucksache 18/6273
A 7-A 11						-45,00			-45,00	gem. Art. 8 Nr. 4 Haushaltsbeschluss
A 7-A 11			-1,00						-1,00	Beendigung der Freistellung eines Personal- ratsmitgliedes
A 7-A 11							163,00		163,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmo- dells - gemäß Drucksache 18/6273 -
A 7-A 11							115,00		115,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmo- dells - gemäß Drucksache 18/6273 -
A 7-A 11							120,00		120,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmo- dells - gemäß Drucksache 18/6273 -
A 7-A 11							45,00		45,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmo- dells - gemäß Drucksache 18/6273
A 7-A 11						-13,00			-13,00	gem. Art. 8 Nr. 4 Haushaltsbeschluss
A 9/A 10/A 11							321,00		321,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmo- dells - gemäß Drucksache 18/6273 -
A 9/A 10/A 11							4,00		4,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmo- dells - gemäß Drucksache 18/6273 -
A 9/A 10/A 11							297,00		297,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmo- dells - gemäß Drucksache 18/6273
A 9/A 10/A 11							401,00		401,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmo- dells - gemäß Drucksache 18/6273
A 9/A 10/A 11							-1,00		-1,00	Stellenhebung für ein freigestelltes Personal- ratsmitglied
A 10		1,00							1,00	Stellenverlagerung für BoHELs von der Feuerwehr zur Polizei
A 9		1,00							1,00	Stellenneuschaffung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 9			-1,00						-1,00	Beendigung der Freistellung eines Personal- ratsmitgliedes
A 8			-1,00						-1,00	Verlagerung zum Kapitel 8000
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	23,00	-10,00	0,00	0,00	-59,00	6161,00	0,00	6115,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-86,00	-6161,00	0,00	-6247,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	0,00	23,00	-10,00	0,00	0,00	-145,00	0,00	0,00	-132,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 7-A 11	11) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	
A 9/A 10/A 11	12) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
Kapitel 8500	Polizei

I. Stellenbestand

A 5 Polizeioberwachtmeisterin/ Polizeioberwachtmeister (252,00), Polizeioberwachtmeisterin/ Polizeioberwachtmeister (WS) (15,00)

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008		Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl		
<u>Leerstellen (kw) *</u>						
A 15	1,00			0,00		
A 13	2,00			1,00		
A 13	1,00			1,00		
A 12	3,00			3,00		
A 11	1,00			3,00		
A 7-A 11	77,00			0,00		
A 9/A 10/A 11	25,00			0,00		
A 10	0,00			15,00		
A 9	1,00			19,00		
A 9	1,00			2,00		
A 7/A 8/A 9	0,00			32,00		
A 8	1,00			2,00		
A 6	1,00			1,00		
Summe:	114,00			79,00		

- A 15 Kriminaldirektorin/ Kriminaldirektor (1,00)
- A 13 Kriminalrätin/ Kriminalrat (1,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 13 Erste Polizeihauptkommissarin/ Erster Polizeihauptkommissar (WS) (0,00), Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00), Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhauptkommissar (1,00)
- A 11 Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhauptkommissar (0,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
- A 7-A 11 Polizeimeisterin/Polizeimeister / Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar (76,00), Polizeimeisterin/Polizeimeister / Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar (WS) (1,00)
- A 9/A 10/A 11 Kriminalkommissarin/Kriminalkommissar / Kriminalhauptkommissarin/Kriminalhauptkommissar (25,00)
- A 10 Kriminaloberkommissarin/ Kriminaloberkommissar (0,00), Polizeioberkommissarin/ Polizeioberkommissar (0,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
- A 9 Kriminalkommissarin/ Kriminalkommissar (0,00), Polizeikommissarin/ Polizeikommissar (0,00), Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (1,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
- A 7/A 8/A 9 Polizeimeisterin/ Polizeimeister/ Polizeihauptmeisterin/ Polizeihauptmeister (0,00), Polizeimeisterin/ Polizeimeister/ Polizeihauptmeisterin/ Polizeihauptmeister (WS) (0,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
- A 6 Regierungsssekretärin/ Regierungsssekretär (1,00)

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008		Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl		
Andere Amtsstellen						
A 9	2,00			1,00		
Summe:	2,00			1,00		

A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (2,00)

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
Kapitel 8500	Polizei

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Andere Amtsstellen insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/ 10			Vermerk Nr.	2008	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			Anzahl	§ 50a (1)	
A 15	1,00				0,00	Nr. 1	
A 13	1,00				0,00	Nr. 7	
A 13	1,00				1,00	Nr. 6	
A 13	0,00				1,00	Nr. 1	
A 13	1,00				0,00	Nr. 6	
A 12	1,00				1,00	Nr. 6	
A 12	1,00				0,00	Nr. 7	
A 12	1,00				1,00	Nr. 5	
A 12	0,00				1,00	Nr. 7	
A 11	0,00				1,00	Nr. 6	
A 11	0,00				2,00	Nr. 7	
A 11	1,00				0,00	Nr. 6	
A 7-A 11	65,00				0,00	Nr. 7	
A 7-A 11	1,00				0,00	Nr. 5	
A 7-A 11	10,00				0,00	Nr. 6	
A 7-A 11	1,00				0,00	Nr. 7	
A 9/A 10/A 11	21,00				0,00	Nr. 7	
A 9/A 10/A 11	2,00				0,00	Nr. 1	
A 9/A 10/A 11	2,00				0,00	Nr. 6	
A 10	0,00				1,00	Nr. 7	
A 10	0,00				4,00	Nr. 7	
A 10	0,00				6,00	Nr. 7	
A 10	0,00				1,00	Nr. 7	
A 10	0,00				1,00	Nr. 6	
A 10	0,00				1,00	Nr. 5	
A 10	0,00				1,00	Nr. 7	
A 9	0,00				5,00	Nr. 7	
A 9	0,00				1,00	Nr. 7	
A 9	0,00				11,00	Nr. 7	
A 9	0,00				1,00	Nr. 6	
A 9	1,00				1,00	Nr. 7	
A 9	1,00				1,00	Nr. 6	
A 9	0,00				1,00	Nr. 7	
A 7/A 8/A 9	0,00				1,00	Nr. 6	
A 7/A 8/A 9	0,00				21,00	Nr. 7	
A 7/A 8/A 9	0,00				9,00	Nr. 6	
A 7/A 8/A 9	0,00				1,00	Nr. 7	
A 8	1,00				1,00	Nr. 7	
A 8	0,00				1,00	Nr. 6	
A 6	1,00				1,00	Nr. 6	
gesamt:	114,00				79,00		

Einzelplan 8.1 **Behörde für Inneres**
Kapitel 8500 **Polizei**

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs gD	38,00			6,00	
Nachwuchs mD	131,00			22,00	
Summe:	169,00			28,00	

Nachwuchs gD Kommissaranwärterin/Kommissaranwärter (38,00)

Nachwuchs mD Polizeimeisteranwärterin/Polizeimeisteranwärter (116,00), Polizeimeisteranwärterin/Polizeimeisteranwärter (WS) (15,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I	0,00			1,00	
I a	0,00			2,00	
I b	0,00			5,00	
II a hD	0,00			20,60	
III	0,00			18,00	
IV a	0,00			33,00	
IV b	0,00			26,00	
V b gD	0,00			69,00	
Richtl. Ang.gD	0,00			4,85	
V b mD	0,00			35,00	
V c	0,00	2,00	24)	201,60	<i>Vermerk weggefallen</i>
VI b	0,00	1,00	25)	72,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
VII	0,00	1,00	26)	560,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
IX b/VII	0,00			35,50	
VIII	0,00			52,00	
IX b	0,00			1,00	
Kr. IV a	0,00			2,00	
Summe:	0,00			1138,55	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
6	0,00			10,00	
5	0,00			2,00	
4	0,00	1,00	27)	57,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
3	0,00			10,00	
2	0,00			8,00	
1 (R)	0,00			2,00	
Summe:	0,00			89,50	
Arbeitnehmer					
E 15	3,00			0,00	
E 14	6,00			0,00	

Einzelplan 8.1
Kapitel 8500

Behörde für Inneres
Polizei

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nachwuchs gD						32,00			32,00	gem. Art. 8 Nr. 4 Haushaltsbeschluss
Nachwuchs mD						40,00			40,00	gem. Art. 8 Nr. 4 Haushaltsbeschluss
Nachwuchs mD						11,00			11,00	gem. Art. 8 Nr. 4 Haushaltsbeschluss
Nachwuchs mD						45,00			45,00	gem. Art. 8 Nr. 4 Haushaltsbeschluss
Nachwuchs mD						13,00			13,00	gem. Art. 8 Nr. 4 Haushaltsbeschluss
<i>Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	141,00	0,00	0,00	141,00	
I								-1,00	-1,00	für die Leitung der Waffendienststelle
I a						-2,00			-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
I b						-4,00			-4,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
I b						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a hD								1,00	1,00	für die Leitung der Waffendienststelle
II a hD						-21,60			-21,60	Umsetzung des neuen Tarifrechts
III						-18,00			-18,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a						-33,00			-33,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Richtl. Ang.gD						-4,74			-4,74	Umsetzung des neuen Tarifrechts
V c		1,00							1,00	Verlagerung vom Kapitel 8000
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	-84,34	0,00	0,00	-83,34	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,50	-0,71	0,00	0,00	-0,25	0,00	0,00	-0,46	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1054,75	0,00	0,00	-1054,75	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	1,50	-0,71	0,00	0,00	-1139,34	0,00	0,00	-1138,55	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-89,50	0,00	0,00	-89,50	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-89,50	0,00	0,00	-89,50	
E 15						2,00			2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 15							1,00		1,00	Bewertung der Funktion Leiter / Lage- und Analysezentrum
E 14						4,00			4,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14							2,00		2,00	Bewertung von Sachverständigen in der Kriminalwissenschaft

Einzelplan 8.1
Kapitel 8500

Behörde für Inneres
Polizei

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 13	21,60			0,00	
E 11	19,00			0,00	
E 10	24,00			0,00	
E 9	96,00			0,00	
E 9	37,00			0,00	
E 8	217,50	2,00	28)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
E 7 a	2,00			0,00	
E 6	90,00	1,00	29)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Ausscheiden einer/eines blinden Mitarbeiterin/Mitarbeiters</i>
E 5	575,50	1,00	30)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 5 nach freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 4	55,15	1,00	31)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
E 3	61,00			0,00	
E 2	11,00			0,00	
Richtl. gD	2,73			0,00	
Summe:	1221,48			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	9519,48			9657,05	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag						6,00	3,00		9,00	
E 14							-1,00		-1,00	Bewertung der Funktion Leiter / Lage- und Analysezentrum
E 14						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13						21,60			21,60	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13		1,00							1,00	Novellierung der forensischen DNA-Analyse
E 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13							-2,00		-2,00	Bewertung von Sachverständigen in der Kriminalwissenschaft
E 11						18,00			18,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11		1,00							1,00	Stellenverlagerung für BoHELs von der Feuerwehr zur Polizei
E 10						33,00			33,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							1,00		1,00	Bewertung von Angestellten in der technischen Abteilung
E 10							1,00		1,00	Bewertung von Sachverständigen / Daktyloskopie und Personenfeststellung im LKA
E 10			-11,00						-11,00	Stellenstreichung wegen Verlagerung von IuK-Aufgaben
E 9		2,00							2,00	Novellierung der forensischen DNA-Analyse
E 3			-1,00						-1,00	Stellenstreichung wegen Verlagerung von IuK-Aufgaben
Richtl. gD						4,74			4,74	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Richtl. gD			-2,01						-2,01	Korrekturbuchung
Summe Arbeitnehmer	0,00	4,00	-14,01	0,00	0,00	85,34	2,00	0,00	77,33	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	-0,35	0,00	0,00	0,25	0,00	0,00	-0,10	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1146,25	-2,00	0,00	1144,25	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	0,00	4,00	-14,36	0,00	0,00	1231,84	0,00	0,00	1221,48	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	28,50	-25,07	0,00	0,00	-141,00	0,00	0,00	-137,57	

Einzelplan 8.1
Kapitel 8520

Behörde für Inneres
Wasserschutzpolizei-Schule

Die Stellen A7/A8/A9/A10/A11 der uniformierten Polizei dürfen im Rahmen des in Drucksache 18/6273 beschlossenen Laufbahnverlaufmodells, welches die Laufbahnabschnitte I und II umfasst, ausgenutzt werden.

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 16	1,00			1,00	
A 14	1,00			1,00	
A 12	2,00			2,00	
A 11	0,00			1,00	
A 7-A 11	4,00			0,00	
A 9	0,00			1,00	
A 7/A 8/A 9	0,00			2,00	
Summe:	8,00			8,00	

A 16 Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (WS) (1,00)
A 14 Polizeioberrätin/ Polizeioberrat (WS) (1,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (WS) (1,00)
A 11 Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (WS) (0,00)
A 7-A 11 Polizeimeisterin/Polizeimeister / Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar (WS) (4,00)
A 9 Polizeikommissarin/ Polizeikommissar (WS) (0,00)
A 7/A 8/A 9 Polizeimeisterin/ Polizeimeister/ Polizeihauptmeisterin/ Polizeihauptmeister (WS) (0,00)

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
IV b	0,00			2,00	
Richtl. Ang.gD	0,00			2,08	
VI b	0,00			4,00	
IX b/VII	0,00			1,50	
VIII	0,00			1,00	
Summe:	0,00			10,58	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
4	0,00			1,00	
3	0,00			1,00	
2	0,00			3,00	
Summe:	0,00			5,00	
Arbeitnehmer					
E 9	2,00			0,00	
E 6	4,00			0,00	
E 5	1,50			0,00	
E 4	1,00			0,00	
E 3	2,00			0,00	
E 2	3,00			0,00	
Richtl. gD	2,08			0,00	
Summe:	15,58			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	23,58			23,58	

Einzelplan	8.1	Behörde für Inneres
Kapitel	8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

Die Ausnutzung der Stellen der Besoldungsgruppen A7/A8/A9 des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes ist im Haushaltsbeschluss geregelt

I. Stellenbestand

2009/ 10			2008		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00			1,00	
A 16	2,00			2,00	
A 15	5,00			5,00	
A 14	4,00			4,00	
A 13	4,00			4,00	
A 13	38,00	1,00	1)	39,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Brandoberamtsrätin/ Brandoberamtsrat nach Beendigung des Projektes BOS bzw. nach Ausscheiden des Stelleninhabers aus dem Projekt BOS</i>
A 12	49,00	1,00	2)	48,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 12 Amträtin/ Amtsrat nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Freiwerden der Stelle</i>
		1,00	3)		
		1,00	4)		
A 11	138,00	1,00	5)	96,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 12 Brandamtsrätin/ Brandamtsrat nach Beendigung des Projektes BOS bzw. nach Ausscheiden des Stelleninhabers aus dem Projekt BOS</i>
A 10	121,04	1,00	6)	95,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	7)		
A 9	2,00		8)	66,04	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
			9)		
A 9	6,00			6,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach EntgGr. E 10 zum 01.05.2010 Ablauf der 2 Jahresfrist gem. Art.8.7 HB</i>
A 7/A 8/A 9	1854,00	105,00	10)	1821,00	für Ausbildungszwecke genutzte Planstellen
		2,00	11)		<i>ku: 2,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle</i>
		1,00	12)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle</i>
		1,00	13)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach EntgGr. E 3</i>
		2,00	14)		<i>ku: 2,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach EntgGr. E 7 nach Freiwerden der Stelle gem. Art. 14 Nr. 1 HB</i>
		1,00	15)		<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
		58,00	16)		<i>kw: 58,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gem. Art. 14 Nr. 1 HB</i>

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
Kapitel 8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss
A 13									-1,00	Verlagerung an Kapitel 8552; Stellenverlagerung aufgrund der bereits erfolgten Aufgabenverlagerung zur Akademie für Rettungsdienst und Gefahrenabwehr
A 13	-1,00								-1,00	Vollzug kw-Vermerk nach Übergang des Projektes zur Polizei
A 12		1,00					1,00		1,00	gem. Art. 12 Satz 2 Haushaltsbeschluss
A 12									1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss
A 12			-1,00						-1,00	Vollzug kw-Vermerk nach Beendigung der Freistellung durch Ausscheiden
A 11							-1,00		-1,00	gem. Art. 12 Satz 2 Haushaltsbeschluss
A 11							2,00		2,00	Bürgerschaftsbeschluss
A 11							40,00		40,00	Drucksache Strukturverbesserungen bei -P- und -F-
A 11							1,00		1,00	gem. Art. 12 Absatz 2 Haushaltsbeschluss
A 10			-1,00						-1,00	Stellenverlagerung für BoHels von der Feuerwehr zur Polizei
A 10		1,00							1,00	gem. Art. 14 Nr. 1 Haushaltsbeschluss
A 10		1,00							1,00	gem. Art. 12 Haushaltsbeschluss
A 9		1,00							1,00	gem. Art. 12 Haushaltsbeschluss
A 7/A 8/A 9		32,00							32,00	Bürgerschaftsbeschluss
A 7/A 8/A 9		2,00							2,00	gem. Art. 14 Nr. 1 Haushaltsbeschluss
A 7/A 8/A 9									-1,00	Verlagerung an Kapitel 8552; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 7/A 8/A 9	-1,00								-1,00	gem. Art. 14 Nr. 1 Haushaltsbeschluss

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 13	1) kw: 1,00 BesGr. A 13 Brandoberamtsrätin/ Brandoberamtsrat nach Beendigung des Projektes BOS bzw. nach Ausscheiden des Stelleninhabers aus dem Projekt BOS	
A 13	2) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat nach Beendigung des Projektes BOS
A 12	4) kw: 1,00 BesGr. A 12 Brandamtsrätin/ Brandamtsrat nach Beendigung des Projektes BOS bzw. nach Ausscheiden des Stelleninhabers aus dem Projekt BOS	
A 12	4) weggefallen	1,00 Freigestellter Vertrauensmann der Schwerbehinderten
A 11	5) weggefallen	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied
A 11	6) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 11	1,00	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman	Brandamtfrau/ Brandamtman	Bürgerschaftsbeschluss

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
Kapitel 8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 7/A 8/A 9		1,00	17)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach EntgGr. E 7</i>
		1,00	18)		
A 8	20,50			20,50	<i>ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach EntgGr. E 8 nach Freiwerden der Stelle</i>
A 6	2,00	1,00	19)	3,00	
Summe:	2246,54			2210,54	<i>ku: 1,00 BesGr. A 6 Regierungsssekretärin/ Regierungsssekretär nach EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle</i>

B 4	Oberbranddirektorin/ Oberbranddirektor (1,00)
A 16	Leitende Branddirektorin/ Leitender Branddirektor (2,00)
A 15	Branddirektorin/ Branddirektor (4,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14	Oberbrandrätin/ Oberbrandrat (4,00)
A 13	Brandrätin/ Brandrat (3,00), Studienrätin/ Studienrat (1,00)
A 13	Brandoberamtsrätin/ Brandoberamtsrat (33,00), Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (4,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
A 12	Amtsrätin/ Amtsrat (5,00), Brandamtsrätin/ Brandamtsrat (44,00)
A 11	Brandamtfrau/ Brandamtman (128,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (10,00)
A 10	Brandoberinspektorin/ Brandoberinspektor (114,04), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (7,00)
A 9	Brandinspektorin/ Brandinspektor (0,00), Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (6,00)
A 7/A 8/A 9	Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister (1854,00)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (20,50)
A 6	Regierungsssekretärin/ Regierungsssekretär (2,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	1,00	1,00	20)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i> <i>kw: 1,00 BesGr. A 15 Branddirektorin/ Branddirektor</i>
		1,00	21)		
A 13	0,00			1,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Brandamtfrau/ Brandamtman Beurlaubt nach § 1 der Verordnung über den Erziehungsurlaub für hamburgische Beamte.</i> <i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Brandamtfrau/ Brandamtman nach Beendigung der Tätigkeit im Havariekommando Cuxhaven</i>
A 11	3,00	1,00	22)	2,00	
		1,00	23)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor Beurlaubt nach § 1 der Verordnung über den Erziehungsurlaub für hamburgische Beamte.</i>
A 10	2,00	1,00	24)	2,00	
A 7/A 8/A 9	10,00			10,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär</i>
A 8	1,00	1,00	25)	0,00	
A 6	0,00			1,00	
Summe:	17,00			17,00	

A 15	Branddirektorin/ Branddirektor (1,00)
A 13	Brandoberamtsrätin/ Brandoberamtsrat (0,00)

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
Kapitel 8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-2,00	39,00	-2,00	0,00	-2,00	0,00	43,00	0,00	76,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	-43,00	0,00	-40,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-2,00	39,00	-2,00	0,00	-2,00	3,00	0,00	0,00	36,00	

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/ 10			Vermerk Nr.	2008 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 15	1,00	1,00		20)	1,00	Nr. 2	
A 13	0,00				1,00	Nr. 1	
A 11	1,00	1,00		22)	1,00	Nr. 7	
A 11	1,00				0,00	Nr. 1	
A 11	1,00				1,00	Nr. 7	
A 10	1,00				1,00	Nr. 7	
A 10	1,00	1,00		24)	1,00	Nr. 6	
A 7/A 8/A 9	10,00				10,00		B.Beschl.
A 8	1,00	1,00		25)	0,00	Nr. 7	
A 6	0,00				1,00	Nr. 6	
gesamt:	17,00				17,00		

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 15	20) weggefallen	
A 15	21) kw: 1,00 BesGr. A 15 Branddirektorin/ Branddirektor	kw: 1,00 BesGr. A 15 Branddirektorin/ Branddirektor
A 11	23) kw: 1,00 BesGr. A 11 Brandamtfrau/ Brandamtmann nach Beendigung der Tätigkeit im Havariekommando Cuxhaven	

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
Kapitel 8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

I. Stellenbestand

A 11	Brandamtfrau/ Brandamtman (2,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)
A 7/A 8/A 9	Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister (10,00)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
A 6	Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

2009/ 10			2008		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 7	10,00			10,00	
Summe:	10,00			10,00	

A 7 Brandmeisterin/ Brandmeister (10,00)

2009/ 10			2008		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
II a/ I a	0,00			0,50	
I b	0,00			1,00	
III	0,00			2,00	
IV a	0,00			10,00	
IV b	0,00			2,00	
V b gD	0,00	2,00	26)	13,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
Richtl. Ang.gD	0,00	1,00	27)	2,90	<i>Vermerk weggefallen</i>
V b mD	0,00			5,00	
V c	0,00			24,00	
VI b	0,00			8,00	
VII	0,00			4,50	
Summe:	0,00			72,90	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
7	0,00			6,00	
6	0,00			29,00	
5	0,00			3,00	
Summe:	0,00			38,00	
Nachwuchskräfte (Arbeiterinnen/ Arbeiter)*					
Nachwuchs eD	0,00			8,00	
Summe:	0,00			8,00	
Arbeitnehmer					
E 15	0,50			0,00	
E 14	1,00			0,00	
E 12	2,00			0,00	
E 11	14,50	3,00	28)	0,00	<i>kw: 3,00 EntgGr. E 11 nach Abschluss der Digitalisierung der Luftbilder</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I b						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
III						-2,00			-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a		1,00							1,00	bedarfsgerechte unterjährige Stellenschaffung gem. Delegation II
IV a						-11,75			-11,75	Umsetzung des neuen Tarifrechts
V b gD	-1,00								-1,00	Stellenstreichung nach Freiwerden der Stelle
Richtl. Ang.gD						-2,90			-2,90	Umsetzung des neuen Tarifrechts
V c		1,00							1,00	bedarfsgerechte unterjährige Stellenschaffung gem. Delegation II
V c		2,00							2,00	Bürgerschaftsbeschluss
<i>Summe Angestellte</i>	-1,00	4,00	0,00	0,00	0,00	-17,65	0,00	0,00	-14,65	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,75	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,25	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-58,50	0,00	0,00	-58,50	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	-1,00	4,00	0,00	0,75	0,00	-76,65	0,00	0,00	-72,90	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-38,00	0,00	0,00	-38,00	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-38,00	0,00	0,00	-38,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-8,00	0,00	0,00	-8,00	
<i>Summe Nachwuchskräfte (Arbeiterinnen/ Arbeiter)* insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-8,00	0,00	0,00	-8,00	
E 14						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12							2,00		2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11						2,00			2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-2,00		-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 11	28) kw: 3,00 EntgGr. E 11 nach Abschluss der Digitalisierung der Luftbilder	

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
Kapitel 8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 10	7,00			0,00	
E 9	15,00	1,00	29)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 9 nach Freiwerden der Stelle</i>
E 9	1,00			0,00	
E 8	35,00	1,00	30)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 8 1.9.2008</i>
E 7	26,00			0,00	
E 6	11,00			0,00	
E 5	7,50			0,00	
Richtl. gD	2,90			0,00	
Summe:	123,40			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag						3,00			3,00	
E 11							8,00		8,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							1,00		1,00	Neubewertung des Dienstpostens aufgrund veränderter Aufgabenwahrnehmung
E 11		4,00							4,00	Bedarfsgerechte Ausbringung gemäß Delegation II zur personellen Stärkung der Luftbildauswertung
E 11		1,00							1,00	Neuschaffung aufgrund von Aufgabenzuwachs im Bereich Zentrales Controlling
E 11							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11			-1,00						-1,00	Stellenverlagerung für BoHels von der Feuerwehr zur Polizei
E 10						11,75			11,75	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-8,00		-8,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10		1,00							1,00	Bedarfsgerechte Neuschaffung zum Ausgleich einer Stellenbereitstellung für das Projekt BoHels
E 10							1,00		1,00	Anpassung an Aufgabenveränderung
E 10							-1,00		-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10		1,00							1,00	Bedarfsgerechte Stellenschaffung für die Fachliche Leitstelle SP-Expert
E 10		1,00							1,00	Bedarfsgerechte Stellenschaffung für die Geschäftsstelle Kampfmittelräumdienst
E 10					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 8552; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 10		1,00							1,00	bedarfsgerechte Ausbringung für die Geschäftsstelle im Projekt StEF
E 9	-1,00								-1,00	gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
E 8		1,00							1,00	Ausscheiden des Mitarbeiters
E 8									1,00	Bedarfsgerechte befristete Stellenschaffung für Mehraufwand im Bereich Rettungsdienstgebühren
E 8		1,00							1,00	Stellenschaffung für Mehrbedarf im Bereich der Personalsachbearbeitung
E 6		1,00							1,00	Bedarfsgerechte Ausbringung für die Registratur zum Ausgleich nach Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 6					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 8552; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 5		1,00							1,00	bedarfsgerechte Ausbringung für die Geschäftsstelle im Projekt StEF
Richtl. gD						2,90			2,90	Umsetzung des neuen Tarifrechts
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	-1,00	12,00	-1,00	1,00	0,00	16,65	3,00	0,00	30,65	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,75	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	1,25	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	94,50	-3,00	0,00	91,50	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	-1,00	12,75	-1,00	1,00	0,00	111,65	0,00	0,00	123,40	

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
Kapitel 8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs eD	8,00			0,00	
Summe:	8,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	2379,94			2331,44	

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
Kapitel 8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nachwuchs eD						8,00			8,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
<i>Summe Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8,00	0,00	0,00	8,00	
Summe (ohne *) insgesamt	-4,00	55,75	-3,00	1,75	-2,00	0,00	0,00	0,00	48,50	

Einzelplan 8.1
Kapitel 8580

Behörde für Inneres
Katastrophenschutz

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 3	0,00			1,00	
A 16	1,00			0,00	
A 15	2,00			2,00	
A 14	3,00	1,00	1)	2,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat
		1,00	2)		kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat
A 13	3,00			4,00	
A 12	3,00			2,00	
A 11	3,00	1,00	3)	2,00	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 31.10.2009
Summe:	15,00			13,00	

- B 3 Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (0,00)
A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15 Branddirektorin/ Branddirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (3,00)
A 13 Erste Polizeihauptkommissarin/ Erster Polizeihauptkommissar (1,00), Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (2,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (0,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (2,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
II a hD	0,00			0,00	
III	0,00			1,00	
IV a	0,00	1,00	4)	2,00	Vermerk weggefallen

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
Kapitel 8580	Katastrophenschutz

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/ 10			Vermerk Nr.	2008 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 14	0,00				1,00	Nr. 2	
gesamt:	0,00				1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8000; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8000; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8000; luK-Obergrenzen
A 11		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	2,00	0,00	2,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	2,00	
II a hD		1,00							1,00	Bedarfsgerechte Ausbringung gem. Delegation II
II a hD						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
III						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
III						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
III						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a	-1,00								-1,00	Personalwirtschaftliche Maßnahme / Jungjuristen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 14	2) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat	
A 11	3) kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 31.10.2009	
IV a	4) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. IV a zum 30.09.2006

Einzelplan 8.1
Kapitel 8580

Behörde für Inneres
Katastrophenschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
IV a		1,00	5)		<i>Vermerk weggefallen</i>
IX b/VII	0,00			0,50	
Summe:	0,00			3,50	
Arbeitnehmer					
E 13	1,00			0,00	
E 12	1,00			0,00	
E 11	1,00			0,00	
E 10	0,00			0,00	
E 5	0,50			0,00	
Summe:	3,50			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	18,50			16,50	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	1,00				-2,00			-2,00	
IV a	-1,00								-1,00	Personalwirtschaftliche Maßnahme / Jungjuristen.
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8000; durch Aufgabenumstrukturierungen
IV a						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Summe Angestellte	-2,00	1,00	0,00	1,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-3,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	-0,50	
Summe Angestellte insgesamt	-2,00	1,00	0,00	1,00	0,00	-3,50	0,00	0,00	-3,50	
E 13						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-1,00		-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-1,00		-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Summe Arbeitnehmer	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	3,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,50	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,50	0,00	0,00	3,50	
Summe (ohne *) insgesamt	-2,00	3,00	0,00	3,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	2,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
IV a	5) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. IV a zum 14.11.2006

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres
Kapitel 8590	Landesamt für Verfassungsschutz

	einfacher Dienst	mittlerer Dienst	gehobener Dienst	höherer Dienst	Stellenzahl gesamt
Beamte	0	33,5	66,5*	9	109
Arbeitnehmer	2	28,5	11*	1	42,5
Summe gesamt	2	62,0	77,5	10	151,5
Nachwuchskräfte	0	0	0	0	0
Leerstellen	0	0	0	0	0

* kw: 0,50 BesGr. A 12. Amtsärztin/ Amtsarzt zur Hälfte freigestelltes PR-Mitglied

* kw: 1,00 BesGr. A 12. Amtsärztin/ Amtsarzt zum 28.02.2009

* kw: 1,00 EntgGr. E 10 kw nach Wegfall Finanzierung LbV

Verkürzte Darstellung aus Gründen der Vertraulichkeit der Stellenplandaten

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2009

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenneuschaffungen				
1	8000	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11 Die Stelle erhält den Haushaltsvermerk „kw nach Freiwerden der Stelle“.	Führungsassistentin/Führungsassistent in der Präsidialabteilung
2	8010	5,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 – mit Wirkung vom 01.07.2009 –	Verstärkung des Einbürgerungsbereichs im Einwohner-Zentralamt (Drucksache 19/2360)
3	8010	4,00	Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8	Sachbearbeitung in der Ausländerabteilung
4	8500	1,00	Wissenschaftliche Oberrätin/Wissenschaftlicher Oberrat A 14	Wissenschaftlerstelle im Bereich DNA-Proben
5	8500	4,00	Polizeimeisterin/Polizeimeister/Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar A 7/A 8/A 9/A 10/A 11	Maritimes Sicherheitszentrum
6	8500	2,00 2,00	Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer E 9 Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer E 6 – mit Wirkung vom 01.07.2009 –	Verstärkung der Kapazitäten für DNA-Analysen (Drucksache 19/2359)
7	8500	28,00	Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer E 5 – mit Wirkung vom 01.07.2009 –	Verstärkung des Objektschutzes (Drucksache 19/2338)
8	8550	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10	Sachbearbeitung Geschäftsstelle Kampfmittelräumdienst
9	8550	20,00	Brandmeisterin/Brandmeister/Hauptbrandmeisterin/Hauptbrandmeister A 7/A 8/A 9 – mit Wirkung vom 01.10.2009 –	Verstärkung des Einsatzdienstes der Feuerwehr (Drucksache 19/2337)
10	8550	1,00	Brandmeisterin/Brandmeister/Hauptbrandmeisterin/Hauptbrandmeister A 7/A 8/A 9	Sachbearbeitung Havariekommando
11	8550	3,00 1,00	Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer E 11 Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer E 8	Aufstockung des Kampfmittelräumdienstes (Drucksache 19/2250)
12	8580	1,00	Brandamtfrau/Brandamtman A 11	Sachbearbeitung Administration Notfallvorsorge-Informationssystem deNIS II plus

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
13	8590	2,00	Beamtin/Beamter (gehobener Dienst) (Verkürzte Darstellung aus Gründen der Vertraulichkeit der Stellenplandaten) – mit Wirkung vom 01.07.2009 –	Verstärkung des Landesamtes für Verfassungsschutz (Drucksache 19/2339)
Stellenhebungen				
14	8010	1,00	Oberamtsrätin/Oberamtsrat A 13 nach Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14	Abteilungsleitung Staatsangehörigkeitsangelegenheiten
15	8010	1,00	Oberamtsrätin/Oberamtsrat A 13 nach Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14	Abteilungsleitung Bußgeldabteilung
16	8010	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11 nach Amtsrätin/Amtsrat A 12	Leitung des Personalreferats
17	8010	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11 nach Amtsrätin/Amtsrat A 12	Referatsleitung Vollstreckung, Service, Zentrale Dienste und Aus- und Fortbildung
18	8010	2,00	Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor A 9 nach Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10	Anpassung an den Bedarf nach Aufhebung der Quoten für Eingangs- und erstes Beförderungsamt
19	8500	1,00	Leitende Polizeidirektorin/Leitender Polizeidirektor A 16 nach Leitende Polizeidirektorin/Leitender Polizeidirektor B 2	Strukturverbesserungen im höheren Polizeivollzugsdienst
20	8500	1,00	Kriminalrätin/Kriminalrat A 13 nach Kriminaldirektorin/Kriminaldirektor A 15	Strukturverbesserungen im höheren Polizeivollzugsdienst
21	8500	1,00	Polizeirätin/Polizeirat A 13 nach Polizeidirektorin/Polizeidirektor A 15	Strukturverbesserungen im höheren Polizeivollzugsdienst
22	8500	1,00	Kriminalrätin/Kriminalrat A 13 nach Kriminaloberrätin/Kriminaloberrat A 14	Strukturverbesserungen im höheren Polizeivollzugsdienst

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
23	8500	1,00	Polizeirätin/Polizeirat A 13 nach Polizeiberrätin/Polizeiberrat A 14	Strukturverbesserungen im höheren Polizeivollzugsdienst
24	8500	1,00	Polizeirätin/Polizeirat A 13 (WS) nach Polizeiberrätin/Polizeiberrat A 14 (WS)	Strukturverbesserungen im höheren Polizeivollzugsdienst
25	8500	1,00	Polizeimeisterin/Polizeimeister/Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar A 7/A 8/A 9/A 10/A 11 nach Polizeirätin/Polizeirat A 13	Strukturverbesserungen im höheren Polizeivollzugsdienst
26	8500	1,00	Polizeimeisterin/Polizeimeister/Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar A 7/A 8/A 9/A 10/A 11 (WS) nach Polizeirätin/Polizeirat A 13 (WS)	Strukturverbesserungen im höheren Polizeivollzugsdienst
27	8500	1,00	Technische Oberamtsrätin/Technischer Oberamtsrat A 13 nach Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14	Abteilungsleitung Betriebsorganisation Hamburger Einsatzleitsystem (BoHels)
28	8500	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11 nach Amtsrätin/Amtsrat A 12	Referatsleitung Heilfürsorge
29	8500	5,00	Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor A 9 nach Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10	Anpassung an den Bedarf nach Aufhebung der Quoten für Eingangs- und erstes Beförderungsamt
30	8500	1,00	Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8 nach Amtsinspektorin/Amtsinspektor A 9	Sachbearbeitung Budgetangelegenheiten
31	8550	2,00	Brandoberamtsrätin/Brandoberamtsrat A 13 nach Brandrätin/Brandrat A 13	Strukturverbesserungen im höheren feuerwehrtechnischen Dienst
32	8550	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11 nach Amtsrätin/Amtsrat A 12	Sachgebietsleitung Finanzdienste

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
33	8550	1,00	Brandoberinspektorin/Brandoberinspektor A 10 nach Brandamtfrau/Brandamtman A 11	Referatsleitung Sicherheitsdienste
34	8550	1,00	Brandoberinspektorin/Brandoberinspektor A 10 nach Brandamtfrau/Brandamtman A 11	Koordinator Havariekommando
35	8580	1,00	Leitende Regierungsdirektorin/Leitender Regierungsdirektor A 16 nach Leitende Branddirektorin/Leitender Branddirektor B 3	Abteilungsleitung Katastrophen-, Brand- und Bevölkerungsschutz
36	8580	1,00	Erste Polizeihauptkommissarin/Erster Polizeihauptkommissar A 13 nach Polizeioherrätin/Polizeioherrat A 14	Referatsleitung Katastrophen-, Brand- und Bevölkerungsschutz
37	8590	1,00	Verkürzte Darstellung aus Gründen der Vertraulichkeit der Stellenplandaten	Referatsleitung im Landesamt für Verfassungsschutz
38	8590	1,00	Verkürzte Darstellung aus Gründen der Vertraulichkeit der Stellenplandaten	Sachbearbeitung im Landesamt für Verfassungsschutz
39	8590	3,00	Verkürzte Darstellung aus Gründen der Vertraulichkeit der Stellenplandaten	Ermittlungsbereich im Landesamt für Verfassungsschutz
Sonstige Stellenveränderungen				
40	8000	1,00	Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer E 9 in Amtsinspektorin/Amtsinspektor A 9	aus personalwirtschaftlichen Gründen
41	8500	1,00	Polizeidirektorin/Polizeidirektor A 15 in Polizeidirektorin/Polizeidirektor 15 (WS)	für die dienstweiggerechte Stellenausweisung
42	8500	3,00	Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer E 14 in Wissenschaftliche Oberrätin/Wissenschaftlicher Oberrat A 14	aus personalwirtschaftlichen Gründen

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
43	8500	8,00	Polizeimeisterin/Polizeimeister/Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar A 7/A 8/A 9/A 10/A 11 in Kriminalkommissarin/Kriminalkommissar/Kriminalhauptkommissarin/Kriminalhauptkommissar A 9/A 10/A 11	für die dienstweiggerechte Stellenausweisung
44	8500	2,00	Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor A 9 (Andere Amtstelle) in Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor A 9	aus personalwirtschaftlichen Gründen
45	8500	46,00	Polizeioberwachtmeisterin/Polizeioberwachtmeister A 5 in Kommissaranwärterin/Kommissaranwärter (Nachwuchs gD)	für die stellenplanmäßige Umsetzung der Verlängerung des Vorbereitungsdienstes bei der Ausbildung für den Laufbahnabschnitt I des Polizeivollzugsdienstes
46	8500	206,00	Polizeioberwachtmeisterin/Polizeioberwachtmeister A 5 in Polizeimeisteranwärterin/Polizeimeisteranwärter (Nachwuchs mD)	für die stellenplanmäßige Umsetzung der Verlängerung des Vorbereitungsdienstes bei der Ausbildung für den Laufbahnabschnitt I des Polizeivollzugsdienstes
47	8500	15,00	Polizeioberwachtmeisterin/Polizeioberwachtmeister A 5 (WS) in Polizeimeisteranwärterin/Polizeimeisteranwärter (WS) (Nachwuchs mD)	für die stellenplanmäßige Umsetzung der Verlängerung des Vorbereitungsdienstes bei der Ausbildung für den Laufbahnabschnitt I des Polizeivollzugsdienstes

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2010

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenneuschaffungen				
1	8550	20,00	Brandmeisterin/Brandmeister/Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister A 7/A 8/A 9 – mit Wirkung vom 01.10.2010 –	Verstärkung des Einsatzdienstes der Feuerwehr (Drucksache 19/2337)
Stellenhebungen				
2	8500	1,00	Kriminaloberrätin/Kriminaloberrat A 14 nach Leitende Kriminaldirektorin/Leitender Kriminaldirektor A 16	Strukturverbesserungen im höheren Polizeivollzugsdienst
3	8500	2,00	Kriminalrätin/Kriminalrat A 13 nach Kriminaloberrätin/Kriminaloberrat A 14	Strukturverbesserungen im höheren Polizeivollzugsdienst
4	8550	1,00	Brandoberamtsrätin/Brandoberamtsrat A 13 nach Branddirektorin/Branddirektor A 15	Strukturverbesserungen im höheren feuerwehrtechnischen Dienst
5	8550	2,00	Brandoberamtsrätin/Brandoberamtsrat A 13 nach Oberbrandrätin/Oberbrandrat A 14	Strukturverbesserungen im höheren feuerwehrtechnischen Dienst

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2009/2010

Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Verkehr (§ 26 Abs. 1 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu dem Titel
8000.121.02 Ablieferung des Landesbetriebes Verkehr

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Die Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan durch Minderausgaben bei Investitionen bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft, wenn im laufenden Wirtschaftsjahr auf die Durchführung einer Investitionsmaßnahme mit Gesamtkosten von über 500 Tsd. EUR verzichtet werden soll.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250 Tsd. EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250 Tsd. EUR übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
5. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2006	2007	2008	2009	2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. Erfolgsplan					
<u>Erträge</u>					
1. Umsatzerlöse					
520 Fahrerlaubnisgebühren	2.859	2.761	3.013	2.720	2.650
521 Fahrschul- und Seminarüberwachungen	34	34	37	45	45
524 Gebühren für Genehmigungen und Ausnahmen	2.005	2.035	1.690	2.080	2.080
527 Bußgelder Fahrschulbereich	1	2	2	2	2
528 Einnahmen für Führungszeugnisse	32	24	14	22	22
530 Kfz-Zulassungsgebühren	14.225	15.308	14.738	15.200	15.200
531 Einnahmen für Kfz-Briefe	453	400	641	441	441
539 Erstattungen für Dienstleistungen der Kfz-Zul.stellen	535	535	535	535	535
540 TP-Technik (umsatzsteuerpflichtig)	0	4	3	0	0
550 Erstattungen für FzS-Leistungen	1.854	2.329	2.627	2.455	2.455
551 Erstattungen für FzS-Kfz-Beschaffungen	13	51	0	51	51
552 Erstattungen für Gutachten des FS-LBV	0	70	0	128	221
Summe 1.	22.011	23.553	23.300	23.679	23.702
2. Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen					
...	-	-	-	-	-
Summe 2.	-	-	-	-	-
3. Andere aktivierte Eigenleistungen					
...	-	-	-	-	-
Summe 3.	-	-	-	-	-
4. Sonstige betriebliche Erträge					
560 Mieterträge	379	523	368	477	477
561 Empfangene Schadenersatzleistungen	2	31	7	5	5
562 Einnahmen aus Mahnkosten	22	27	17	23	23
563 Erträge aus dem Abgang des Anlagevermögens	0	0	2	0	0
564 Einnahmen aus Zwangsgeldfestsetzung	50	49	280	15	15
565 Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen und Rückstellungen	123	81	20	70	70
566 Kassenüberschüsse	0	0	0	0	0
568 Übrige sonstige Erträge	361	122	121	80	80
569 Periodenfremde Erträge (soweit nicht außerordentl.)	219	168	50	100	100
Summe 4.	1.156	1.001	865	770	770
5. Zinserträge und ähnliche Erträge					
570 Zinserträge	311	524	220	290	290
579 Erträge aus Kursdifferenzen	0	0	0	0	0
Summe 5.	311	524	220	290	290

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2006	2007	2008	2009	2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
6. Außerordentliche Erträge					
... Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH	-	-	-	-	-
567 Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung nach Ruhegeldrecht	0	0	0	0	0
580 Außerordentliche Erträge i. S. d. BiRiLiG	-	-	-	-	-
Summe 6.	0	0	0	0	0
<u>Gesamterträge</u>	23.478	25.078	24.385	24.739	24.762

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. Erfolgsplan					
<u>Aufwendungen</u>					
1. Materialaufwendungen					
1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren					
601 Prüf- und Zulassungsplaketten	341	567	478	470	470
602 Führerscheine	270	276	297	250	235
603 sonstige Vordrucke	703	738	919	673	673
604 Kfz-Ersatzteile des Fahrzeugservice	205	258	199	350	350
605 Kfz-Dienstleistungen des Fahrzeugservice	554	712	620	619	619
606 Kleinwerkzeuge	3	3	2	4	4
608 Kfz-QuS-Leistungen	266	347	295	340	340
609 Kennzeichen für mobile Dienste	25	6	5	5	5
Summe 1.1	2.369	2.907	2.815	2.711	2.696
1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen					
620 Bezogene Leistungen FzS-LBV	0	0	0	0	0
621 Bezogene Leistungen für Kfz-Zulassungen/Großkunden	1.920	2.317	1.910	2.335	2.335
629 Sonstige bezogene Leistungen	0	0	0	0	0
Summe 1.2	1.920	2.317	1.910	2.335	2.335
Summe 1.	4.289	5.224	4.725	5.046	5.031
2. Personalaufwand					
2.1 Gehälter und Löhne					
630 Beamtenbezüge	2.187	2.235	2.138	2.240	2.240
631 Entgelt für Arbeitnehmer	6.738	7.197	6.898	7.083	7.003
635 Altersteilzeitrückstellungen (Zuführung)	238	6	272	160	160
636 Rückstellungen f. Beihilfen (Zuführung)	94	75	100	90	90
639 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	0	7	83	7	7
Summe 2.1	9.257	9.520	9.491	9.580	9.500
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung					
641 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung für Arbeitnehmer	1.401	1.401	1.418	1.418	1.408
643 Beiträge zur Landesunfallkasse	16	12	16	10	10
644 Versorgungsaufwendungen - Beamte	680	681	683	680	680
645 Versorgungsaufwendungen - Angestellte	604	605	603	605	605
646 Versorgungsaufwendungen - Arbeiter	18	16	18	16	16
647 Pensionsrückstellung (Zuführung)	341	346	425	395	395
648 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	94	126	100	110	110
Summe 2.2	3.154	3.187	3.263	3.234	3.224
Summe 2.	12.411	12.707	12.754	12.814	12.724

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2006	2007	2008	2009	2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen					
650 Abschreibungen auf immaterielle Wirtschaftsgüter (o. GWG)	126	84	202	130	288
651 Abschreibungen auf Gebäude und Außenanlagen (o. GWG)	483	522	492	524	524
652 Abschreibungen auf Maschinen u. Anlagen (ohne GWG)	58	44	68	61	61
653 Abschreibungen auf andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung (ohne GWG)	227	257	220	270	270
658 geringwertige Wirtschaftsgüter / IT Hard- u. Software	0	2	3	1	1
659 übrige geringwertige Wirtschaftsgüter	15	50	43	67	67
Summe 3.	909	959	1.028	1.053	1.211
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
4.1 Personalbedingte Aufwendungen					
661 Dienstkleidung (Beschaffung und Reinigung)	5	5	5	7	7
662 Fahrt- u. Flugkosten, Kilometerentschädigungen	14	15	13	14	14
664 Reiseverpflegungs- und Übernachtungskosten	5	10	8	10	10
665 Aus- und Fortbildung	43	77	34	80	80
667 Trinkwasser für Wasserspender	10	9	12	10	10
669 übrige sonstige Personalaufwendungen	296	613	1	210	160
Summe 4.1	373	729	73	331	281
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung					
670 Miete für Räume und Grundstücke	623	495	540	515	600
671 Miete für Fahrzeuge	0	0	0	1	1
672 Miete für Maschinen und Geräte	23	23	44	23	23
673 Strom, Wasser, Fernwärme, Heizöl, Notstromkraftstoff	299	319	241	255	255
674 Bewirtschaftung, Grundstück und Gebäude	147	171	110	170	150
675 Kosten für Entsorgung und Müllabfuhr	21	25	15	16	16
679 Instandhaltung Grundstück und Gebäude	333	165	132	141	141
680 Instandhaltung Maschinen u. Anlagen (außer BGA u. IT)	15	64	28	16	16
681 Instandhaltung Betriebs- u. Geschäftsausstattung	32	59	28	35	35
682 Instandhaltung u. Wartung IT-Geräte u. Software	123	118	252	160	160
689 Unterhaltung der eigenen Dienstkräftfahrzeuge	8	15	14	14	14
Summe 4.2	1.624	1.454	1.404	1.346	1.411

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2006	2007	2008	2009	2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb					
700 Büromaterial	44	52	51	50	50
701 optische Belegarchivierung	188	186	269	198	198
703 Verbrauchsmaterial IT-Technik	45	41	45	40	40
705 Leitungs- und Rechenzentrumskosten	569	546	655	634	634
710 Bücher, Zeitschriften und andere Medien	17	17	16	16	16
711 Porto- u. Postzustellkosten	260	225	266	230	230
712 Telefon- u. ähnliche Fernmeldekosten	171	158	171	171	171
713 Gerichts- und ähnliche Kosten	75	63	30	40	40
720 Kosten des Geldverkehrs	56	61	49	60	60
725 Abschlusskosten	38	30	27	40	40
727 Beratungskosten	56	21	35	35	35
730 Versicherungsbeiträge, Umlage Kfz.-Schäden	4	3	4	4	4
735 Mitgliedsbeiträge	1	1	1	1	1
740 Kundeninfo., Öffentlichkeitsarbeit (o. Werbeartikel)	32	54	44	44	44
741 Werbeartikel	10	10	15	15	15
746 Gästebewirtung und Repräsentation	3	8	4	4	4
780 Verwaltungskostenerstattung	249	202	181	190	190
789 Verschiedene Ausgaben / sonstige Verwaltungskosten	20	14	25	20	20
Summe 4.3	1.838	1.692	1.888	1.792	1.792
4.4 Übrige sonstige Aufwendungen					
790 Schadenersatzleistungen	28	3	10	3	3
791 Verluste a. d. Abgang v. Gegenständen d. Anlageverm	0	1	3	1	1
795 Abschreibungen auf Zwangsgeldfestsetzungen	0	0	258	0	0
796 Kassenfehlbeträge	3	3	3	3	3
797 Abschreibungen auf Forderungen	476	384	573	603	603
799 Periodenfremde Aufwendungen (soweit nicht außerordentlich)	152	140	185	140	140
Summe 4.4	659	531	1.032	750	750
Summe 4.	4.494	4.406	4.397	4.219	4.234
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen					
850 Zinsaufwendungen	0	0	2	2	2
859 Aufwendungen aus Kursdifferenzen	0	0	0	0	0
Summe 5.	0	0	2	2	2
6. Außerordentliche Aufwendungen					
860 Außerordentliche Aufwendungen i.S.d. BiRiLiG	0	0	0	0	0
Summe 6.	0	0	0	0	0

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag					
870 Gewerbesteuer	0	0	0	0	0
871 Körperschaftssteuer	0	0	0	0	0
872 Kapitalertragsteuer	0	0	0	0	0
Summe 7.	0	0	0	0	0
8. Sonstige Steuern					
802 Grundsteuer	7	7	7	7	7
803 Kraftfahrzeugsteuer	1	1	1	1	1
Summe 8.	8	8	8	8	8
<u>Gesamtaufwendungen</u>	22.111	23.304	22.914	23.142	23.210
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	1.367	1.774	1.471	1.597	1.552
310 Entnahmen aus der Kapitalrücklage					
320 Entnahmen aus der Gewinnrücklage					

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
	2006	2007	2008	2008	2009	2009	2010	2010
	In Tsd. EUR							
1	2	3	4	5	6	7	8	9
B. Finanzierungsplan								
I. Finanzbedarf								
1. Investitionen								
027 EDV Software	10	148	818		385		986	
042 gel. Anz. Softw. VE-MAGS	21	0	0		0		0	
051 Bebaute Grundstücke	0	0	0		0		0	
053 Gebäude	105	189	100		200		0	
055 Einbauten in Gebäuden	37	31	40		40		40	
058 Außenanlagen	0	9	100		400		200	
070 Maschinen und Anlagen	0	3	10		193		0	
080 Betriebs- u. Geschäftsausstattung (ohne IuK-Hardware)	16	160	29		0		29	
081 IuK-Hardware	233	96	361		277		227	
084 Fahrzeuge	0	0	10		0		0	
090 Umbau 2007 Gebäude Nord	0	0						
658 IuK-Hard- u. Software GWG	0	2	3		0		1	
659 übrige Geringwertige Wirtschaftsgüter	16	50	43		67		67	
Summe 1.	439	688	1.514		1.562		1.550	
2. Sonstiger Finanzbedarf								
... Abdeckung des nicht gedeckten Finanzbedarfs aus Vorjahren	0		0		0		188	
336 Ablieferung an den Haushalt	1355	1.016	1.381		1.420		1.420	
902 Gewinn- u. Verlustkonto	0	0	0		0		0	
Summe 2.	1.355	1.016	1.381		1.420		1.608	
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	1.794	1.704	2.895		2.982		3.158	

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
	2006	2007	2008	2008	2009	2009	2010	2010
	In Tsd. EUR							
1	2	3	4	5	6	7	8	9
II. <u>Deckungsmittel</u>								
902 Gewinn- u. Verlustkonto	1367	1.774	1.471		1.597		1.552	
... Abschreibungen (inkl. GWG)	909	959	1.028		1.053		1.211	
... Aus den Vorjahren nicht verbrauchte Deckungsmittel	860	1.342	208		2.371		0	
... Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel)			-					
... Betriebszuschuss aus dem Haushalt (Titel)			-					
<u>Summe Deckungsmittel</u>	3.136	4.075	2.707		5.021		2.763	
III. <u>Noch verfügbare Deckungsmittel</u>	1.342	2.371	0		2.039		0	
IV. <u>Nicht gedeckter Finanzbedarf</u>	0	0	188		0		395	

Wirtschaftsplan 2009/2010 des Landesbetriebes Verkehr

Vorbemerkung: Entsprechend Nr. 3 der Verwaltungsvorschriften für die Landesbetriebe zu §§ 26 (1 u. 4), 74, 85 Nr. 3 und 87 LHO bucht der Landesbetrieb Verkehr (LBV) nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung und richtet sich hierbei nach der Struktur des Industriekontenplans, der die Wirtschaftsführung wegen einer größeren Feingliederung erleichtert.

Erläuterungen 2009

(Die Erläuterungen beziehen sich auf den Ansatz 2008)

A. Erfolgsplan**Erträge****1. Umsatzerlöse**

Die Umsatzerlöse sind für das Jahr 2009 mit **23.679 Tsd. EUR um 379 Tsd. EUR** höher als im Wirtschaftsplan 2008 veranschlagt (23.300 Tsd. EUR). Dies entspricht einer Steigerung um 1,6 %.

Die erwarteten Veränderungen gegenüber dem Vorjahresansatz ergeben sich insbesondere aus folgenden Erlös-konten:

		in Tsd. EUR
• Konto 520	Fahrerlaubnisgebühren Weniger in Anpassung an das Ergebnis 2007; bedingt durch einen starken Rückgang der Fallzahlen vor allem beim Tausch des EU-Kartenführerscheins	- 293
• Konto 524	Gebühren für Genehmigungen und Ausnahmen Mehr durch Ausschöpfung der Potenziale der Genehmigungen nach §70 StVZO (Abweichung von Bau- und Betriebsvorschriften) und Akquisition zusätzlicher Genehmigungen nach § 46 StVO (u.a. Abweichung von Höhe, Länge und Breite von Fahrzeug und Ladung – sogenannte Schwertransporte).	+ 390
• Konto 530	Kfz-Zulassungsgebühren Mehr im Vergleich zu 2008 aufgrund von erwarteten Zunahmen wegen eines erheblich überalterten Fahrzeugbestandes und weniger im Vergleich zu 2007 als Folge der neuen Regelungen der Fahrzeugzulassungsverordnung. Demnach werden bisher vielfach doppelte Vorgänge der vorübergehenden und endgültigen Stilllegung ersetzt durch den einfachen Vorgang der Außerbetriebsetzung.	+ 462
• Konto 531	Einnahmen für Kfz-Briefe Weniger in Anpassung an das Ergebnis 2007, bei dem erstmals Erfahrungen mit den Erlösen aus neuen EU-Fahrzeugpapiere vorliegen.	- 200
• Konto 550	Erstattungen für Leistungen des Fahrzeugservice Weniger in Anpassung an das Ergebnis 2007 zuzüglich eingerechneter Steigerungen der Umsatzerlöse für 2009.	- 172
• Konto 551	Erstattungen für f. Kfz.-Beschaff. des Fahrzeugservice Mehr für Durchführung der Begutachtung neu anzuschaffender Fahrzeuge.	+ 51
• Konto 552	Erstattungen für Gutachten des Fahrzeugservice Mehr durch Inbetriebnahme des Flottenmanagements für Fahrzeuge der FHH ohne Polizei und Feuerwehr	+ 128

Die übrigen Ansätze der Umsatzerlös-Konten im Wirtschaftsplan 2009 unterscheiden sich von den Ansätzen im Wirtschaftsplan 2008 nur unwesentlich.

2. Sonstige betriebliche Erträge, Zins- und außerordentliche Erträge

		in Tsd. EUR
• Konto 560	Mieterträge Mehr durch gestiegene Umsätze mit Schilderträgern unter Berücksichtigung von Umsatzrückgängen für 2009	+ 109
• Konto 564	Einnahmen aus Zwangsgeldfestsetzung In diesem Konto werden nur tatsächlich zu realisierende Einnahmen erfasst (siehe auch Erläuterungen zu Konto 795). Weniger als 2007, da vor der Androhung des Zwangsgeldes eine weitere Mahnstufe eingeführt wird.	- 265
• Konto 565	Erträge aus der Herabsetzung v. Wertberichtigungen und Rückst. Mehr in Anpassung an das Ergebnis 2007	+ 50
• Konto 568	Übrige sonstige Erträge Weniger in Anpassung an auslaufende Dienstleistungsverträge mit der TÜV-Hanse GmbH.	- 41
• Konto 569	Periodenfremde Erträge Mehr in Anpassung an das Ergebnis 2007	+ 50
• Konto 570	Zinserträge Für das Jahr 2007 sind Sondereffekte zu verzeichnen wegen der Klärung abzuführender Beträge im Bereich der Versorgung; für 2009 ergeben sich erhöhte Erträge durch Umbuchungen auf höher verzinsten Rückstellungskonten	+ 70

Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge entsprechen etwa den Ansätzen für das Jahr 2008.

3. Entwicklung der Gesamterträge

Die für 2009 veranschlagten Gesamterträge in Höhe von **24.739 Tsd. EUR** übertreffen das Vorjahr um **354 Tsd. EUR** (+ 1,5 %).

Aufwendungen

1. Materialaufwand

- Konten 601 - 621:

Der Mehraufwand in Höhe von 321 Tsd. EUR (+ 6,8 %) erklärt sich durch folgende Entwicklungen:

- Konto 601 (Prüf- und Zulassungsplaketten): 2007: Mehraufwand in Höhe von rd. 89 Tsd. EUR durch Inventurbereinigungen.
- Konto 602 (Führerscheine): Weniger durch Rückgang der Nachfrage nach EU-Kartenführerscheinen
- Konto 603 (Sonstige Vordrucke): Weniger in Anpassung an das Ergebnis 2007, bei dem erstmals Erfahrungen mit dem Bezug der neuen EU-Fahrzeugpapiere vorliegen.
- Konto 604 (Kfz-Ersatzteile des Fahrzeugservice): Mehraufwand an Material unter Berücksichtigung des Ergebnisses 2007 und zusätzlich erwarteten Umsatzerlösen sowie stark gestiegener Einkaufspreise von metallischen und elektronischen Materialien.
- Konto 608 (Qualitäts- und Schadensmanagement Fahrzeugservice): Mehr in Anpassung an das Ergebnis 2007, in dem sich die Erhöhung der Mehrwertsteuer und der gestiegene Anteil der Produktleistung "Reparatur besonders beschädigter Fahrzeuge" widerspiegelt.
- Konto 621 (Bezogene Leistungen für Kfz-Zulassungen/Großkunden): Mehraufwand in Höhe von 425 Tsd. EUR durch höheren Umsatz und damit einem steigenden Anteil von bezogenen Leistungen im Bereich des Großkundengeschäftes.

2. Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen werden mit insgesamt 12.814 Tsd. EUR veranschlagt. Damit liegt der Ansatz um 60 Tsd. EUR (+ 0,5 %) höher als im Jahr 2008. Die Planung erfolgte auf Basis des Ansatzes 2008 zuzüglich tariflicher Steigerungsraten von + 1,45 % im Arbeitnehmerbereich und analog + 1,9 % im Besoldungsbereich.

Konten 630 – 639; 641 – 648

Berücksichtigt wurden:

- Mehraufwand bei den Beamtenbezügen durch Besoldungserhöhungen für das Jahr 2007, die sich fortschreiben.
- Mehraufwand bei den Arbeitnehmervergütungen durch Tarifsteigerungen für das Jahr 2007, die sich fortschreiben.
- Mehraufwand durch Höhergruppierungen bei der Entgeltgruppe E 5 auf E 6 als Folge von Bewährungsaufstiegen.
- Mehraufwand durch Besetzung einer zusätzlichen Stelle in dem Bereich Ausnahmegenehmigungen in Verbindungen mit steigenden Umsatzerlösen durch zusätzlich akquirierte Geschäfte
- Mehraufwand durch Besetzung einer zusätzlichen Stelle in Verbindung mit dem Projekt Flottenmanagement.

Den Mehraufwendungen stehen gegenüber:

- Minderaufwand bei Rückstellungen für Altersteilzeit und Beihilfen durch Anpassung an Plangutachten; 2007: Aktualisierte Berechnungen des Versicherungsmathematikers enthielten ungeplante Auflösungen.
- Im Konto der sonstigen Personalaufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter hat eine Verschiebung der Aufwandsart (Vorgabe der Wirtschaftsprüfer aus dem Jahr 2007) in den Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen stattgefunden. Diese Verschiebung führt zu einer Reduzierung im Personalaufwand (Konto 639) in Höhe von 76 Tsd. EUR.

3. Abschreibungen auf Anlagevermögen

- Konten 650 – 659:

Die Ansätze für die Abschreibungskonten erhöhen sich um 25 Tsd. EUR (+ 2,4%) in Anpassung an das Ergebnis 2007 zuzüglich zusätzlicher Abschreibungen für Kassenautomaten sowie anteiligen Aufwendungen (Rest 2010) für den Ersatz von Fachverfahren in den Bereichen der Kfz-Zulassung und der Fahrerlaubnis.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

- Konten 661 - 799:

Anmerkungen zu 2007: In einigen Konten ist einmaliger Aufwand abgebildet, z.B. für Instandhaltungen oder Bereinigung der Datensysteme mit Zeitarbeitskräften, so dass die Ergebnisse einmalig höher ausfallen.

Die Ansätze bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzieren sich gegenüber 2008 um 178 Tsd. EUR (- 4,2 %). Veränderungen gibt es insbesondere bei folgenden Positionen:

- Aus- und Fortbildung (Konto 665): Mehraufwand von 46 Tsd. EUR (135,3%) durch Intensivierung von Fach-, Führungskräfte trainings
- Übrige sonstige Personalaufwendungen (Konto 669): Mehraufwand im Vergleich zu 2008 in Höhe von 209 Tsd. EUR durch Beschäftigung von befristetem Personal u.a. zur Überbrückung der Personalfuktuation. Zudem Aufwandsverschiebung von Konto 639 (bis zum Jahr 2007) in das jetzige Konto 669; das Ergebnis 2007 enthält einmaligen Aufwand durch gesetzliche Vorgaben zur Bereinigung des elektronischen Datenbestandes.
- Instandhaltung und Wartung IT-Geräte und Software (Konto 682): Aufwandsreduzierung von 92 Tsd. EUR (36,5 %) in Anpassung an das Ergebnis 2007.
- Optische Belegarchivierung (Konto 701): Aufwandsreduzierung von 71 Tsd. EUR (26,4%) durch stringente Optimierung des Verfahrens.
- Leitungs- und Rechenzentrenkosten (Konto 705): Der Ansatz 2009 berücksichtigt bereits die Folgen der Umstellung auf neue Verfahren bei der Kfz-Zulassung und der Fahrerlaubnis.
- Porto- und Postzustellkosten (711): 36 Tsd. EUR weniger Aufwand durch den Austausch von elektronischen Datensätzen zwischen ausgewählten Kfz-Zulassungsbehörden.
- Abschreibungen auf Zwangsgeldfestsetzungen (Konto 795): In Absprache mit den Wirtschaftsprüfern werden, unabhängig von der Anzahl der eingeleiteten Verfahren, nur die voraussichtlich tatsächlich bezahlten Zwangsgelder angesetzt. Dieser „Ertrag“ wird über das o.g. Konto 564 dargestellt, sodass ein Abschreibungsaufwand hier nicht anzusetzen ist.
- Abschreibungen auf Forderungen (Konto 797): Fortschreibung des Ansatzes 2008 unter Berücksichtigung einer gestiegenen Anzahl von Mahnverfahren und Abbildung des Ausfallrisikos.

5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen

Konten 850 und 859:
Zinsaufwand entsteht für Verzugszinsen.

6. Außerordentliche Aufwendungen

Konto 860:
Aufwendungen für außergewöhnliche Geschäftstätigkeiten i. S. des BiRiLiG werden nicht erwartet.

7. Steuern von Einkommen und Ertrag

Konten 870, 871 und 872:
Aufwendungen werden nicht erwartet.

8. Sonstige Steuern

Konten 802 und 803:
Die Ansätze entsprechen denen des Vorjahres.

9. Entwicklung der Gesamtaufwendungen

Für 2009 liegen die veranschlagten Gesamtaufwendungen in Höhe von 23.142 Tsd. EUR in Höhe von 228 Tsd. EUR (+ 1,0 %) über dem Vorjahresansatz von insgesamt 22.914 Tsd. EUR.

Jahresüberschuss

Für 2009 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.597 Tsd. EUR (nach Steuern) angestrebt, der den Ansatz des Jahres 2008 um 126 Tsd. EUR (+ 8,6 %) übersteigt.

B. Finanzierungsplan

I. Finanzbedarf

1. Investitionen

- Konten 027 - 659

Die Investitionen sind gegenüber dem Ansatz 2008 um 48 Tsd. EUR höher veranschlagt. Die Investitionsschwerpunkte liegen bei:

- Konto 053 (Gebäude): Veranschlagt sind weitere Baumaßnahmen im Haus. D zur Generierung von Vermietflächen.
- Konto 058 (Außenanlagen): Geplanter Geländeumbau im Zusammenhang mit der Neuausrichtung des TÜV Süd.
- Konto 070 (Maschinen und Anlagen): Im Wirtschaftsjahr 2009 soll die Veranschlagung durch die Neubeschaffung einer zusätzlichen Prägemaschine belastet werden.

Dem gegenüber stehen Investitionskonten mit sinkenden Aufwendungen:

- Konto 027 (EDV Software): Vor einem starken Anstieg aufgrund erhöhter Investitionen in 2010 wird die Veranschlagung 2009 auf Grund des Ergebnisses 2007 vorerst niedriger belassen.

Investitionsbedarf insgesamt	Tsd. EUR	1.562
-------------------------------------	----------	-------

2. Sonstiger Finanzbedarf

Ablieferung an den Haushalt	Tsd. EUR	1.420
-----------------------------	----------	-------

Gesamter Finanzbedarf	Tsd. EUR	2.982
------------------------------	-----------------	--------------

II. Deckungsmittel

Als Deckungsmittel stehen zur Verfügung:

- | | | |
|-----------------------------------------------|----------|-------|
| • Jahresüberschuss | Tsd. EUR | 1.597 |
| • Abschreibungen | Tsd. EUR | 1.053 |
| • Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel | Tsd. EUR | 2.371 |

Summe insgesamt	Tsd. EUR	5.021
------------------------	-----------------	--------------

Daraus ergeben sich noch verfügbare Deckungsmittel in Höhe von	Tsd. EUR	2.039
-----------------------------------------------------------------------	-----------------	--------------

Erläuterungen 2010

(Die Erläuterungen beziehen sich auf den Ansatz 2009)

A. Erfolgsplan**Erträge****1. Umsatzerlöse**

Die Umsatzerlöse basieren im Wesentlichen auf dem hohen Niveau der Veranschlagung 2009. Sie sind für das Jahr 2010 mit **23.702 Tsd. EUR** geringfügig höher (+23 Tsd. EUR) als im Wirtschaftsplan 2009 veranschlagt (23.679 Tsd. EUR).

Die erwarteten Veränderungen gegenüber dem Vorjahresansatz ergeben sich insbesondere aus folgenden Ertragskonten:

		in Tsd. EUR
• Konto 520	Fahrerlaubnisgebühren Weniger durch weiteren Rückgang der Nachfrage nach EU-Kartenführer-Scheinen	- 70
• Konto 552	Erstattungen für Flottenmanagement Mehr Erträge durch das Flottenmanagement	+ 93

2. Sonstige betriebliche Erträge, Zins- und außerordentliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge entsprechen den Ansätzen für das Jahr 2009.

3. Entwicklung der Gesamterträge

Die für 2010 veranschlagten Gesamterträge in Höhe von 24.762 Tsd. EUR übertreffen das Vorjahr geringfügig um 23 Tsd. EUR (+ 0,1 %).

Aufwendungen**1. Materialaufwand**

Konten 601 - 629

Die Ansätze entsprechen weitestgehend denen des Jahres 2009.

2. Personalaufwendungen

Für 2010 werden die Personalaufwendungen mit insgesamt 12.724 Tsd. EUR veranschlagt. Der Ansatz liegt damit mit 90 Tsd. EUR (- 0,7 %) unter dem Vorjahresniveau. In die Planung sind gemäß Aufstellungsgrundschriften der Finanzbehörde keine Tarifsteigerungen eingeflossen.

Konten 630 – 639; 641 - 648

Berücksichtigt wurde Minderaufwand als Folge von Fluktuation.

3. Abschreibungen auf Anlagevermögen

Konten 650 – 659:

Die Werte bei den Abschreibungskonten erhöhen sich um 158 Tsd. EUR auf 1.211 EUR (+ 15,0 %)

Die Begründung liegt vor allem im Konto 027 (EDV Software). In dem Ansatz 2010 sind hohe Investitionen für die Beschaffung neuer Fachverfahren (Kfz-Zulassung und Führerschein) geplant.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Konten 661 - 799:

Die Ansätze bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhen sich gegenüber 2009 um 15 Tsd. EUR (+ 0,4 %); dabei schlagen sich bei den Mieten für Räume und Grundstücke (670) Aufwendungen für einen geplanten Standort im Westen Hamburgs in 2010 nieder.

5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen

Konten 850 und 859:
Zinsaufwand entsteht für Verzugszinsen.

6. Außerordentliche Aufwendungen

Konto 860:
Aufwendungen für außergewöhnliche Geschäftstätigkeiten i. S. des BiRiLiG werden nicht erwartet.

7. Steuern von Einkommen und Ertrag

Konten 870, 871 und 872:
Aufwendungen werden nicht erwartet.

8. Sonstige Steuern

Konten 802 und 803:
Die Ansätze entsprechen denen des Vorjahres.

9. Entwicklung der Gesamtaufwendungen

Für das Jahr 2010 liegen die veranschlagten Gesamtaufwendungen in Höhe von 23.210 Tsd. EUR um 68 Tsd. EUR (+ 0,3 %) über dem Vorjahresansatz von insgesamt 23.142 Tsd. EUR.

Jahresüberschuss

Für 2010 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.552 Tsd. EUR (nach Steuern) angestrebt.

B. Finanzierungsplan

I. Finanzbedarf

1. Investitionen

- Konten 027 - 659

Die Investitionen sind gegenüber dem Ansatz 2009 geringfügig niedriger veranschlagt (- 12 Tsd. EUR). Die Investitionsschwerpunkte liegen bei:

- Konto 027 (EDV Software): Veranschlagt sind neue Investitionen zur Beschaffung eines neuen Zulassungs- und Führerscheinverfahrens. Hierdurch entsteht in 2010 ein Mehrbedarf (in Bezug auf den Ansatz 2009) in Höhe von 601 Tsd. EUR.

Dieser Erhöhung stehen keine Veranschlagungen in den Konten

- Konten 053 (Gebäude) und
- Konto 070 (Maschinen und Anlagen)

gegenüber, bei denen 2009 Investitionen geplant sind.

Investitionsbedarf insgesamt	Tsd. EUR	1.550
-------------------------------------	----------	-------

2. Sonstiger Finanzbedarf

Ablieferung an den Haushalt	Tsd. EUR	1.420
-----------------------------	----------	-------

Abdeckung des nicht gedeckten Finanzbedarfs aus Vorjahren	Tsd. EUR	188
-----------------------------------------------------------	----------	-----

Gesamter Finanzbedarf	Tsd. EUR	3.158
------------------------------	-----------------	--------------

II. Deckungsmittel

Als Deckungsmittel stehen zur Verfügung:

• Jahresüberschuss	Tsd. EUR	1.552
--------------------	----------	-------

• Abschreibungen	Tsd. EUR	1.211
------------------	----------	-------

Summe insgesamt	Tsd. EUR	2.763
------------------------	-----------------	--------------

Verbleibt ein nicht gedeckter Finanzbedarf in Höhe von	Tsd. EUR	395
--------------------------------------------------------	----------	-----

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Unternehmen

Der Landesbetrieb Verkehr (LBV) wurde durch Senatsbeschluss vom 6.8.1996 (Drucksache 15/5848) mit Zustimmung der Bürgerschaft zum 1. Januar 1997 gegründet und ist ein Dienstleistungsbetrieb der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH). Der LBV erstellt, überprüft und verändert Dokumente/Zertifikate für den Straßenverkehr wie beispielsweise Führerscheine und Zulassungsbescheinigungen. Weiterhin erteilt er auch Ausnahmen von der Straßen-Verkehrsordnung (StVO), der Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV), der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) und der Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV). Mit dem Fahrzeugservice und seinen Werkstätten in Hamburg-Alsterdorf und Hamburg-Harburg für Behörden- und Sonderfahrzeuge (PKW und LKW) bietet der LBV den öffentlichen Unternehmen objektive und herstellernabhängige Dienstleistungen. Dazu gehören Wartung, Instandhaltung und Reparatur des umfangreichen Fuhrparks sowie Service, Qualitätssicherung und Beratung. Der LBV wird als eigenständig handelnder Betrieb der FHH nach § 26 Landeshaushaltsordnung geführt.¹ Im LBV waren 2007 durchschnittlich 322 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Seine Dienstleistungen bietet der LBV im Sinne von LBV-Classic an fünf Standorten an:

- Ausschläger Weg 100 in 20537 Hamburg (Mitte)
- Großmoordamm 61 in 21079 Hamburg (Harburg)
- Bergedorfer Str. 74 in 21033 Hamburg (Bergedorf)
- Langenhorner Chaussee 491 in 22419 Hamburg (Langenhorn)
- Bruno-Georges-Platz 2 in 22297 Hamburg (Alsterdorf)
(nur Fahrzeugservice für Behörden- und Sonderfahrzeuge)

Dazu kommen mit LBV-Mobil eine Präsenz in Einkaufszentren und Firmen mit durchschnittlich 10 Wochen in der Zeit von Montags bis Sonnabends von 09.30 Uhr bis 20.00 Uhr sowie an Einzeltagen in Firmen. Daneben besteht für die Kunden die Möglichkeit, einige Dienste per LBV-Internet an 7 Tagen zu jeweils 24 Stunden abzurufen.

Nach Aufarbeitung der Streikfolgen aus dem Jahr 2006 und einer Wiederaufnahme des Normalbetriebes im Jahr 2007 konnte der LBV seine Ziele, zusätzliche Dienste anzubieten und Prozesse zu optimieren im Jahr 2007 fortsetzen. So startete der LBV im Fachgebiet Fahrerlaubnis/Ausnahmegenehmigungen bundesweit im Herbst 2007 als erste Pilotbehörde mit dem Verfahren VEMAGS (Verfahrensmanagement für Großraum- und Schwertransporte). Das Verfahren vereinfacht Anträge von Speditionen, Transport- und Logistikunternehmen, die Ausnahmen für eine besondere Straßenbenutzung benötigen, auf Basis einer Internetplattform. Als weiterer Internetdienst wurde die Antragstellung für den Führerscheinerstantrag für Fahrschulen in Betrieb genommen.

Im Bereich Kfz-Zulassung nahm die bundesweit einmalige Entwicklung einer elektronischen Plakettenverwaltung ihren Betrieb auf, die den Verbrauch und die Verwendung von Plaketten und Siegeln im Einzelnen nachvollziehbar macht. Außerdem konnte der elektronische Datenaustausch bei Ab- und Ummeldungen zwischen den Kfz-Zulassungsstellen ausgebaut werden, so dass der Dokumentenaustausch per Post und Papier deutlich reduziert wurde.

In der ersten Jahreshälfte 2007 fanden intensive Verhandlungen mit dem Personalrat zur nochmaligen Erweiterung der Öffnungszeiten statt, die mit einer Verhandlung vor der Einigungsstelle endeten. Im Ergebnis wurden die Öffnungszeiten zum 01.01.2008 nach der Ausweitung im Jahr 2005 nochmals um einen zweiten Dienstleistungsnachmittag (Ausnahmen insgesamt sogar vier Nachmittage) sowie frühere Beginn- und spätere Schließzeiten erweitert; insgesamt haben sich die Öffnungszeiten dadurch um 6 Stunden je Woche erhöht und werden seit Dezember 2007 durch eine internetbasierte Terminreservierung ergänzt. Zusätzlich wurden im Geschäftsjahr neue Kontakte zu gewerblichen Kunden aufgebaut und auf Basis neuer Vereinbarungen wurden zusätzliche Geschäftsbeziehungen realisiert.

Entwicklung der Umsatzerlöse und der sonstigen betrieblichen Erträge

Der Umsatz ist im Jahr 2007 um 1,6 Mio. EUR (+7,3 %) auf insgesamt 23,6 Mio. EUR (Vorjahr 22,0 Mio. EUR) gestiegen.

Das Umsatzvolumen im Produktbereich Fahrerlaubnis, Ausnahmegenehmigungen liegt 2007 mit insgesamt 4.826 Tsd. EUR unter dem Vorjahresergebnis in Höhe von 4.902 Tsd. EUR (-76 Tsd. EUR bzw. -1,6 %). Die geringeren Umsatzerlöse im Geschäftsbereich Fahrerlaubnis (-98 Tsd. EUR) werden durch eine erneute Steigerung der Einnahmen bei den Ausnahmegenehmigungen (+30 Tsd. EUR) teilweise kompensiert.

¹ Die Unternehmensziele sind in § 3 der Geschäftsanweisung wie folgt festgelegt:

- Optimale Versorgung der Bevölkerung /gewerblichen Kunden mit Dienstleistungen
- Ausrichtung der Dienstleistungen am Markt
- Befriedigung der Kundenbedürfnisse bei Orientierung am wirtschaftlichen Nutzen
- Förderung der Beschäftigten zur Dienstleistungsorientierung und -erfüllung
- Erreichung einer angemessenen Wirtschaftlichkeit bezüglich des eingesetzten Kapitals auch durch Bildung von Kooperationen

Bei den Fahrerlaubnisgebühren wirkten sich erneut deutliche Rückgänge bei der Nachfrage nach dem Tausch von EU-Kartenführerscheinen aus. Im Jahr 2007 verzeichnete der LBV nur noch 13.886 Tauschvorgänge statt 14.372 im Jahr zuvor (-3,4%). Dieser Rückgang führt zu geschätzten Mindererlösen in Höhe von 11 Tsd. EUR. Außerdem war der Anteil von Personen, die über 50 Jahre alt sind und alle 5 Jahre eine Verlängerung benötigen (LKW-Fahrer, Busfahrer) mit 1.674 Vorgängen weiterhin rückläufig (-721 Stck. bzw. -30,1 %). Dieser Rückgang bewirkte Mindererlöse in Höhe von 28 Tsd. EUR. Stark rückläufig ist auch die Fahrerlaubnisverlängerung zur Fahrgastbeförderung mit 367 Verlängerungen statt 1.610 Verlängerungen im Vorjahr (-1.243 Stck. bzw. -77,2%). Hier ergeben sich Mindererlöse in Höhe von 42 Tsd. EUR. Weiter stabil blieb dagegen die Nachfrage nach den digitalen Kontrollgerätekarten, die mit 4.948 Stück einen Beitrag in Höhe von 129 Tsd. EUR zum Ergebnis leisteten. Auch das ab 2005 eingeführte „Begleitete Fahren ab 17“ wurde 2.877 Mal (+999 Stck. bzw. +53,2 %) im Geschäftsjahr 2007 zunehmend nachgefragt. Der erstmalige Erwerb eines Führerscheins lag mit 18.193 Ersterteilungen (+976 Stck. bzw. +5,7 %) über den Erwartungen.

Die Umsatzerlöse im Produktbereich Kfz-Zulassung im Jahr 2007 (insgesamt 16.248 Tsd. EUR) haben um 1.035 Tsd. EUR (+6,8%) im Vergleich zu 2006 zugenommen. Dies ist überwiegend auf Mehreinnahmen in Folge der veränderten Fahrzeugpapiere und auf veränderte Abrechnungstechniken mit Großkunden zurückzuführen. Im Bereich der Zulassungen konnte entgegen dem Bundestrend ein Zuwachs von 1,5% (+4.244 Stck.) verzeichnet werden. Bei Kurzzeitkennzeichen und Ausfuhrkennzeichen konnten Mehrerlöse in Höhe von 139,4 Tsd. EUR erzielt werden (+16.108 Stck. bzw. 32,5%). Damit wurde 2007 nach dem Streikjahr 2006 das hohe Niveau des Jahres 2005 wieder erreicht und konnte sogar ausgebaut werden. Durch den Rückgang der Stilllegungen von 303.345 im Vorjahr auf 281.553 in 2007 kam es zu Mindererlösen in Höhe von 167 Tsd. EUR. (-21.812 Stck. bzw. 7,2 %).

Im Produktbereich Fahrzeugservice betragen die Umsatzerlöse 2.479 Tsd. EUR im Geschäftsjahr 2007. Mit den Mehrerlösen von Höhe von 583 Tsd. EUR (+31,2 %) zum Vorjahr konnte das Umsatzvolumen von 2005 wieder erreicht werden. In den Umsatzerlösen sind die gestiegenen Erlöse für Begutachtungen der Fahrzeugbeschaffung (ca. 51 Tsd. EUR) und Erlöse für Beratungsleistungen beim Schadens- und Qualitätsmanagement (ca. 343 Tsd. EUR) enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich um 155 Tsd. EUR auf insgesamt 1.001 Tsd. EUR gegenüber dem Vorjahr (-13,4 %).

Die Gesamterträge betragen im Berichtsjahr einschließlich der Zinserträge 25.078 Tsd. EUR.

Entwicklung des Aufwandes

Im Ergebnis ist der Gesamtaufwand in Höhe von 23.305 Tsd. EUR (Vorjahr: 22.111 Tsd. EUR) im Berichtsjahr um 1.194 Tsd. EUR (+5,4 %) gestiegen.

Der Materialaufwand hat sich im Berichtsjahr um 936 Tsd. EUR (+21,8 %) auf 5.225 Tsd. EUR erhöht. Dieser Zuwachs ergibt sich durch die erhöhten Bezugskosten der neuen Fahrzeugpapiere, einen gestiegenen Bedarf an Kfz-Ersatzteilen und einen deutlich angezogenen Vertrieb mit den Großkunden. Schließlich schlägt sich in allen Positionen auch die Erhöhung der Umsatzsteuer nieder.

Der Personalaufwand erreichte einen Wert von 12.707 Tsd. EUR. Er hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 296 Tsd. EUR (+2,4 %) erhöht. Aufgrund des streikbedingten Minderaufwandes im Jahr 2006 ist der Vergleich zum Jahr 2006 jedoch verzerrt, so dass das Jahr 2005 zum Vergleich herangezogen wird. Im Jahr 2007 betragen die beeinflussbaren Personalkosten (Bezüge, Löhne und Gehälter einschließlich der Anteile zur Sozialversicherung) ohne Personalleasing einschließlich eines Mehraufwandes für die Tarifierhöhung in Höhe von rd. 216 Tsd. EUR. 2005 lag der Vergleichswert bei 10.928 Tsd. EUR, so dass sich der Aufwand der beeinflussbaren Personalaufwendungen um 95 Tsd. EUR verringerte.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen inkl. sonstige Steuern haben sich um 88 Tsd. EUR (-1,9 %) vermindert. Dies ist u.a. auf Kosteneinsparungen bei den Positionen Leitungs- und Rechenzentrumskosten, Belegarchivierung, Porto und Abschreibungen auf Forderungen zurückzuführen.

Ertragslage

Geschäftsergebnis und Ablieferung an den Haushalt

Der LBV hat für das Geschäftsjahr 2007 einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.774 Tsd. EUR erzielt. Von der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Ablieferungssumme in Höhe von 1.381 Tsd. EUR wurden an den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg 1.016 Tsd. EUR überwiesen. Die Differenz zwischen dem geplanten Betrag in Höhe von 1.381 Tsd. EUR und dem überwiesenen Betrag in Höhe von 1.016 Tsd. EUR wurde dem LBV erlassen, um einen Teil der Mehraufwendungen durch die Steigerung der Tarife und der Umsatzsteuer aufzufangen. Die Differenz zwischen der ausgewiesenen Ablieferung zum Jahresüberschuss (1.774 Tsd. EUR) in Höhe von 758 Tsd. EUR wurde der Gewinnrücklage zugeführt.

Vermögenslage

Da der Jahresüberschuss 2007 in Höhe von insgesamt 1.774 Tsd. EUR um 758 Tsd. EUR höher war als der Ablieferungsbetrag an den Haushalt (= 1.016 Tsd. EUR) erhöht sich die Gewinnrücklage um 758 Tsd. EUR auf 1.102 Tsd. EUR. Demnach erhöht sich das Eigenkapital um 758 Tsd. EUR auf insgesamt 10.012 Tsd. EUR.

Per 31.12.2007 setzt sich das Eigenkapital wie folgt zusammen:

das Grundkapital	6.358 Tsd. EUR
die Kapitalrücklage	2.553 Tsd. EUR
die Gewinnrücklagen	<u>1.102 Tsd. EUR</u>
Insgesamt	10.012 Tsd. EUR

Von allen bilanzierten Rückstellungen des LBV in Höhe von 7.101 Tsd. EUR entfallen auf Rückstellungen für die Beschäftigten des LBV insgesamt 5.596 Tsd. EUR. Für nach dem 31.12.1986 begründete unmittelbare Pensionsverpflichtungen, d. h. für so genannte Neuzusagen, werden aufgrund eines jährlichen versicherungsmathematischen Gutachtens gemäß § 249 Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 87 LHO Pensionsrückstellungen gebildet. Nach dem externen versicherungsmathematischen Gutachten beträgt die Veränderung für Pensionsverpflichtungen im aktuellen Geschäftsjahr 286 Tsd. EUR (Vorjahr: 301 Tsd. EUR). Darüber hinaus bestehen beim LBV Verpflichtungen aus nicht bilanzierten Rückstellungen in Höhe von 11.343 Tsd. EUR.

An Verbindlichkeiten bestehen 2007 insgesamt 4.440 Tsd. EUR, davon gegenüber der FHH 4.029 Tsd. EUR insbesondere für vereinnahmte Kfz-Steuer des Finanzamtes für Verkehrssteuern und für Versorgungsaufwendungen.

Das Vermögen setzt sich wie folgt zusammen:

• A Anlagevermögen	7.370 Tsd. EUR
• B Umlaufvermögen	14.175 Tsd. EUR
• C Rechnungsabgrenzungsposten	<u>9 Tsd. EUR</u>
Bilanzsumme	21.553 Tsd. EUR

Das langfristig gebundene Vermögen (immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen) ist vollständig durch Eigenkapital finanziert.

Die Investitionen betragen im Jahr 2007 insgesamt 688 Tsd. EUR (im VJ. 439 Tsd. EUR). Schwerpunkte waren u.a. der Umbau des Standortes Nord (180 Tsd. EUR), Anschaffungen für Möbel, Aufrufanlagen für Bergedorf und Nord, einen Kassenautomaten sowie weitere Anschaffungen von Hard- und Software. Exemplarisch seien hier genannt die Lizenzkosten für VEMAGS (73 Tsd. EUR), das Fahrerkartensystem von T-Systems (17 Tsd. EUR), Internet- und Verschlüsselungsdienste (71 Tsd. EUR).

Risikobericht

Zu den über das Risikomanagementsystem identifizierten Risiken gehören insbesondere:

Verlust von Marktanteilen durch Angebote/Maßnahmen von Dritten (u.a. Kraffahrtbundesamt, andere Regionen, Bezirke, private Unternehmen)
Standards in Bezug auf Qualität von Geschäftsprozessen und Leistungsfähigkeit der IT-Fachverfahren.
Standards bei der Dienstleistungsqualität gegenüber den Kunden
Sicherung der Anbindung und der Akquisition von qualifiziertem Personal

Diesen Marktrisiken tritt der Landesbetrieb Verkehr insbesondere mit der Übernahme neuer Services, einer Vielfalt von Vertriebswegen, einer aktiven Pflege von Bestandskunden und Gewinnung von Neukunden sowie der Sicherung von QM-gestützten Verfahren entgegen.

Ausblick

Der LBV versteht sich als öffentliches Unternehmen, das wichtige Dienste rund um das Verkehrsrecht mit optimalen IT-Verbindungen zu behördlichen Institutionen wie dem Kraffahrtbundesamt anbietet und diese nach kaufmännischen Grundsätzen kalkuliert und vertreibt.

Der LBV strebt die Innovations-, Qualitäts- und Kostenführerschaft in seinem Branchensegment für Hamburg und das Umland an. Um diese Ziele zu erreichen, hat der Landesbetrieb Verkehr im Jahr 2004 nach dem Verkauf der Technischen Prüfstelle für sich die Vertriebswege

LBV-Mobil (Einsatz außerhalb der LBV-Standorte, z.B. in Einkaufszentren Mo. – Sa. 9.30 – 20 Uhr),
LBV-Internet (elektronischer Geschäftsverkehr innerhalb E-Government)
und
LBV-Classic (an den Standorten),

definiert und konsequent umgesetzt. Insbesondere durch den flexiblen Einsatz von LBV-Mobil und die innovative Gestaltung der Internet-Dienste können die bürgernahe Präsenz erhöht, zusätzliche Potenziale erschlossen und die Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden. Darauf aufbauend sollen die Services durch ergänzende Hol- und Bringe-Services (Logistikleistungen für z.B. Dokumente und Kfz-Kennzeichenschilder) sowie verkürzte Wartezeiten durch einen am Kundenaufkommen ausgerichteten Mitarbeiterinsatz noch stärker an den Bedürfnissen der Kunden ausgerichtet werden. Aufgrund des IT-Entwicklungs-Know-Hows des LBV können die Dienste laufend an die Bedürfnisse der Kunden angepasst werden. Hieraus werden sich auch für das Jahr 2008 weitere Kooperationsprojekte mit privaten Kunden ergeben. Zusätzlich wird der LBV bei der Entwicklung und Realisierung zukunftsweisender Software- und IT-Produkte noch enger mit Partner aus dem Umfeld der öffentlich-rechtlichen Hersteller zusammenarbeiten und zusätzlich bestehende Lieferantenbeziehungen im Sinne einer Systempartnerschaft für die diversen Service-Weiterentwicklungen konsequent ausbauen.

Der LBV beteiligt sich außerdem in dem Projekt Metropolregion an der Entwicklung eines länderübergreifenden Angebotes an Kfz-Dienstleistungen im Rahmen des von der Bundesregierung initiierten Projektes Deutschland-Online – Kfz-Zulassung. Neben der Entwicklung des Flottenmanagements für Behördenfahrzeuge der FHH (ohne Polizei und Feuerwehr) ist die Übernahme weiterer Aufgaben von verkehrsbezogenen Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Entflechtung von Durchführungs- und Ministerialaufgaben denkbar.

Mit Abschluss des eingeleiteten Qualitätsmanagementverfahrens wurde der gesamte LBV nach DIN EN ISO 9001:2000 im Mai 2007 zertifiziert. Für das Frühjahr 2008 ist erneut ein Voll-Audit geplant. Mit den Zertifikaten möchte sich der LBV in dem erwarteten Wettbewerb über zusätzlich gesicherte Verfahren Marktanteile sichern. Durch die mit dem Qualitätsmanagementsystem zwingend verbundene Orientierung an den Bedürfnissen der Kunden und der Mitarbeiter werden diesbezügliche Aktivitäten systematisch umgesetzt.

Dank an Beschäftigte, Geschäftspartner, Personalrat und Aufsichtsgremium

Die Geschäftsführung dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere denen, die in 2007 ein besonders hohes Maß an persönlichem Einsatz und Engagement gezeigt und die geplanten und teilweise bereits umgesetzten Veränderungen aktiv unterstützt haben.

Der Dank gilt aber auch den Geschäfts- Kooperations- und Entwicklungspartnern, die sich an den Entwicklungen des LBV aktiv beteiligt haben, bzw. diese durch kritischen Rat und Anregungen mit gefördert haben.

Die Geschäftsführung dankt auch dem Personalrat des LBV, der innovative Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des LBV konstruktiv begleitet hat. Ein besonderer Dank gilt auch den Mitgliedern des Aufsichtsgremiums für die kooperative und zielführende Zusammenarbeit.

Einzelplan LAN Landesbetriebe
Kapitel 8510 Landesbetrieb Verkehr

I. Stellenbestand

kw 2009/ 10	kw 2011	kw 2012	kw 2013	kw >2013	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 1,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 25,00 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 16	1,00			2,00	
A 15	1,00			1,00	
A 14	3,00	1,00	1)	3,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Freiwerden der Stelle
A 13	2,00			2,00	
A 12	5,00			5,00	
A 11	6,50			6,50	
A 10	6,00			6,00	
A 9	4,00			4,00	
A 9	11,00			11,00	
A 8	19,00			19,00	
A 7	40,00			40,00	
Summe:	98,50			99,50	

- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (2,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (2,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (5,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (6,50)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (6,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (4,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (11,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (19,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (40,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I b	0,00			1,00	
II a gD	0,00			3,00	
III	0,00	1,00	2)	2,00	Vermerk weggefallen
IV a	0,00	6,00	3)	19,00	Vermerk weggefallen
IV b	0,00			3,00	
V b mD	0,00			2,00	
V c	0,00			26,00	
VI b	0,00	1,00	4)	22,50	Vermerk weggefallen
		1,00	5)		Vermerk weggefallen
VII	0,00	4,00	6)	119,50	Vermerk weggefallen
		2,00	7)		Vermerk weggefallen
IX b/VII	0,00	1,00	8)	3,50	Vermerk weggefallen
VIII	0,00	1,00	9)	6,00	Vermerk weggefallen
VIII	0,00	3,00	10)	3,00	Vermerk weggefallen
Summe:	0,00			210,50	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8000; personalwirtschaftliche Gründe
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
I b						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a gD						-3,00			-3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
III						-2,00			-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a						-19,00			-19,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
<i>Summe Angestellte</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-25,00	0,00	-25,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-185,50	0,00	-185,50	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-210,50	0,00	-210,50	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
III IV a	2) weggefallen 3) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. III nach Freiwerden der Stelle kw: 6,00 VergGr. IV a nach Freiwerden der Stelle

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
6	0,00	3,00	11)	21,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
4	0,00	1,00	12)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
3	0,00	1,00	13)	3,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
2	0,00			1,00	
1 (R)	0,00			3,58	
Summe:	0,00			29,58	
Arbeitnehmer					
E 14	1,00			0,00	
E 13	3,00			0,00	
E 12	1,00			0,00	
E 11	2,00	1,00	14)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Freiwerden der Stelle</i>
E 10	20,00	6,00	15)	0,00	<i>kw: 6,00 EntgGr. E 10 nach Freiwerden der Stelle</i>
E 9	5,00			0,00	
E 9	3,00			0,00	
E 8	23,00			0,00	
E 6	163,50	7,00	16)	0,00	<i>kw: 7,00 EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle</i>
		2,00	17)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 6 Einsparung im Intendantzbereich</i>
		3,00	18)		<i>kw: 3,00 EntgGr. E 6</i>
E 5	1,00			0,00	
E 4	1,00	1,00	19)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 4</i>
E 3	12,00	2,00	20)	0,00	<i>kw: 2,00 EntgGr. E 3 nach Freiwerden der Stelle</i>
		3,00	21)		<i>kw: 3,00 EntgGr. E 3 Einsparung im Intendantzbereich</i>
E 2 ü	1,00			0,00	
E 2	3,58			0,00	
Summe:	240,08			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	338,58			339,58	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-29,58	0,00	0,00	-29,58	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-29,58	0,00	0,00	-29,58	
E 14						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13						3,00			3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12							1,00		1,00	Neubewertung
E 11						2,00			2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10						19,00			19,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							1,00		1,00	Neubewertung
E 10							-1,00		-1,00	Neubewertung
E 10							1,00		1,00	Neubewertung
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25,00	2,00	0,00	27,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	215,08	-2,00	0,00	213,08	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	240,08	0,00	0,00	240,08	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 11	14) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Freiwerden der Stelle	
E 10	15) kw: 6,00 EntgGr. E 10 nach Freiwerden der Stelle	

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahr 2009 / 2010

Wirtschaftsplan der Landesfeuerwehrschule (§ 15 Abs. 2 LHO)

Erfolgs- und Finanzierungsplan der
„Landesfeuerwehrschule und
Akademie für Rettungsdienst und Gefahrenabwehr“
nach § 15 Abs. 2 LHO

als Erläuterung zu den Titeln

8550.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne
8550.685.01	Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Landesfeuerwehrschule

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Die Ansätze für Ausgaben (Personal- und Sachausgaben) sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die aus dem Seminarbetrieb für Dritte erzielten Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben verwandt bzw. den noch verfügbaren Deckungsmitteln zugeführt werden, sofern sie nicht zum Ausgleich von Verlusten aus Vorjahren bzw. des laufenden Jahres benötigt werden.
3. Minderausgaben dürfen den noch verfügbaren Deckungsmitteln zugeführt werden, sofern sie nicht zum Ausgleich von Verlusten aus Vorjahren bzw. des laufenden Jahres benötigt werden.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Fehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
5. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben im Erfolgsplan verwandt werden.
6. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 200.000 EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
7. Neue Maßnahmen im Finanzierungsplan bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme 200.000 EUR übersteigen.
8. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Erläute- rungen
	2006	2007	2008	2009	2010	
	In Tsd. EUR					
1	2	3	4	5	6	7
A. ERFOLGSPLAN						
<u>Einnahmen</u>						
1. Betriebliche Einnahmen						
110 Kostenbeiträge	1.543	1.479	1.331	1.346	1.346	
Summe 1.	1.543	1.479	1.331	1.346	1.346	
2. Sonstige Einnahmen						
Sonstige sächliche Verwaltungseinnahmen	0	198	16	76	76	
Erstattungen nach Art. 14 HB (3 Stellen)	0	30	96	97	97	
Summe 2.	0	228	112	173	173	
<u>Gesamteinnahmen</u>	1.543	1.707	1.443	1.519	1.519	1

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010	Erläute- rungen
	In Tsd. EUR					
1	2	3	4	5	6	7
A. Erfolgsplan						
<u>Ausgaben</u>						
1. Personalausgaben						
411 Beamtenbezüge	2.982	3.043	3.291	3.399	3.399	2
412 Arbeitnehmerentgelte (ehem. Angestellte und Arbeiter)	298 94	209 94	243 116	364	364	3
414 Beschäftigungsentgelte, Gastdozenten- honorare	246	200	50	205	205	4
421 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung der Arbeitnehmer (ehem. Angestellte und Arbeiter)	50 20	40 19	52 25	78	78	5
431 Versorgungszuschläge	931	946	1.028	1.052	1.052	5
432 Beihilfen, Fürsorgeleistungen	44	42	133	138	138	5
Summe 1.	4.665	4.593	4.938	5.236	5.236	
2. Sachausgaben						
510 Mieten und Pachten	667	732	740	760	760	6
520 Bewirtschaftungskosten und Bauunterhal- tung	434	409	375	425	425	7
540 Geschäftsbedarf, Büromaterial, Kommuni- kation etc.	187	133	70	110	110	8
550 Nutzungspauschale - Kfz-Unterhaltung etc.	84	89	88	103	103	9
560 Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	220	134	130	190	190	10
570 Verbrauchsmittel der Aus- und Fortbildung	-	58	85	140	140	11
580 Schutzbekleidung für Aus- und Fortbildung	-	11	5	10	10	12
590 Erstattung Ausbildungskosten an Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, UKE, UK Boberg	37	29	100	80	80	13
600 Dienstreisen (nicht seminarspezifisch)	10	10	5	5	5	14
610 Seminarspezifische Ausgaben	131	435	160	-	-	15
630 Steuern	88	0	50	50	50	16
640 Erstattungen an die Hmb. Vw.	112	11	14	10	10	17
650 Erstattungen für die Prüfung des WiPI	-	0	21	16	16	18
660 Erstattung an das ZPD für Bezügeabrech- nung usw.	-	23	20	21	21	19
670 Erstattung für IuK-Mittel	-	20	20	20	20	20
Summe 2.	1.970	2.094	1.883	1.940	1.940	
<u>Gesamtausgaben</u>	6.635	6.687	6.821	7.176	7.176	
<u>Jahresfehlbetrag</u>	5.092	4.980	5.378	5.657	5.657	

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	VE 2008	Ansatz 2008	VE 2009	Ansatz 2009	VE 2010	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR							
1	2	3	4	5	6	7	8	9
B. Finanzierungsplan								
I. Finanzbedarf								
1. Investitionen								
Grunderwerb								
Baumaßnahmen		97						
Maschinen und Anlagen	30							
Fahrzeuge								
Betriebs- und Geschäftsausstattung	300							
Brandsimulationsanlage ¹								
Summe 2.	330	97						
2. Sonstiger Finanzbedarf								
Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs								
Ablieferung an den Haushalt								
Jahresfehlbetrag	5.092	4.980		5.378		5.657		5.657
Noch verfügbare Deckungsmittel	1.232	1.533						
Summe 2.	6.324	6.513		5.378		5.657		5.657
Gesamtsumme Finanzbedarf	6.654	6.610		5.378		5.657		5.657
II. Deckungsmittel								
Jahresüberschuss								
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	1.245	1.232						
Investitionszuschuss aus dem Haushalt								
Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Landesfeuerwehrschule (Titel 8550.685.01)	4.539	4.350		4.350		4.605		4.605
Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne (Titel 8550.632.91)	870	1.028		1.028		1.052		1.052
Nicht gedeckter Finanzbedarf (Vortrag auf das Folgejahr / Deckung aus zusätzlichen Einnahmen)								
Gesamtsumme Deckungsmittel	6.654	6.610		5.378		5.657		5.657

¹ Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 30. August 2007 den Senat mit der Drs. 18/6772 ersucht, zur Finanzierung einer multifunktionalen Brandsimulationsanlage (Fire-Trainer) auf dem Gelände der LFS Mittel in Höhe von 1,0 Mio. Euro aus dem Titel 9890.791.05 „Investitionsfonds Hamburg 2010 (SIP-Fonds)“ für 2008 bereitzustellen.

Erläuterungen

Erläuterung zu den Konten des Wirtschaftsplanes

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan des Wirtschaftsbetriebes Landesfeuerweherschule und Akademie für Rettungsdienst und Gefahrenabwehr

Allgemein:

Das Gesamtergebnis der Landesfeuerweherschule wird geprägt durch den überwiegenden Anteil interner Ausbildung für die Feuerwehr Hamburg, Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehren. Der Anteil „Seminarbetrieb“ ist in die Veranschlagung mit einer 100-prozentigen Kostendeckung eingeflossen.

Das noch ungeprüfte Ergebnis 2007 zeigt, dass es erneut zahlreiche zusätzliche Lehrgänge und Seminare gegeben hat, die nachträglich das Ergebnis durch Mehrausgaben und Mehreinnahmen beeinflusst haben. Ursächlich für die positive Entwicklung der Einnahmen ist die Strategie der Landesfeuerweherschule, die erfolgreich zusätzliche Lehrgänge des Seminarprogramms anbieten konnte.

Der Landesfeuerweherschule ist es durch wirtschaftliches und sparsames Handeln gelungen Deckungsmittel zu erwirtschaften, die insbesondere in den Bau einer Brandsimulationsanlage investiert werden sollen. Diese Anlage wird die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten und die Anzahl der Teilnehmerinnen und –teilnehmer nachhaltig beeinflussen.

A. Erfolgsplan

Einnahmen

Erl. 1 110 Kostenbeiträge

Das Konto 110 umfasst alle Einnahmen der Landesfeuerweherschule. Diese setzen sich in 2009 und 2010 zusammen aus

- den externen Seminar- und Lehrgangsteilnehmern in Rechnung zu stellenden Seminarkosten nach Schätzung des zu erwartenden Betriebsverlaufs,
- der Erstattung der Ausbildungskosten der für die Polizei Hamburg durchgeführten Lehrgänge des Rettungsdienstes,
- der durch den Bund zu erstattenden anteiligen Kosten für die Ausbildungen im Katastrophenschutz und
- den Beiträgen externer Teilnehmer aus der Überlassung angemieteter Unterkünfte,
- der Untervermietung von Geschäftsräumen an das Institut für Notfallmedizin.

Die betrieblichen Einnahmen dienen der Deckung der Ausgaben der LFS. Nachstehende Ausgaben werden aus den betrieblichen Einnahmen finanziert:

	<u>WiPI 2009</u>	<u>WiPI 2010</u>
	in Tsd. EUR	
1. Personalausgaben	734	734
2. Sachausgaben		
Konto 510	106	106
Konto 520	99	99
Konto 540	50	50
Konto 560, 570, 580	70	70
Konto 610	160	160
Konto 630	50	50
Konto 640	15	15
Konto 650	21	21
Konto 660	21	21
Konto 670	20	20
	612	612

Siehe hierzu im Einzelnen auch die Erläuterungen zu den Ausgaben.

Die Veranschlagung beruht auf dem Prinzip einer vorsichtigen Kalkulation. Zahlreiche Verträge mit Kunden kommen kurzfristig zu Stande, neue Marktsegmente werden erschlossen, andere hingegen gehen verloren. Folglich wird der Ansatz leicht erhöht, auch wenn das Ergebnis in 2007 positiver ausgefallen ist.

Ausgaben**1. Personalausgaben**

Veranschlagt sind die Aktivbezüge und Zuschläge zu Versorgung und Beihilfe des Personals der Landesfeuerwehrschule gemäß Aufstellungsgrundschriften auf Basis des Ansatzes 2008 zuzüglich tariflicher Steigerungsraten von + 1,45 % im Arbeitnehmerbereich und analog + 1,9 % im Besoldungsbereich.

Die Veränderung der Höhe der Personalausgaben gegenüber dem Planjahr 2008 beruht ferner auf der haushaltsneutralen Neuschaffung einer Beamtenstelle (Fachlehrer – Führung / Stabsarbeit - BRA A11 mit einem Budgetwert von 59,8 Tsd. EUR gem. PKT 2007) für die Katastrophenschutz Ausbildung. Der Mehrbedarf wird aus zusätzlichen Einnahmen gedeckt (Bundeszuweisung im Rahmen der Katastrophenschutz Ausbildung).

Weiterhin verändert sich der Ansatz der Personalausgaben aufgrund eines erhöhten Bedarfs an Gastdozenten für die Durchführung der Studiengänge Rescue Engineering und Hazard Control, die in Kooperation mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften stattfinden (siehe Erl. 4).

Personalkosten der Akademie für Rettungsdienst und Gefahrenabwehr

Die Kosten der Stellen für die Organisation und Verwaltung des Seminarprogramms (1 OAR A13, 1 BrOAR A13, 1 BrA A11 und 1 E6) sowie für 2 Stellen Fachlehrer gehobener Dienst (BrAR 12) und 2 Stellen des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes, werden aus den Einnahmen gedeckt.

Seit 2008 werden zusätzlich 5 Stellen des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes aus den Einnahmen finanziert, die das vorhandene Lehrpersonal verstärken sollen, um auch das quantitative Lehrgangsangebot den aktuellen Bedarfen anpassen zu können:

		<u>WiPI 2009</u>	<u>WiPI 2010</u>
Konto 411	Beamtenbezüge	494	494
Konto 414	Beschäftigungsentgelte	30	30
Konto 412	Arbeitnehmerentgelte	34	34
Konto 421	Arb.geber Anteil Soz.vers.	4	4
Konto 431	Versorgungszuschläge	152	152
Konto 432	Beihilfen	20	20
		<hr/>	<hr/>
		734	734

Erl. 2 411 Beamtenbezüge

Veranschlagt sind Personalausgaben gemäß Aufstellungsgrundschriften auf Basis des Ansatzes 2008 zuzüglich einer Steigerungsrate + 1,9 % für den Besoldungsbereich

Erl. 3 412 Arbeitnehmerentgelte

Veranschlagt sind Personalausgaben gemäß Aufstellungsgrundschriften auf Basis des Ansatzes 2008 zuzüglich einer tariflichen Steigerungsrate von + 1,45 % im Arbeitnehmerbereich. Angestellte und Arbeiter werden im WiPI ab 2009 unter dem Begriff Arbeitnehmer zusammengefasst.

Erl. 4 414 Beschäftigungsentgelte für nebenamtlich Tätige, Gastdozenten honorare

Hier ist ein Kontingent von Unterrichtsstunden der „Vereinbarung Unterrichtsvergütung“ veranschlagt worden, das für die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Feuerwehr Hamburg benötigt wird. Aus der Durchführung des Seminarprogramms und aus der Durchführung des Ausbildungsprogramms entstehende Mehrbedarfe werden aus zusätzlichen Einnahmen und aus Einsparungen an anderer Stelle gedeckt. Neben der Anpassung an die aktuellen Honorarsätze sind weitere 155 Tsd. EUR im Rahmen der Kooperation mit der HAW für Gastdozenten honorare erforderlich.

Erl. 5 421-432 Sozialabgaben und Ausgaben für Altersversorgung und Fürsorgeleistungen

Hier sind die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung der Arbeitnehmer (ehem. Arbeiter und Angestellte) sowie die rechnerischen Zuschläge zu den unter 411 und 412 veranschlagten Aktivbezügen veranschlagt.

2. Sonstige Betriebliche Ausgaben**Erl. 6 510 Mieten und Pachten**

Die Ausgaben umfassen die Mieten für das Gelände der Landesfeuerwehrschule und für die Lehrgangsunterkünfte. In den Ausgaben enthalten ist eine Anpassung der lfd. Mietzahlungen aufgrund eines erneuten Aufmaßes der Flächen der LFS in Höhe von 20 Tsd. EUR.

Erl. 7 520 Bewirtschaftungskosten und Bauunterhaltung

Der Komplex der Landesfeuerwehrschule ist mittlerweile über 20 Jahre alt, wodurch zunehmend Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen notwendig werden. Auf Grundlage der Ist-Ergebnisse der Jahre 2003-2007 ergibt sich ein durchschnittlicher Bedarf von 425 Tsd. EUR im Jahr. Hierin sind Mittel aufgrund der Dezentralisierung der Grundsteuer und Versicherung (Gebäude- und Grundbesitzerhaftpflichtversicherung) in Höhe von 44 Tsd. EUR enthalten.

Erl. 8 540 Geschäftsbedarf, Büromaterial, Kommunikation u. a.

Veranschlagt sind Aufwendungen für Schreib- und Zeichenbedarf, Büro- und Verbrauchsmaterial, Post- und Fernmeldegebühren, Kopien, Bücher, Veranstalter-Haftpflicht-Versicherung gegen Schäden und Unfälle durch Dritte, Zeitschriften und sonstiger Geschäftsbedarf sowie Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit. Ferner sind die Kosten für die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen sowie Aufwendungen für ihre Wartung und Reparatur berücksichtigt.

Die Ausgaben der Akademie für Rettungsdienst und Gefahrenabwehr (anteilig 40 Tsd. EUR Geschäftsbedarf), die bisher gesondert als seminarspezifische Ausgaben erfasst wurden, werden zur Steigerung der Transparenz und Klarheit des WiPI nun haushaltsneutral anteilig beim jeweilig zutreffenden Konto erfasst. Eine Auswertung dieser Kostenstelle bleibt weiterhin möglich. Der Gesamtansatz der ARG bleibt unverändert (160 Tsd. EUR). Mehrausgaben werden durch Mehreinnahmen gedeckt.

Erl. 9 550 Nutzungspauschale - Kfz-Unterhaltung u. a.

Der Fahrzeugpark der Landesfeuerwehrschule, zugleich Einsatzreserve der Feuerwehr Hamburg, wird durch die Feuerwehr gegen eine Nutzungs- und Dienstleistungspauschale in Höhe von 103 Tsd. EUR zur Verfügung gestellt. Veranschlagt sind darin die Kosten für die Haltung, Wartung und Reparatur der Dienstfahrzeuge und sonstige Verbrauchsmaterialien. Ein erhöhter Erstattungsbetrag (15 Tsd. EUR) ergibt sich aus den gestiegenen Benzinpreisen und sonstigen Anpassungen an Ausgaben für Reparatur- und Wartungsarbeiten.

Erl. 10 560 Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel

Hier sind die Kosten für Lehr- und Lernmittel sowie die sonstigen Kosten, die im Zusammenhang mit der Aus- und Fortbildung entstehen, veranschlagt. Ebenfalls hierzu zählen die seminarspezifischen Ausgaben der ARG, die konkret die Fort- und Weiterbildung bzw. entsprechende Nebenkosten (wie z.B. Fahrgelder, Reisekosten) beinhalten.

Die Ausgaben (anteilig 60 Tsd. EUR), die bisher gesondert als seminarspezifische Ausgaben erfasst wurden, werden zur Steigerung der Transparenz und Klarheit des WiPI nun haushaltsneutral anteilig beim jeweilig zutreffenden Konto erfasst. Der Gesamtansatz der ARG bleibt unverändert (160 Tsd. EUR). Mehrausgaben werden durch Mehreinnahmen gedeckt.

Erl. 11 570 Verbrauchsmittel für die Aus- und Fortbildung

Darunter fallen Kosten für beispielsweise das Befüllen von Feuerlöschern, Rettungssanitätsmaterial, Heptan, Nebelfluid und sonstige Verbrauchsmittel, die ausschließlich für die Durchführung von Lehrgängen benötigt werden.

Die Ausgaben (anteilig 55 Tsd. EUR), die bisher gesondert als seminarspezifische Ausgaben erfasst wurden, werden zur Steigerung der Transparenz und Klarheit des WiPI nun haushaltsneutral anteilig beim jeweilig zutreffenden Konto erfasst. Der Gesamtansatz der ARG bleibt unverändert (160 Tsd. EUR). Mehrausgaben werden durch Mehreinnahmen gedeckt.

Erl. 12 580 Schutzbekleidung für Aus- und Fortbildung

Veranschlagt sind alle Kosten für den Einkauf von Schutzbekleidung für den Ausbildungspool. Diese werden u.a. im Flash-Over-Container und der Brandgewöhnungsanlage genutzt.

Die Ausgaben (anteilig 5 Tsd. EUR), die bisher gesondert als seminarspezifische Ausgaben erfasst wurden, werden zur Steigerung der Transparenz und Klarheit des Wirtschaftsplans nun haushaltsneutral anteilig beim jeweilig zutreffenden Konto erfasst. Der Gesamtansatz der ARG bleibt unverändert (160 Tsd. EUR). Mehrausgaben werden durch Mehreinnahmen gedeckt.

Erl. 13 590 Erstattung Ausbildungskosten an Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, UKE, UK Boberg

Veranschlagt sind an die Krankenhäuser zu erstattenden Kosten für die Rettungsdienstausbildung der Laufbahnlehrgänge für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst sowie die Ausgaben für die Rettungsassistentenausbildung (Krankenhauspraktika 1. und 2. Stufe). Durch eine Neugestaltung der Auftragsvergabe reduziert sich der Ansatz. Die Mittel wurden haushaltsneutral im Erfolgsplan umgeschichtet.

Erl. 14 600 Dienstreisen

Veranschlagt sind Reisekosten im Rahmen der Akquisition und Dienstreisen.

Erl. 15 610 Seminarspezifische Ausgaben

Hier wurden bisher die Aufwendungen für den Seminarbetrieb der Akademie für Rettungsdienst und Gefahrenabwehr veranschlagt. Der Gesamtansatz betrug 160 Tsd. EUR und wurde zur Steigerung der Transparenz und Klarheit entsprechend ihrer Kostenart auf Konten wie folgt verteilt:

		<u>WiPI 2009</u>	<u>WiPI 2010</u>
Konto 540	Geschäftsbedarf, Büromaterial, Kommunikation etc.	40	40
Konto 560	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	60	60
Konto 570	Verbrauchsmittel der Aus- und Fortbildung	55	55
Konto 580	Schutzbekleidung für Aus- und Fortbildung	5	5
		160	160

- Erl. 16 630 Steuern
Veranschlagt sind die Ausgaben der Landesfeuerwehrschule für Gewerbesteuer, Körperschaftssteuer zzgl. Solidaritätszuschlag und der Kapitalertragssteuer. Diese sind abhängig von der Einnahmeentwicklung und werden vollständig daraus finanziert.
- Erl. 17 640 Erstattungen an die hamburgische Verwaltung
Zu den Erstattungen gehören 7 Tsd. EUR für den Arbeitsmedizinischen Dienst, 2 Tsd. EUR für die Dienstleistungen der Kasse Hamburg und 1 Tsd. EUR für die Budgetdatenbank des ZPD.
- Erl. 18 650 Erstattungen für die Prüfung des WiPI
Dazu gehören Kosten, die durch die Prüfung der Jahresabschlusses und des Wirtschaftsplanes entstehen.
- Erl. 19 660 Erstattung an das ZPD für Bezügeabrechnung usw.
Veranschlagt sind die kalkulierten Kosten für die Abrechnung der Bezüge und sonstige Dienstleistungen des ZPD.
- Erl. 20 670 Erstattung für IuK-Mittel
Hierunter fällt eine Dienstleistungspauschale innerhalb der Feuerwehr für die Bereitstellung von IuK-Geräten, die Wartung und Pflege der Anlagen und sonstige Leistungen.

Produktinformation der Landesfeuerweherschule:

Aus-, Fort- und Weiterbildung von Personal der Berufsfeuerwehr Hamburg, der Freiwilligen Feuerwehren sowie Dritter

<p><i>Ziele der Landesfeuerweherschule</i></p> <p>Die Vermittlung von fachtechnischem Wissen als Voraussetzung für die Rettung, die Bewahrung und den Schutz des Lebens, der Lebensgrundlagen sowie den Erhalt von Sachwerten bei Bränden, Not- und Unglücksfällen, Natur- und Großschadensereignissen unter Berücksichtigung ökologischer und ökonomischer Gesichtspunkte.</p>
<p><i>Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p>Die Landesfeuerweherschule führt die Laufbahnlehrgänge für den mittleren und den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst für Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehren der FHH sowie ergänzende Lehrgänge durch. Daneben veranstaltet sie im Zuge eines erweiterten Angebotes Schulungen, Seminare, Symposien, Kolloquien und Sonderlehrgänge für nicht zur Feuerwehr Hamburg gehörende Teilnehmer. Dabei wird eng mit anderen Institutionen und qualifizierten Gastdozenten zusammen gearbeitet. In der zukünftigen Arbeit stellt der überregionale Informations- und Erfahrungsaustausch einen besonderen Schwerpunkt dar.</p>
<p>Produkte</p> <p>P 1 Feuerwehrtechnische Aus-, Fort- und Weiterbildung inkl. Grundlagenausbildung</p> <p>P 2 Rettungsdienstliche Aus-, Fort- und Weiterbildung</p> <p>P 3 Aus-, Fort- und Weiterbildung für den Bevölkerungsschutz Inhalt dieses Produktes sind alle Lehrgänge im Rahmen der Katastrophenschutz Ausbildung.</p> <p>P 4 Brandschutzerziehung und -aufklärung</p> <p>P 5 Rettungsdienstliche Erziehung und Aufklärung</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Ergebnis 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.707	1.443	1.519	1.519
– Betriebseinnahmen	1.479	1.331	1.346	1.346
– sonstige Einnahmen	228	112	173	173
– Investitionseinnahmen	0	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.687	6.821	7.176	7.176
– Personalausgaben	4.593	4.938	5.236	5.236
– Sach- und Fachausgaben gesamt	2.094	1.883	1.940	1.940
– Zuwendungen	0	0	0	0
– Gesetzliche Leistungen	0	0	0	0
– Sonstige Betriebsausgaben	0	0	0	0
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	97	0	0	0

<p><i>Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte</i></p> <p>Die Einnahmen dienen zur teilweisen Deckung der Ausgaben. Die Sach- und Fachausgaben begründen sich im Wesentlichen durch Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Lehrgangs- bzw. Seminarteilnehmer (insgesamt 340 Tsd. EUR in 2009 / 2010) und aus der Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden, Mieten und Pachten sowie Bewirtschaftung (1.185 Tsd. EUR in 2009 / 2010).</p>

<i>Qualitäts- und Quantitätskennzahlen</i>	Ergebnis 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Stellen gemäß Stellenplan	88,50	88,50	89,50	89,50
Anzahl der Lehrgangsteilnehmerinnen u. Lehrgangsteilnehmer (LT) gesamt	15.216	14.000	14.000	14.000
Anzahl LT der Berufsfeuerwehr gehobener Dienst	5 (neu)	26	8 (neu)	8 (neu)
Anzahl LT der Berufsfeuerwehr mittlerer Dienst	58 (neu)	65	36-42 (neu)	36-42 (neu)
Anzahl der Lehrgänge	1.249	1.100	1.100	1.100
Bestehensquote der Laufbahnausbildung	92 %	> 95 %	> 95 %	> 95 %
Auslastung aller Lehrgänge	91 %	> 90 %	> 90 %	> 90 %
Lehrgangsausfall Teil 1 bis 3	9,7 %	< 2,5 %	< 2,5 %	< 2,5 %
Kundenzufriedenheitsindex	2,84	> 2,0	> 2,0	> 2,0
Bewertungsskala: -5 (mangelhaft) bis +5 (sehr gut)				

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 8552	Landesfeuerwehrschule

I. Stellenbestand

kw 2009/ 10	kw 2011	kw 2012	kw 2013	kw >2013	kw o.T.	Vermerke
					Anzahl der kw-Stellen 8,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 16	1,00			1,00	
A 15	1,00			1,00	
A 14	3,00			3,00	
A 13	11,00			8,00	
A 12	11,00			13,00	
A 11	14,00			9,00	
A 10	4,00			6,00	
A 9	1,00			4,00	
A 7/A 8/A 9	31,00	3,00	1)	24,00	kw: 3,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freierwerden der Stelle gem. Art. 14 Nr. 1 HB kw: 5,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister kw nach Wegfall der Finanzierung kw: 1,00 BesGr. A 6 Regierungsssekretärin/ Regierungsssekretär nach EntgGr. E 5 nach Freierwerden der Stelle
		5,00	2)		
A 6	1,00	1,00	3)	1,00	
Summe:	78,00			70,00	

A 16	Leitende Branddirektorin/ Leitender Branddirektor (1,00)
A 15	Branddirektorin/ Branddirektor (1,00)
A 14	Oberbrandrätin/ Oberbrandrat (1,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (2,00)
A 13	Brandoberamtsrätin/ Brandoberamtsrat (9,00), Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (2,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00), Brandamtsärztin/ Brandamtsarzt (11,00)
A 11	Brandamtfrau/ Brandamtman (13,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00)
A 10	Brandoberinspektorin/ Brandoberinspektor (4,00)
A 9	Brandinspektorin/ Brandinspektor (0,00), Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 7/A 8/A 9	Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister (31,00)
A 6	Regierungsssekretärin/ Regierungsssekretär (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 8	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
-----	-----------------------------------------------------------

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 8552	Landesfeuerwehrschule

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/10		Vermerk Nr.	2008 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			§ 50a (1)	
A 8	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	0,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13							1,00		1,00	Bürgerschaftsbeschluss
A 13							1,00		1,00	Bürgerschaftsbeschluss
A 13					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 8550; Stellenverlagerung aufgrund der bereits erfolgten Aufgabenverlagerung zur Akademie für Rettungsdienst und Gefahrenabwehr
A 12							-1,00		-1,00	Bürgerschaftsbeschluss
A 12							-1,00		-1,00	Bürgerschaftsbeschluss
A 11							3,00		3,00	Drs. Strukturverbesserung bei der Polizei und Feuerwehr
A 11							2,00		2,00	Drs. Strukturverbesserung bei der Polizei und Feuerwehr
A 7/A 8/A 9		5,00							5,00	Bürgerschaftsbeschluss
A 7/A 8/A 9					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 8550; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	5,00	0,00	2,00	0,00	0,00	5,00	0,00	12,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	-5,00	0,00	-4,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	5,00	0,00	2,00	0,00	1,00	0,00	0,00	8,00	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
II a/ I a	0,00			0,50	
IV a	0,00			0,75	
V c	0,00			1,00	
VI b	0,00			5,00	
VII	0,00			1,00	
Summe:	0,00			8,25	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
5	0,00			4,00	
Summe:	0,00			4,00	
Arbeitnehmer					
E 15	0,50			0,00	
E 8	0,00			0,00	
E 6	7,00			0,00	
E 5	2,00			0,00	
Summe:	9,50			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	87,50			82,25	

Einzelplan WI
Kapitel 8552

Wirtschaftspläne
Landesfeuerwehrschule

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,75	-0,50	0,00	0,00	-1,25	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-7,00	0,00	0,00	-7,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,75	-7,50	0,00	0,00	-8,25	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	0,00	0,00	-4,00	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	0,00	0,00	-4,00	
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8550; Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	10,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	10,50	0,00	0,00	9,50	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	5,00	0,00	2,00	-1,75	0,00	0,00	0,00	5,25	

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2009

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenneuschaffungen				
1	8552	1,00	Brandamtfrau/Brandamtmann A 11	Fachlehrerin/Fachlehrer Führung / Stabsarbeit

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2009/2010

Wirtschaftsplan der Hochschule der Polizei Hamburg (§ 15 Abs. 2 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

8500.632.91 Zuweisungen für Versorgungszuschläge an den Wirtschaftsplan der „Hochschule der Polizei“
8500.682.01 Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan der „Hochschule der Polizei“

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Mit aus Sachausgaben zugunsten der Personalausgaben übertragenen Mitteln dürfen keine über den Stellenplan hinausgehenden unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden.
2. Die Ansätze für Ausgaben (Personal- und Sachausgaben) sind je für sich gegenseitig deckungsfähig.
3. Bis zum Jahresende nicht verbrauchte Mittel der FHH dürfen dem Konto „Noch verfügbare Deckungsmittel“ zugeführt werden.
4. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
5. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 75.000 EUR übersteigen.
6. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
7. Die Stellen A 7/ A 8 / A 9/ A 10/ A 11 der uniformierten Polizei dürfen im Rahmen des in Drucksache 18/6273 beschlossenen Laufbahnverlaufsmodells, welches die Laufbahnabschnitte I und II umfasst, ausgenutzt werden.

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. Erfolgsplan					
<u>Einnahmen</u>					
1. Betriebliche Einnahmen					
310 Gebühren und Nutzungsentgelte	0	0	0	1	1
320 Einnahmen aus Erstattungen und Zuweisungen für haushaltsfinanzierte Ausgaben	0	0	0	0	0
330 Sonstige betriebliche Einnahmen	0	0	0	0	0
Summe 1	0	0	0	1	1
2. Einnahmen aus dem Kooperationsvertrag zur Durchführung des Studiengangs Sicherheits-Management					
340 Einnahmen zur Finanzierung des Studiengangs	0	24	0	98	74
Summe 2	0	24	0	98	74
3. Einnahmen aus Drittmitteln und sonstige zweckgebundene Einnahmen					
350 Zuwendungen Dritter und Zuweisungen aus dem Landeshaushalt zur Förderung künstlerischer und wissenschaftlicher Vorhaben	0	0	0	0	0
350 Sonstige zweckgebundene Einnahmen	0	0	0	0	0
Summe 3	0	0	0	0	0
<u>Gesamteinnahmen (Summen 1 und 2)</u>	0	24	0	99	75
<u>Ausgaben</u>					
1. Sachausgaben					
510 Sachausgaben für Lehre, Forschung, Veranstaltungen und Bibliothekswesen	0	99	117	129	119
520 Personalbezogene Sachausgaben	0	1	0	0	0
530 Grundstücks- und gebäudebezogene Sachausgaben	0	0	0	0	0
540 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb	0	33	23	40	43
550 Zahlungen an Dataport für Netz- und Leitungskosten	0	0	0	49	49
560 Erstattung von verauslagten Sachkosten und Serviceleistungen an die Polizei	0	1.162	1.162	1.085	1.085
570 Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten an Bfl	0	174	174	93	93
580 Verwaltungsdienstleistungen					
- Erstattungen an die ZPD und Kasse. Hamburg	0	0	8	9	9
- Erstattung für Verw.dienstleistungen an die FB	0	0	10	12	12
- Erstattungen an die Landesunfallkasse und den Arbeitsmedizinischen Dienst	0	1	0	1	1
590 sonstige Sachausgaben	0	0	0	0	0
Summe 1	0	1.470	1.494	1.418	1.411

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
2. Personalausgaben					
411 Beamtenbezüge	0	861	1.016	1.042	1.042
412 Angestelltenvergütungen	0	213	168	222	222
413 Beschäftigungsentgelte	0	42	48	105	88
421 Versorgungszuschläge für tarifabhängiges Personal	0	18	15	20	20
431 Versorgungszuschläge für Beamte	0	281	305	313	313
432 Beihilfen und Unterstützungsleistungen (aktiv)	0	16	41	42	42
Summe 2	0	1.431	1.593	1.744	1.727
3. Ausgaben aus Drittmitteln und sonstigen zweckgebundenen Einnahmen	0	0	0	0	0
Summe 3	0	0	0	0	0
<u>Gesamtausgaben (Summen 1, 2 und 3)</u>	0	2.901	3.087	3.162	3.138
<u>Ausgleichsbetrag</u>	0	2.877	3.087	3.063	3.063

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
	2006	2007	2008	2008	2009	2009	2010	2010
	In Tsd. EUR							
1	2	3	4	5	6	7	8	9
B. Finanzierungsplan								
I. Finanzbedarf								
600 Investitionen mit HBFG-Bundesbeteiligung	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe 600	0	0	0	0	0	0	0	0
610 Investitionen ohne HBFG-Bundesbeteiligung								
- IuK-Gesamtplan	0	0	0	0	0	0	0	0
- Hörsaalausstattungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe 610	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe 600 + 610	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstiger Finanzbedarf								
- Ausgleichsbetrag	0	2.877	3.087	0	3.063	0	3.063	0
- Noch verfügbare Deckungsmittel								
- aus Drittmitteln / zweckgebundenen Einnahmen								
- für Investitionen	0	0	0	0	0	0	0	0
- für Betriebsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
- aus Zuweisungen der FHH und betrieblichen Einnahmen								
- für Investitionen	0	0	0	0	0	0	0	0
- für Betriebsausgaben	0	199	0	0	0	0	0	0
Summe	0	3.076	3.087	0	3.063	0	3.063	0
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	0	3.076	3.087	0	3.063	0	3.063	0
II. Deckungsmittel								
1. Zuweisung der FHH an den Wirtschaftsplan								
- zu den Betriebsausgaben (Titel 8500.685.01)	0	2.756	2.767	0	2.691	0	2.691	0
- für Versorgungszuschläge (Titel 8500.632.91)	0	320	320	0	328	0	328	0

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
	2006	2007	2008	2008	2009	2009	2010	2010
	In Tsd. EUR							
1	2	3	4	5	6	7	8	9
2. Zuweisung der FHH an den Wirtschaftsplan für Investitionen								
- mit HBFG-Bundesbeteiligung (Titel 8500.894.01)	0	0	0	0	0	0	0	0
- ohne HBFG-Bundesbeteiligung (Titel 8500.894.02)	0	0	0	0	0	0	0	0
3. Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel davon								
- aus Drittmitteln und zweckgebundenen Einnahmen								
- für Investitionen	0	0	0	0	0	0	0	0
- für Betriebsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
- aus Zuweisungen der FHH und betrieblichen Einnahmen								
- für Investitionen	0	0	0	0	0	0	0	0
- für Betriebsausgaben	0	0	0	0	44	0	44	0
4. Sonstige zweckgebundene Zuweisungen und Erstattungen, davon								
- Drittmittel	0	0	0	0	0	0	0	0
- Erstattungen	0	0	0	0	0	0	0	0
- Investitionen	0	0	0	0	0	0	0	0
- Betriebsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
<u>Ges. Summe Deckungsmittel</u>	0	3.076	3.087	0	3.063	0	3.063	0

Erläuterungen

Die Hochschule der Polizei ist 2006 gegründet worden. Als rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts und eigenständige Einrichtung nach § 15 LHO wird sie auf der Grundlage eines eigenen Wirtschaftsplans geführt.

Die fachspezifische Berufsausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst, wie beispielsweise Einsatztraining, Schießen und Sport wird von der Ausbildungsbehörde unter Inanspruchnahme der Landespolizeischule durchgeführt. Die Hochschule der Polizei ist zuständig für die wissenschaftliche Lehre sowie für die Verzahnung von Theorie und Praxis. Der Studiengang Sicherheits-Management hat zum 1.10.2007 erstmalig begonnen

Die Gliederung der Erläuterungen entspricht den Kontengruppen im Wirtschaftsplan.

A Erfolgsplan**Einnahmen**

310 Veranschlagt sind Einnahmen aus der Vermietung eines Büros an den Geschäftsführer der „Studiengang Sicherheits-Management gGmbH“ (SSM).

340 Veranschlagt sind die Einnahmen aus dem zur Finanzierung des Studiengangs Sicherheits-Management geschlossenen Vertrag mit der Trägergesellschaft SSM auf der Basis der Einzelvereinbarung 2007 für die Regelstudienzeit bis 2010.

Ausgaben**Sachausgaben**

510 Veranschlagt sind die Ausgaben für Ausbildung, Forschung, Lehr-, Lern- und Unterrichtsmittel.

520 Keine Ansätze

530 Keine Ansätze;
Die grundstücks- und gebäudebezogenen Sachkosten sind stark mit der Landespolizeischule verzahnt und werden gegenüber der IMPF Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft mbH gemeinsam abgerechnet.

Die Hochschule der Polizei zahlt ihre anteiligen Kosten im Rahmen der Erstattung an die Polizei.

540 Veranschlagt sind Ausgaben für den Geschäftsbetrieb.

550 Veranschlagt sind die Erstattungen an Dataport für IUK-Beschaffungsmaßnahmen und Dienstleistungen.

560 Veranschlagt sind die Erstattungen von Sachkosten und Kosten für Serviceleistungen an die Polizei. Zu den Sachkosten zählen unter anderem auch Mieten und Pachten, sowie die Bewirtschaftung der Gebäude.

Serviceleistungen gegenüber der Hochschule der Polizei werden in den Bereichen Personalverwaltung, Beschaffung und Einkauf, Bibliothek, Hausverwaltung/ Bau- und Gebäudeangelegenheiten, IuK, Medienzentrums und in der Einstellungsstelle erbracht.

570 Veranschlagt ist der Verwaltungsgemeinkostenzuschlag i.H.v. 15 % auf die Erstattungen von Serviceleistungen an die Polizei.

580 Veranschlagt sind Erstattungen an die Zentralen Personaldienste, die Kasse Hamburg, die Landesunfallkasse, den Arbeitsmedizinischen Dienst und die Finanzbehörde.

Personalausgaben

411 / 412 Bezüge, Vergütungen

Veranschlagt sind die Aktivbezüge und Zuschläge zur Versorgung und Beihilfe des Personals der Hochschule der Polizei gemäß Aufstellungsroundschreiben auf Basis des Ansatzes 2008 zuzüglich tariflicher Steigerungsraten von + 1,45 % im Arbeitnehmerbereich und analog + 1,9 % im Besoldungsbereich.

Neue Stellen und Stellenveränderungen wurden gemäß PKT 2007 berechnet.

Außerdem ist geplant eine Stelle Öffentlichkeitsarbeit EG 11 befristet auf 3 Jahre auszubringen. Ein entsprechender kw-Vermerk wird ausgebracht. Die Kosten belaufen sich auf 58 Tsd. EUR pro Jahr. Die Finanzierung erfolgt zum Teil aus noch verfügbaren Deckungsmitteln und zum Teil aus Einnahmen.

Die Erhöhungen wirken sich folgendermaßen aus:

Konto	2008	Erhöhung (1,9% bei 411, 1,45% bei 412)	Veränder. Stelle ÖA	Stellen- veränder.	2009	2010
411 Beamtenbezüge	1.016	19		7	1.042	1.042
412 Angestelltenvergütungen	168	2	53	-1	222	222

413 Beschäftigungsentgelte (insbesondere für Lehrbeauftragte der Studiengänge Polizei und Sicherheitsmanagement)

Die Kosten haben sich gegenüber 2008 zunächst um 1 Tsd. EUR erhöht. Grund dafür ist die Erhöhung der Unterrichtsvergütung von 39,88 EUR auf 40,64 EUR pro Unterrichtseinheit.

Außerdem fallen für den Studiengang Sicherheitsmanagement zusätzliche Kosten in Höhe von 56 Tsd. EUR in 2009 und 39 Tsd EUR in 2010 an, die aus den Einnahmen gedeckt werden.

421 / 431 / 432 Versorgungszuschläge für Angestellte, Beamte, Beihilfen und Unterstützungsleistungen

Diese Kosten wurden gegenüber der Veranschlagung 2007/2008 um 1,9 % bei den Beamten und 1,45 % bei den Beschäftigten erhöht und um die Stellenveränderungen und die Stelle Öffentlichkeitsarbeit ergänzt.

Die Erhöhungen wirken sich folgendermaßen aus:

Konto	2008	Erhöhung (1,9% bei 411, 1,45% bei 412)	Veränder. Stelle ÖA	Stellen- veränder.	2009	2010
421 Versorgungszuschläge für tarifabhängiges Personal	15		5		20	20
431 Versorgungszuschläge für Beamte	305	6		2	313	313
432 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen	41	1			42	42

B. Finanzierungsplan

I. Finanzbedarf

600, 610 Investitionen

Keine Ansätze

Produktinformation der Hochschule der Polizei Hamburg

<p><i>Ziele der Hochschule</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Bedarfsgerechte und wirtschaftliche, berufsqualifizierende Ausbildung von Polizeibediensteten des gehobenen Polizeivollzugsdienstes. • Bedarfsgerechte und wirtschaftliche, berufsqualifizierende Ausbildung von Führungskräften für Sicherheit in der Wirtschaft. • Weiterbildung in Abstimmung mit den Vertretern des jeweiligen Berufsfeldes. <p>Die Ziele werden im Rahmen eines Struktur- und Entwicklungsplanes der Hochschule der Polizei konkretisiert.</p> <p><i>Erläuterungen:</i> Hauptaufgabe der Hochschule ist die Ausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst. Sie führt diese zurzeit noch in Form eines Diplomstudienganges und eines modularisierten Bachelorstudienganges durch. Für die fortlaufende Akkreditierung des Bachelorstudiums wird Sorge getragen. Zusätzlich besteht seit 2007 der dreijährige Studiengang Sicherheits-Management. Dieser wird ohne Finanzmittel der öffentlichen Haushalte realisiert. Eine Verstetigung dieses Studiengangs ist angestrebt.</p>
<p><i>Produkte</i></p> <p>P 1 Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden sowie berufspraktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten durch anwendungsbezogene Lehre</p> <p>P 2 Transfer verwertbarer und praxisorientierter Forschungs- und Untersuchungsergebnisse</p> <p>P 3 Durchführung von Qualitätssicherungsverfahren</p> <p>P 4 Stärkung der Internationalisierung der Lehre</p> <p>P 5 Weiterbildungsveranstaltungen</p>

<i>Haushaltsdaten</i> ¹ (in Tsd. Euro)	Ergebnis 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
<u>Einnahmen</u>				
1. Betriebliche Einnahmen	0	0	1	1
2. Einnahmen aus Drittmitteln und sonstigen zweckgebundenen Einnahmen	0	0	0	0
3. Einnahmen aus dem Kooperationsvertrag zur Durchführung des Studiengangs Sicherheits-Management	24	0	98	74
Summe	24		99	75
<u>Ausgaben</u>				
1. Sachausgaben	1.470	1.494	1.418	1.411
2. Personalausgaben	1.431	1.593	1.744	1.727
3. Drittmittelausgaben		0	0	0
Summe	2.901	3.087	3.162	3.138

<p>Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte</p> <p>Die Einnahmen für den Studiengang Sicherheitsmanagement dienen der Deckung aller Ausgaben dieses Studiengangs.</p> <p>Ausgabenschwerpunkte sind neben den Personalausgaben die Erstattungen an die Polizei, die hauptsächlich für Serviceleistungen, Mieten und Bewirtschaftung entstehen sowie Sachausgaben für die Ausbildung.</p>

¹ Der Wirtschaftsplan wurde erstmals für die Haushaltsjahre 2007 / 2008 erstellt. Deshalb liegt für das Haushaltsjahr 2006 kein Ergebnis vor. Die Mittel waren in 2006 im Einzelplan 8.1, Kapitel 8500 veranschlagt.

Qualitäts- und Quantitätskennzahlen	Ergebnis 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Stellen gemäß Stellenplan, gesamt	24,6	25,5	25,6	25,6
Wissenschaftliche Stellen,	13,6	13,6	13,6	13,6
- davon Professorenstellen	8	8	8	8
Anzahl der Studiengänge, davon	3	3	3	2
- akkreditiert	2	2	2	2
- als Diplomstudiengang	1	1	1	-
Absolventinnen/Absolventen, gesamt, davon	158	86	57	50
- Studiengang Polizei	158	86	57	27
- davon mit Migrationshintergrund in %				
- Studiengang Sicherheitsmanagement	-	-	-	23
- davon mit Migrationshintergrund in %				
Absolventinnen/Absolventen je Professorenstelle	19	10	7	6
Anzahl der Weiterbildungsveranstaltungen	10	> 10	> 10	> 10

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 8530	Hochschule der Polizei Hamburg

Die Stellen A7/A8/A9/A10/A11 der uniformierten Polizei dürfen im Rahmen des in Drucksache 18/6273 beschlossenen Laufbahnverlaufmodells, welches die Laufbahnabschnitte I und II umfasst, ausgenutzt werden.

I. Stellenbestand

2009/ 10			2008		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 14	3,00			3,00	
A 13	2,00			2,00	
C 3	4,00			4,00	
C 2	2,00			3,00	
W 3	1,00			1,00	
W 2	2,00			1,00	
A 12	1,00			1,00	
A 7-A 11	2,00			0,00	
A 10	0,00			2,00	
A 9	1,00			1,00	
A 9	1,00			1,00	
Summe:	19,00			19,00	

A 14 Kriminaloberrätin/ Kriminaloberrat (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00), Polizeioberrätin/ Polizeioberrat (1,00)
A 13 Kriminalrätin/ Kriminalrat (1,00), Polizeirätin/ Polizeirat (1,00)
C 3 Professorin/ Professor (4,00)
C 2 Professorin/ Professor (2,00)
W 3 Präsidentin/ Präsident (1,00)
W 2 Professorin/ Professor (2,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00)
A 7-A 11 Polizeiemeisterin/Polizeiemeister / Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar (2,00)
A 10 Polizeioberkommissarin/ Polizeioberkommissar (0,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)

2009/ 10			2008		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
IV a	0,00			1,00	
Richtl. Ang.gD	0,00			1,60	
V c	0,00			1,00	
VI b	0,00			1,00	
VII	0,00			1,00	
Summe:	0,00			5,60	
Arbeitnehmer					
E 10	2,00			0,00	
E 8	1,00			0,00	
E 6	1,00			0,00	
E 5	1,00			0,00	
Richtl. gD	1,60			0,00	
Summe:	6,60			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	25,60			24,60	

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 8530	Hochschule der Polizei Hamburg

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
C 2								-1,00	-1,00	gem. Art. 15 Nr. 1 Haushaltsbeschluss
W 2								1,00	1,00	gem. Art. 15 Nr. 1 Haushaltsbeschluss
A 7-A 11							2,00		2,00	Umsetzung des neuen Laufbahnverlaufsmodells - gemäß Drucksache 18/6273 -
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	2,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	-2,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
IV a							-1,00		-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Richtl. Ang.gD							-1,60		-1,60	Umsetzung des neuen Tarifrechts
<i>Summe Angestellte</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,60	0,00	0,00	-2,60	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-3,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-5,60	0,00	0,00	-5,60	
E 10							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10		1,00							1,00	Neuschaffung für Öffentlichkeitsarbeit der HdP
Richtl. gD							1,60		1,60	Umsetzung des neuen Tarifrechts
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	2,60	0,00	0,00	3,60	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	3,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	5,60	0,00	0,00	6,60	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2009

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenhebungen				
1	8530	1,00	Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor A 9 nach Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10	Sachbearbeitung Studium/ Prüfungsangelegenheiten

Übersicht über die in den Deckungskreisen 05 – 08 veranschlagten Mittel

Deckungskreis 05 im Kapitel 8500 – Investitionen – (Hauptgruppen 7 und 8 – ohne Grunderwerb-)

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
8500.710.01	Sanierung, Modernisierung u. Erweiterung der Baulichen Infrastruktur der Polizei (Hochbau)	310	126	850	476	290	200	200	200	200	200
8500.710.02	Neubau des Polizeipräsidiums einschl. Folgemaßnahmen - Teilbetrag -	6.699	1.006	6.597	889	6.596	-	6.596	-	6.596	-
8500.710.03	Verbesserung der baulichen Infrastruktur von Polizeiunterkünften in Alsterdorf	49	53	11	42	-	-	-	-	-	-
8500.710.04	Gemeinsame räumliche Unterbringung von Polizeirevieren und Kriminal-Kommissariaten	235	361	1	354	-	-	-	-	-	-
8500.710.05	Sicherungsmaßnahmen in Verbindung mit Objektschutz	46	1.654	142	1.732	-	-	-	-	-	-
8500.710.56	Baumaßnahmen für IuK-Vorhaben	263	33	33	403	200	200	379	453	453	517
8500.811.01	Beschaffung von Dienstfahrzeugen	4.347	1.051	3.745	638	3.867	4.597	4.597	4.000	4.000	4.000
8500.811.04	Ersatz von Wasserfahrzeugen	1.175	123	53	387	522	-	-	-	-	40
8500.811.05	Beschaffung von Ersatzgerät für Wasserfahrzeuge	39	0	0	0	-	77	77	77	77	77
8500.812.02	Beschaffung von Fernmelde- u. Fernsehanlagen	729	785	1.488	1.474	2.400	2.100	1.363	3.747	1.247	2.615
8500.812.05	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	67	0	0	7	-	-	520	520	520	220
8500.812.13	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen u. dgl.	99	31	137	42	154	-	-	-	-	-

Anlage 3

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
8500.812.30	Beschaffungen i.R. des Konzepts Innere Sicherheit und Strukturpassungen	396	651	611	540	-	-	-	-	-	-
8500.812.61	Erwerb von Spezialgeräten	1.421	368	905	229	1.758	2.524	1.936	2.786	2.586	3.750
8500.891.01	Investitionszuschüsse für Maßnahmen der Polizei	390	119	1.330	3.553	-	-	2.566	-	75	-
Summe	Deckungskreis 05	16.265	6.361	15.903	10.766	15.787	9.698	18.234	11.783	15.754	11.419

Deckungskreis 06 im Kapitel 8520 - Investitionen - (Hauptgruppen 7 und 8 –ohne Grunderwerb-)

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
8520.710.01	Neu- Um- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und dgl. (Hochbau)	69	136	108	189	131	-	450	443	443	259
8520.812.01	Erwerb von Geräten und Ausstattungsgenständen	1.167	184	6	94	70	-	69	90	90	90
Summe	Deckungskreis 06	1.236	320	114	283	201		519	533	533	349

Deckungskreis 07 im Kapitel 8550 - Investitionen - (Hauptgruppen 7 und 8 –ohne Grunderwerb–)

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
8550.710.01	Hochbaumaßnahmen für die Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren	252	2	250	-	-	-	-	-	-	-
8550.710.03	Hochbaumaßnahmen für die Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren LFS und zentraler Betriebsdienst	89	11	0	-	-	-	-	-	-	-
8550.710.04	Neu- und Umbau von Rettungswachen und Erneuerung von Betriebsvorrichtungen	-	-	50	86	100	100	100	100	100	-
8550.811.01	Beschaffung von Feuerlöschfahrzeugen (einschl. Wasserfahrzeugen)	8.537	1.304	2.524	2.506	3.810	6.000	6.000	6.050	5.050	7.950
8550.811.02	Beschaffung von Rettungsdienst-Fahrzeugen	1.158	588	955	907	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
8550.812.10	Beschaffung von Geräten für den Kampf-mittelräumdienst	0	51	29	-	-	-	164	-	-	-
8550.812.14	Fernmelde-, Alarmierungstechnik und Licht-signalanlagen	661	267	269	198	500	500	500	500	500	500
8550.812.17	Beschaffung von Feuerwehrhelmen	26	369	0	369	-	-	-	-	-	-
8550.812.23	Ersatzbeschaffung und Umrüstung von A-temschutzgeräten	0	0	0	-	-	-	-	-	-	-
8550.812.29	Ersatzbeschaffung unterschiedlicher Einsatzgeräte	397	380	277	203	420	230	230	230	230	230

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
812.30	Ersatzbeschaffungsprogramm für Dienst- und Schutzkleidung	-	-	500	0	500	500	500	500	500	500
Summe	Deckungskreis 07	11.120	2.972	4.854	4.269	6.830	8.830	8.994	8.780	7.880	10.680

Deckungskreis 08 im Kapitel 8580 - Investitionen - (Hauptgruppen 7 und 8 –ohne Grunderwerb-)

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
8580.811.01	Beschaffung von Fahrzeugen mit Ausstattung für den Katastrophenschutz	-	-	-	-	-	-	-	-	500	-
8580.812.02	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen für den Katastrophenschutz	338	322	282	160	100	100	100	100	100	100
8580.812.03	Beschaffung von Sirenenanlagen für die Warnung der Bevölkerung im Tidegebiet der Elbe	2	231	202	162	133	133	133	133	133	133
Summe	Deckungskreis 08	340	553	484	322	233	233	233	233	733	233

Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

VE Tsd. EUR	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2008		2009		2010	
		Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR
In folgenden Titeln sind Mittel für Gutachten und Untersuchungen <u>anteilig</u> enthalten:							
8000.526.66	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	9	-	9	-	9	-
8500.526.70	Gutachten und Untersuchungen	550	-	690	-	690	-
8500.548.70	Konzept Innere Sicherheit*	143	-	-	-		-

